

Demokratische Konsolidierung und Wirtschaftswunder

Leben in Ludwigshafen 1948-1965

Die Währungsreform

"Die landläufigen Vorstellungen von einer Geldneuordnung gehen jedenfalls dahin, daß man sich nun bald wieder zum Brot ein Stück Wurst und ein Viertel Wein leisten und nach einem halben Jahr - wenn man gearbeitet hat und sparsam gewesen ist - an ein Kleid für die Frau oder an Wäsche und ein Paar Schuhe für den Mann denken kann".¹ Tatsächlich mußten die Ludwigshafener am 21. Juni 1948 - jeweils ausgestattet mit einem Kopfbetrag von 40 DM - ganz anderen Verlockungen widerstehen: Offiziell verkündet worden war die lang erwartete Währungsreform von der Reichsmark zur Deutschen Mark am 18. Juni 1948 um 18 Uhr durch den Rundfunk. Entsprechend bemühte sich auch die Ludwigshafener Bevölkerung am 19. Juni 1948 noch, einen Teil des alten Geldes loszuwerden. Salz und andere frei erhältliche Waren wurden in großen Mengen gekauft und auf den Banken die letzten Rechnungen mit der Reichsmark beglichen. Der Geldumtausch vollzog sich dann am Sonntag, dem 20. Juni 1948 reibungslos. Wie wenig aber tatsächlich 40,- DM pro Kopf waren, mußte die Bevölkerung am Montag, dem 21. Juni 1948 schmerzlich wahrnehmen, als "vom Kaufhof bis zum kleinen Laden in Friesenheim" nun wieder Töpfe, Herde, Öfen, Küchengeräte, Rasierapparate nebst Klingen, Sandaletten, Gummisohlen, Kämmе, sogar Sommerkleider und Strümpfe in allen möglichen und unmöglichen Preislagen zum freien Kauf feil geboten wurden, so daß nicht wenige bereits nach vier Tagen wieder bargeldlos waren und sich Oberregierungspräsident Böglеr (SPD) mit der Empfehlung zur "allergrößten Sparsamkeit beim Geldausgeben" an die Bevölkerung wenden mußte. Zusätzliche Sorgen bereitete den Ludwigshafenern der Arbeitsmarkt: So hatten nur 40 der 900 vor der Schulentlassung stehenden Mädchen eine Lehrstelle gefunden; hinzu kamen weitere 600 junge Frauen, die bereits seit mehr als einem Jahr eine Lehrstelle suchten. Trost dagegen spendete, daß für den Juli 1948 die Zuteilung für Fett um 100 Gramm und für Mehl auf 50 Gramm pro Tag erhöht wurde. Auch konnte man für siebzig Pfennig nun wieder ein freies Stammessen, bestehend aus Karotten, Erbsen und Salzkartoffeln, erhalten. Eine symbolische Normalisierung des Lebens bedeutete die feierliche Anbringung von drei Gußstahlglocken im Turm der evangelischen Kirche im Stadtteil Rheingönheim - "als Ersatz für im Jahre 1941 von den Nazis vom Turm der protestantischen Kirche geholten drei Bronzeglocken", wie @Die Rheinpfalz@ kommentierte. Eine weitere sehr konkrete Erleichterung des Alltags war schließlich auch noch die Aufhebung des Passierscheinzwangs an der Rheinbrücke – der Grenze zwischen der Amerikanischen und der Französischen Besatzungszone – zum 20. August 1948. Da nun das Vorzeigen der Kennkarte genügte, stieg sowohl der Publikums- als auch der Fahrzeugverkehr auf der 1946 errichteten Behelfsbrücke sprunghaft an.²

Explosionsunglück in der BASF

Jäh unterbrochen wurde der Wiederaufbau in Ludwigshafen jedoch zuvor am 28. Juli 1948. Um 15.43 Uhr war in der BASF ein zur Entladung bereitstehender Kesselwagen mit 20 Tonnen - zur Erzeugung von Zwischenstoffen und Farbprodukten vorgesehenes - Äthylchlorid geplatzt, worauf das ausströmende Chlor anschließend über einer naheliegenden Schlosserei zur Explosion kam. Insgesamt fielen dem Explosionsglück 207 Menschen zum Opfer - 176 Werksangehörige, 24 Mitarbeiter von Fremdfirmen, fünf Werksfremde und zwei Angehörige der französischen Administration. 3.818 Menschen

wurden verletzt, darunter 500 schwer. Drei Jahre nach Kriegsende war die Stadt erneut von abgedeckten Häusern mit zerstörten Fensterscheiben gekennzeichnet; insgesamt waren 3.122 Wohngebäude mehr oder minder schwer beschädigt; Wiederaufbau und Schutträumung mußten den ganzen Sommer und Herbst über hinter der Winterfestmachung der neu beschädigten Gebäude zurückstehen. Glimpflicher war die BASF selbst davon gekommen. Der Produktionsausfall wurde auf 20% geschätzt. "Damit wird die Zukunft des alten Werkes wohl kaum als gefährdet betrachtet werden können" mutmaßte zurecht der Betriebsratsvorsitzender Ernst Lorenz. Betraut mit der Zukunft des Werkes wurde wieder Dr. Carl Wurster. Der ehemalige Direktor der IG-Ludwigshafen war einen Tag nach der Explosionskatastrophe in Ludwigshafen im Nürnberger IG-Prozeß freigesprochen worden, so daß gegen die Rückkehr von Dr. Wurster in seinen früheren Wirkungskreis bei der BASF "keinerlei Bedenken" mehr bestanden, wie die deutsche und französische Werksleitung verlauten ließ.³

Der Arbeitnehmersvertreter in der Anilin:

Ernst Lorenz⁴ wurde am 13. März 1901 in Oggersheim geboren. 1919 Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend und Mitbegründer der pfälzischen KPD. Seit 1920 Mitarbeiter der BASF, Vorsitzender der Gewerkschaft der Heizer und Maschinisten in Ludwigshafen. 1923 Parteiausschluß wegen seiner Weigerung dem kommunistischen Industrieverband beizutreten. Anschließend Mitglied der SPD. 1927 bis 1933 Mitglied des Stadtrates Oggersheim, nach dem 20. Juli 1944 inhaftiert. 1945 bis 1964 Mitglied des Stadtrates in Ludwigshafen, Mitglied des Bezirks- und Landesvorstandes der SPD, Betriebsratsvorsitzender in der BASF und Mitglied des Aufsichtsrates, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Rheinland-Pfalz, 1946/47 MdBLV und 1947 bis 1967 MdL Rheinland-Pfalz. Ernst Lorenz wurde u.a. mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette, dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse, dem Wappenteller von Rheinland-Pfalz und 1971 mit dem Ehrenring der Stadt Ludwigshafen ausgezeichnet. Er starb am 8. Mai 1980 in Ludwigshafen.

Von der I.G. Farbenindustrie AG zur Wiedegründung der BASF:

Professor Dr. Carl Wurster⁵ wurde am 2. Dezember 1900 in Stuttgart geboren. 1923 Promotion zum Dr. Ing. 1924 Eintritt in die BASF. 1934 übernahm er als Prokurist die Leitung der Anorganischen Abteilung. 1936 wurde er zum Direktor ernannt. 1937 Mitglied der NSDAP. 1938 übernahm er als Vorstandsmitglied der I.G. Farbenindustrie AG die Leitung des Werkes Ludwigshafen. 1948 im Nürnberger I.G. Farben-Prozeß freigesprochen, wurde er anschließend wieder mit der Zukunft des Ludwigshafener Werkes betraut. Als im Januar 1952 die BASF aus der Vermögensmasse der I.G. Farbenindustrie AG ausgegliedert wurde und als eigene Rechtspersönlichkeit neu gegründet wurde, wurde Dr. Wurster zum Vorsitzenden des Vorstandes ernannt. 1962/63 war er Präsident des Verbandes der chemischen Industrie. Am 12. Mai 1965 wurde er zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der BASF gewählt; zuvor war er mit Ablauf der am gleichen Tag tagenden Aktionärs-Hauptversammlung wegen der bevorstehenden Erreichung der Altersgrenze von seiner bisherigen Position als Vorstandsvorsitzender der BASF zurückgetreten. Dr. Wurster wurde u.a. dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband und dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. 1965 ernannte ihn die Stadt Ludwigshafen zum Ehrenbürger. Er starb am 14. Dezember 1974 in Frankenthal.

Die Kommunalwahl 1948

Während Oberbürgermeister Bauer auf der letzten Sitzung des ersten Nachkriegsstadtrates von Ludwigshafen am 18. Oktober 1948 resümierte: „Wir haben jetzt 2 Jahre kommunale Arbeit hinter uns, die wohl die dunkelsten in der Geschichte Ludwigshafens waren“ und entsprechend appellierte: „Wir wollen auch jetzt trotz der trüben Aussichten den Mut nicht sinken lassen und allen Schwierigkeiten zum Trotz am Wiederaufbau unserer Stadt weiterarbeiten“, war in den Redebeiträgen der Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, KPD und DP die Eröffnung des Kommunalwahlkampfes nicht zu überhören. In der Berichterstattung der überparteilichen Presse fanden jedoch deren Wortspitzen - insbesondere zwischen Karl Fischer (SPD) und Herbert Müller (KPD) - keinen Widerhall, wie überhaupt sich die Berichterstattung der „Die Rheinpfalz“ zum Kommunalwahlkampf im wesentlichen auf allgemeine Hinweise wie „Was jeder Wähler von der Wahlhandlung wissen muß“

beschränkte. So mußte der interessierte Bürger - wollte er mehr über die Ziele der vier kandidierenden Parteien und der Wählergruppe König erfahren - entweder auf die damals noch reichlich verbreitete Presse der Parteien zurückgreifen oder eine ihrer Wahlveranstaltungen besuchen, wobei 1948 noch alle Parteien einen regen Zuspruch zu verzeichnen hatten.⁶

Trotzdem war wesentliches Merkmal der Kommunalwahl 1948 in Ludwigshafen der Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber 1946 von 89,8% auf 67,1%, obwohl gleichzeitig die Zahl der Wahlberechtigten von 64.550 auf 75.640 gestiegen war. Die SPD baute ihre Position mit 47,2% (1946 43,1%) weiter aus, während die CDU mit 26,9% (1946 32,3%) deutlich verlor. Die KPD war mit 17,8% (1946 16,9%) ein stabiler Faktor in der Ludwigshafener Kommunalpolitik geblieben, während die DP mit 7,2% gegenüber der WV (1946 7,7%) leichte Einbußen zu verzeichnen hatte. Da sich die Gesamtzahl der Sitze im Ludwigshafener Stadtrat von 50 auf 45 verringert hatte, blieben die SPD mit 22 Mandaten und die KPD mit acht konstant, während die CDU nun nur noch mit zwölf statt wie bisher 16 und die DP mit drei gegenüber vier der WV vertreten war.⁷

Die große Koalition im Stadtrat

Daß die von der Gemeinsamkeit aller Parteien im Ludwigshafener Stadtrat gekennzeichnete Nachkriegszeit nun aber zu Ende war, verdeutlichte der Verlauf der konstituierenden Stadtratssitzung am 1. Dezember 1948, den @Die Rheinpfalz@ freundlich mit einer "familiären Aussprache" umschrieb. SPD und CDU hatten sich nämlich auf eine Wahl des Oberbürgermeisters auf zehn Jahre sowie auf die Wahl von drei hauptamtlichen Beigeordneten und eines ehrenamtlichen Beigeordneten geeinigt. Während die Wahl der hauptamtlichen Beigeordneten ebenfalls auf zehn Jahre erfolgen sollte, sollte der ehrenamtliche Beigeordnete auf vier Jahre gewählt werden. Gegen diesen Vorschlag opponierten KPD und DP. Die KPD wohl wissend, daß ihr bisheriger Beigeordneter Frenzel im Zuge des Kalten Krieges ohne Chance auf eine Wiederwahl war und die DP in der Kenntnis, daß für sie erneut - wie bereits für die WV - kein Platz im Stadtvorstand vorgesehen war. Entsprechend wandte sich die KPD gegen jedes Berufsbeamtentum und die DP zumindest gegen dessen Ausbau, während SPD und CDU auf die Notwendigkeit hinwiesen, die besten Kräfte für die hauptamtliche Verwaltungstätigkeit zu gewinnen, um die vordringlichsten Aufgaben, nämlich neue Stadtgestaltung und den Wohnungsbau, auch zu lösen.⁸

Während der Stadtrat also die Weichen für die Zukunft stellte, konnten am 18. Dezember 1948 mit der Übergabe der neuen Rheinbrücke auch die dazu notwendigen Straßenbahngleise nach Mannheim freigegeben werden. Nicht nur für die über 10.000 Mannheimer und Ludwigshafener, die auf ihrem Arbeitsweg täglich an der hölzernen Notbrücke ihre Anreise zum Arbeitsplatz unterbrechen mußten, um den Strom per Fuß zu überqueren, bestand nun endlich wieder die Möglichkeit z.B. vom Waldhof aus direkt in die BASF zu gelangen. Auch für den Fuhrpark der Ludwigshafener Straßenbahn bot sich im Mannheimer Ausbesserungswerk endlich die Gelegenheit zur Renovierung.⁹

Auf der ersten ordentlichen Sitzung des neu gewählten Stadtrates stand am 10. Januar 1949 die Wiederwahl der Stadtführung an. Dabei ergaben sich erneut sowohl in der Höhe der Besoldung als auch in der Frage der Ausschreibung der Stellen die bereits bekannten Interessensunterschiede zwischen SPD und CDU auf der einen Seite und KPD und DP auf der anderen. Schließlich wurde nach einer heftigen Debatte - unter Verzicht auf eine Ausschreibung - Valentin Bauer (SPD) auf zehn Jahre als Oberbürgermeister der Stadt

Ludwigshafen mit einem Jahresgehalt von DM 15.600,- wiedergewählt. Ebenfalls wiedergewählt auf zehn Jahre als hauptamtlicher Beigeordneter wurde Dr. Ludwig Reichert (CDU) mit einem Jahresgehalt von DM 14 400,-. Für vier Jahre wiedergewählt wurde Peter Trupp (SPD) als ehrenamtlicher Beigeordneter mit einer Aufwandsentschädigung von jährlich DM 5.000,-. Die KPD war nicht mehr im Stadtvorstand vertreten. Ihre Kandidaten für Oberbürgermeister, hauptamtlichen und ehrenamtlichen Beigeordneten hatten jeweils auch nur die Stimmen der kommunistischen Fraktion erhalten, während sich die Vertreter der DP zwar bei Bauer und Trupp der Stimme enthalten, jedoch für Dr. Reichert gestimmt hatten.¹⁰

Die vollzogene Teilung Deutschlands und Europas hinterließ jedoch nicht nur im Stadtrat ihre Spuren. So konnte im Januar 1949 die Firma Giuliani nun mit einer Glashütte aufwarten - ein selbst für die Pfalz und die weitere Umgebung völlig neuer Industriezweig, der den bisher von Ostdeutschland erzeugten Bedarf an Glaswaren befriedigen sollte. Trotz solcher Eigeninitiativen betonte Oberbürgermeister Bauer am 11. Februar 1949 bei der Vorstellung des durch die Währungsreform notwendig gewordenen neuen städtischen Haushaltes - vom 21. Juni 1948 bis 31. März 1949 - unter Verweis auf das Defizit von DM 2.814.300,-, daß ein Wiederaufbau Ludwigshafens ohne Hilfe des Landes unmöglich sei.¹¹

Zeichensetzung für eine „lichere Zukunft“

Trotzdem war in der Folge die Aufwärtsentwicklung unübersehbar: Bereits im März 1949 war der höchste Güterumschlag im Ludwigshafener Hafengebiet seit Kriegsende zu verzeichnen; das Hilfswerk für die Opfer der Explosionskatastrophe in der BASF konnte seine Tätigkeit einstellen; das Stadtgartenamt begann mit der Wiederherstellung des Ebertparks als Volkspark; nach dem Faschingstreiben lief nun auch das Vereinsleben wieder auf vollen Touren. 25 Gesangsvereine, je zwölf Sport-, Kleingärtner- und Siedlervereine, sechs Angel- und fünf Kaninchenzüchtervereine waren seit 1946 gegründet worden. Auch der amtlich ermittelte Rückgang der Nutztierhaltung in Ludwigshafen zwischen 1938 und 1949 um 20% wurde auf eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung auf dem freien Markt zurückgeführt - lediglich der Bestand von Ziegen und Schafen - der "Kuh des kleinen Mannes" - hatte sich um über Tausend auf 1.797 erhöht.¹²

Auch der 1. Mai 1949 stand in Ludwigshafen nicht mehr im Zeichen großer Kundgebungen, sondern wurde von den Parteien und Gewerkschaften in Saalveranstaltungen gefeiert, die in der Regel den Auftakt zu Maitänzen bildeten. Diese spiegelten nach Ansicht der @Rheinpfalz@ die "lebensbejahende Freude wider, die unsere Jugend auch in der Zeit stärkster Depression erfüllt und die Richtung in eine lichte Zukunft sein soll". Diese Richtung beabsichtigte auch der Ludwigshafener Stadtrat aufzuzeigen, als er am 6. Mai 1949 einstimmig den Generalbebauungsplan für Ludwigshafen verabschiedete. Als vordringlichste Aufgabe wurde die Schaffung von zwei Rheinbrücken nach Mannheim angesehen. Erstrebenswert erschien auch schon 1949 die Stadt tatsächlich an den Rhein heranzubringen. Weiter wurde bereits die ganze Innenstadt als großes Geschäftsviertel projektiert, während zum Bedauern von Oberbürgermeister Bauer die "Verlegung des Hauptbahnhofes und damit die organische Verbindung der Nord- und Südstadt wieder in die weite Ferne gerückt" war. Daß für eine gemeinsame "lichte Zukunft" die Stadtverwaltung aber auch mit der Eigeninitiative der Bürgerschaft rechnen konnte, unterstrich der Ludwigshafener Verkehrsverein, der die Mittel zur Entschuttung des Ludwigsplatzes von 2.400 Kubikmetern Schutt zur Verfügung stellte. Einen kulturellen Zukunftsbeitrag leistete auch die Oberrealschule an der Leuschnerstraße mit der Reaktivierung des Musikunterrichts als Bildungsmittel. Allerdings kam in Ludwigshafen im Mai 1949 auf 65 Schülerinnen und

Schüler nur ein Lehrer, während vor 1939 die Schülerzahl 45 pro Lehrer betragen hatte. Immerhin konnten jedoch 15.200 Schülerinnen und Schüler täglich dank der @Hoover-Spende@ an der Schulspeisung teilnehmen.¹³

Vom Grundgesetz zur Bundestagswahl 1949

Während der Parlamentarische Rat am 8. Mai 1949 in Bonn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beschloß, wurden auch in Ludwigshafen weitere Zeichen für die Zukunft gesetzt. So hatte z.B. zum gleichen Zeitpunkt das städtische Krankenhaus mit 700 Betten "nahezu die friedensmäßige Aufnahmefähigkeit" erreicht. Auch daß sich offensichtlich wieder ganz Ludwigshafen am @Vaddertag@ und zu Pfingsten zu Ausflügen in die Pfalz aufmachte und damit - da in der Regel noch unmotorisiert - die Rhein-Haardtahn jeweils an das Ende ihrer Transportkapazitäten brachte, zeugte ebenso wie der wieder rege Besuch auf den traditionellen Volksfesten und die erstmals wieder durchgeführten Volkskonzerte im Ebertpark von einem in die Zukunft vertrauenden Verhalten der Stadtbevölkerung - gerade auch nach dem Ende der Berlinblockade. Ihr wesentliches Problem war inzwischen nur noch die katastrophale Wohnungslage: So waren Anfang Juni 1949 noch immer 6.044 Familien beim Wohnungsamt als suchend gemeldet. Hingegen konnten die Angehörigen der protestantischen Kirchengemeinde Süd am 19. Juni 1949 die Einweihung der Notkirche in der Maxstraße begehen - untermalt vom Geläut des stehen gebliebenen Turmes der zerstörten Lutherkirche. An der Weihe nahmen auch zahlreiche Ehrengäste aus den Reihen der protestantischen Spendergemeinden aus den USA, der Schweiz und Schweden teil - angereist nach Ludwigshafen mit der Eisenbahn, die nach eigenen Worten inzwischen auch wieder ein "friedensmässiges Reisen" anbot. Jedoch konnten nun auch Frankenthaler Geschäfte mit dem Verweis auf die wieder funktionierenden Omnibuslinie Oppau-Edigheim-Frankenthal um Ludwigshafener Kundschaft für einen Einkauf in der Nachbarstadt werben. Sicher ein interessantes Klientel, denn die Einwohnerzahl der Chemiestadt wuchs dank eines Geburtenüberschusses stetig - so auf 115.034 im April 1949. Eine ernsthaftere Bedrohung für den Ludwigshafener Wiederaufbau stellten allerdings die Demontagepläne der Siegermächte da. Betroffen waren neben der BASF u.a. auch die Mittelbetriebe Halberg, Raschig und Knoll, wo allein im Juni 1949 nach der Demontage betriebswichtiger Spezialmaschinen 100 Arbeitsplätze verloren gingen und für den Rest der Belegschaft nur Kurzarbeit zur Verfügung stand. Daß sich aber trotz solcher Rückschläge die Gesamtsituation der Ludwigshafener Bevölkerung verbessert hatte, veranschaulichte die Schließung des Ludwigshafener Kinderheims in Altrip zum 1. August 1949. Begründet wurde dieser Schritt u.a. damit, daß sich der Ernährungsstand der Kinder seit der Währungsreform wesentlich verbessert hatte. Als Alternative sollte die stadteigene Walderholungsstelle Ramsen wieder eröffnet werden, da inzwischen weder für den Transport der Kinder noch der Lebensmittel unüberwindliche Schwierigkeiten beständen. Zuvor unterhalten mit "circensischen Delikatessen in Vollendung" - das Gastspiel des Circus Belli war der erste Auftritt eines Großcircus in Ludwigshafen in der Nachkriegszeit, waren anschließend am 14. August 1949 80.868 Ludwigshafenerinnen und Ludwigshafener zur Wahl des ersten Bundestags aufgerufen. 79,5% folgten schließlich dem Aufruf: "Wer seine Heimat liebt, geht zur Wahl." Davon votierten 43,2% für die SPD, 30,7% für die CDU, 16,2% für die KPD und 9,9% für die FDP. Der bisherige MdL Friedrich Wilhelm Wagner wurde als Kandidat der SPD für den Wahlkreis Ludwigshafen-Frankenthal nun direkt in den Bundestag gewählt.¹⁴

Kontinuität und Brüche in der Kommunalpolitik

Nachdem sowohl bei der Wahl des Bundespräsidenten Professor Dr. Heuss am 12. September 1949 als auch von Bundeskanzler Dr. Adenauer am 15. September 1949 die Abgeordneten von SPD und KPD gemeinsam gegen die erfolgreichen Personalvorschläge von CDU und FDP gestimmt hatten, durfte man auf das Abstimmungsverhalten im Ludwigshafener Stadtrat gespannt sein, der nach fast fünfmonatiger Urlaubspause am 26. September 1949 wieder zusammentrat. Hier erwies sich jedoch die Große Koalition als stabiler Faktor: So wurde einleitend ein Antrag der KPD auf eine Debatte über die geplante Demontage in Ludwigshafen von SPD, CDU und FDP abgelehnt. Geschlossen wurde dagegen von allen Fraktionen die Weigerung der Landesregierung, der Stadt Bedarfszuweisungen zu gewähren, kritisiert und gemeinsam der Stadtkreis Ludwigshafen zum Brennpunkt des Wohnungsbedarfs erklärt.¹⁵

Ein Bruch vollzog sich jedoch innerhalb der größten Ludwigshafener Oppositionspartei: Bereits im Juli 1949 war vom Parteivorstand gegen den Fraktionsvorsitzenden der KPD, Herbert Müller, ein internes Parteiverfahren unter dem Vorwurf des Titoismus eingeleitet worden. Nach massivem innerparteilichem Druck kam Müller am 21. September 1949 der Forderung der KPD nach und erklärte gegenüber Oberbürgermeister Bauer seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz der KPD. Für die KPD jedoch völlig überraschend - sie hatte auf Müllers Loyalität nach 30 Jahren KPD-Mitgliedschaft gesetzt und beabsichtigt, Müller parteiintern für das schlechte Bundestagswahlergebnis verantwortlich zu machen und den vermeintlichen Titoisten dafür öffentlich an den Pranger zu stellen - erklärte Herbert Müller nachfolgend am 28. September 1949 unter Beibehaltung seines Landtags- und Stadtratmandates seinen Übertritt zur SPD. Ludwigshafen hatte nicht nur eine kleine kommunalpolitische Sensation, sondern mit dem Austritt Müllers setzte nun auch der unaufhaltsame Niedergang der KPD in ihrer rheinland-pfälzischen Hochburg ein.¹⁶

Vom Kommunisten zum Ehrenbürger:

Herbert Müller¹⁷ wurde am 13. September 1900 in Ludwigshafen geboren. 1915 Ausbildung zum Schriftsetzer in der Buchdruckerei Weiß & Hameier in Ludwigshafen. 1917 Vorsitzender der Sozialistischen Jugend in Ludwigshafen. 20. Juni 1918 bis 9. Dezember 1918 Militärdienst, anschließend Mitbegründer der Freien Sozialistischen Jugend in der Pfalz. 1919 Gehilfenprüfung, Beitritt zur KPD und zum Verband der Deutschen Buchdrucker, 1922 bis 1924 Fabrikarbeiter in der BASF, anschließend bis 1928 als Setzer bei der PEUVAG in Mannheim. 1923 Mitglied der Bezirksleitung Pfalz der KPD und Vorsitzender in Ludwigshafen, bis 1928 ehrenamtlicher Gewerkschaftsleiter der Bezirksleitung. 1928 bis 1933 MdL Bayern, 1928 bis 1929 Redakteur der @Erwerbslosenzeitung@ Pfalz, auch danach ständiger Mitarbeiter der KPD-Presse (u.a. @Arbeiter-Zeitung@ Ludwigshafen). 1928 bis 1931 Organisationsleiter des Bezirkes Pfalz, 1932 des Bezirkes Baden-Pfalz, 1929 bis 1933 Stadtrat in Ludwigshafen. März bis Mai 1933 Mitglied der illegalen Bezirksleitung Baden-Pfalz und Leiter der illegalen Arbeit der KPD in der Pfalz als stellvertretender Bezirksvorsitzender. Am 2. Mai 1933 verhaftet, von 1. Juli 1933 bis 3. April 1935 im KZ Dachau, danach erneut Widerstandarbeit mit Verbindung zur Grenzstelle Straßburg der KPD, Oktober 1936 Flucht vor erneuter Verhaftung nach Frankreich. Januar 1937 nach Spanien, Kaderoffizier der XI. Internationalen Brigade; abkommandiert zur politischen Leitung Valencia, dann zentrale Kaderleitung Barcelona; verantwortlich für Deutsche, Österreicher, Skandinavier und Briten in der republikanischen Armee, zuletzt im Range eines Kapitäns. Krankheitshalber Ende 1938 mit Genehmigung der französischen Regierung zurück nach Frankreich, Betreuung interner Spanienkämpfer, bei Kriegsausbruch 1939 in Paris selbst interniert. 1940 für den Kriegsdienst in der französischen Armee mobilisiert, Flucht vor der Wehrmacht nach Limoges. Anschließend als Angehöriger der 313. Gruppe der Arbeitskompanie Travailleur Etranger als Drucker in Belac beschäftigt. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Südfrankreich ab September 1943 erneute Illegalität. Führende Tätigkeit in der KPD und im @Komitee Freies Deutschland für den Westen@ in der Region Toulouse, 1944 Präsident des Komitees der Region Toulouse und Mitglied der Gewerkschaft CGT. August 1945 Rückkehr nach Deutschland, Vorsitzender des KPD-Bezirk Pfalz bis zur Bezirksauflösung 1948, 1946 Landesvorsitzender der KP Hessen-Pfalz, 1947 Landesvorsitzender der KPD Rheinland-Pfalz, 1945 bis 1947 KPD-Vertreter in der Redaktion der @Rheinpfalz@ Neustadt, 1947 bis 1949 Lizenzträger der Zeitung @Neues Leben@ und Gesellschafter der Rheinverlag GmbH, Ludwigshafen, 1946 bis 1948 Mitglied des Kreistages und von 1946 bis 1969 Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen, 1946 bis 1949 Vorsitzender der Stadtratsfraktion der KPD, 1946/47 Mitglied der

Beratenden Landesversammlung Rheinland-Pfalz, 1947 bis 1971 MdL Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der Landtagsfraktion der KPD, 1948 als Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender abgelöst, Mitglied des engeren Sekretariats der Landesvorstandes bis Juli 1949, September 1949 KPD-Austritt und Übertritt zur SPD, 1950 bis 1966 Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Ludwigshafen, 1950 Mitglied des Bezirkstags der Pfalz, 1966 bis 1981 Gesellschafter der Neue Pfälzer Post GmbH Ludwigshafen, 1947 bis 1991 Aufsichtsratsmitglied der Konsum-Genossenschaft bzw. der co op Kurpfalz eG. 1965 ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz, 1983 Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen. Herbert Müller starb am 24. November 1994 in Ludwigshafen.

Wieder Modeschau und Weihnachtsmarkt

Fernab von diesen politischen Auseinandersetzungen bewegten sich allerdings im Oktober 1949 die persönlichen Interessen - insbesondere der Ludwigshafenerinnen: So verzeichnete die Leistungsschau "Die Frau und ihr Heim" im Pfalzbau innerhalb einer Woche 12.000 Besucher. Danach erfreute sich an gleicher Stelle die Herbst- und Wintermodellvorführung der Abteilung "Modeschaffendes Handwerk" in der Ludwigshafener Schneiderinnung ebenfalls nicht nur eines ausgezeichneten Besuchs, sondern wurde auch von der Presse als "wirksame Demonstration des guten Geschmacks" gelobt.¹⁸

Zahlreiche Prominenz gab sich am 27. Oktober 1949 in Ludwigshafen ein Stelldichein, als in Anwesenheit von Bundespräsident Professor Dr. Heuss, Wirtschaftsminister Professor Dr. Erhard und Ministerpräsident Altmeier rund 450 Teilnehmer den Zusammenschluss der 66 Industrie- und Handelskammern der Bizone mit den 13 Industrie- und Handelskammern der Französischen Besatzungszone zum Deutschen Industrie- und Handelstag vollzogen. Einem weiteren Prominenten, nämlich dem Bürgermeister der Patenstadt Pasadena A. Ray Benedict, verlieh der Stadtrat am 7. November 1949 in dankbarer Würdigung seiner Tätigkeit als Präsident des Hilfskomités für Ludwigshafen - bei Stimmenthaltung der KPD - die Ehrenbürgerrechte. Ebenfalls gegen die Stimmen der KPD verabschiedete der Stadtrat in der gleichen Sitzung den Haushalt 1949, dessen Posten im wesentlichen aber schon im Laufen und von einer sparsamen Wirtschaftsführung der Stadt gekennzeichnet waren. Trotzdem war eine Erhöhung der Winterhilfe für Fürsorgeempfänger möglich, die dann auch einstimmig beschlossen wurde. Ablehnung auf Seiten der CDU fand dagegen ein Antrag der SPD, die Landesregierung zu ersuchen, die Errichtung von Konfessionsschulen in den Vororten auszusetzen.¹⁹

Eine weitere Gründungsversammlung erfolgte im Dezember 1949: Die Ortsgruppe des Bundes der Heimatvertriebenen konstituierte sich, um sowohl die eigenen Belange besser zu vertreten, als auch das Brauchtum der alten Heimat zu pflegen. Zwar hatte es entsprechende Bestrebungen bereits seit Dezember 1948 gegeben, jedoch hatte Frankreich erst zu Jahresbeginn 1949 seinen Widerstand gegen einen verstärkten Zuzug von Flüchtlingen in seine Besatzungszone aufgegeben, so daß ab April 1949 die Vereinsgründung festere Formen annehmen konnte. Dem verstärkten Zustrom - bis 1953 war dann jeder Zehnte Einwohner ein Heimatvertriebener - hatte am 26. September 1949 auch der Stadtrat durch die Einberufung eines Flüchtlingsausschusses Rechnung getragen.²⁰

Für die so stetig steigenden Wohnbevölkerung galt es aber nicht nur ein adäquates Angebot an Wohnraum und Arbeitsplätzen zu schaffen, sondern durch einen attraktiven Wiederaufbau des Geschäftsviertels das Abströmen der heimischen Kaufkraft über den Rhein zu verhindern - ein Problemkreis, der Ludwigshafen bis heute noch nicht verlassen hat. Daß es Mannheim immer wieder gelungen ist, sich einen Vorsprung zu verschaffen, wurde in Ludwigshafen bereits 1949 thematisiert - so bei der Eröffnung des Ludwigshafener Weihnachtsmarktes im Pfalzbau - denn geradezu symbolisch öffneten sich seine Pforten eine Woche später als in der Schwesterstadt. So galt es bereits als großer Erfolg, daß Ludwigshafen noch vor Mannheim

im November 1949 am Jubiläumsplatz nach amerikanischem Muster ein Warenhaus mit elf Einzelanbietern vorzuweisen hatte - "selbst ein Lautsprecher wird aufgeboden, um den Kunden mit Musik zu unterhalten und die Besucher auf besonders günstige Angebote hinzuweisen." Wiederum später als in Mannheim - aber immerhin als erster in der Pfalz - eröffnete am 31. Januar 1950 in Oggersheim auch der erste Selbstbedienungslagen für Lebensmittel.²¹

Weihnachtlich gestimmt zeigte sich der Stadtrat auf seiner Jahresabschlußsitzung am 22. Dezember 1949, als er - u.a. gegen die Stimme von Oberbürgermeister Bauer - die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter sowie eine Erhöhung der Fürsorgerichtsätze beschloß. Bauer hatte die gleichzeitige Finanzierbarkeit beider Gaben bezweifelt. Die Stadtratsitzung vom 22. Dezember 1949 erfreute sich auch deshalb einer großen öffentlichen Wahrnehmung, weil die Pressevielfalt im Ludwigshafen der Nachkriegszeit im Dezember 1949 ihren Höhepunkt erreichte: Neben der seit 1945 erscheinenden @Die Rheinpfalz@, hatte inzwischen auch der @Mannheimer Morgen@ eine Ludwigshafener Lokalseite. Zusätzlich erschien ab 1. Dezember 1949 wieder der @General-Anzeiger@ des Altverlegers Waldkirch, dem wiederum @Die Rheinpfalz@ den @Ludwigshafener Neuen Lokal-Anzeiger@ entgegenstellte. Auf der Parteiebene konkurrierten gleich zwei sozialdemokratische Zeitungen, nämlich @Die Freiheit@ aus Mainz und die @Badisch-Pfälzische Abend-Zeitung@ aus Mannheim mit je einer Ludwigshafener Lokalredaktion, während die KPD-Zeitung @Neues Leben@ ebenfalls mit einer Ludwigshafener Redaktion aufwarten konnte. Das CDU-Organ @Rheinisch-Pfälzische Landeszeitung@ und die Stimme der FDP @Rheinisch-Pfälzische Rundschau@ verzichteten hingegen auf Mitarbeiter in Ludwigshafen, während auf der Vorort-Ebene noch der @Lokalanzeiger Oppau-Edigheim@ und der @Oggersheimer Anzeiger@ erschienen.²²

Schwierigkeiten mit der Nachkriegsordnung

Nach zehn Jahren Pause vereinten sich die Ludwigshafener Karnevalsgesellschaften am 1. Januar 1950 wieder zu einer Gratulationcour, indem sie Oberbürgermeister Bauer, Bürgermeister Dr. Reichert und dem Beigeordneten Trupp die besten Wünsche zum neuen Jahr aussprachen. Daß aber neben den Karnevalsgesellschaften auch der Oberbürgermeister das Jahr 1939 als Zäsur begriff, machte er während der Nachtragshaushaltsdebatte des Stadtrates am 23. Februar 1950 deutlich, als er die Preise der Straßenbahn als unter der Friedenshöhe bewertete. Gleichzeitig schaute Bauer auch nach vorne, indem er auf die Gefahr abnehmender Fahrgastzahlen verwies, da "sehr viele Fahrgäste nun das Fahrrad wieder benützten, dessen Anschaffung durch einen günstigen Finanzierungsplan allenthalben gefördert werde". Der Stadtrat sah die Geschicke der Stadt bei Bauer offensichtlich in guten Händen, denn er billigte abschließend den Nachtragshaushalt für das Rechnungsjahr 1949 einstimmig "in seiner allgemeinen Form".²³

Fast "friedensmäßige" Preise boten sich den Konsumenten auch wieder im Pfalzbau bei einer Ausstellung von Radio- und Elektrogeräten - Teilzahlungsmöglichkeiten inbegriffen. Im Angebot waren neben "Einkreisern auch Vollsuper-Apparate", eine elegante "Radio-Truhe" mit Plattenspieler und ein "handliches Koffergerät, nicht schwerer als drei Kilogramm". Beworben wurde der Besuch der Ausstellung auch mit der Aussicht auf Gewinne: "Der 5000. soll sogar einen Radioapparat erhalten". Trotz solcher Zuschaustellungen der neuen Technik war man im Alltag aber noch auf Improvisation angewiesen. So wurden beim Schienenneubau der Straßenbahn nicht mehr verwendbare Schienen für die Umzäunung des Ebertparks vorgesehen und die Ludwigshafener Polizei griff zur Eigeninitiative, indem der

notwendige Ausbau des Polizeipräsidiums durch die eigenen Mitarbeiter vorgenommen wurde.²⁴

Rund zwanzigtausend Teilnehmer zählte der DGB am 1. Mai 1950 bei seiner Kundgebung in Ludwigshafen - unterhalten wurden sie u.a. von den Gesangsbeiträgen der gemeinsam auftretenden zwölfhundert Mitglieder der Ludwigshafener Chöre. Ist man aus heutiger Sicht von solchen Teilnehmerzahlen beeindruckt, so wurde von den damaligen Festrednern der Rückgang der Besucher bei den Maifeiern gegenüber dem @Dritten Reich@ zwar bedauert, gleichzeitig aber auch insbesondere der demokratische Charakter der Maifeiern im Westen gegenüber den Paraden im Ostblock betont. Grund zum Feiern hatte zum 1. Mai auch die Ludwigshafener Mennonitengemeinde, die den Wiederaufbau ihrer Kirche - dank der Unterstützung amerikanischer Mennoniten - begehren konnte. Ebenfalls mit dem Wiederaufbau beschäftigte sich der Ludwigshafener Stadtrat auf seiner Sitzung am 8. Mai 1950, wobei ein Antrag der Stadtführung auf Änderung des Generalbaulinienplans bei der Mehrheit des Parlaments nicht auf Gegenliebe stieß, sondern die Vorlage des Stadtvorstandes zur Neugestaltung des Jubiläumsplatzes mit einem zentralen Hochhaus als Blickfang für die Anreisenden aus Mannheim in den Bau- und Grundstücksausschuß verwiesen wurde. Stadtrat Willy Feller (KPD) hatte kritisiert, daß mit diesem Neuentwurf der Generalbaulinienplan in einen "Generalspielplan" verwandelt werde. Einstimmig beschloß der Stadtrat auch, die Bundesbahn aufzufordern, die veralteten Dampflokomotiven der Lokalbahn Mundenheim-Meckenheim durch Diesellokomotiven zu ersetzen.²⁵

Widersprüchlich waren die Meldungen vom Arbeitsmarkt im Mai 1950. Während das Arbeitsamt positiv verkünden konnte, daß alle im Frühjahr 1950 zugezogenen und arbeitsfähigen männlichen Umsiedler in Lohn und Brot vermittelt werden konnten, mußte auf der Habenseite generell ein geringes Stellenangebot für Frauen eingestanden werden. Insgesamt waren 1950 in Ludwigshafen in 5.229 Arbeitsstätten wieder 67.681 Menschen beschäftigt, darunter aber nur noch 13.014 Frauen. Während die Verdrängung weiblicher Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt eine typische Nachkriegsentwicklung darstellte, bemängelte der Stadtrat am 22. Mai 1950 sowohl bei der Festsetzung der Benutzerpreise für die Straßenbahn als auch für den Ebertpark, daß beide städtischen Einrichtungen in ihren Angeboten noch nicht das Vorkriegsniveau erreicht hatten. Die Einführung einer Speiseeissteuer in Ludwigshafen wurde mehrheitlich abgelehnt.²⁶

Gegen die Folgen der Nachkriegsordnung wandten sich am 13. Juni 1950 auch über 1.000 Angestellte und Beamte der Stadtverwaltung Ludwigshafen, als sie vor dem Ebertpark gegen die Wiederbeschäftigung des ehemaligen Leiters des städtischen Wohlfahrtsamtes und @NSDAP-Blutordenträgers@ Keßler als Kassierer am Eingang des städtischen Parks protestierten. Der Betriebsratsvorsitzende Keilbach forderte, daß Keßler entweder wieder entlassen oder aber mit "Picke und Schaufel" bei Wiederaufbauarbeiten eingesetzt werden sollte, "damit er die Gelegenheit erhalte, an einer Stelle zu arbeiten, wo wertvolles Volksvermögen durch den Größenwahn der nationalsozialistischen Machthaber zerstört wurde". Hingegen keine Folge der Nachkriegsordnung, sondern der Rheinbegradigung von 1827, war, daß im Juli 1950 noch immer Friesenheimer Bauern zur Heuernte auf die Friesenheimer Insel auszogen und auf dem Rückweg mit ihren Pferdefuhrwerken auf der Rheinbrücke zu erheblichen Verkehrsstauungen beitrugen.²⁷

Kalter Krieg in Ludwigshafen

Mit dem Haushalt 1950 befaßte sich der Stadtrat auf seiner Sitzung am 24. Juli. Dabei bedauerte Oberbürgermeister Bauer in seiner Haushaltsrede, daß trotz Wohnungsmangel in Ludwigshafen noch immer viele Wohnungen von der Besatzungsmacht in Beschlag genommen seien und den Rückstand, der die Ludwigshafener Geschäftswelt gegenüber Mannheim auszeichne und zu einer stetigen Käuferabwanderung nach Mannheim führe. Während SPD, CDU und FDP den Haushaltsvorschlägen der Stadtverwaltung folgten, votierte die KPD nicht nur gegen den Haushaltsvorschlag sondern auch nahezu gegen alle weiteren Beschlußvorlagen auf der Tagesordnung. Entsprechend befragte Oberbürgermeister Bauer den KPD-Fraktionsvorsitzenden Feller, "um welchen Preis die KPD an der Verwaltung mitarbeiten werde; denn ihm sei es lieber, den Haushalt einstimmig, als mit Gegenstimmen angenommen zu sehen". Hingegen beglückwünschte der SPD-Bundestagsabgeordnete Friedrich Wilhelm Wagner den Oberbürgermeister zu dem Umstand, daß die KPD dem Plan nicht zugestimmt habe und betonte unter Verweis auf die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der SBZ / DDR, daß es keine Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD in Ludwigshafen gebe, "denn es gibt keine Zusammenarbeit zwischen Gefängniswärtern und Gefangenen. SPD und KPD haben nichts gemein! Die SPD ist ein entschlossener Gegner der KPD und SED!".²⁸

Das in der Nachkriegszeit bisher einende Band des Wiederaufbaus zwischen demokratischer Mehrheit und kommunistischer Opposition war aber nicht nur im Ludwigshafener Stadtrat endgültig zerrissen. So erhielten am 3. August 1950 die Regierungspräsidenten ein Rundschreiben des rheinland-pfälzischen Innenministeriums, in dem sie aufgefordert wurden, "der Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und durch geeignete Maßnahmen die Wühlarbeit sowohl links- als auch rechtsradikaler Gruppen zu unterbinden". Besonders verwiesen wurde auf Organisationen, die "von der SED und damit von der Sowjetunion beauftragt sind, die Bevölkerung der Bundesrepublik für ihre Zwecke zu gewinnen". Das Schreiben wurde zweimal ergänzt: Am 16. August 1950 mit einer Information über die einschlägigen Bestimmungen "gegen die Unterwühlung der durch Grundgesetz und Landesverfassung gegebenen demokratischen Staatsordnung" und am 18. August 1950 durch eine Liste der Organisationen, die "für die Ziele der SED/KPD tätig sind". Die Landesregierung stellte fest, daß eine Betätigung für diese Organisationen "mit einem öffentlichen Amt unvereinbar sei" und ordnete an, entsprechend aktive Beamte, Angestellte und Arbeiter zu entlassen.²⁹

Diese erste vor dem Hintergrund des Koreakrieges vollzogene antikommunistische Maßnahme fand in der Ludwigshafener Öffentlichkeit keine Beachtung. Augenscheinlich – aber nicht berichtet – war die mit der Koreakrise verbundene verzögerte Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts für die Verlagsleitung und Verwaltung beim Neubau des Pressehauses des @Rheinpfalz@-Verlages in der Amtsstraße. Notiert wurde dagegen, daß z.B. ab dem 5. August 1950 von Ludwigshafen aus wieder eine Direkteinwahl in die Ortsnetze von Landau und Neustadt möglich war. Damit konnte sich das Ludwigshafener Fernmeldeamt auf seine eigentliche Arbeit konzentrieren, "auf die Herstellung von Telefonverbindungen über große Entfernungen, die ja unmöglich automatisch erzielt werden können". Hingegen war die Verhaftung von 17 Ludwigshafener FDJ-Mitgliedern, die am 13. August 1950 Unterschriften zur Ächtung der Atombombe gesammelt hatten, durch ein 30 Mann starkes Polizeikommando, der @Rheinpfalz@ durchaus die Schlagzeile: "FDJ-Blauhemden verhaftet" und den Hinweis wert, daß die Ludwigshafener Jugendlichen bei ihrem Abtransport die Hymne der DDR "Auferstanden aus Ruinen" absangen. Einen weiteren Ausbau ihrer bereits seit 1949 durch den Übertritt von Herbert Müller im Stadtrat bestehenden absoluten Mehrheit konnte die SPD-Stadtratsfraktion am 22. August 1950 vermelden. Nun hatte auch die Gewerkschafterin Heny Roos - zuvor immerhin CDU-

Landesvorstandsmitglied - aus "politischen Überlegungen" die Fraktion gewechselt. Die 45 Stadtratsmitglieder repräsentierten inzwischen - laut der Volkszählung vom 13. September 1950 - 123 869 Einwohner (53,5% Protestanten / 42% Katholiken).³⁰

Die Ludwigshafener Gewerkschafterin:

Heny Roos³¹ wurde am 10. November 1905 geboren. Gewerkschaftssekretärin. 1927 Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, ab 1933 Teilnahme am Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Von 1946 bis 1979 Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen, zunächst für die CDU, ab 23. August 1950 dann für die SPD. 1948 Sekretärin der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Ludwigshafen, ab 1950 hauptamtlich. 1956 Wechsel zur Gewerkschaft ÖTV als hauptamtliche Bezirkssekretärin in Rheinland-Pfalz bis 1966. 1968 bis 1975 Vorsitzende der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, anschließend Ehrenvorsitzende. 1968 Auszeichnung mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette, 1976 mit dem Bundesverdienstkreuz, 1979 mit dem Ehrenring der Stadt Ludwigshafen. Heny Roos starb am 5. Januar 1986. Ihr gesamtes Vermögen vermachte sie der Stadt Ludwigshafen mit der Auflage, es für in Not geratene Menschen zu verwenden.

Am 19. September 1950 faßte die Bundesregierung einen Beschluß betreffend die "Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung". Daraufhin verfügte am 27. September 1950 das Innenministerium Rheinland-Pfalz die Entlassung der KPD-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst. Allerdings hatten die mit der Umsetzung beauftragten nachgeordneten Behörden zunächst einmal Klärungsbedarf: So befragte der Städteverbund Rheinland-Pfalz das Innenministerium u.a., wie mit den kommunistischen Bürgermeistern zu verfahren sei und ob Beamte, die gleichzeitig Stadtratsmitglieder wären sowie Opfer des Faschismus, und kommunistische Betriebsratsmitglieder ebenfalls zu entlassen seien. Als wichtig erachtet wurde das Problem, was mit Kommunisten geschehen sollte, die sich "aus Tarnungsgründen von der KP gelöst haben". Diese Probleme besprach das Innenministerium am 10. Oktober 1950 mit den Regierungspräsidenten und den Vertretern des rheinland-pfälzischen Gemeindetages und Städtebundes. Dabei betonte Staatssekretär Schmidt, daß der Erlaß der Bundesregierung vom 19. September 1950 nur als "Warnung" gedacht gewesen sei, die Landesregierung jedoch die Auffassung vertrete, daß die "Maßnahmen" auch durchgeführt werden müßten. Erst danach veranlaßte am 11. Oktober 1950 Oberbürgermeister Bauer die Überprüfung aller städtischen Mitarbeiter.³²

Allerdings hatten sich zuvor die Betroffenen beider politischen Lager auch noch einmal gezeigt: Bei der Gründungsversammlung der rechtsradikalen @Deutschen Reichspartei@ in Ludwigshafen kam es am 7. September 1950 zu tumultartigen Auseinandersetzungen zwischen Rechts und Links, obwohl der breiten Bevölkerung - im Gegensatz zur unmittelbaren Nachkriegszeit - solche politischen Treffen inzwischen keinen Besuch mehr wert waren. Auf der Gewerkschaftsebene hatten sich die Kommunisten inzwischen selbst isoliert. So sprachen sich bei der Delegiertenversammlung der IG Chemie in Ludwigshafen nur noch 18 Delegierte gegen die Entlassung von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst aus; 51 Gewerkschaftler hingegen lehnten einen kommunistischen Resolutionsantrag, gegen die Entlassungen vorzugehen, ab. Mobilisierend wirkten auf die Ludwigshafener Bevölkerung inzwischen andere Ereignisse: Zum letzten Fest des Jahres im Ebertpark am 8. Oktober 1950 erschienen über 20.000 Besucher - vorangegangen war ein vom Ludwigshafener Einzelhandel gesponserter Lampionfestzug, der eine Gesamtlänge von drei Kilometer erreichte.³³

Noch weiter als die IG Chemie ging die Gewerkschaft ÖTV in Ludwigshafen. Sie lehnte auf ihrer Delegiertenversammlung am 19. Oktober 1950 eine Entschließung gegen die Entlassung von Kommunisten aus Öffentlichen Betrieben als "politische Angelegenheit" ab.³⁴ Den gleichen Weg ging der Ludwigshafener Stadtrat auf seiner Sitzung am 30. Oktober 1950, als

er einen Antrag der KPD-Fraktion auf Protest gegen die Entlassung von kommunistischen Arbeitern, Angestellten und Beamten auf den ordentlichen Geschäftsgang verwies. Oberbürgermeister Bauer betonte, daß die Stadtverwaltung noch gar keine Maßnahmen ergriffen habe. Zuvor hatte der Oberbürgermeister anlässlich der Einweihung des wiederaufgebauten Stadtratsaales im Stadthaus Ludwigstraße die Geschichte des Ludwigshafener Stadtrates gewürdigt und dabei auf die Kooperation von KPD und NSDAP im Kampf gegen die Stadtverwaltung in der Endphase der Weimarer Republik verwiesen sowie die schlechte Betreuung der Stadt durch das Land Rheinland-Pfalz kritisiert. Im Mittelpunkt der Stadtratssitzung standen jedoch Krediterhöhungen und Kreditbereitstellungen für die Haushaltsjahre 1949 und 1950, die Einführung einer Vergnügungssteuer bei sportlichen Veranstaltungen, wobei die KPD sich für die Ersetzung des Berufssports durch den allgemeinen Volkssport aussprach, und schließlich auch noch die Umbenennung des Ludwigshafener Stadions von @Rhein-Stadion@ in @Südwest-Stadion@.³⁵ Am 10. November 1950 lag schließlich auch dem Oberbürgermeister das Namen-, Partei- und Berufsfunktionen umfassende Überprüfungsergebnis für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung Ludwigshafen vor. Es wurde festgestellt, daß eine Reihe Verwaltungsbediensteter die KPD bereits im Laufe des Jahres 1950 verlassen hatte. Da die Verbliebenen innerbetrieblich keine politischen Aktivitäten mehr zeigten, wurde letztlich auf ihre Entlassung verzichtet.³⁶

Die Einführung einer Kontingentierung auf der Basis des letzten Zwangswirtschaftsjahres bei der Zuteilung des Hausbrandes für den Winter 1950 verdeutlichte im November 1950 noch einmal mehr allen Bewohnern von Ludwigshafen, daß auch fünf Jahre nach Kriegsende noch keineswegs in allen Lebensbereichen Normalität eingetreten war. Gleichfalls klagte das Metallhandwerk über Materialverknappung, was die Preise für unedle Metalle wie Blei und Kupfer bei den Altmaterialhändlern steigen ließ und zu verstärkten Kabeldiebstählen und illegalen Ausräumungen von Ruinengrundstücken führte. Das legale Aufräumen von Trümmergrundstücken in der Innenstadt wurde wiederum durch die Weihnachtsvorbereitungen unterbrochen, in dem die Ruinengrundstücke als Kulissen für das Aufstellen von Märchengruppen benutzt wurden, die gemeinsam mit 25 "Riesentannenbäumen" die Innenstadt für einen Einkaufsbummel gegenüber der Mannheimer Konkurrenz attraktiv machen sollten. 37 Gewerbetreibende für "Trümmerbeseitigung und den Verkauf von gebrauchten Backsteinen" mußten daraufhin ihre Tätigkeit einstellen. Insgesamt verloren zwischen November und Dezember 1950 - durch den saisonbedingten Rückgang der Bautätigkeit, nicht zuletzt aber auch aufgrund der angestiegenen Rohstoffpreise - 429 Personen im Arbeitsamtsbezirk Ludwigshafen ihren Arbeitsplatz. In der Gartenstadt standen die Einwohner sechs Stunden - verbunden sogar mit einer kleinen Keilerei - an, um an der Weihnachtsanlieferung für den hiesigen Kohlenhändler partizipieren zu können. Vor diesen Hintergründen kam es auch im Stadtrat von Ludwigshafen bei seiner Sitzung am 21. Dezember 1950 zu einer heftigen Debatte um die von der KPD-Fraktion sowie vom Betriebsrat und der Gewerkschaft ÖTV geforderte Weihnachtszuwendung für die städtischen Mitarbeiter. Oberbürgermeister Bauer lehnte für die Verwaltung dieses Ansinnen aufgrund der defizitären Haushaltslage ab. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wagner kommentierte die Ablehnung des KPD-Antrages durch die Stadtratsmehrheit, trotz der gleichlautend formulierten Wünsche des sozialdemokratisch geführten Betriebsrates und der ebenfalls sozialdemokratisch geführten ÖTV, mit den Worten: "Der kommunistische Antrag ist ein demagogischer Propagandaantrag, der gleichlautende Gemeinschaftsantrag ist im freien gewerkschaftlichen Sinne eine gerechte Handlung!". Gleichfalls umstritten war die Erhöhung der Mitgliederzahl der Ausschüsse zugunsten der SPD, da ja die SPD-Fraktion durch zwei Fraktionsübertritte inzwischen die absolute Mehrheit hatte und diese nun auch in den Ausschüssen beanspruchte. Letztlich stimmten dem Beschlußvorschlag der SPD-Fraktion auch nur die eigenen Mitglieder zu, während CDU und FDP dagegen votierten und die KPD-

Fraktion sich der Stimme enthielt. Zum Abschluß der Sitzung betonte Oberbürgermeister Bauer auf Rückfrage der KPD-Fraktion noch einmal, daß die Entlassung städtischer Bediensteter aufgrund ihrer politischen Haltung nach seiner Auffassung mit dem Grundgesetz nicht vereinbar wäre und er deshalb in diesem Punkte der Landesregierung den Vortritt lasse. Auch bei seiner in der @Rheinpfalz@ veröffentlichten Jahresbilanz sparte Oberbürgermeister Bauer nicht mit Kritik an der Landesregierung. Entsprechend sprach er sich als Stadtoberhaupt des "Aschenbrödels des Landes" für eine Länderneubildung aus, prognostizierte aber auch für 1951 "einen kleinen Schritt vorwärts, wenn uns der Frieden erhalten bleibt" - angesichts der täglichen Schlagzeilen über den Korea- und Indochina-Krieg ein berechtigter Wunsch.³⁷

Dissonanzen zwischen Stadt und Land und die Landtagswahl 1951

Die Einbringung des Nachtragshaushaltsplans 1950 durch Oberbürgermeister Bauer am 25. Januar 1951 war ebenfalls mit deutlichen Dissonanzen zwischen Stadt und Land verbunden. So beantwortete der Oberbürgermeister die vom Finanzminister von Rheinland-Pfalz angekündigte Kürzung der für die Gemeinden vorgesehenen Beiträge aus dem Finanzausgleich mit der Feststellung, "daß es schön wäre, wenn auch die Stadt einmal erklären könnte, daß sie ihre Verpflichtungen in jeder Hinsicht nur zu zwei Dritteln erfüllen könne". Daher sei mit der Beratung des Haushaltsplans 1951 endgültig der Zeitpunkt gekommen, in dem sich die Gemeinden zur Frage der Neuregelung der Ländergrenzen energisch zum Wort melden müßten. "Tätige Reue" kündigte daraufhin am 3. Februar 1951 Finanzminister Hoffmann - in Anwesenheit von Oberbürgermeister Bauer - anläßlich der Feier zum Wiederaufbau der Ludwigshafener Walzmühle an. Trotzdem hagelte es aus Ludwigshafen weiter Kritik wegen mangelnder Unterstützung durch den Staat. So wurde auf einer Sitzung der Einzelhändler am 13. Februar 1951 die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer von drei auf vier Prozent zwar als "Belebungspritze für den Staatssäckel" eingeschätzt, die aber den Einzelhandel in den Ruin treibe. Auch wurde Ludwigshafens "Pseudobahnhof" und die "wenig rühmliche Visitenkarte Ludwigsplatz" kritisiert. Die Schuld daran wurde aber "zum Gutteil der stiefmütterlichen Behandlung Ludwigshafens durch das Land Rheinland-Pfalz" zuerkannt. Selbst der Kreisverband der Obst- und Gartenbauvereine bemängelte auf seiner Jahreshauptversammlung am 20. Februar 1951 nicht eingehaltene Versprechen der Landesregierung bei der Schildlausbekämpfung, kritisierte aber gleichzeitig die Stadt, die "nachlässigen Gartenbesitzern Strafen androhe, während die städtischen Anlagen nach wie vor vernachlässigt blieben".³⁸

Einen schweren Verlust erlitt die evangelische Kirchengemeinde in Ludwigshafen in der Nacht zum 12. März 1951 als in Friesenheim die Pauluskirche nieder brannte. Der Verlust war um so größer, da sie zuvor eine der wenigen Ludwigshafener Kirchen gewesen war, die fast unbeschadet den Zweiten Weltkrieg überstanden hatte. Einen Verlust auf der politischen Ebene hatte zuvor die kommunistische Stadtratsfraktion am 19. Februar 1951 mit dem Austritt ihres Stadratsmitglieds Fritz Baumgärtner - Landesvorsitzender der IG Metall - aus der KPD erlitten. Die KPD-Fraktion im Ludwigshafener Stadtrat diffamierte Baumgärtner nicht nur auf der nachfolgenden Stadtratssitzung am 3. April 1951, sondern verkündete auch noch den Ausschluß von Max Frenzel - kommunistisches Stadratsmitglied seit 1924 und Beigeordneter der Stadt Ludwigshafen zwischen 1945 und 1948 - aus der Partei und der KPD-Fraktion, weil "er sich nicht von Baumgärtner distanzierte". Im Mittelpunkt der Stadtratssitzung stand jedoch nicht der fortlaufende Selbstauflösungsprozess der kommunistischen Stadtratsfraktion - bereits drei Tage später erklärte auch der Gewerkschaftssekretär Paul Liebel seinen Austritt aus der KPD und der Fraktion - sondern

der Beitritt der Stadt zur kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar-GmbH. Während Stadtrat Bertram (FDP) forderte, daß die "Ländergrenzen endlich der Vergangenheit angehören müßten", warnte der SPD-Bundestagsabgeordnete Wagner "vor der falschen Vorstellung, daß die schlechte Behandlung durch Rheinland-Pfalz durch den Beitritt zu einer Arbeitsgemeinschaft eine Änderung erfahren würde". Auch der KPD-Fraktionsvorsitzende Feller betonte, daß die Arbeitsgemeinschaft von der "Idee Kurpfalz und Südweststaat getragen werde", lehnte sie jedoch ab, "da nach dem Zusammenschluß Deutschlands sowieso neue kommunalpolitische Formen geschaffen werden müßten. Kritisch zum Land Rheinland-Pfalz äußerte sich die Mehrheit des Stadtrates auch in der Frage der in der Landesverfassung vorgesehenen Wiedereinführung der Bekenntnisschule in den Ludwigshafener Vororten, die nach einer Umfrage aber im Stadtteil Maudach der Mehrheit des Elternwillens entsprach. Unzufrieden war man jedoch auch mit dem Bund, da die Bundesbahn den Wiederaufbau des Hauptbahnhofes von einem städtischen Zuschuß abhängig machte. Gerne bereit gestellt hatte man dagegen städtische Mittel für die Renovierung des Turmrestaurants im Ebertpark. Stolz präsentierte Bürgermeister Dr. Reichert das Ergebnis beim offiziellen Auftakt zur Sommersaison im Ebertpark am 15. April 1951.³⁹

Nach soviel Kritik am Land Rheinland-Pfalz durfte man also mit einigem Interesse dem Ludwigshafener Ergebnis bei der Landtagswahl am 29. April 1951 entgegenschauen: Dabei fiel zunächst der Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber 1947 von 77,4% auf 74,7% auf. Deutlicher Sieger war in Ludwigshafen wieder die SPD, die sich gegenüber 1947 (46,7%) auf 48,9% der Wählerstimmen steigern konnte. Verluste hingegen mußte - trotz eines Wahlkampfauftrittes von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer am 22. April 1951 im Rheingold-Theater - die zweitplazierte CDU von 27,3% im Jahr 1947 auf nun 25,1% hinnehmen. Drittstärkste Partei war nun in Ludwigshafen erstmals die FDP, die gegenüber ihrem protestantischen Vorgänger @Sozialer Volksbund@ im Jahr 1947 (5,2%) nun 12,3% der Stimmen erhalten hatte. Erstmals in der Nachkriegszeit nur an vierter Stelle mit 10,1% (gegenüber 20,8% 1947) rangierte die KPD, während die Partei der Heimatvertriebenen mit 1,9%, die Deutsche Gemeinschaft mit 1,1% und das katholische Zentrum mit 0,6% nur unter ferner liefen zu verzeichnen waren. Gewählt in den Landtag wurden aus Ludwigshafen für die CDU Franz Heller und Ludwig Reichling und für die SPD Ernst Lorenz, Herbert Müller und August Schäfer. Da in der Folge die SPD aber aus der Landesregierung ausschied, nützte ihr der Ludwigshafener Wahlerfolg nur wenig. Die KPD konnte ihre Fundamentalopposition nun nur noch im Stadtrat fortsetzen, da sie im Landtag nicht mehr vertreten war, während die neuen Regierungsparteien CDU und FDP in Ludwigshafen nur auf 37,4% der Wählerstimmen erhalten hatten. So überrascht auch nicht, daß das Wahlergebnis der Stadtverwaltung im @Stadt-Anzeiger@ keine Zeile wert war, während ausführlich über die Geschichte des Parkfestes referiert wurde.⁴⁰

Malermeister und Landtagsabgeordneter:

Franz Heller⁴¹ wurde am 10. Oktober 1900 in Ludwigshafen-Mundenheim geboren. Malermeister. 1918 Soldat; 1919 Mitglied der katholischen Zentrumspartei. Vorsitzender der pfälzischen "Windhorst-Bünde", bis die Nationalsozialisten die katholische Jugendbewegung drangsalierten und auch Heller politisch verfolgten. Franz Heller wirkte nun als Alleininhaber seines kleinen Unternehmens bis er während des Zweiten Weltkriegs erneut zum Militärdienst eingezogen wurde. Nach dem Ende des Krieges trat er als Gründungsmitglied der pfälzischen CDU hervor. Franz Heller war von 1946 bis 1956 Mitglied des Ludwigshafener Stadtrats. 1946 wurde er auch in die Beratende Landesversammlung von Rheinland-Pfalz gewählt, die die Verfassung für das zukünftige Bundesland entwarf. Danach wirkte Franz Heller noch bis 1967 als rheinland-pfälzischer Landtagsabgeordneter für die CDU, als Präsident der Handwerkskammer der Pfalz war er sogar von 1955 bis zu seinem Tod am 27. November 1970 tätig.

Zwischen neuer Mobilität und freier Marktwirtschaft

Keinen Zweifel am gemeinsamen demokratischen Willen in Ludwigshafen ließ der DGB-Kreisvorsitzende Kaeseberg bei der Kundgebung zum 1. Mai im Ebertpark aufkommen. Trotz des herrlichen Sonnenwetters waren "Tausende" gekommen, um aus "Erinnerung an das Vergangene" sich "jeder Diktatur entgegenzustellen und für die Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten". Überhaupt war der Ebertpark wieder der Treffpunkt in Ludwigshafen geworden, so auch an Pfingsten 1951 als "Abertausende" den Ludwigshafener "National-Park" besuchten. Übertroffen wurde er nur noch vom Südwest-Stadion, wo der 1. FC Kaiserslautern seine Meisterschaftsspiele austrug und bis zu 70.000 Zuschauer in seinen Bann zog, aber auch nach Spielschluss den innerstädtischen Verkehr zusammenbrechen ließ: "Pausenlos fuhren die Wagenkolonnen in Vierer- und Sechserreihen auf, stauten sich vor dem Verkehrspolizisten, der mit eiserner Ruhe auch dem anhaltenden Hupenkonzert begegnete." Der neuen Mobilität stellten sich auch die Ludwigshafener Kinos: Sie kündigten nicht nur amerikanische Western mit "Romantik, Abenteuer, Liebe, Humor am laufenden Band" an, sondern boten auch gleichzeitig in ihrer Programmorschau "Fahrrad- und Motorradeinstellung kostenlos" oder gar "Parkgelegenheit - Fahrradwache kostenlos" an. Ebenfalls gut besucht zeigte sich bei der Einweihung am 27. Mai 1951 das neue Gotteshaus der Neuapostolischen Gemeinde in Ludwigshafen. Weitere Aufbruchzeichen setzte der DGB in Ludwigshafen, der an den Wiederaufbau seines kriegszerstörten Gebäudes in der Ludwigstraße ging sowie die evangelische Kirchengemeinde in Oppau, die sich ebenfalls an die Instandsetzung ihrer Kirchenruine machte, wobei offen blieb, wie oft dieses Gebäude im Laufe der Jahrhunderte bereits zerstört worden war. Die Bundesbahn ging nun endlich an die notwendigen Renovierungsarbeiten im Hauptbahnhof.⁴²

Die Ursachen für die Notwendigkeit der Erhöhung der Strom- und Gaspreise in Ludwigshafen rückwirkend zum 1. April 1951 wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit im Stadtrat am 14. Juni 1951 zur Abwechslung einmal nicht in einer verfehlten Landespolitik, sondern in der "Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik" gefunden. So erklärte das SPD-Fraktionsmitglied Hessler für seine Genossen: "Es sei ein Unding, in einem so armen Land wie der Bundesrepublik der Preisgestaltung freien Lauf zu lassen". Erhard habe von einem "Auspendeln der Preise gesprochen. Heute sehe man, wohin die Preise auspendelten". Oberbürgermeister Bauer hielt den mit "Nein" votierenden Fraktionen von CDU und KPD in Blick auf die CDU vor: "Ihm schein es fast, als ob die CDU den Versuch unternehmen wolle, eine Politik, die sie in Bonn widerspruchslos unterstütze, hier der SPD in die Schuhe zu schieben". Den energiepolitischen Griff in den Beutel des Kleinen Mannes nahm die Ludwigshafener Bevölkerung 1951 jedoch noch klaglos hin. Neue Volksfeste - wie das "Obbarer Dambnudlefest" - meldeten einen guten Besuch, traditionelle - wie das Gartenstädter Blumenfest oder der Friesenheimer "Erntebroote" - neue Besucherrekorde. Gar rund 150.000 Besucher verzeichnete am letzten Juni- und ersten Juliwochenende das erstmals wieder seit der Weimarer Republik im Ebertpark begangene "Ludwigshafener Parkfest". Angelockt von einem breiten Kultur- und Sportangebot und kombiniert mit einem Vergnügungsmarkt wurden im großen Festzelt rund 45.000 Liter Bier und in den zwölf Weinzelten rund 30.000 Liter Wein konsumiert. Festabschluss und Höhepunkt war die Verlosung eines kompletten Schlafzimmers sowie eines Vespa-Rollers. Groß gefeiert wurde in Ludwigshafen auch die erste Deutsche Meisterschaft des 1. FC Kaiserslautern. Schließlich war Ludwigshafener nicht nur Gastgeber des 1. FCK während der Endrunde gewesen, sondern auch die erste pfälzische Stadt, die der Deutsche Meister nach seiner Rückkehr aus Berlin in einem Autokorso durchfuhr.⁴³

Hochbetrieb herrschte im August 1951 bei den Ludwigshafener Eisfabriken: "Die elektrischen Kühlanlagen und Eisschränke gewannen zwar in den letzten Jahren beträchtlichen Boden, dennoch bleibt die Kunsteisfabrikation auch auf lange Sicht ungefährdet". Ebenfalls eine gute Auftragslage konnte eine Ludwigshafener Reparaturwerkstatt für "Einspritzpumpen, Glüh- und Zündkerzen sowie Einspritzdüsen" verzeichnen - Materialknappheit in der Autoindustrie war die Ursache. Gleiches beklagte die Ludwigshafener Firma Zickgraf & Scheck, die für ganz Rheinland-Pfalz die Kfz-Kennzeichen erstellte - 200.000 seit 1947. Als sehr modern galten im August 1951 offensichtlich Dreiradlieferwagen der Firma "Goliath" - zumindest erfreute sich eine Ausstellung dieser "formschönen" Fahrzeuge in Ludwigshafen eines großen Andrangs. Unmodern hingegen erschien der aus dem Jahre 1610 stammende Turm der Pfarrkirche St. Sebastian in Mundenheim. Mittels einer Sprengung machte er Platz für den heute an gleicher Stelle befindlichen Neubau. Ebenfalls einen Neubau bezog zum 1. September 1951 die Städtische Frauenklinik. Der Auszug erfolgte sechs Jahre nach Kriegsende aus einem Luftschutzbunker des Zweiten Weltkriegs. Ein Bekenntnis zur Nachkriegsordnung leisteten mehrere Tausend Ludwigshafener, die am 12. September 1951 der Einladung der Stadtverwaltung zu einer Verfassungsfeier in den Ebertpark gefolgt waren. Allerdings betonte MdB Friedrich Wilhelm Wagner als Festredner, daß es "Aufgabe des ganzen Volkes" sei, "das Grundgesetz mit Leben zu erfüllen".⁴⁴

Im gleichen Sinne argumentierte MdB Wagner auch als Mitglied des Stadtrates von Ludwigshafen, als er auf einen Dringlichkeitsantrag der KPD-Fraktion zu einer gesamtdeutschen Verständigung entgegnete: "Die Einzigen, die sie verhindern, sind die Russen und ihr Handlanger, die SED. Sie wollen die Einheit in Knechtschaft, wir wollen die Einheit in Freiheit". Im Mittelpunkt der Stadtratssitzung vom 1. Oktober 1951 stand allerdings nicht die große Politik, sondern die Erklärung von Oberbürgermeister Bauer zu einem fortdauerndem Alltagsproblem, nämlich der schlechten Kohlevorsorgung von Ludwigshafen. Der Stadtrat billigte nach kontroverser Debatte die Erklärung des Oberbürgermeisters und beschloß einstimmig, "Verwahrung gegen die benachteiligende Behandlung der Stadt Ludwigshafen durch die Landesregierung bei der Zuteilung von Brennstoffen einzulegen". Ein anderes Zeichen hatte der Oberbürgermeister schon am Vormittag des gleichen Tages mit einer in der @Rheinpfalz@ veröffentlichten Erklärung gesetzt, als er anlässlich des jüdischen Neujahrsfestes ein Bekenntnis zur Wiedergutmachung gegenüber der jüdischen Gemeinde Ludwigshafens ablegte. Wiederrum der freireligiösen Gemeinde Ludwigshafen dankte Valentin Bauer am 18. November 1951 - anlässlich einer Feier zum 60jährigen Bestehen der Gemeinde - da "sie aus ihren Reihen zahlreiche Persönlichkeiten in den Dienst der Öffentlichkeit stellte".⁴⁵

Gut vorbereitet zeigte sich der Ludwigshafener Einzelhandel auf das Weihnachtsgeschäft 1951: Von einer Anzeigenkampagne: "Kauft in unserer Stadt - Damit sie eine Zukunft hat", über den ersten motorisierten Metzgerladen auf dem Wochenmarkt, bis zum obligatorischen weihnachtlichen Märchenschmuck in der Innenstadt. Den verkaufsoffenen "Kupfernen Sonntag" besuchten jedoch mehrheitlich "Sehleute" und der Ludwigshafener Süßwarengroßhandel z.B. erreichte nicht das Ergebnis von 1950. Dies obwohl die Stadt inzwischen 131.543 Einwohner zählte und Oberbürgermeister Bauer am 18. Dezember 1951 dem Stadtrat erstmals seit Kriegsende für das Jahr 1951 einen Haushalt ohne Defizit vorlegen konnte. Ursache hierfür waren umfangreiche Gewerbesteuernachforderungen. Während der Oberbürgermeister zumindest in fiskalischer Hinsicht optimistisch in die Zukunft blickte, wurde erneut nicht an Kritik gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz gespart und auch die Schwesterstadt Mannheim nicht ausgenommen, der mit einer Kündigung des Straßenbahngemeinschaftsvertrages gedroht wurde. Unversöhnlich war auch das Verhältnis

zwischen SPD, CDU, FDP und kommunistischer Opposition. Bei der Haushaltsrede des KPD-Sprechers Fellers verließ die Mehrheit seiner Stadtratskollegen vorübergehend die Sitzung.⁴⁶

Von der Gründung der BASF AG bis zur Kommunalwahl 1952

Neues Selbstbewußtsein demonstrierte die BASF am 2. Januar 1952, als die Werksleitung gemeinsam mit dem Betriebsrat elf pauschal für Werksangehörige vorgesehene Bundesverdienstkreuze zurückwies, da sowohl beim Wiederaufbau 1945, aber insbesondere bei der Explosionskatastrophe 1948, "Hunderte und aber Hunderte mehr als ihre Pflicht" getan hätten und es deshalb unmöglich sei, speziell Angehörige des Werkes zu benennen, ohne "Unruhe und Unzufriedenheit" in die gesamte Belegschaft hineinzutragen. Tatsächlich war die Unternehmensleitung gerade mit der Ausgliederung der BASF aus der Vermögensmasse der I.G. Farbenindustrie AG beschäftigt. Der erste formelle Schritt hierzu war die Gründung als eigene Rechtspersönlichkeit mit einem Kapital von 100.000,- DM, die zum 30. Januar 1952 erfolgte. Für die Bilanzen wurde als Entflechtungstichtag der 1. Januar 1952 gewählt. Fünf Gründungsmitglieder bestellten einen aus zwölf Personen bestehenden Aufsichtsrat sowie einen achtköpfigen Vorstand unter der Leitung von Dr. Wurster.⁴⁷

Der erste Waschsalon in Ludwigshafen eröffnete am 7. Januar 1952 in der Prinzregentenstraße, während zeitgleich im Rheingold-Kino das Jäger-Musikkorps musikalisch die Aufführungen des beständig verlängerten Erfolgsfilms "Grün ist die Heide" untermalte - begleitet allerdings auch von der nachfolgenden Kritik, daß dafür in Ludwigshafen gute und anspruchsvolle Filme oft erst wochen- oder monatelang nach ihrer Erstaufführung in Mannheim oder Heidelberg gespielt würden. Ebenfalls zum ersten Mal marschierte am 24. Februar 1952 der Fastnachtsumzug durch Ludwigshafen. Alle Schätzungen über die Zuschauermenge bewegten sich weit über der Hunderttausender-Grenze. Hin und wieder gab es sogar "Ansätze von Schunkelei" - auch wurde generell die Stimmung in Ludwigshafen als besser eingeschätzt als beim Vorjahresauftritt in Mannheim. Glaubt man der täglichen Berichterstattung der Lokalredaktion der @Rheinpfalz@, so hatte sich Ludwigshafen inzwischen zu einer Karnevalshochburg entwickelt. Die närrische Beschwingtheit in der Chemiestadt wurde offensichtlich nur durch einen starken Erdstoß am Abend des 24. Februar 1952 unterbrochen, der viele Menschen vor der BASF zusammenströmen ließ, da man zunächst ein neues Explosionsunglück befürchtet hatte. Jedenfalls findet sich eine Beschäftigung mit der Tagespolitik - insbesondere der Remilitarisierungsfrage - nur im Sitzungsprotokoll des Stadtrates vom 25. Februar 1952. Schwerpunkt der Debatte war jedoch der Nachtragshaushaltplan 1951, der von der Fraktion der SPD - diese erstmals um das ehemalige KPD-Mitglied Paul Liebel erweitert - sowie der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der KPD-Fraktion verabschiedet wurde. Tatsächlich konnte die Ludwigshafener Bevölkerung auch mit der Gesamtentwicklung zufrieden sein. So lag die Arbeitslosigkeit unter den 132.555 Einwohnern am 29. Februar 1952 bei 6,6% - bundesweit aber bei 11,5%.⁴⁸

Der größte Arbeitgeber in der Stadt - die BASF – lud sieben Jahre nach der Kriegszerstörung am 6. März 1952 zur Wiedereröffnung des Großen Saales in seinem Feierabendhaus ein, um schon zwei Tage später an gleicher Stelle erstmals nach 1945 wieder eine Jubilarfeier für die Werksangehörigen zu veranstalten. Während diese Premiere erfolgreich verlief, war die Eröffnung des Ankerhofs am 1. April 1952 ein ziemlicher Reinfluss. Schmucke Fensterfronten präsentierten sich neben noch in Rohbau befindlichen Geschäften. Die Straßenfront zum Jubiläumsplatz glich gar einem "Moraststreifen". Bedenklich mußte die Stadtführung auch die

Entwicklung in Oppau stimmen - dort hatte am 11. April 1952 eine Bürgerversammlung mit rund 800 Teilnehmern sich trotz ablehnender Redebeiträge von Oberbürgermeister Bauer, Stadtkämmerer Dr. Stabel und Oberbaudirektor Lochner für eine Ausgliederung ausgesprochen und einen "Ausschuß für die Wiederherstellung der kommunalen Selbständigkeit von Oppau" ins Leben gerufen. Zufrieden konnte dagegen die Führung des DGB in Ludwigshafen sein, nach dem sich erneut "ungezählte Tausende" an der Maifeier im Ebertpark beteiligten. Zentrale Forderungen der Gewerkschaften waren diesmal die 40-Stunden-Woche, Mitbestimmung sowie Frieden und Freiheit für Ost und West. Ausgesprochen schlecht besucht war eine "Treuekundgebung des Heimkehrerverbandes" für die verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen am 11. Mai 1952 - außer offiziellen Vertretern hatte sich niemand in der großen Aula der Mädchenoberschule eingefunden. Stürmisch empfangen wurde dagegen in ihrer Heimatstadt Renate Hoy - zuvor zur Miss Germany 1952 gekürt. Einstimmig schloß sich der Stadtrat am 15. Mai 1952 der Auffassung von Oberbürgermeister Bauer an, daß angesichts der städtefeindlichen Haltung des Landtages "eine Rettung nur dann möglich ist, wenn die Pfalz den Anschluß an ein anderes, lebensfähiges Land der Bundesrepublik gefunden hat".⁴⁹

Zehntausende Arbeitnehmer legten am 21. Mai 1952 in Ludwigshafen die Arbeit nieder, um anschließend bei einer Kundgebung des DGB auf dem Goerdelerplatz gegen das geplante Betriebsverfassungsgesetz zu protestieren. Sogar fast 90.000 Zuschauer kamen genau einen Monat später ins Südwest-Stadion, um dem Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft zwischen dem VfB Stuttgart und dem 1. FC Saarbrücken beizuwohnen. Eigens hierfür hatte sich Ludwigshafen ein Schmuckkleid angelegt: Fahnen, Girlanden und Lichterketten schmückten - entsprechend einen Aufruf von Oberbürgermeister Bauer - die Anfahrtswege zum Südwest-Stadion, überall hatten sich Obst- und Würstchenstände oder Glücksbuden aufgetan, in den Gaststätten spielten Musiker und Stimmungskanonen auf und für den Geldwechsel der rund 25.000 Zuschauer aus dem Saarland hatten Banken und Wechselstuben zusätzlich auch am Samstag geöffnet. So wie sich Ludwigshafen also diesen Großereignissen gewachsen zeigte, so zufrieden zeigte sich am 22. Juli 1952 auch Oberbürgermeister Bauer bei der Einbringung des Haushaltes für 1952: Da dies der letzte Haushalt war, den der 1948 gewählte Stadtrat zu verabschieden hatte, betonte er rückblickend, daß "viel mehr in dieser so verhältnismäßig kurzen Zeit geleistet werden konnte, als damals 1948 selbst der kühnste Optimist zu hoffen gewagt hätte". Dieser Auffassung schlossen sich auch die Fraktionen von SPD, CDU und FDP an, indem sie dem Haushalt 1952 zustimmten, während die KPD erneut gegen den Haushalt votierte. MdB Friedrich Wilhelm Wagner - für den verstorbenen SPD-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Heßler - sowie Georg Süß - als Nachfolger des von seiner Partei zum Mandatsverzicht aufgeforderten Willy Feller - begründeten dabei jeweils erstmals das Abstimmungsverhalten von SPD und KPD, während die CDU mit MdL Ludwig Reichling und die FDP mit Ludwig Bertram bei ihren Rednern weiter auf Kontinuität setzten. Auf Kontinuität hatte zuvor allerdings schon der gesamte Stadtrat gesetzt, als er einstimmig den bisherigen ehrenamtlichen Beigeordneten Peter Trupp (SPD) nun für 10 Jahre zum hauptamtlichen Beigeordneten wählte - die Legalisierung eines schon jahrelang bestehenden Zustandes, wie der Oberbürgermeister zufrieden feststellte.⁵⁰

SPD-Fraktionsvorsitzender:

Wilhelm Heßler⁵¹ wurde am 22. Februar 1888 in Ansbach geboren. Bäcker. 1912 im Betrieb der Ludwigshafener Konsumverwaltung eingestellt. Im gleichen Jahr schloss er sich der SPD und der Konsumgenossenschaft an. 1920 in die Gewerkschaftsleitung berufen. 1933 seiner Stellung enthoben, danach mühsames Leben als Versicherungsvertreter. 1941 zum Ludwigshafener Finanzamt dienstverpflichtet, wo er auch nach 1945 verblieb. Beteiligt am Wiederaufbau der Ludwigshafener SPD und der Gewerkschaften. 1946 bis 1952 für die SPD Mitglied des Ludwigshafener Stadtrates, von März 1950 bis zu seinem Tod 1952

Fraktionsvorsitzender. Seit 1951 Präsident der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz. Wilhelm Heßler starb am 17. Juni 1952 in Ludwigshafen.

Zwischen Stadtrat und Heimatmuseum:

Georg Süß⁵² wurde am 8. Mai 1903 in Oppau. Elektriker. 1919 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Freien Sozialistischen Jugend, 1920 Mitglied der KPD. 1923 Mitglied des kommunistischen Industrieverbandes, 1926 Vorsitzender des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes in Oppau. 1928 Kandidat der Bezirksleitung Pfalz der KPD. 1933 fünf Wochen Gefängnis und Entlassung aus dem öffentlichen Dienst bei den Gaswerken der Stadt Oppau. Danach bis 1938 arbeitslos, anschließend bis zum Eintritt in den Ruhestand 1968 bei den Stadtwerken in Ludwigshafen beschäftigt. 1945 Mitbegründer der Ludwigshafener KPD und Ortsgruppenleiter in Ludwigshafen-Oppau, Mitarbeiter der pfälzischen Bezirksleitung der KPD, 1945 bis 1946 für die KPD Mitglied des Ludwigshafener Bürgerrates, 1946 bis 1952 für die KPD Mitglied des Ludwigshafener Stadtrates, 1952 Fraktionsvorsitzender. 1947 Mitglied der Landesleitung der KPD in Rheinland-Pfalz. Ab 1945 im Personalrat der Stadtverwaltung Ludwigshafen und 1946/47 sowie 1949 stellvertretender Vorsitzender der Ortsverwaltung Ludwigshafen des Verbandes Öffentliche Betriebe und Verwaltungen. Seit 1924 engagierte sich Georg Süß als Betreuer des Heimatmuseums Oppau; am 12. Dezember 1975 wurde er für seine Verdienste als Museumsverwalter des K.O. Braun-Museums e.V. Ludwigshafen-Oppau mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Von 1977 bis 1992 war Süß der Vorsitzende des "Vereins zur Förderung des K.O. Braun-Museums", anschließend bis zu seinem Tod Ehrenvorsitzender. Zu seinem 95. Geburtstag wurde Süß in Würdigung seiner Verdienste die Bürgerschaftsmedaille der Stadt Ludwigshafen verliehen. Georg Süß starb am 2. November 1999 in Ludwigshafen.

Bereits am 28. Juli 1952 trat der Stadtrat erneut zusammen. Dabei konnte er den ersten Stellenplan der Stadtverwaltung seit 1941 verabschieden. Weiterhin wurden Mittel zur Fortsetzung des Wiederaufbaus mehrerer Ludwigshafener Schulen zur Verfügung gestellt. Ein weiteres vordringliches Projekt war die Beseitigung von Kriegsschäden im Straßennetz gewesen - nach Angaben des Straßenbauamtes waren im August 1952 75% der Ludwigshafener Straßen instandgesetzt. Mit der Wiedereröffnung des Festsaales im Pfalzbau am 20. September 1952 konnte die Stadtverwaltung dann erstmals in der Nachkriegszeit zur "Vollendung eines Werkes einladen, das nicht nur zur Befriedigung eines lebensnotwendigen Bedürfnisses dient".⁵³

Einen tatsächlichen Neubau beschloß der Stadtrat einstimmig am 3. Oktober 1952 mit der Errichtung einer Festhalle im Ebertpark. Weiterhin wurden gegen die Stimmen der KPD-Fraktion - die nach dem Parteiaustritt des Ratsmitglieds Dell nur noch drei Sitze inne hatte - die Stromtarife erhöht. Während MdB Friedrich Wilhelm Wagner das Abstimmungsergebnis mit der Bemerkung kommentierte, daß "es zwecklos wäre, mit den Kommunisten sachlich in dieser oder ähnlichen Fragen zu diskutieren, da sie es ja doch nicht wünschten", verwies Oberbürgermeister Bauer darauf, daß "man mit dieser unpopulären Preiserhöhung auch bis nach den Wahlen" hätte warten können, "aber sachliche Gründe sprachen für die Behandlung in der heutigen Sitzung". Auch der Kreistag Frankenthal ließ es sich nicht nehmen, sich noch vor der Kommunalwahl 1952 positiv mit einem Unterstützungsschreiben des "Ausschusses für die Wiederherstellung der kommunalen Selbständigkeit von Oppau" zu befassen. Die Landkreisverwaltung wurde beauftragt, unverzüglich die Vorarbeiten zu leisten, damit sich der kommende Kreistag "gleich zu Beginn seiner Sitzungsperiode mit dieser wichtigen Frage" befassen könne. Sicher auch auf die bevorstehenden Kommunalwahlen zurückzuführen war, daß - im Gegensatz zum 11. Mai 1952 - am 26. Oktober 1952 sich nun "eine große Anzahl Ludwigshafener Männer und Frauen" zur "Treue-Kundgebung" des Verbandes der Heimkehrer im neuen Pfalzbausaal einfanden. Dabei forderte als Festredner MdB Wagner die Freilassung aller verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen bzw. deren Überstellung an die deutsche Justiz.⁵⁴

Seine Legislaturperiode schloß der "Stadtrat des Wiederaufbaus" am 7. November 1952 ab: Alle Beschlüsse wurden noch einmal einstimmig gefaßt, was Oberbürgermeister Bauer in seiner Schlussansprache zu der Feststellung veranlasste, daß "in unserem Gremium nur sachliche, dem Wohle unserer Bürger dienende Entscheidungen getroffen wurden" und "wir auf das in diesen 4 Jahren Geschaffene mit Genugtuung, wenn nicht mit Stolz zurückblicken können". Ein versöhnlicher Ausklang, unmittelbar vor der Stadtratswahl am 9. November 1952. Zu ihr waren 91.421 Wahlberechtigte aufgerufen, also rund 15.000 mehr als 1948. Da 61.609 Wähler an den Urnen erschienen, lag die Wahlbeteiligung mit 67,39% sogar etwas über dem Ergebnis von 1948. Immerhin 2.651 (4,3%) Wähler entschieden sich jedoch bewußt oder unbewußt für eine ungültige Stimmabgabe. Von den 58.958 gültigen Stimmen entfielen 28 856 (48,95%) auf die SPD, was gegenüber 1948 einen weiteren Zugewinn von 1,7% bedeutete, gleichzeitig aber auch den Verlust der seit dem Parteiübertritt von Herbert Müller im September 1949 bestehenden absoluten Mehrheit für SPD im Ludwigshafener Stadtrat, da sie nur 25 der nun 51 Sitze errungen hatte. Leichte Gewinne konnte auch die CDU mit 16.653 Stimmen (28,25%) verzeichnen und nun 14 Sitze beanspruchen, drei mehr als sie seit dem Parteiwechsel von Heny Roos 1950 inne gehabt hatte. Eigentlicher Gewinner der Stadtratswahl war jedoch die FDP, die sich mit 7.919 Stimmen von 7,2% auf 13,44% steigern konnte und nun statt drei gleich sieben Mandate inne hatte. Sicher hatte die FDP am meisten davon profitiert, daß in Ludwigshafen weder Freie Wählergruppen angetreten waren und ein Wahlvorschlag der Heimatvertriebenen aufgrund formaler Fehler zurückgewiesen worden war. Eigentlicher Verlierer der Kommunalwahl waren die Kommunisten, die mit ihren 5.625 Wählern (9,54%) erstmals in der Nachkriegszeit weniger als 10% der Stimmen in ihrer rheinland-pfälzischen Hochburg zu verzeichnen hatten. Allerdings hatte die KPD jetzt im Stadtrat wieder fünf Mandate inne, nachdem ihre Fraktion zuvor ja zwischen 1948 und 1952 von ursprünglich acht zuletzt auf drei Mandatsträger zusammengeschmolzen war.⁵⁵

Mit der Neuwahl des Stadtrats sollte eigentlich die Phase des Wiederaufbaus in Ludwigshafen abgeschlossen sein. Noch zuvor hatte sich im November 1952 in Oppau sogar der erste Spielmannszug der Nachkriegszeit etabliert. Das Südwest-Stadion wurde im gleichen Monat von den Angehörigen des "Pfalzausschusses" des bayerischen Landtages, die sich zur Unterstreichung der bayerischen Ansprüche auf einer Pfalzreise befanden, als ideale Sportstätte gelobt, wie sie selbst in der bayerischen Hauptstadt fehle - leicht erstaunt zeigte sich jedoch die Delegation darüber, daß in Ludwigshafen "noch so mancher Trümmerhaufen zu sehen ist". Obwohl noch einen Tag vor der Konstituierung des neuen Stadtrates am 27. November 1952 im Pfalzbau das Filmtheater und das Passage-Café eröffnet werden konnten, wartete also auf die neuen und alten Repräsentanten der Ludwigshafener Bürgerschaft eine Fülle von Arbeit. Dies betonte zumindest Oberbürgermeister Bauer bei der Einführung und Verpflichtung der 51 Stadtratsmitglieder der Wahlperiode 1952 bis 1956 am 28. November 1952. Aber er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß "die schwersten Jahre hinter uns liegen". Die Ausführungen des Oberbürgermeisters blieben ohne Widerspruch - hingegen gab es Kritik an der Stadtführung bei der Besetzung der Ausschüsse aus den Reihen der CDU, da die SPD bei der Kommunalwahl nur 48,95% der Stimmen erhalten, aber in den Ausschüssen genau jeweils die Hälfte der Sitze inne hatte. Letztlich folgten die Mitglieder des neuen Stadtrates aber dem Vorschlag der Verwaltung.⁵⁶

Einen Tag später eröffnete der Ludwigshafener Einzelhandel die Weihnachtssaison mit einer breiten Anzeigenkampagne in der @Rheinpfalz@ unter dem Motto "Weihnachtseinkauf in Ludwigshafen". Rechtzeitig zum Christfest konnte die protestantische Kirchengemeinde Rheingönheim zum 31. November 1952 den Wiederaufbau ihres Gotteshauses begehnen. Nicht zurückstehen wollte auch die Freireligiöse Gemeinde Ludwigshafen, die am 14. Dezember 1952 mit dem Johannes-Ronge-Haus eine neue Heimstätte bezog. Höhepunkt der

Vorweihnachtszeit in Ludwigshafen war jedoch das Fußball-Länderspiel gegen Jugoslawien, das Deutschland am 21. Dezember 1952 vor 75.000 Zuschauern im Südwest-Stadion mit 3:2 gewann. Nicht ganz so erfolgreich war aber die abschließende Weihnachtsbilanz des Ludwigshafener Einzelhandels, wo insbesondere die Textilbranche hinter den Erwartungen zurückgeblieben war. Einen Tag vor Jahresende trat schließlich am 30. Dezember 1952 auch noch einmal der Ludwigshafener Stadtrat zusammen, da der Oberbürgermeister "noch einige alte Arbeiten geklärt und erledigt wissen" wollte. So wurde u.a. die Stelle des Stadtarchivars neu besetzt. Nachfolger für den am 10. Mai 1952 verstorbenen Emil Nessler wurde der Sudetendeutsche Dr. Kurt Oberdorffer. Bürgermeister Dr. Reichert als Kulturdezernent der Stadt betonte bei dieser Personalentscheidung, daß "er größten Wert auf einen Mann mit akademischer Ausbildung legen müsse. Die Stadt Mannheim beschäftige in ihrem Kultursektor 7 oder 8 akademisch vorgebildete Kräfte. Entsprechend sei unvertretbar, das Ludwigshafener Kulturleben weiterhin ohne akademische Kräfte zu betreuen." Schließlich konnte auch Oberbürgermeister Bauer zum Jahresende 1952 in seinem Ausblick auf Jubiläumsjahr 1953 feststellen: "Wir dürfen aber, wenn wir mit Zuversicht an die neuen Aufgaben herangehen, auch für das Jubiläumsjahr mit weiteren Verbesserungen auf den verschiedenen Gebieten rechnen."⁵⁷

Das Jubiläumsjahr 1953

Eine erste Verbesserung präsentierte die Leitung des Eisenbahnausbesserungswerkes Ludwigshafen am 7. Januar 1953 mit der Einweihung einer neuen Wagenhalle. Gleichzeitig hatte das Werk mit 650 Mitarbeitern wieder den Vorkriegsstand erreicht. Dem wollte offensichtlich auch die Stadtverwaltung nicht nachstehen, denn in der ersten Januarwoche 1953 war in Mundenheim mit der Wiederinstandsetzung des seit 1944 unbenutzbaren Baues VII der Schillerschule mit seinen 18 Schulräumen begonnen worden. Zusätzlich kamen alle Ludwigshafener Schulerinnen und Schüler ab 1953 in den Genuß einer Schulzahnpflege - für ihre Durchführung durch einen Schulzahnarzt bewilligte der Stadtrat auf seiner Sitzung am 30. Januar 1953 10.700,- DM für das Rechnungsjahr 1953. Ebenso bewilligte der Stadtrat ein Darlehen für die Inneneinrichtung des bereits bestehenden Hotels @Viktoria@ in der Zollhofstraße. Zuvor hatte die Stadtverwaltung - wegen des Fremdenzimmermangels in Ludwigshafen - bereits dessen Erweiterungsbau finanziert, weshalb nun am 2. Februar 1953 Bürgermeister Dr. Reichert den neuen Gebäudeteil auch unter dem Namen @Stadthotel@ eröffnen konnte. Eine weitere Verbesserung für Gäste der Stadt bedeutete die Eröffnung der neuen Gasträume im Ludwigshafener Hauptbahnhof am 10. Februar 1953. Neben einer "Stehbierhalle" wurden nun auch getrennte Gasträume für Reisende der zweiten und dritten Klasse angeboten - letztere auch mit Tischen ohne Verzehrzwang.⁵⁸

Am 27. Februar 1953 griff Oberbürgermeister Bauer seine Fehde mit dem "Ausschuß für die Wiederherstellung der kommunalen Selbständigkeit von Oppau" wieder auf, während er auf einer Pressekonferenz die an die Landesregierung gerichtete Stellungnahme der Stadtverwaltung zu den Oppauer Ausgemeindungs-Wünschen vorstellte. Bauer sprach dem Ausschuß jede Legitimation ab, verwies auf das gute Ergebnis der SPD im Stadtteil Oppau bei der letzten Kommunalwahl und gab eine entsprechend ungünstige Prognose für den Wunsch auf Ausgemeindung ab. Der "Ausschuß für die Wiederherstellung der kommunalen Selbständigkeit von Oppau" konterte am 2. März 1953: Mehr als 70% der Wahlberechtigten in Oppau hätten inzwischen ihre Unterschrift für die Ausgemeindung Oppaus geleistet, darunter ein Großteil Sozialdemokraten. Die Replik von Valentin Bauer war am 5. März in der @Rheinpfalz@ zu lesen: Die Behauptung des Ausschusses, daß die Direktion der BASF keinen Nachteil für ihr Unternehmen in einer Trennung von Ludwigshafen und Oppau sehe, sei frei erfunden. Auch ließ er sich nicht nehmen, am 8. März 1953 auf der

Gedenkveranstaltung der Oppauer SPD zur Erinnerung an den am 10. März 1933 von einem Nationalsozialisten erschossenen Oppauer Sozialdemokraten Georg Hüter zu sprechen. Dabei kündigte Bauer die Umbenennung des Rathausplatzes in Georg-Hüter-Platz an.⁵⁹

Einen Tag später - am 9. März 1953 - hätte Ludwigshafen eigentlich sein 100jähriges Gemeindejubiläum mit der Wahl des ersten Gemeinderates 100 Jahre zuvor begehen können. Allerdings hatte die Stadtverwaltung beschlossen, erst die 100jährige Wiederkehr der Aufnahme der Tätigkeit der Gemeindeverwaltung am 15. April 1853 zu feiern. Schließlich galt es bis zum Auftakt der Feierlichkeiten noch einige Probleme zu lösen. So mußte Oberbürgermeister Bauer erst einmal am 13. März 1953 den geplanten Bau einer Festhalle im Ebertpark stoppen, da sich die projektierten Kosten inzwischen verdoppelt hatten. Ursprünglich hätte die Festhalle bereits zum 1. August 1953 Veranstaltungen anlässlich des Gemeindejubiläums aufnehmen sollen. Ebenfalls etwas verzögert hatte sich die Aufnahme der Automobilproduktion in der @Rheinischen Automobilfabrik@ in der Industriestraße. Rechtzeitig zur Frankfurter Auto-Messe lief dann aber am 16. März 1953 das erste Automobil - ein Zweisitzer mit dem Namen "Champion" - vom Band. Daß dieses Modell allerdings der Auftakt für eine große Zukunft der Ludwigshafener Autoindustrie darstellte, wurde selbst vom Stadtrat in seiner Sitzung am 17. März 1953 bezweifelt - entsprechend kritisch stand man auch einem Kreditwunsch des Firmeninhabers gegenüber. Erfreulicher stellte sich dagegen die Finanzlage der Stadt dar - der Nachtragshaushalt 1952 wurde ohne Fehlbetrag verabschiedet.⁶⁰

Noch rechtzeitig vor der Jubiläumsfeier der Stadt konnte die Neugründung der BASF durch Hauptversammlung am 28. März 1953 abgeschlossen werden. Gleichzeitig erfolgte die Entlassung aus allen alliierten Kontrollen der Nachkriegszeit. Der Aufsichtsrat wurde auf Grund des Betriebsverfassungsgesetzes durch sechs von der Belegschaft benannte Vertreter ergänzt. Das Unternehmen selbst wurde gegen die Ausgabe von 340.000.000,- DM neuer BASF-Aktien in die formal seit 30. Januar 1952 bestehende BASF AG eingebracht. Die Aktien wanderten zunächst in den Liquidationstopf der I.G. Farbenindustrie AG, um später im Zuge des vorgesehenen Aktienumtausches im Verhältnis 100:25 an die alten IG-Farben-Aktionäre ausgehändigt zu werden. Ebenfalls noch rechtzeitig vor den eigentlichen Feierlichkeiten konnte die Stadtverwaltung am 14. April 1953 gleich an drei Vororte wiederaufgebaute bzw. neue Schulhäuser als "Jubiläumsgabe" übergeben: Die Schloßschule in Oggersheim, die Mozartschule in Oppau und als Neubau die Niederfeldschule in der Gartenstadt.⁶¹

Am 15. April 1953 war es dann endlich soweit. Ludwigshafen beging sein hundertjähriges Gemeindejubiläum. Die zu diesem Anlaß erschienenen Festschriften,⁶² Publikationen⁶³ und Sonderausgaben⁶⁴ hatten jedoch im Vergleich zur 1903 zum fünfzigjährigen Gemeindejubiläum erschienenen Stadtgeschichte⁶⁵ einen eher bescheidenen Umfang. Zusätzlich warteten am 15. April 1953 mit Beilagen zum Thema "100 Jahre Ludwigshafen" auch die Ludwigshafener Tageszeitungen @Die Rheinpfalz@ und @Generalanzeiger@ auf. Um Anzeigen anlässlich des Jubiläums hatten sich verschiedene Zeitungsverlage schon am 4. März 1953 bei der Stadtverwaltung bemüht. Daraufhin gestattete Oberbürgermeister Bauer am 9. März 1953 eine Anzeigenvergabe an den @Mannheimer Morgen@, @Die Rheinpfalz@, @Generalanzeiger@ und an das SPD-Organ @Die Freiheit@. Nach dem Erscheinen der Anzeigen bemühte sich am 17. April 1953 auch der ehemalige kommunistische Stadtrat Feller um eine Anzeige für das KPD-Organ @Unser Tag@: "Herr Oberbürgermeister wäre unterrichtet und es gehe in Ordnung". Tatsächlich erschien dann auch in @Unser Tag@ am 18. April 1953 eine Anzeige der Stadtverwaltung, worauf am 30. Juni 1953 die Bezirksregierung der Pfalz dem von diesem Sachverhalt überraschten

Oberbürgermeister mitteilte, "daß die Unterstützung von KPD-Zeitungen durch Inserataufträge aus kommunalen Mitteln bedenklich erscheint und in Zukunft vermieden werden sollte". Eine interne Überprüfung ergab sehr schnell, daß Willy Feller geschickt mit dem Verweis auf die angebliche Zusage von Oberbürgermeister Bauer die Zusage für die Anzeige erschlichen hatte, womit das 100jährige Gemeindejubiläum auch eine Posse aus dem @Kalten Krieg@ zu verzeichnen hatte.⁶⁶

Der Auftakt der Feierlichkeiten war die festliche Stadtratssitzung am Nachmittag des 15. April 1953. Die Festrede hielt Oberbürgermeister Bauer selbst, in der er eine umfassende Darstellung der Geschichte der Industriestadt in den vorangegangenen hundert Jahren gab. Anschließend schlossen sich die vier Fraktionsvorsitzenden in ihren Ansprachen diesem Rückblick an. Im Fortgang der ganz auf das Gemeindejubiläum zugeschnittenen Tagesordnung gab der Oberbürgermeister zunächst bekannt, daß die BASF der Stadt als Jubiläumsgabe eine Million DM übergeben werde, die als Grundstock zur Schaffung eines Hallenbades im Stadtteil Nord gedacht sei. Trotz weiterer Jubiläumsspenden aus der Wirtschaft müße die Restfinanzierung der Gesamtbaukosten von rund 3,5 Millionen DM jedoch von der Stadt getragen werden. Entsprechend bat der Oberbürgermeister den Stadtrat die Überreichung der beabsichtigten städtischen Jubiläumsgabe von 25 DM pro Person auf den Personenkreis der über 80 Jahre alten Einwohner der Stadt zu beschränken. Zum Abschluß der Sitzung wurde beschlossen, zur Erinnerung an den ersten Bürgermeister der Stadt die Straße @Oberes Rheinufer@ nach ihrer Wiederherstellung in @Lichtenberger Allee@ umzubenennen. Die @Hoffmannstraße@ erhielt den verdeutlichenden Zusatz @Bürgermeister-Hoffmann-Straße@, womit mit Josef und Wendel Hoffmann gleich zwei frühere Bürgermeister der Stadt geehrt wurden.⁶⁷

Den eigentlichen Festakt hatte die Stadt auf Samstag, den 18. April 1953 verschoben, um allen Einwohnern eine Teilhabe zu ermöglichen. Auftakt war hier um 10 Uhr im Pfalzbau der Festvortrag von Dr. Ludwig Böhm: "Von der Rheinschanze zur Großstadt". Anschließend gratulierten der Stadt u.a. der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Altmeier, welcher als Morgengabe des Landes einen Scheck über 200.000 DM für das geplante Kulturhaus überreichte sowie der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard. Er versprach der Stadt als Gabe einige tausend Jungbäume zur Verschönerung ihrer Anlagen. Als Repräsentant der Pfalz überreichte der Bezirkstagsvorsitzende Bögler ebenfalls einen Scheck über 100.000 DM für das geplante Hallenbad. Um 15.30 traf sich die Prominenz dann wieder zu einem Schiffskorso auf dem Rhein. Es folgten noch mehreren Orts musikalische Darbietungen und zum Abschluß des Tages ein großes Feuerwerk auf dem Strom.⁶⁸

Weitaus billiger gestaltete sich das Jubiläumsgeschenk der Stadtparkasse. Zwar hatte sie allen werdenden Ludwigshafenern Eltern ein Sparbuch mit 25 DM Einlage versprochen, falls das Kind am 15. April 1953 geboren werden sollte - letztlich erblickten am Jubiläumstag jedoch nur zwei Neugeborene in Ludwigshafen das Licht der Welt. Etwas teurerer war dann schon die "Jubiläumsgabe der Arbeiterschaft" an die Arbeiterstadt Ludwigshafen - obwohl der Ludwigshafener DGB-Kreisvorsitzende Kaeseberg die Grundsteinlegung zum Wiederaufbau des kriegszerstörten Gewerkschaftshauses in der Chemiestadt selbst als nur "bescheidene Gabe der Arbeiterschaft zum Stadtjubiläum" bezeichnete. Jedoch fehlte selbst im anschließend veröffentlichten Aufruf des DGB-Kreisausschusses zur DGB-Kundgebung am 1. Mai 1953 in Ludwigshafen nicht der Hinweis auf das Gemeindejubiläum. Tatsächlich beteiligten sich dann auch wieder "viele Tausende Ludwigshafener Arbeitnehmer" an der traditionellen Veranstaltung im Ebertpark - bereits morgens um 6 Uhr waren Lautsprecherwagen durch die Stadt gefahren, um noch einmal für sie zu werben. Betonte man hier noch einmal Einigkeit, zeigte sich die Arbeiterschaft bei den vom 3. bis 5. Mai 1953

durchgeführten Betriebsratswahlen in der BASF jedoch gespalten: Während bei den Arbeitern 17 Mandate an die IG Chemie fielen, konnte die kommunistische Einheitsliste acht Mandate erringen; ein weiteres Mandat ging an eine antigewerkschaftliche Gruppe. Bei den Angestellten setzte sich die IG Chemie nur knapp mit vier Mandaten durch, drei fielen an die DAG und zwei an die Christliche Werksgemeinschaft.⁶⁹

Einig war man sich dagegen in der Arbeiterstadt in seiner Treue zum 1. FC Kaiserslautern – 60.000 Zuschauer verfolgten am 3. Mai 1953 im Ludwigshafener Südwest-Stadion das Auftaktspiel der Pfälzer gegen Holstein Kiel um die deutsche Fußballmeisterschaft. Sogar vor ausverkauften Haus - allerdings im großen Saal des Feierabendhauses der BASF - spielten dann erstmals nach Kriegsende am 11. Mai 1953 die Berliner Philharmoniker unter Wilhelm Furtwängler - das Ludwigshafener Publikum zeigte sich "begeistert, erschüttert, verwandelt". Dazu passend konnte auch das Städtische Kulturamt am 15. Mai 1953 auf eine außerordentlich erfolgreiche Theatersaison verweisen: 7.500 Mitglieder umfasste die erst 1949 gegründete Ludwigshafener Theatergemeinde; während der vorangegangenen acht Monate waren 59.981 Theaterbesucher gezählt worden. "Immer mehr wird das Bestreben deutlich, auch durch die Kleidung zum Ausdruck zu bringen, daß der Theaterabend als Festabend betrachtet wird". Das solche Besucherzahlen dank eines neuen Mediums, dem Fernsehen, bald der Vergangenheit angehören würden, konnte freilich im Mai 1953 noch niemand ahnen. Allerdings konnte man bereits im Schaufenster eines Rundfunkgeschäftes im Ankerhof "das neue Wunder" mittels eines Empfängers für das Hamburger Programm bestaunen und vier Ludwigshafener hatten "in letzter Zeit" auch schon ein Gerät erworben. War das Fernsehen also mit einem Jahr Verzögerung in Ludwigshafen angekommen, so konnte der Oppauer Gesangsverein @Liederkranz@ am 30. Mai 1953 bereits sein 110jähriges Bestehen feiern: "Tausende von Gästen" gratulierten dem "vom Idealismus getragenen aktiven Sängerkhor". Auch beim am 7. Juni 1953 gefeierten 70jährigen Vereinsjubiläum der @Vereinigten Turnervereine 1883 Mundenheim@ übertraf die Schar der Gratulanten für die "große Turnerfamilie" alle Erwartungen. Eine noch größere Familie waren dann allerdings die Pfälzer Katholiken, die sich am 14. Juni 1953 im Südwest-Stadion trafen. Vor rund 40.000 Hörern sprachen dort Kardinal Erzbischof Dr. Wendel und MdB Franz Josef Strauß. Nicht ganz so viele Zuhörer, aber immerhin einen vollständig besetzten Saalbau als Auditorium hatte zuvor am 5. Juni 1953 MdB Herbert Wehner bei einer Mitgliederversammlung der SPD in Ludwigshafen vorgefunden.⁷⁰

Am 16. Juni 1953 trat wieder der Stadtrat von Ludwigshafen zusammen. Eingangs beschwerte sich die FDP-Fraktion über die kurzfristige Einladung zur Sitzung. Dabei mußte sich der Oberbürgermeister gegen den Vorwurf wehren, daß "die Einladungen nur deshalb so spät heraus gingen, damit die Stadtverwaltung machen könne, was sie wolle". Ebenso trat er dem Vorwurf entgegen, einige Fraktionen (gemeint war allerdings nur die SPD) erhielten Sonderinformationen. Trotz dieses Auftakts verlief die Sitzung aber relativ harmonisch. Zu einer Kontroverse kam es nur beim Top Neubau der Friedhofshalle, die auf Antrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wagner um ein Krematorium ergänzt werden sollte. Dies wurde gegen die Stimmen von CDU und FDP mit der Mehrheit von SPD und KPD beschlossen - eine höchst seltene Zäsur zwischen den beiden bürgerlichen und den Arbeiterparteien im Ludwigshafener Stadtrat. Sie war aber nur von höchst kurzer Dauer, da die unterschiedliche Interpretation der sich am nächsten Tag in Ostberlin und der DDR vollziehenden Geschehnisse (SPD, CDU, FDP: Arbeiteraufstand / KPD: Provokationen von Westberliner Faschisten) unvereinbar war. Aber auch andere Ereignisse beschäftigten zur gleichen Zeit die Ludwigshafener: So wurde es durchaus als Skandal empfunden, daß aufgrund von Mannheimer Erstaufführungsrechten die filmische Dokumentation der Krönung von Elisabeth II. in Ludwigshafen noch immer nicht zu sehen war. Die Stadtverwaltung wurde mit Verweis

auf den damit verbundenen Vergnügungssteuerverlust zum Eingreifen aufgefordert. Begrüßt wurde dagegen in der Öffentlichkeit, daß die Stadtverwaltung nun dem Beispiel anderer Großstädte folgte und zur Sicherheit der Fußgänger an neuralgischen Punkten Zebrastreifen anbringen ließ. Rund 10.000 Menschen folgten am 22. Juni 1953 einen Aufruf von Stadtverwaltung, SPD, CDU, FDP und DGB zu einer Teilnahme an einer gemeinsamen Solidaritätskundgebung mit der Bevölkerung Ostberlins und der DDR. MdB Wagner betonte, daß sich am 17. Juni 1953 in Ostberlin ein politischer Aufstand gegen Terror und Unterdrückung vollzogen habe. Für die CDU forderte Dr. Mischon, daß sich die "roten Machthaber" in Ostberlin und ihre "Handlanger hier im Westen" schleunigst "nach dem Osten" absetzen sollten. Auch FDP-Stadtrat Bertram betonte, daß sich "aus der ursprünglichen Partei der Arbeiter gegen Unterdrückung eine Partei zur Unterdrückung derselben Arbeiter" entwickelt habe. Abschließend forderte für den DGB der Kreis Ausschussvorsitzende Kaeseberg, den Gefahrenherd der deutschen Spaltung zu beseitigen. Die emotionale Zerrissenheit der Ludwigshafener Nachkriegsgeneration wurde auch am nächsten Tag noch einmal deutlich: Während Tausende morgens dem 1 FC Kaiserslautern, der am 21. Juni 1953 in Berlin erneut Deutscher Fußballmeister geworden war, einen triumphalen Einzug in Ludwigshafen bereiteten, gedachten die selben Menschen am Nachmittag mit fünf Minuten Arbeitsruhe der Opfer des Aufstandes in Ostberlin und der DDR - darunter allein 20.000 Mitarbeiter der BASF.⁷¹

Trotz dieser eindeutigen Ablehnung des Staatssozialismus blieb aber auch die freie Marktwirtschaft nicht verschont von Kritik durch die Ludwigshafener Zeitgenossen. So waren die hohen Kartoffelpreise im Juni 1953 ein Ärgernis erster Güte. Auch der Schwarzmarkt für amerikanische Zigaretten florierte weiter - seit 1945 hatten sich die deutschen Raucher an deren Geschmacksrichtung gewöhnt, so daß die auf dem freien Markt erhältlichen deutschen Marken beim Verbraucher nur wenig Interesse fanden. Nicht alle Werte hatte sich jedoch gewandelt: So begingen am 28. Juni 1953 in Oppau Tausende von Gläubigen das Gustav-Adolf-Fest des Dekanats Ludwigshafen - dies nach 21jähriger Wartezeit! Und auch die Stadtverwaltung befaßte sich wieder intensiver mit der Bewahrung der eigenen Geschichte. 100.000,- DM waren für die Fortsetzung des Wiederaufbaus der Räume des Heimatmuseums im ehemaligen Kloster in der Rottstraße zur Verfügung gestellt. Platz finden sollten dort auch die Bestände des Stadtarchivs, die zum Teil noch in 350 Kisten verpackt ruhten. Das Auspacken ging auch deshalb nur langsam voran, da die Archivbestände der Stadt während des Krieges in einem Kochendorfer Salzbergwerk ausgelagert gewesen waren und erhebliche Schäden durch das Salzwasser erlitten hatten. Blatt für Blatt mußten sie nun entsalzt werden.⁷²

Abschluß der Feierlichkeiten anlässlich des 100jährigen Gemeindejubiläums war dann das Parkfest 1953, daß zu einer Festwoche ausgestaltet wurde, "um keine Möglichkeit der Feierfreude auszulassen". Schließlich hatte sich die Volksstimmung bei dem offiziellen Festakt am 18. April 1953 nicht voll entfalten können. Dies wurde nun zwischen dem 4. und 12. Juli 1953 nachgeholt. Auftakt war ein großes Sportfest; anschließend veranstaltete der ADAC motorsportliche Vorführungen; auch das traditionelle Treffen der pfälzischen Trachtengruppen fehlte nicht; es folgten ein viertägiges Handballturnier sowie ein "Tag der Jugend" mit weit über zehntausend Kindern als Teilnehmer; auch Box- und Ringkämpfe fanden großen Zuspruch, so daß die Veranstalter am Sonntagabend mit insgesamt 180.000 Besuchern beim Ludwigshafener Jubiläums-Parkfest eine stolze Bilanz ziehen konnten. Konsumiert hatten sie 45.000 Liter Bier und 30.000 Liter Wein - und entsprechend dem Pfälzer Motto "Weck, Worscht und Woi" auch 56.000 Bratwürste und Cervelat - eine "Wurststrecke" von immerhin 8,4 Kilometern. Damit hatte sich das Ludwigshafener Parkfest erneut als zweitgrößtes Volksfest der Pfalz ausgewiesen.⁷³

Die Bundestagswahl 1953

Am 10. Juli 1953 legte Bundespräsident Professor Dr. Heuss den 6. September 1953 als Termin für die Neuwahl des Bundestags fest. Den Wahlkampf in Ludwigshafen eröffnete daraufhin Oberbürgermeister Bauer mit einem Schlag gegen die hiesige KPD. Ab sofort wurden der Partei keine städtischen Versammlungsräume mehr zur Verfügung gestellt sowie ihr mit der Kündigung des Parteibüros und der Räumung ihrer auf städtischen Gelände befindlichen Versammlungsbaracke (@Volksheim Eugen Herbst@) gedroht; bis auf weiteres durfte die Partei auf stadteigenen Plätzen keine Kundgebungen abhalten und das städtische Plakatinstitut brachte keine Plakate der Kommunisten mehr an. Begründet wurden diese Maßnahmen mit der Haltung der KPD zum Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953.⁷⁴ Wie nicht anders zu erwarten, setzte sich diese Kontroverse dann bei der nachfolgenden Stadtratssitzung am 22. Juli 1953 fort. Einleitend gedachte Oberbürgermeister Bauer der Opfer des 17. Juni 1953, wobei die kommunistische Stadtratsfraktion demonstrativ sitzen blieb. Als der KPD-Fraktionsvorsitzende Harth dann in seiner Replik die Aufstandsteilnehmer als Brandstifter bezeichnete, ging seine Erklärung im Lärm unaufhörlicher Zwischenrufe und Klopfens auf den Tischen durch die Fraktionen von SPD, CDU und FDP unter. Entsprechend lehnte die demokratische Mehrheit im Stadtrat auch einen Dringlichkeitsantrag der KPD zur Revidierung der gegen sie gerichteten Maßnahmen des Oberbürgermeisters ab und ging zur Tagesordnung über. Bei dieser herrschte dann nur ein Konsens zwischen allen Parteien zur Frage der Notwendigkeit der Instandsetzung der Ludwigshafener Schulen und bei der Durchführung des Generalbebauungsplans. In der Frage der Erhöhung der Straßenbahntarife und des Schulgeldes für die Handelsschule ergab sich wieder der Grundkonflikt zwischen demokratischer Mehrheit und kommunistischer Opposition. Allerdings wurde das Thema der Überbelegung der stadteigenen Wohnungen in der Brucknerstraße in Oggersheim diesmal von der CDU aufgegriffen. Beigeordneter Trupp (SPD) verwies in seiner Stellungnahme darauf, daß die Stadtverwaltung mit der Erstellung von "Schlichtwohnungen" in der Bayreuther Straße den gelungenen Versuch unternommen habe, dieses Problem zu steuern - sicher nicht ahnend, daß 50 Jahre später auch diese "Schlichtwohnungen" häufiger den Stadtrat beschäftigen würden⁷⁵.

Aber auch bei der Lösung anderer Ludwigshafener Probleme - so bei der Frage möglicher Gesundheitsschäden als Folge der ungünstigen Luftverhältnisse - zeigten sich die Stadträte gesprächsbereit. So kam ein Expertenhearing im Ende Juli 1953 zu dem Ergebnis, daß zwar die Ludwigshafener Luft nicht gesundheitsschädlich sei, aber die Schaffung neuer und ausgedehnter Grünflächen wesentlich zu ihrer Verbesserung beitragen würde. Als vorbildlich wurde z.B. die zeitgleiche Wiederherstellung des Oppauer Stadtparks bewertet, was den Oppauer Loslösungswünschen entgegenwirkte, womit das Stadtgartenbauamt gleich zur Lösung zweier Ludwigshafener Probleme beigetragen hatte. Ebenfalls einen eigenen Beitrag zur Lösung der Ludwigshafener Wohnungsnot kündigte der DGB beim Richtfest für das neue Gewerkschaftshaus am 30. Juli 1953 an - nicht ahnend, daß auf dieses damals zukunftsweisende Projekt @Neue Heimat@ einmal ein dunkler Schatten fallen würde. Auch die Ludwigshafener Arbeiterwohlfahrt ging mit gutem Beispiel voran, als sie vor Ort am 24. August 1953 zum Richtfest für das erste Frauenwohnheim in Rheinland-Pfalz einlud.⁷⁶

Bei der Stadtratssitzung am 26. August 1953 war der soziale Wohnungsbau ebenfalls einer der zentralen Entscheidungspunkte im Rahmen der Haushaltsberatungen für 1953. In seiner Haushaltsrede äußerte sich Oberbürgermeister Bauer zufrieden über den Verlauf des Stadtjubiläums und betonte entsprechend zuversichtlich, daß die Oppauer

Ausgemeindungsbestrebungen ohne Rückhalt bei der dortigen Bevölkerung bleiben würden. Zeitübergreifend erschien die Bilanz der Stadtwerke und der Straßenbahn: Der Gewinn der Ersteren in Höhe von 560.000 DM wurde genau durch den Fehlbetrag der letzteren wieder aufgehoben. Während in der anschließenden Debatte MdB Wagner für die SPD-Fraktion und MdL Reichling für die CDU-Fraktion ihre Zustimmung zum Haushalt betonten, kritisierte Stadtratsmitglied Bertram für die FDP-Fraktion, daß am "vorliegenden Haushaltsplan nach der Drucklegung am laufenden Band Korrekturen vorgenommen worden seien". Für die KPD-Fraktion lehnte Stadtratsmitglied Harth den Haushaltsentwurf rundweg ab, da "überhaupt der gesamte Haushaltsplan darauf abgestellt sei, die Politik der Adenauer-Regierung zu konsolidieren". Entsprechend fand anschließend die Haushaltssatzung der Stadt Ludwigshafen für das Rechnungsjahr 1953 nur Zustimmung bei SPD und CDU, während sich die FDP-Fraktion der Stimme enthielt und die KPD-Fraktion gegen sie votierte.⁷⁷

Auch wenn damit nur die KPD einen bundespolitischen Akzent in die Haushaltsberatungen eingebracht hatte, war generell das politische Leben mit der bevorstehenden Bundestagswahl beschäftigt. So referierte am 28. August 1953 im vollbesetzten Saalbau der spätere Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann zum politischen Programm der von ihm initiierten Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), die sich für eine Deutschlandpolitik der Verständigung mit Ost und West einsetzte. Bereits einen Tag später präsentierte die Ludwigshafener CDU an gleicher Stelle den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Altmeier, der vor einem gut besuchten Hause vor allem die wirtschaftlichen Erfolge der Bundesregierung betonte. Mit einem vollbesetzten Saalbau konnte auch die Ludwigshafener SPD aufwarten, die für ihre Abschlußkundgebung am 3. September 1953 den Berliner Oberbürgermeister Professor Ernst Reuter gewonnen hatte. Die bestbesuchte Wahlkampfveranstaltung in Ludwigshafen hatte allerdings bereits am 20. August 1953 stattgefunden - vor über 20.000 Zuhörern hatte der KPD-Vorsitzende Max Reimann auf dem doch noch von der Stadt zur Verfügung gestellten Gördelerplatz gesprochen. Zu entnehmen war dies freilich nur dem KPD-Organ @Unser Tag@ - denn die überparteilichen Tageszeitungen @Die Rheinpfalz@ und @Generalanzeiger@ hatten in ihrer Berichterstattung den Bundestagswahlkampf der KPD vollständig ausgeblendet.⁷⁸

Eindeutiger Sieger der Bundestagswahl am 6. September 1953 war die CDU, die bundesweit auf 45,2% der Zweitstimmen kam - in Ludwigshafen jedoch nur auf 34,5%. Sie war die einzige Partei, die in Ludwigshafen von mehr Frauen als Männern gewählt worden war. Zwar waren weibliche Wahlberechtigte mit 51.098 gegenüber 43.117 Männern deutlich in der Überzahl gewesen; ihre Wahlbeteiligung lag jedoch nur 81,7% gegenüber 86,5% bei den Männern. Diese präferierten mehrheitlich die SPD, die diesmal 42,2% aller Zweitstimmen - bundesweit waren es jedoch nur 28,8% gewesen - errang. Friedrich Wilhelm Wagner wurde sogar mit 43,28% der Erststimmen als Ludwigshafener MdB bestätigt. Wie auch bundesweit lag die FDP an dritter Stelle. In Ludwigshafen mit 10,8% der Zweitstimmen - im Bund mit 9,5%. In Ludwigshafen folgte noch immer an vierter Stelle die KPD - jetzt mit 7,3%. Im Bundestag war sie nicht mehr vertreten, da sie bundesweit nur 2,2% der Zweitstimmen erhalten hatte und an der 5%-Hürde gescheitert war. Neu im Bundestag war dafür die Vertriebenenpartei BHE mit 5,9% - in Ludwigshafen hatte sie jedoch nur 1% der Zweitstimmen erhalten. Damit lag sie hier noch hinter der Partei Heinemanns. Die GVP hatten in Ludwigshafen 1,5% der Zweitstimmen erhalten - im Bund jedoch nur 1,2%. Auf die rechtsradikale Deutsche Reichspartei (DRP) entfielen in Ludwigshafen 2,1% der Zweitstimmen - im Bund nur 1,1%. Neben CDU/CSU, SPD, FDP und BHE war im neuen Bundestag auch die konservative Deutsche Partei (DP) wieder vertreten - sie hatte ihre Mandate dank einer Direktkandidatenabsprache mit der CDU gewonnen, obwohl sie bundesweit nur 3,3% der Zweitstimmen und in Ludwigshafen sogar nur 0,7% erreicht hatte.⁷⁹

Spätheimkehrer, Flüchtlingselend und die Folgen eines unbekanntes Giftes

Grund zur Freude hatten am 27. September 1953 die Katholiken in Ludwigshafen, nicht nur angesichts des vorangegangenen bundesweiten Wahlerfolges der CDU, sondern sie konnten auch die Wiederherstellung der Dreifaltigkeitskirche begehnen. Dem wollte allerdings auch die protestantische Gemeinde in Edigheim nicht nachstehen; sie beschloß zeitgleich die Renovierung ihres nur kriegsbeschädigten Gotteshauses. Hochstimmung - jedoch in materieller Hinsicht - herrschte am gleichen Tag bei einem in Mundenheim angesiedelten Heimatvertriebenen, der einen Toto-Haupttreffer erzielt hatte - schließlich genügte 1953 durchaus noch 28.000 DM für den Aufbau einer neuen Existenz. Hingegen mußten Anfang Oktober 1953 sich die ersten beiden Ludwigshafener Russlandheimkehrer zunächst noch mit einem Blumengebilde, einer guten Flasche Wein und einigen Schriften zum Wiederaufbau der Stadt als offizielle Willkommensgabe der Stadt bescheiden. Allerdings zeigte im Gegensatz zu den Medien die Ludwigshafener Bevölkerung wenig Interesse an der Kriegsgefangenenfrage - zumindest zeugten davon "viele leere Plätze" im Pfälzhaus anlässlich einer Feierstunde des Heimkehrerverbandes am 22. Oktober 1953. Dagegen durchaus gut besucht gewesen war zuvor an gleicher Stelle eine Dienstversammlung der Zeugen Jehovas mit 1.200 Teilnehmern, aber auch eine "Perlon-Schau" der Bekleidungsindustrie, während sich gleichzeitig sowohl der Woolworth-Konzern als auch die gerade ihr 80igjähriges Gründungsjubiläum begehende Konsumgenossenschaft Ludwigshafen mit Wieder- bzw. Neueröffnungen von Verkaufsflächen in der Innenstadt um die Rückgewinnung ihrer Stammkundschaft aus der Vorkriegszeit bemühten.⁸⁰

Genau in diesem Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit der zusätzlichen Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Spätheimkehrer und Flüchtlinge sowie der Absicherung des kommunalen Wiederaufbaus und des lokalen Wirtschaftswunders fand sich am 28. Oktober 1953 auch der Stadtrat von Ludwigshafen wieder. So begrüßte Oberbürgermeister Bauer zu Beginn der Sitzung die Ludwigshafener Russlandheimkehrer, während anschließend Beigeordneter Trupp ausführlich zu den Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen Stellung nahm. Zusätzlich mußte die Stadt noch 175.000 DM als Winterbeihilfe für mehrere Tausend Fürsorgeempfänger aus der originären Ludwigshafener Bevölkerung aufbringen. Trotzdem konnte der Stadtrat auch weitere Zeichen für den Wiederaufbau setzen, so durch die Wiedereinrichtung der Elektrotechnischen Fachschule und der Haushaltungsschule. Umstritten war dagegen die Gewährung eines weiteren Darlehens an die @Rheinische Automobilfabrik@, da sich deren Aktivität nach wie vor rein auf die wenig Zukunft verheißende Montage von Fahrzeugen in Ludwigshafen beschränkte.⁸¹

Die bescheidene erste Gabe der Stadtverwaltung an die Russlandheimkehrer hatte der Stadtrat um eine Geldspende von DM 200,- erhöht, die am 29. Oktober 1953 bei einem Empfang der Stadtverwaltung im Hotel @Victoria@ für die Spätheimkehrer überreicht wurden. Gleichzeitig konnte @Die Rheinpfalz@ die Wiedereinstellung eines der Betroffenen in den Polizeidienst vermelden. Auch bei der aus Anlaß ihres 25jährigen Bestehens "besonders interessant" gestalteten Hubertusjagd des Reit- und Fahrvereins Ludwigshafen durfte ein Spätheimkehrer als Ehrengast nicht fehlen. Fast ganz fehlte die Ludwigshafener Bevölkerung bei der Gedenkfeier für die Gefallenen beider Weltkriege am 15. November 1953 - zumindest vermeldete @Die Rheinpfalz@ eine "beschämend geringe Beteiligung" - offensichtlich plagten die Ludwigshafener andere Sorgen: Inzwischen war die Zahl der Wohnungssuchenden auf 9 996 angestiegen. Die @Rheinische Automobilfabrik@ zum 15.

November 1953 62 ihrer Arbeitskräfte freigestellt und zum 3. Dezember ihre Zahlungen eingestellt.⁸²

Zum gleichen Zeitpunkt traten bei 43 Mitarbeitern der BASF mit Chlorakne die ersten Folgen einer Vergiftung auf, die dramatische über Jahrzehnte verlaufende individuelle Leidenswege auf dem Weg zu Entschädigungsansprüchen begründete: Am 17. November 1953 entwich aus einem großen Druckbehälter, einem sogenannten Autoklaven, bei der Produktion von Trichlorphenol ein hochgiftiger Chlorkohlenwasserstoff. Erst vier Jahre später konnte der bis dahin unbekannte Stoff als 2,3,7,8-Tetrachlordibenzo-p-dioxin (TCDD) isoliert und eingehend untersucht werden. 1976 erlangte er als das sogenannte Seveso-Gift traurige Berühmtheit. Zwar stellte die BASF die Produktion von Trichlorphenol sofort ein, aber die Reinigungsarbeiten gestalteten sich als sehr schwierig, angesichts der Tatsache, daß über das neue giftige Nebenprodukt keinerlei Wissen vorhanden war. Insgesamt 254 Personen – freiwillige Helfer aus der BASF und Mitarbeiter von Fremdfirmen – wurden bei den Reinigungsarbeiten zwischen dem 17. November 1953 und dem 16. November 1954 hohen Konzentrationen von TCDD ausgesetzt. Apparate und Gebäudeteile wurden gesperrt, Reinigungslösungen zusammen mit Isoliermaterial und Schutzkleidung im Werk verbrannt. Trotzdem ereignete sich 1957 ein weiterer Dioxin-Unfall. Inzwischen war das Gebäudeteil wieder für die Produktion eines anderen Produktes freigegeben worden, als ein Schlosser nach Reparaturarbeiten an dem Unfall-Autoklaven erkrankte und zehn Monate später verstarb. Daraufhin wurde der Gebäudeteil endgültig stillgelegt und zehn Jahre später abgerissen. Die Überreste wurden auf die BASF-Deponie Flotzgrün verbracht.⁸³

Auch der Stadtrat mußte sich auf seiner Sitzung am 11. Dezember 1953 auf Antrag der KPD mit sozialpolitischen Fragen befassen, so mit Weihnachtzuwendungen an alle Arbeitslosen bzw. an die Beamten der Stadt, die im Gegensatz zu den Arbeitern und Angestellten leer ausgegangen waren. Fehlten hierzu jedoch die finanziellen Mittel, so konnten wenigstens weitere für die zusätzliche Errichtung von Schlichtwohnungen in der Bayreuther Straße zur Behebung des akuten Wohnungsmangels zur Verfügung gestellt werden. Entsprechend friedlich klang dann auch das Jahr 1953 aus: Der Einzelhandel mußte zumindest keinen Käuferrückgang gegenüber 1952 vermelden; das Arbeitsamt gab bekannt, das 1953 70% der Arbeitssuchenden - darunter auch die Spätheimkehrer und DDR-Flüchtlinge - hatten vermittelt werden können und Oberbürgermeister Bauer konnte in seinem Jahresrückblick darauf verweisen, daß 1953 in Ludwigshafen 1.600 neue Wohnungen errichtet worden waren und auch 1954 der Wohnungsbau im Mittelpunkt der Aufgaben der Stadtverwaltung stehen werde.⁸⁴

Licht und Schatten der neuen Warenwelt

Das Jahr 1954 begrüßten die Ludwigshafener mit dem bis dahin lautesten Feuerwerk der Nachkriegszeit; die Gaststätten waren in der Silvesternacht überfüllt; die Wirte mit den Umsätzen sehr zufrieden. Als seine erste Amtshandlung im neuen Jahr übergab Oberbürgermeister Bauer bereits am Neujahrstag - im Austausch gegen einer Kiste Brasil und eine Flasche Likör - den Schlüssel der Stadt an die hiesigen Karnevalsvereine. Übergeben wurden auch zu Jahresbeginn elf Tonnen Lebensmittel aus amerikanischen Spenden an 6.570 Notleidende innerhalb der Stadt - ergänzt um 5.000 kostenlose Broschüren mit zeitgeschichtlichen Themenstellungen, womit dem betroffenen Personenkreis auch ein geistiges Nahrungsangebot gemacht wurde. Aber auch der Stadtrat befaßte sich auf seiner ersten Sitzung im neuen Jahr am 8. Januar 1954 mit einer Verbesserung des kulturellen Angebots der Stadt - so wurden u.a. weitere 50.000 DM für den Wiederaufbau des

Stadtmuseums und -archivs in der Rottstraße bewilligt und der Bau einer Volksschule im Stadtteil Mitte beschlossen. Anderorts war der Wiederaufbau bereits abgeschlossen: So konnte wenige Tage später der Ludwigshafener Einzelhandel als ersten Erfolg nach dem Umzug vieler Unternehmen aus Notunterkünften in neu- und wiedererrichtete Geschäftsräume vermelden, daß beim Winterschlußverkauf die Umsätze erheblich höher gewesen waren als in den vergangenen Jahren - denn nach ihrem Wiederaufbau erwies sich die Ludwigsstraße nun als Kundenmagnet für einen Käuferstrom aus der ganzen Vorderpfalz.⁸⁵

Die optimistischen Zahlen des Einzelhandels wurden am Ende des Monats durch eine Meldung des Arbeitsamtes getrübt: Die Zahl der Arbeitslosen war im Januar 1954 um 40% gestiegen - bedingt vor allem durch die langanhaltende Frostperiode. Dies veranlaßte wiederum die Stadtverwaltung einen Teil der Betroffenen mit Notstandsarbeiten - Trümmerräumung in der Innenstadt und im Stadtteil Nord - zu beschäftigen. Gedeckt werden konnten solche Maßnahmen durch Gewerbesteuernachzahlungen der BASF, die dem Stadtrat in seiner Sitzung am 22. Februar 1954 im Nachtragshaushalt 1953 vorgelegt wurden. Diese positive Bilanz fand entsprechend auch eine breite Zustimmung im Stadtparlament - nur die KPD-Fraktion votierte gegen den Nachtragshaushalt.⁸⁶

Prominenten Besuch konnte Ludwigshafen am 26. und 27. März 1954 verzeichnen: Zunächst einmal weihte am 26. März 1954 der DGB Ludwigshafen in Anwesenheit zahlreicher bundes- und landespolitischer Präsenz das neue Gewerkschafts-Haus in der Ludwigstraße ein, daß nun neben dem DGB-Kreisausschuß, zehn DGB-Einzelgewerkschaften, der Bezirksleitung der IG Chemie-Papier-Keramik und vier weiteren gewerkschaftlichen Einrichtungen Platz bot. Nicht den Arbeitnehmervertretern, sondern dem größten Arbeitgeber der Stadt, der BASF, galt dann am nächsten Tag der Besuch von Bundespräsident Professor Dr. Heuss in der Chemiestadt. Nach Gesprächen mit der Werksdirektion blieb dem Bundespräsidenten nur noch die Zeit für eine von Oberbürgermeister Bauer geleitete Autorundfahrt zur Besichtigung des neuen Ludwigshafen. Damit benutzte der Bundespräsident ein Verkehrsmittel, dessen Siegeszug auch in der Chemiestadt - trotz der Krise der @Rheinischen Automobilfabrik@ und der hier seit 1950 um 80% gestiegenen Zahl von Verkehrsverletzten - nicht mehr aufzuhalten war; so machten 11.172 motorisierte Verkehrsteilnehmer - 5.584 Krafträder, 3.862 PKW und 1.726 LKW - zum 1. April 1954 die Einführung des noch heute gültigen Autokennzeichens @LU@ für den Stadt- und Landkreis Ludwigshafen unumgänglich.⁸⁷

Einen Monat später konnte der DGB Ludwigshafen - trotz der weiter gestiegenen Mobilität der Bevölkerung - mehr Teilnehmer bei seiner Kundgebung als im Vorjahr verzeichnen. Zentrale Mai-Forderung der Gewerkschafter war erneut die Einführung der 40-Stunden-Woche. Konkretisiert wurde dieser Appell nachfolgend von der Gewerkschaft HBV um die Forderung nach einem Geschäftschluß am Samstagnachmittag - statt an einem Montag- oder Mittwochnachmittag. Diesem Vorschlag schloss sich mehrheitlich auch der Ludwigshafener Einzelhandel an. Offensichtlich sah er eine Reduzierung der Arbeitszeit nicht als umsatzgefährdend an. Allerdings hatte das häufig auf Kreditkauf beruhende gesteigerte Konsumverhalten der Ludwigshafener Bevölkerung auch für den Einzelhandel seine Schattenseiten, denn immer häufiger mußte nun Ausstände durch beim Amtsgericht registrierte Lohnpfändungen beglichen werden. Auch war längst nicht mehr jede Geschäftsneueröffnung von Gewinn gekrönt: Zwar standen im Mai 1954 noch immer 62 Neuanmeldungen nur 47 Abmeldungen gegenüber - aber davon mußten z.B. die inzwischen 50 Ludwigshafener Waschsalons bereits mit den ersten Waschmaschinen für den häuslichen Haushalt konkurrieren. Wer letztlich als ehemaliger Unternehmer den Gang zum Arbeitsamt antreten mußte, fand dieses dann ab 14. Juni 1954 "in einem zweckmäßigen und repräsentativen" Neubau an der Ecke von Schiller- und Kaiser-Wilhelm-Straße vor, womit im

Gegensatz zu den überfüllten Arbeitsräumen im Stadthaus Nord nun eine individuelle Betreuung der Betroffenen gewährleistet sein sollte.⁸⁸

Fußballweltmeister 1954 oder auch in Ludwigshafen sind wir wieder wer

Am 17. Juni 1954 wurde erstmals der Tag der deutschen Einheit als arbeitsfreier Feiertag begangen. Neben einer gutbesuchten politischen Gedenkveranstaltung der Ludwigshafener SPD verzeichneten auch die 14 katholischen Pfarrgemeinden Ludwigshafens eine starke Beteiligung an den gleichzeitig begangenen Fronleichnamsprozessionen. Das größte öffentliche Interesse auch in der Chemiestadt galt jedoch dem Auftaktspiel der Deutschen Fußballnationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz, die ebenfalls am 17. Juni 1954 die Türkei mit 4:1 besiegte. Auch zwei Werksversammlungen in der BASF zur Vorbereitung der Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat wurden mit dem Gedenken an die Opfer des 17. Juni 1953 eingeleitet - und entsprechend die Diskussionsbeiträge der kommunistischen Betriebsratsmitglieder mit Pfiffen und Pfuirufen bedacht. Danach wandte sich aber auch die Ludwigshafener Öffentlichkeit wieder der Fußballweltmeisterschaft zu, denn am 23. Juni 1954 wurde erstmals wenigstens die zweite Halbzeit eines Spiels der Deutschen Fußballnationalmannschaft im Rundfunk übertragen.⁸⁹

Einen spielfreien Tag nutzte der Ludwigshafener Stadtrat am 28. Juni 1954 für seine Sitzung, in der u.a. seine Zustimmung zur Aufnahme je eines Darlehens für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus sowie zur Fortführung der Abbruch- und Enttrümmerungsarbeiten im Stadtgebiet als Notstandsarbeiten gab. Mußte er sich also noch immer mit den Problemen der jüngsten Vergangenheit befassen, so ergab sich für die Ludwigshafener Fußballfans am 30. Juni 1954 ein Ausblick auf die Medienzukunft. Erstmals wurde ein Spiel der Deutschen Fußballnationalmannschaft im Fernsehen übertragen - allerdings waren zu diesem Zeitpunkt beim Postamt Ludwigshafen nur ganze 139 Apparate angemeldet. Wer also wie die große Mehrheit der Stadtbevölkerung zu diesem Medium noch keinen Zugang hatte, konnte wenigstens auf die traditionelle Rundfunkübertragung zurückgreifen oder gar von Mannheim aus mit einem Sonderzug zum Spielort nach Basel in die wieder ohne Visum zugängliche Schweiz reisen.⁹⁰

Immerhin 12.000 Deutsche waren dann tatsächlich am 30. Juni 1954 beim Halbfinalsieg der Deutschen Fußballnationalmannschaft gegen Österreich in Bern zugegen. Wenn hier auch offen bleiben muß, wie viele darunter aus Ludwigshafen kamen, so läßt sich mit Sicherheit sagen, daß sich hierunter nicht die 26 Spätheimkehrer befanden, die am gleichen Tag in ihrer Heimatstadt von der Stadtverwaltung empfangen wurden. Anlaß war die Auszahlung von fast 97.000 DM im Rahmen des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes an die Betroffenen. Während die Stadt in diesen Fällen ihren gesetzlichen Pflichten gerne nachkam, hatte sie sich zuvor vor dem Oberwaltungsgericht erst ihr Recht erstreiten müssen, dem ehemaligen Ludwigshafener Oberbürgermeister Dr. Stolleis (1937-1941) bzw. dem Beigeordneten Suttor (1937-1941) die Zahlung von Versorgungsbezügen zu verweigern, da beide nach Auffassung der Stadt nur durch enge Verbindung zum Nationalsozialismus in ihre Ämter gelangt waren. Das eigentliche Stadtgespräch war aber in Ludwigshafen das bevorstehende Endspiel um die Fußballweltmeisterschaft, das terminlich mit dem vierten Parkfest zusammenfiel und nach dem deutschen Sieg am 4. Juli 1954 auch reichlich Gelegenheit zum Feiern bot. Insgesamt wurden an beiden Parkfestwochenenden - trotz ungünstiger Witterung - wieder 140.000 Besucher gezählt.⁹¹

"Wir sind wieder wer" demonstrierte auch die BASF, die am 15. Juli 1954 im Feierabendhaus ihre zweite ordentliche Hauptversammlung abwickelte - eigentlich war es die erste, denn erstmals nach dem Umtausch der IG-Farben-Aktien konnten die Aktionäre selbst ihre Rechte auf einer Hauptversammlung wahrnehmen. Allerdings hinterfragte nur eine kleine Oppositionsgruppe die Tätigkeit der Geschäftsführung, während die große Mehrheit der Versammelten die Vorschläge des Vorstandes und des Aufsichtsrates billigte. Die solide Entwicklung der BASF hatte natürlich auch positive Auswirkungen auf den Haushalt 1954 der Chemiestadt, der am 19. Juli 1954 mit der Rekordsumme von 44.349.670 DM vom Stadtrat mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP gegen die KPD verabschiedet wurde. Die eingesetzten Haushaltsmittel sollten vor allem für die Verbesserung der Infrastruktur der Stadt und zur Fortsetzung des Städtischen Wohnungsbauprogramms verwendet werden. Eine für Ludwigshafener Verhältnisse ungewöhnliche Mehrheit ergab sich, als der Stadtrat mit den Stimmen von CDU, FDP und KPD sich dem Ansinnen von Oberbürgermeister und SPD-Fraktion verweigerte, die Frauenfachschule auslaufen zu lassen. Der unübersehbare wirtschaftliche Aufschwung drückte sich im gleichen Monat auch in den Arbeitslosenzahlen aus: 3.264 war der tiefste Stand seit Oktober 1951. Die Metallindustrie klagte bereits über Facharbeitermangel. Insbesondere das Baugewerbe und die chemische Industrie hatten zu einer Mehrbeschäftigung beigetragen.⁹²

Daß die wieder heile Welt in Ludwigshafen durchaus aber eine äußere Verteidigung benötigte, demonstrierten die amerikanischen Streitkräfte am 25. August 1954, als sie die Innenstadt und die Parkinsel in ein groß angelegtes Manöver einbezogen. Fliegerabwehrkanonen und Selbstfahrlafetten am Hauptbahnhof und an der Rheinbrücke waren neun Jahre nach Kriegsende kein vertrauter Anblick mehr. Ebenfalls einen modernen Anblick bot am 29. August 1954 das neu geweihte Gotteshaus St. Sebastian in Mundenheim - ein bemerkenswertes Ereignis, da die katholische Gemeinde hier bereits 775 Jahre im Besitz einer eigenen Pfarrkirche war. Vor dem Hintergrund noch solch intakter Stadtteilgemeinschaften, sowie bei schon mehr als 10.000 Wohnungssuchenden innerhalb des Stadtgebietes, wurde natürlich der weitere Zuzug von Flüchtlingen aus der DDR in der Chemiestadt diskutiert - kritisiert wurde u.a., daß nur 40% der Betroffenen sich als politische Flüchtlinge ausweisen konnten, 60% dagegen aus wirtschaftlichen Gründen die DDR verlassen hatte. Übersehen wurde dabei jedoch, daß im September 1954 gerade 35 ehemalige Bürger der DDR in Ludwigshafen von Sozialhilfe lebten und sehr viele als Flüchtlinge ohne behördliche Meldung bei Familienangehörigen untergekommen waren. Auch den Ludwigshafener Arbeitsmarkt belasteten sie nicht; bei einer anhaltend günstigen Beschäftigungslage galten nunmehr arbeitssuchende Frauen und Kriegsversehrte als schwer vermittelbar.⁹³

Das Ende der Ära Bauer

Gerüchte hatte es schon länger gegeben. Am 20. September 1954 war es soweit. Auf der Sitzung des Personalausschusses des Stadtrates erklärte Oberbürgermeister Bauer nach neunjähriger Amtszeit aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt. Er betonte jedoch gleichzeitig seine Bereitschaft, bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers seinen Dienstgeschäften weiter nachzugehen. Der Personalausschuß stimmte dem zu, und befürwortete eine baldige Ausschreibung der Oberbürgermeisterstelle. Entsprechend wurde auf der nachfolgenden Stadtratssitzung der Rücktritt des Oberbürgermeisters bereits als gegeben angesehen und nicht mehr thematisiert. Hingegen wurde der Eintritt des Ruhestandes des Beigeordneten Trupp nach Vollendung des 65. Lebensjahres bis zum vorgesehenen Ablauf seiner Amtsdauer im Jahr 1962 hinausgeschoben. Auch wurde nun in der

Hauptsatzung verankert, daß die seit der Eingemeindung am 1. April 1938 bestehenden städtischen Geschäftsstellen in den Ortsteilen Maudach, Oggersheim, Oppau und Rheingönheim jeweils von einem dem Stadtrat angehörenden Ortsbeauftragten beaufsichtigt werden - eine bereits seit 1945 bestehende Praxis. Daß die Ära Bauer mit dieser Stadtratssitzung wirklich dem Ende entgegen ging, mußte auch der scheidende Oberbürgermeister verspüren, als zu Ende der Tagung seine persönliche Erklärung gegen den Anschluß der Pfalz an Baden-Württemberg und seine damit verbundene Befürchtung einer Degradierung von Ludwigshafen zu einem Vorort von Mannheim sowohl auf den Widerspruch von MdB Wagner als auch auf den von Bürgermeister Dr. Reichert stieß, die ihm beide "weiß-blau-königlich-bayerische" Tendenzen unterstellten. Ein bemerkenswerter Vorgang, wie auch, daß als letzter Tagesordnungspunkt erstmals ein antimilitaristischer Antrag der KPD-Fraktion, nämlich gegen den Einbau von Sprengkammern in die Rheinbrücke, die Zustimmung des ganzen Hauses fand.⁹⁴

Zweifelsohne waren Ende 1954 nicht nur die Ludwigshafener Stadtväter und Stadtmütter am Erhalt sowohl der politischen Selbständigkeit als auch an der Sicherung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus interessiert. Und nach wie vor zeigten einzelne Mitbürger dabei ganz besondere Kreativität; so wurde nun in der Chemiestadt - trotz der gerade in Konkurs gegangenen Rheinischen Automobilfabrik - erneut die Produktion eines Verkehrsmittels aufgenommen: Dem "Champion" folgte nun das "Raumo" - ein steuer- und führerscheinfreies Moped, von dem täglich 20 Exemplare die Werkstätte verließen. Eine Tankfüllung sollte eine Reichweite von 320 km ermöglichen und den Besitzer damit bis zum "nächsten Zahltag" mobil machen. Auch die Leistungen der Ludwigshafener Spitzensportler "gereichten der Heimatstadt zu Ehren" - deshalb wurde für sie zum ersten Mal am 20. November 1954 die große Siegerehrung durch die Stadt im Pfalzbau durchgeführt. Anderenorts wurden von der Stadt ebenfalls "Weihnachtsgeschenke" verteilt: So wurden am 11. Dezember 1954 700.000 DM für die Schaffung von Wohnraum von DDR-Flüchtlingen zur Verfügung gestellt - eine dringend notwendige Maßnahme, da angesichts der Zustände im Notquartier Wilhelmschule bereits erste freiwillige Rücksiedlungen in die DDR erfolgt waren. Offen blieb dagegen, auf welchem Tisch letztlich die von allen Ludwigshafern großgefütterten Weihnachtskarpfen und Festtagshechte landen würden, die bei der offiziellen Leerfischung des Ebertparkweihers ins Netz gegangen waren. Vorab eindeutig geklärt war dagegen jedoch schon vor der Leerfischung, daß die Beschaffung des Neubesatzes des Ebertparkweihers dem Kulturamtsleiter Karl Nord "auf den Buckel geladen" werden würde.⁹⁵

Offiziell befaßte sich der Stadtrat erstmals am 21. Dezember 1954 mit dem Rücktritt des Oberbürgermeisters, als er in seiner nichtöffentlichen Sitzung dessen Gesamtdienstzeit seit dem 5. September 1945 als ruhegehaltstfähige Dienstzeit anerkannte. Zuvor hatte Bauer in der öffentlichen Sitzung das Jahr 1954 als "im Ganzen gesehen immerhin doch recht erfolgreich" gewürdigt. Diese Auffassung vertrat er dann auch bei seiner traditionellen Jahresrückschau, indem er 1954 als ein Jahr des ununterbrochenen Fortschritts, besonders im Wiederaufbau der zerstörten Innenstadt und auf dem Gebiet des Wohnungsbauwesens beschrieb.⁹⁶

Ein neuer Oberbürgermeister wird gewählt

Unmittelbar nach der Rücktrittserklärung von Oberbürgermeister Bauer hatten die Spekulationen über dessen Nachfolger begonnen. Frühzeitig war dabei auch der Oberstadtdirektor von Lüneburg ins Spiel gebracht worden; namentlich erwähnt wurde Werner Bockelmann aber erstmals am 13. Januar 1955, als @Die Rheinpfalz@ unter den eingegangenen 21 Bewerbungen die drei aussichtsreichsten Kandidaten vorstellte. Allerdings

hatte die Ludwigshafener erst einmal andere Probleme, denn am 17. Januar 1955 erreichte der Rhein den höchsten Wasserstand seit der Überschwemmungskatastrophe von 1882 und drang bis in die Innenstadt vor, ohne jedoch vergleichbare Schäden wie 1882 zu hinterlassen. Seinen ersten offiziellen Auftritt in Ludwigshafen hatte Werner Bockelmann am 31. Januar 1955, als er vor dem Personalausschuß über aktuelle kommunalpolitische Fragen referierte - für ihn fast schon ein Heimspiel, da seine beiden Mitbewerber zurückgetreten waren. Entsprechend beschloß der Personalausschuß dann am 9. Februar 1955, nur Werner Bockelmann dem Stadtrat zur Wahl als Oberbürgermeister vorzuschlagen. Der Stadtrat schloß sich dieser Entscheidung an und wählte am 15. Februar 1955 mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP bei Stimmenthaltung der KPD den Vorgeschlagenen für zehn Jahre zum Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen. Oberbürgermeister Bauer verblieb bis zum Dienstantritt Bockelmanns in seinem Amt.⁹⁷

Der Oberbürgermeister des Übergangs:

Werner Bockelmann⁹⁸ wurde am 27. September 1907 in Moskau als Sohn eines deutschen Bankiersehepaars geboren. Rechtsanwalt. 1915 Ausweisung und Übersiedlung nach Schweden. 1920 Ansiedlung in Lüneburg. 1945 eingesetzt, 1946 gewählter Oberbürgermeister, später dann Oberstadtdirektor von Lüneburg. 1947 SPD. Am 15. Februar 1955 durch den Stadtrat zum Oberbürgermeister von Ludwigshafen gewählt; Dienstantritt am 1. Juni 1955. Am 11. November 1956 in den pfälzischen Bezirkstag gewählt. Zum 31. März 1957 schied Bockelmann als Oberbürgermeister von Ludwigshafen wieder aus und war anschließend Oberbürgermeister von Frankfurt am Main. Werner Bockelmann starb bei einem Verkehrsunfall am 7. April 1968 in Stuttgart.

Die Landtagswahl 1955

Nach dieser zentralen kommunalpolitischen Wahlentscheidung ihrer Stadträte konnte die Ludwigshafener Bevölkerung nun ihre ganze Aufmerksamkeit wieder auf die nächste anstehende eigene Wahlentscheidung konzentrieren, denn auch die Landtagswahl 1955 hatte bereits ihre Schatten vorausgeworfen. Den Wahlkampf eröffnete die Ludwigshafener SPD am 16. Februar 1955 mit einer Kundgebung gegen die Wiederbewaffnung und die Pariser Verträge. Danach überließen die Parteien jedoch erst einmal den Ludwigshafener Narren die Bühnen, um sich erst nach Aschermittwoch wiederzumelden. Dabei griff am 26. Februar 1955 im Rahmen einer Kundgebung im Pfalzbau auch die FDP die Frage der Wiederbewaffnung mit einem eindeutig positiven Bekenntnis zu ihr auf, während der KPD nacheinander gleich zwei Demonstrationzüge gegen die Remilitarisierung durch die Ludwigshafener Innenstadt von der Polizei untersagt wurden. Auch bei der Stadtratssitzung am 24. März 1955 brachte die KPD das aufgrund der zukünftigen Stimmenverhältnisse im Bundesrat vorherrschende Landtagswahlkampfthema @Pariser Verträge@ zur Vorlage. Nach dem allerdings MdB Wagner "als berufener Vertreter Ludwigshafens im Bundestag" zum Ausdruck gebracht hatte, daß er dort die Stellungnahme seines Wahlbezirkes deutlich vertreten habe, ging der Stadtrat zur Tagesordnung über.⁹⁹

Aus Rücksicht auf die sonntäglichen Kirchgänger hatte der DGB in Ludwigshafen seine traditionelle Mai-Demonstration diesmal bereits am Abend des 30. April als Fackelzug unter dem gewerkschaftlichen Motto "40 Stunden sind genug" durchgeführt. Trotzdem fanden sich am 1. Mai doch wieder 10.000 Ludwigshafener Arbeitnehmer zur Feierstunde des DGB im Ebertpark ein. Nicht ganz so viele Zuhörer, aber trotzdem einen überfüllten Saalbau und viele Hundert Zuhörer vor dem Gebäude konnte die Ludwigshafener CDU am 3. Mai 1955 beim Wahlkampfauftritt von Bundeskanzler Dr. Adenauer in der Chemiestadt verzeichnen. Der Kanzler sprach anerkennend über die Wiederaufbauleistungen in Ludwigshafen, betonte aber auch die umfangreiche Förderung der Stadt aus Bundes- und Landesmitteln. FDP und SPD wollten natürlich der CDU nicht nachstehen und präsentierten am 12. bzw. 14. Mai 1955 mit Dr. Dehler und Erich Ollenhauer im Pfalzbau ebenfalls ihre Bundesvorsitzenden der

Ludwigshafener Wählerschaft. Trotz dieses Großaufgebots an politischer Prominenz verließen aber die Ludwigshafener Wähler auch am 15. Mai 1955 nicht ihre traditionellen Pfade. Erneut wurde die SPD mit 32.458 Stimmen (45,8%) die stärkste Partei - gegenüber 1951 war dies allerdings ein Verlust von 3,1%. Die CDU belegte wieder nur Platz 2 mit 22.084 Stimmen und 31,1% - ein bemerkenswerter Zugewinn von 6% gegenüber 1951. Die FDP war mit 6.747 Stimmen (9,5%) als drittstärkste Partei etabliert - wenn sie auch 2,8% verloren hatte. Der KPD verblieb entsprechend wieder nur Platz vier mit 6.105 Stimmen (8,6%) - ein erneuter Verlust von 1,5% gegenüber 1951, aber im Vergleich zu ihren landesweiten 3,2% noch immer ein bemerkenswertes Ergebnis. Die FWG erhielt in Ludwigshafen 2.334 Stimmen (3,4%), die Vertriebenenpartei BHE 802 Stimmen (1,1%) und der neutralistische Bund der Deutschen nur 384 Stimmen (0,5%). Ludwigshafen hatte künftig fünf Landtagsabgeordnete, nämlich Ernst Lorenz und Herbert Müller von der SPD sowie Franz Heller, Ludwig Reichling und Ludwig Schuster von der CDU.¹⁰⁰

Gründungsmitglied der CDU:

Ludwig Schuster¹⁰¹ wurde am 19. Januar 1907 in Ludwigshafen geboren. Chemotechniker. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trat er als Gründungsmitglied der Ludwigshafener CDU hervor. Ludwig Schuster war von 1948 bis 1968 Mitglied des Ludwigshafener Stadtrats. Von 1955 bis 1967 wirkte er auch als rheinland-pfälzischer Landtagsabgeordneter für die CDU. Als Angestellter der Firma Raschig nahm er dort zeitweise den Vorsitz des Betriebsrates war und war bis zu seiner Pensionierung 1972 Mitglied des Aufsichtsrates. Ludwig Schuster starb am 20. Februar 1976 in Ludwigshafen.

Der Wechsel von Bauer zu Bockelmann

Den offiziellen Verabschiedungsreigen für Oberbürgermeister Bauer leitete am 18. Mai 1955 der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Altmeier ein, der am rheinland-pfälzischen Verfassungstag Bauer mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland auszeichnete und den scheidenden Oberbürgermeister mit den Worten würdigte: "Der Wiederaufbau Ludwigshafens ist Ihr Werk".¹⁰² Seinen letzten großen Auftritt als Leiter der Stadtverwaltung hatte Oberbürgermeister Bauer bei der Doppelsitzung des Stadtrates am 23. und 24. Mai 1955. Dabei brachte Bauer letztmals am 23. Mai 1955 einen Haushaltsplan - hier für das Jahr 1955 - ein, der auch mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP gegen die Stimmen der KPD verabschiedet wurde. Die anschließende Abwesenheit des Oberbürgermeisters bei seiner einstimmigen Entlastung für die Rechnungsjahre 1952 und 1953 nutzte Bürgermeister Dr. Reichert zu einer nichtöffentlichen Fortführung der Sitzung, die als einziger Tagesordnungspunkt die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Valentin Bauer vorsah. Diese erfolgte ebenso einstimmig, wie der Beschluß, diese Angelegenheit bis zur offiziellen Verabschiedung des Oberbürgermeisters noch geheim zu halten.¹⁰³

Zeitgleich mit den letzten Amtshandlungen von Valentin Bauer traf auch sein Nachfolger Bockelmann aus Lüneburg in Ludwigshafen ein. In einem ersten Pressegespräch mit der @Rheinpfalz@ stellte er fest: "Ludwigshafens große Aufgabe ist die Aufgabe jeder zerstörten Stadt: der Wiederaufbau. Dabei kann ich nicht meine Bewunderung für die Leistungen verhehlen, die auf diesem Gebiet schon vollbracht wurden.". Am 27. Mai 1955 wurde Werner Bockelmann dann offiziell in sein neues Amt eingeführt. Nach einem musikalischen Vortrag des Pflorzorchester-Quartetts hielt Regierungspräsident Pfeiffer die Festrede, der zunächst ebenfalls noch einmal die Verdienste von Valentin Bauer beim Wiederaufbau Ludwigshafens würdigte, bevor er dem neuen Oberbürgermeister die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Bezirksregierung anbot. Anschließend führte er Bockelmann in sein neues Amt ein, worauf Valentin Bauer seinem Nachfolger die Ernennungsurkunde und die Amtskette überreichte, der wiederum versprach, "seine ganze Kraft in den Dienst dieser lebendigen Stadt" zu stellen.

Das anschließende gesellige Zusammensein fand dann im Ebertpark statt; genau rechtzeitig zur neuen Saisonöffnung.¹⁰⁴

Oberbürgermeister Bauer wurde einen Tag später offiziell verabschiedet. Nach einer Eröffnung durch das Pflzorchester ergriff zunächst Bürgermeister Dr. Reichert das Wort und gab Valentin Bauer seine Ernennung zum Ehrenbürger bekannt. Die Festrede hielt dann der Landesinnenminister Zimmer, der noch einmal die Verdienste Bauers für den Wiederaufbau von Ludwigshafen herausstellte und ihn abschließend mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette des Landes Rheinland-Pfalz auszeichnete. Es folgten noch Redebeiträge der vier Stadtratsfraktionen, der IHK, des DGB und des Städteverbandes Rheinland-Pfalz. Abschließend zeigte sich Bauer überrascht und erfreut, daß es ihm nicht gelungen war, vorab von seiner Ernennung zum Ehrenbürger zu erfahren. Ein "nicht endenwollender Beifall" verabschiedete dann den scheidenden Oberbürgermeister endgültig.¹⁰⁵

Ruhige erste 100 Tage unter einem neuen Oberbürgermeister

Nach soviel städtischer Feierlichkeit kehrte mit der Amtsübernahme von Werner Bockelmann zum 1. Juni 1955 in der @Stadt der Arbeit@ wieder der Alltag ein. Hierzu gehörte die erfreuliche Mitteilung, daß auf dem Gelände der Pleite gegangenen Rheinischen Automobilwerke nun eine Champion-Ersatzteilhandel- und Instandsetzungsfirma ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, was den vielen Ludwigshafenern Champion-Besitzern einen gewissen Alpdruck bezüglich der Fahrdauer ihres Neuerwerbs nahm. Den Alpdruck der Wohnungsnot beabsichtige die Stadt wiederum 1955 durch einen "Generalangriff" zu lösen. Zumindest kündigte Bürgermeister Dr. Reichert diese "Offensive" bei der Erläuterung der anstehenden Bauprojekte auf der Hauptversammlung der GAG am 14. Juni 1955 an. Hingegen konnte Dr. Wurster auf der Hauptversammlung der BASF am 1. Juli 1955 verkünden, daß der Wiederaufbau des Werkes "in großen Zügen" bereits abgeschlossen war. Schließlich leitete am 8. Juli 1955 auch Oberbürgermeister Bockelmann seine erste Stadtratssitzung. Zuvor, am 2. Juli 1955, von den Ludwigshafenern bei der Eröffnung des mit insgesamt 160.000 Besuchern wieder sehr erfolgreichen Park-Festes noch mit Ovationen begrüßt, stand nun im Mittelpunkt der Stadtratsitzung die Abhilfe für einige von der Öffentlichkeit thematisierte Mißstände beim städtischen Friedhofsamt. Sicher nicht gerade die größten Herausforderungen zum Amtsbeginn eines so jungen und ehrgeizigen Oberbürgermeisters. Mit sehr viel mehr Begeisterung dürfte der sportinteressierte Bockelmann dann schon am 13. Juli 1955 die Ehrung eines frischgebackenen Handball-Weltmeisters - Hans Ruff von der Tura Ludwigshafen - vorgenommen haben.¹⁰⁶

Noch wenig Sensibilität für Denkmalschutz und Stadtgeschichte zeigten die Stadtvorderen im August 1955. Damals wurde ohne Bedenken zur Verkehrsentslastung der Hemshofstraße eines der ältesten Häuser Ludwigshafens - errichtet 1805 - abgerissen. Ein Gebäude, indem immerhin 1814 der preußische König Friedrich Wilhelm III. mit zweien seiner Söhne übernachtet hatte. Tatsächlich interessierten im Sommer 1955 aber auch in Ludwigshafen statt der Heimatpflege mehr die neuen Möglichkeiten eines Urlaubs fernab der Chemiestadt: Eine Ferienreise zweier einheimischer Ehepaare auf die Kanaren - damals noch die Insel der Millionäre - war der @Rheinpfalz@ die Hauptschlagzeile auf der Lokalseite wert. Denn Urlaubsreisen boten damals schon die Möglichkeit der Flucht vor heimischen Problemen: Schließlich hatte im Sommer 1955 die Verschmutzung des Rheins - auch mangels einer modernen Kläranlage in Ludwigshafen - auf der Höhe der Friesenheimer Insel einen Grad erreicht, der infolge Sauerstoffmangels jedes Fischleben unmöglich machte und auch die Menschen nicht mehr zum Baden im heimischen Strom einlud.¹⁰⁷

Weltweite Entspannung und lokale Konflikte in Ludwigshafen

Als Bundeskanzler Dr. Adenauer am 8. September 1955 von Köln zu seiner weltweit beachteten Reise nach Moskau abflog, fand dieses Ereignis und die nachfolgenden Verhandlungen natürlich auch stromabwärts in Ludwigshafen - besonders bei den Angehörigen der letzten Kriegsgefangenen - großes Interesse. Zudem unternahm die Bundesregierung selbst die Aufklärung der Ludwigshafener Bevölkerung über die außenpolitischen Ziele des Kanzlers. So referierte nach dessen Rückkehr Dr. Herbert Mittermann vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gleich an drei Abenden in Ludwigshafen über den Begriff der @friedlichen Koexistenz@ aus westlicher und östlicher Sicht. Während mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland sowie der damit verbundenen Entlassung der letzten Kriegsgefangenen ein Stück Nachkriegsgeschichte abgeschlossen wurde, ging in Ludwigshafen zeitgleich ein Stück Verkehrsgeschichte zu Ende. Stürmisch begrüßt von den Ludwigshafens Autofahrern, die sie nur als Verkehrshindernis wahrgenommen hatten, stellte am 3. Oktober 1955 die Lokalbahn Mundenheim-Meckenheim den Personenverkehr ein. Während die Pendler nun mit Autobussen - zu erhöhten Preisen gegenüber dem @feurigen Elias@ - zu ihren Arbeitsplätzen in die Chemiestadt gefahren wurden, wurde der Gütertransport - insbesondere wegen der Rübenbauern - bis Weihnachten 1955 noch auf der Lokalbahnstrecke aufrechterhalten, dann aber ebenfalls auf eine Bahnspedition übertragen; dies war wiederum verbunden mit Verspätungen und Frachtverteuerung für die Mutterstadter Geschäftswelt, wie anschließend auf der Hauptversammlung des Mutterstadter Gewerbevereins kritisch angemerkt wurde.¹⁰⁸

In der Heimat stürmisch begrüßt werden sollte nach Ansicht von SPD, CDU und FDP aber auch die Rückkehr der letzten 9.626 Kriegsgefangenen aus UdSSR. Ludwigshafen selbst erwartete bis zu 17 Spätheimkehrer, darunter eine Frau. Diese sollten, so die SPD-Stadtratsfraktion, wie ihre Vorgänger mit einem Empfang durch die Stadtverwaltung sowie einem Geldgeschenk willkommen geheißen werden. Während sich Oberbürgermeister Bockelmann in der Haupt- und Finanzausschußsitzung am 6. Oktober 1955 im Zuge der Gleichbehandlung für eine Beibehaltung der Höhe des Geldgeschenkes von DM 200,- aussprach, plädierten die Vertreter von CDU und FDP für eine Erhöhung des Betrages. Hingegen machte sich der KPD-Fraktionsvorsitzende Harth die Auffassung der UdSSR zu eigen, daß es sich bei den 9.626 Betroffenen nicht um Kriegsgefangene, sondern um Kriegsverurteilte handele, die man als Kriegsverbrecher nicht hart genug behandeln könne. Er sprach sich deshalb gegen einen Empfang und das Geldgeschenk aus. Oberbürgermeister Bockelmann entgegnete, daß die Betroffenen lange genug gebüßt hätten und die russische Militärjustiz nicht mit rechtsstaatlichen Grundsätzen vereinbar sei. MdB Wagner betonte dies ebenfalls und forderte Harth auf, seine Ausführungen in öffentlicher Stadtratssitzung zu wiederholen.¹⁰⁹ Entgegen allen parlamentarischen und journalistischen Gepflogenheiten der Nachkriegszeit in Ludwigshafen und nur vor dem trotz beginnender friedlicher Koexistenz noch immer latenten Kalten Krieges nachvollziehbar, übernahm dies dann aber das SPD-Organ @Die Freiheit@, indem es am 10. Oktober 1955 nicht nur über den Verlauf der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses berichtete, sondern unter der Überschrift "Empörendes Verhalten eines kommunistischen Stadtrats" Karl Harth mit der Bemerkung auch falsch zitierte, "daß es sich bei den Heimkehrern um Kriegsverbrecher handele, die besser nicht wiederkommen würden".¹¹⁰

Ein Opfer des Kalten Krieges:

Karl Harth¹¹¹ wurde am 22. Dezember 1894 in Ludwigshafen geboren. Schlosser. 1920 KPD, 1929 Mitglied der erweiterten Bezirksleitung Pfalz und Delegierter zum XII. Parteitag der KPD. 1929 bis 1933 Stadtratsmitglied in Ludwigshafen, 1930 und 1933 Kandidat der KPD zum Reichstag. 1933/34 illegale Betätigung für die KPD. Am 20. Dezember 1934 vom OLG Karlsruhe zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, bis 1937 arbeitslos. 1945 erneut Mitglied der KPD und der pfälzischen Bezirksleitung bis 1948, Kreisvorsitzender in Ludwigshafen, 1947 Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Giuliani und Schriftführer des Ortskartells Ludwigshafen, 1949 Mitglied des Landesvorstandes der KPD in Rheinland-Pfalz. 1952 bis 1956 wieder Stadtrat in Ludwigshafen, Fraktionsvorsitzender der KPD. 1955 wegen seiner Äußerungen über die Spätheimkehrer im Haupt- und Finanzausschuß des Stadtrates Ludwigshafen bei der Firma Giuliani als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender abgesetzt und anschließend entlassen. Nach dem KPD-Verbot Vorsitzender der Wählergruppe Harth, deren Kandidatur zum Stadtrat Ludwigshafen 1956 nicht zugelassen wurde.

Bereits am 11. Oktober 1955 protestierte Karl Harth in der Bau- und Grundstücksausschußsitzung gegen die Veröffentlichung in der @Freiheit@. Oberbürgermeister Bockelmann verurteilte die Mitteilung aus einer nichtöffentlichen Sitzung an die Presse und bestätigte auch, daß Harth die so zitierte Äußerung nicht vorgenommen hatte.¹¹² Vor dem Hintergrund täglich in Friedland eintreffender Heimkehrertransporte - am Morgen des 13. Oktober 1955 traf auch die erste 1952 aus der DDR in die UdSSR deportierte und für eine Unterbringung in Ludwigshafen vorgesehene Heimkehrerin in der Chemiestadt ein - vollzog sich allerdings nun trotzdem ein regelrechtes Kesseltreiben gegen den kommunistischen Fraktionsvorsitzenden Harth. Am 12. Oktober 1952 fand sich der Presseartikel der @Freiheit@ im Aushängekasten der Direktion der Firma Giuliani wieder. Obwohl Harth daraufhin gleich in einem eigenen Flugblatt auf seine Entlastung durch den Oberbürgermeister in der Bau- und Grundstücksausschußsitzung verwies, veranstaltete noch am gleichen Abend die Christliche Werksgemeinschaft des Unternehmens ebenfalls unter Bezugnahme auf die falsch in der @Freiheit@ wiedergegebenen Äußerungen von Harth eine Protestveranstaltung gegen das Stadtratsmitglied und verlangte dessen Ausschluß aus "Betriebsrat und Belegschaft". Am nächsten Morgen wurde bereits ein weiteres Flugblatt, nun des @Antikommunistischen Volksbundes für Frieden und Freiheit@ vor dem Giuliani-Werk verteilt, in dem Harth, der im @Dritten Reich@ als kommunistischer Widerstandskämpfer 1934/35 zehn Monate inhaftiert gewesen war, als ehemaliger Handlanger der Diktatur des Hakenkreuzes sowie der jetzigen von Hammer und Sichel dargestellt wurde. Gleichzeitig wurde Karl Harth - stellvertretender Betriebsratsvorsitzender - von der Direktion bis auf weiteres der Zugang zum Werksgelände unter Verweis auf den Artikel der @Freiheit@ und des Beschlusses der Christlichen Werksgemeinschaft verweigert.¹¹³

Entsprechend kam es bei der Stadtratssitzung am 13. Oktober 1955 zu tumultartigen Szenen, die an die Wiederaufführung eines Theaterstückes erinnerten. Erneut stellte die SPD-Fraktion den Antrag auf eine Zuwendung von DM 200,- an die Russland-Heimkehrer; während die CDU den Antrag unterstützte, beantragte die FDP erneut eine Erhöhung der Gabe auf DM 300,-. Auch Oberbürgermeister Bockelmann wiederholte seinen Hinweis, daß dies der gleichmäßigen Behandlung aller Spätheimkehrer widersprechen würde. Nun verwies Stadtrat Harth auf die entlastenden Worte des Oberbürgermeisters in der Bau- und Grundstücksausschußsitzung. Daraufhin mußte der Oberbürgermeister feststellen, daß Harth zwar in der Presse falsch zitiert worden sei, seine Erklärung aber auch nicht seinen wesentlich schärferen Formulierungen in der Haupt- und Finanzausschußsitzung entspreche. Entsprechend ging der Versuch der KPD-Fraktion, ihrer Position zu den Heimkehrertransporten durch das Verlesen einer Erklärung zu verdeutlichen, nach den Worten "heimkehrenden begnadigten Kriegsverurteilten" im allgemeinen Tumult unter. @Die Rheinpfalz@ sprach am nächsten Tag von einem "beschämenden Zwischenspiel der Kommunisten", @Die Freiheit@ vermeldete "Tumulte bei Heimkehrerdebatte" und @Unser Tag@, das Organ der KPD, verkündete: "SPD-OB gegen Falschmeldung der SPD-Presse".

Die sozialdemokratischen und kommunistischen Kontrahenten - beide Parteien hatten kurz zuvor auf der anderen Rheinseite in Mannheim bei der Oberbürgermeisterwahl noch kooperiert - ließen es sich auch nicht nehmen, ihre unterschiedlichen Presse-Interpretationen der Stadtratssitzung am 14. Oktober 1955 als Flugblatt vor dem Giuliani-Werk zu verteilen. Schließlich tagte dort am gleichen Tag der Betriebsrat, dessen sozialdemokratische Mehrheit nun beschloß, beim Arbeitsgericht Ludwigshafen die Entfernung von Karl Harth aus diesem Gremium zu erwirken.¹¹⁴

Tatsächlich interessierte sich im Oktober 1955 die Ludwigshafener Öffentlichkeit sehr viel mehr für das zum Teil abenteuerliche Schicksal der Spätheimkehrer als für das eines hiesigen kommunistischen Stadtrates - zumal am 15. Oktober 1955 auch die ersten beiden gebürtigen Ludwigshafener nach elf und 13 Jahren aus der UdSSR in die Stadt der Chemie zurückgekehrt waren. Auch die städtischen Dienststellen kündigten an, daß den Spätheimkehrern kein bürokratischer Hürdenlauf bevorstehen würde, sondern durch großzügige Behördenzusammenarbeit eine möglichst schnelle Integration der Betroffenen - einschließlich eines kostenlosen vierwöchigen Erholungsaufenthaltes im Kurhaus Trifels - erreicht werden sollte. Am 29. Oktober 1955 folgte das Amtsgericht Ludwigshafen dem Ansinnen des Giuliani-Betriebsrates und schloß Karl Harth aus dem Gremium aus. Damit hatte nun auch die Giuliani-Direktion den Rücken frei für die fristlose Entlassung von Karl Harth, die sie dann am 4. November 1955 vornahm. Harth teilte damit das Schicksal seines Fraktionskollegen Karl Samstag, der bereits im März 1955 trotz seiner Funktion als Betriebsratsvorsitzender von der Firma Raschig wegen "Werksspionage" entlassen worden war.¹¹⁵

Ortsbeiräte statt Ausgemeindung

Bereits am 18. Oktober 1954 hatte der Stadtrat in der Hauptsatzung verankert, daß die seit der Eingemeindung am 1. April 1938 bestehenden städtischen Geschäftsstellen in den Ortsteilen Maudach, Oggersheim, Oppau und Rheingönheim jeweils von einem dem Stadtrat angehörenden Ortsbeauftragten beaufsichtigt werden sollten. Allerdings gab die neue Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz größeren kreisfreien Städte die zusätzliche Möglichkeit für Vororte, die eine engere Ortsgemeinschaft bilden, zusätzlich auch einen Ortsbeirat zu errichten. Eine entsprechende Satzung billigte am 6. Oktober 1955 auch der Haupt- und Finanzausschuß der Stadt Ludwigshafen. Wenige Tage später wies das Bezirksverwaltungsgericht Neustadt endgültig die Klage eines Mitglieds des Oppauer Aktionsausschusses für die Ausgemeindung Oppaus zurück, in dem es feststellte, daß die Eingemeindung von 1938 ordnungsgemäß erfolgt sei und nur vom Gesetzgeber wieder aufgehoben werden könnte. Damit konnte der Stadtrat von Ludwigshafen den Kompromißweg zwischen der Stadt und dem Vorort Oppau durch die Wahl eines Ortsbeirates einschlagen.¹¹⁶ Trotz dieser geplanten Dezentralisation sahen die Stadtväter und -mütter aber auch den Bau eines der Größe und der Bedeutung der Stadt Ludwigshafen entsprechenden zentralen Rathauses "als unausweichliche Aufgabe in den kommenden Jahrzehnten" an. Vorläufig begnügte sich der Bau- und Grundstücksausschuß des Stadtrates aber noch mit einem viergeschossigen Erweiterungsbau für das Stadthaus Jubiläumsstraße.¹¹⁷ Zunächst einmal folgte jedoch am 19. Dezember 1955 der Stadtrat einstimmig dem Beschlußvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und wählte entsprechend dem Kommunalwahlergebnis von 1952 einen 13köpfigen Ortsbeirat für Oppau (8 SPD / 3 CDU / 1 FDP / 1 KPD), einen 11köpfigen für Oggersheim (6 SPD, 3 CDU, 1 FDP, 1 KPD) und je zwei 7köpfige für Rheingönheim (4 SPD, 1 CDU, 1 FDP, 1 KPD) sowie Maudach (3 SPD / 4 CDU). Zu Beginn der Sitzung hatte die KPD noch einmal zu einer Stellungnahme zur Entlassung ihres

Fraktionsvorsitzenden Harth durch die Firma Giuliani aufgefordert. Dies wurde jedoch von der Stadtverwaltung abgelehnt, da es nicht zu ihren Aufgaben gehöre, die Rechtmäßigkeit betrieblicher Maßnahmen zu überprüfen. Die Stadtverwaltung sei jedoch auch in Zukunft bemüht, die Vertraulichkeit einer nicht öffentlichen Sitzung zu wahren. Allerdings müßten Personen, die im öffentlichen Leben stehen, die Folgen ihrer politischen Äußerungen selber tragen. Damit wieder in der alten Konfrontationslinie, stimmte anschließend alleine die KPD-Fraktion gegen den Nachtragshauhalt 1955, der die Bereitstellung der Finanzmittel zum weiteren Aufbau von Ludwigshafen, u.a. für die Erweiterung des Stadthauses Jubiläumsstraße, ermöglichte.¹¹⁸

Alte und neue Ehren für den neuen und alten Oberbürgermeister

Zur Jahreswende 1955/56 konnte sich erstmals Oberbürgermeister Bockelmann mit einem Rück- und Ausblick an die Ludwigshafener Bevölkerung wenden, wobei er insbesondere die Kontinuität zwischen seiner eigenen Tätigkeit und der seines Amtsvorgängers betonte und ankündigte, daß der noch immer als Alleinvorstand der GAG aktive Valentin Bauer bereits zu Lebenszeiten mit der Umbenennung der Schlachthof-Siedlung in Valentin-Bauer-Siedlung geehrt werden sollte. Aber auch Bockelmann erfreute sich nun mancher Ehrung: So überreichten bereits am Neujahrstag die Karnevalsvereine dem im Ludwigshafener Karneval noch nicht völlig "eingearbeiteten" neuen Oberbürgermeister als Ehrengeschenk eine prachtvolle Narrenkappe, der dafür als Gegengabe ihnen gerne den Stadtschlüssel überließ. Als glückliches Omen für seine weitere Arbeit deutete Bockelmann seine erste ernsthafte Amtshandlung im neuen Jahr, als er am 2. Januar 1956 in Mundenheim mit einem symbolischen Banddurchschnitt den ersten Teilabschnitt der für Oggersheim, Maudach, Rheingönheim und Mundenheim vorgesehenen Umgehungsstraßen freigeben konnte. Tatsächlich hatte bereits im Jahr 1956 der Autoverkehr ein Ausmaß angenommen, das nicht nur Umgehungsstraßen erforderlich machte, sondern das auch neben der Industrie als zweite Ursache für Luftverschmutzung in Ludwigshafen angesehen wurde. Zwar nahmen nun auch Beauftragte des Bundesgesundheitsministeriums Luftmessungen in Ludwigshafen vor - eine Patentlösung für die Reinigung der Großstadtluft hatten sie allerdings nicht.¹¹⁹

Neue Unbill kam über die Ludwigshafener Stadtratsfraktion der KPD am 13. Januar 1956. Auf einer Betriebsversammlung der Ludwigshafener Straßenbahner wurde dem kommunistischen Stadtratsmitglied und im Mai 1955 mit 82% der Wählerstimmen als Betriebsratsvorsitzender der Ludwigshafener Straßenbahner bestätigten August Fend vorgeworfen, sechs Wochen unbezahlten Urlaub u.a. für einen Schulungsaufenthalt in der UdSSR genutzt zu haben. Nach einer heftigen innerbetrieblichen Auseinandersetzung zwischen KPD-Betriebsgruppe auf der einen und ÖTV-Vertrauensleuten auf der anderen Seite wurde am 8. Februar 1956 Fend die Freistellung als Betriebsrat wegen innerbetrieblicher politischer Betätigung durch die Direktion entzogen. Damit hatte der dritte Ludwigshafener KPD-Stadtrat sein 1952 bei der Stadtratswahl noch besessenes Betriebsratsmandat durch eine Ordnungsmaßnahme eingebüßt; Samstag und Harth sogar zusätzlich ihren Arbeitsplatz verloren. Lediglich der kommunistische Stadtrat Otto Zimpelmann konnte sein erst 1953 errungenes Betriebsratsmandat bei der BASF bis zu seiner Pensionierung 1984 durchgängig verteidigen.¹²⁰

Betriebsratsvorsitzender bei der Straßenbahn:

August Fend¹²¹ wurde am 3. November 1905 in Mannheim geboren. Modellschreiner. Ab 1919 in der Kommunistischen Jugend, seit 1923 Mitglied der KPD. 1930 bis 1933 Stadtrat in Mannheim. Von Februar bis April 1933 in Schutzhaft. Anschließend aktiv im kommunistischen Widerstand als Instrukteur der Bezirksleitung Baden-Pfalz. Am 3. November 1933 verhaftet, am 13. Dezember 1934 wegen Vorbereitung zum

Hochverrat verurteilt und bis Juni 1936 inhaftiert. Nach der Entlassung Ansiedlung in Altrip. Juni 1943 Einsatz im Strafbataillon 999 in Griechenland; Oktober 1944 aktiv im Befreiungskampf der kommunistischen ELAS auf Korfu. Anschließend englische Kriegsgefangenschaft. Januar 1947 Rückkehr nach Altrip. Mitarbeiter der Straßenbahn Ludwigshafen, Betriebsratsvorsitzender und Politischer Leiter der Betriebsgruppe der KPD, Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung. März 1948 in das Sekretariat des Landesvorstandes kooptiert. November 1948 Kandidat zum Gemeinderat Altrip und zum Kreistag Ludwigshafen-Land. 1949 Übersiedlung nach Ludwigshafen. April 1951 Kandidat der KPD zum Landtag Rheinland-Pfalz. Im Oktober 1951 Ausschluß aus der Gewerkschaft ÖTV. 1952 bis 1956 Stadtrat der KPD in Ludwigshafen. Im April 1956 die Freistellung als Betriebsratsvorsitzender bei der Straßenbahn Ludwigshafen wegen politischer Betätigung für die KPD entzogen. November 1956 Kandidat der Wählergruppe Harth. 1960 Übersiedlung nach Mannheim. 1968 Mitglied der DKP. August Fend starb am 13. Februar 1996 in Mannheim.

Daß durch die Entwicklung in der DDR die westdeutschen Kommunisten auch in ihrer Hochburg Ludwigshafen in eine Selbstisolierung geraten waren, verdeutlichte der stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Union in Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, der sich am 14. Januar 1956 im dicht besetzten großen Saal des Hauses der Jugend mit "den sogenannten Errungenschaften der Sowjetzone" auseinandersetzte. Während Kohl in seinem Vortrag die demokratischen Defizite im anderen Teil Deutschlands aufzeigte, fiel Oberbürgermeister Bockelmann die Ehre zu, am 26. Januar 1956 in Oggersheim die Mitglieder des ersten Ludwigshafener Ortsbeirats zu verpflichten und dabei dessen kommunalpolitischen Rolle in der innerstädtischen Demokratie aufzuzeigen. Daß die westdeutsche Demokratie nicht nur durch eine solche Einbeziehung ihrer Bürger, sondern inzwischen auch durch ein funktionierendes Sozialsystem gesichert war, wurde im Februar 1956 in Ludwigshafen deutlich, als das Arbeitsamt für Hunderte - infolge der langanhaltenden Kältewelle arbeitslos gewordene - Bauarbeiter materielle Hilfe leistete. Am 16. Februar 1956 folgte der Stadtrat dann einstimmig dem Vorschlag von Oberbürgermeister Bockelmann und benannte die Siedlung im Schlachthofviertel "Valentin-Bauer-Siedlung". Ebenso einstimmig wurden die von den Ortsbeiräten vorgeschlagenen Ortsvorsteher bestätigt und die Gebührenfreiheit für die Benützung der Stadtbücherei eingeführt - auch der Ebertpark war ab März 1956 ohne Eintritt zugänglich. Kontrovers diskutiert wurde einzig wieder nur ein Antrag der KPD, der ein stärkeres städtisches Wohnungsprogramm zugunsten der einheimischen Bevölkerung forderte, da die neuen Wohnungen fast gänzlich von Zugewanderten belegt worden seien. Allerdings handelte es sich dabei größtenteils um Flüchtlinge aus dem kommunistisch regierten Osteuropa, wie Stadtrat Ries in seiner Replik treffend feststellte.¹²²

Der Ortsvorsteher mit dem Fahrrad:

Heinrich Ries¹²³ wurde am 13. Januar 1912 in Oppau geboren. Maschinenschlosser. Ab 1926 in der Sozialistischen Jugend, seit 1927 Mitglied der SPD. 1929 Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1930 Bezirksvorsitzender des Arbeiterturn- und Sportbundes Vorderpfalz Rheinhessen. 1944 Soldat. 1945 Rückkehr nach Ludwigshafen, Maschinenschlosser in der BASF. 1946 Mitbegründer der SPD Ludwigshafen. 1947 Vorsitzender des Jugendausschusses der IG Chemie und des AGB Ludwigshafen. 1947 bis 1977 freigestelltes Betriebsratsmitglied in der BASF. 1948 Mitglied im Vorstand der Verwaltungsstelle der IG Chemie in Ludwigshafen. 1951 Mitbegründer des Wassersportvereins @Vorwärts@ als Zweiter Vorsitzender. 1952 Zweiter Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Nord-Hemshof. 1952 bis 1989 Stadtrat in Ludwigshafen. 1952 bis 1977 Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender in der BASF (u.a. Mitglied des Wirtschaftsausschusses, Beirat der BKK, der BASF Altershilfe, des Erholungswerks, der Jubilarstiftung, der Heinrich von Brunck Gedächtnisstiftung). 1957 Stellvertretender DGB-Vorsitzender in Ludwigshafen. 1961 bis 1983 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Nord-Hemshof. 1962 bis 1970 Mitglied des Aufsichtsrats der BASF als Arbeitnehmervertreter. 1962 bis 1974 Mitglied der Vertreterversammlung der LVA Rheinland-Pfalz. 1966 bis 1976 Vorsitzender der Verwaltungsstelle der IG Chemie in Ludwigshafen. 1966 bis 1989 Ortsvorsteher der nördlichen Innenstadt. 1972 Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz. 1972 bis 1975 Mitglied des Gesamtbetriebsrates und des Konzernbetriebsrates der BASF. 1974 Auszeichnung mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette. 1977 Pensionierung. 1978 Auszeichnung mit der Hans-Böckler-Medaille des Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1983 Ehrenvorsitzender des SPD-Ortsvereins Nord-Hemshof. 1986 Verleihung des

Ehrenrings der Stadt Ludwigshafen. Heinrich Ries starb am 5. April 1989 in Ludwigshafen an den Folgen eines Verkehrsunfalls.

Südweststaat oder zurück zu Bayern?

Für das von der französischen Militärregierung geschaffene Land Rheinland-Pfalz hatten sich in Ludwigshafen seit 1946 immer nur wenige Fürsprecher gefunden. Mit der Beendigung des Besatzungsstatus am 5. Mai 1955 stand die Frage der Fortexistenz dieses Bundeslandes zur Debatte. Nach dem anschließend ein Sachverständigen-Ausschuß der Bundesregierung zu dem Ergebnis kam, daß Rheinland-Pfalz zu den leistungsschwachen Ländern gehöre und seine Abgrenzung einer Revision bedürfe, traten auch in der Chemiestadt zwei sehr rührige Vereinigungen in Erscheinung, die sich für ein Volksbegehren zur Herauslösung der Pfalz aus Rheinland-Pfalz aussprachen. Zum einen war dies der @Bund Bayern und Pfalz@, der sich für einen Wiederanschluß der Pfalz an Bayern einsetzte und u.a. von Valentin Bauer unterstützt wurde; zum andern der @Verein Kurpfalz@ der den Zusammenschluß der Pfalz mit Baden-Württemberg zu einem Südweststaat präferierte. Prominentester Vertreter dieses Vereins waren in Ludwigshafen Bürgermeister Dr. Reichert und MdB Friedrich Wilhelm Wagner. Die SPD zeigte sich also in der Frage Pfalz oder Bayern besonders gespalten und war sich nur einig über die Ausgliederung der Pfalz aus Rheinland-Pfalz. Gleiches galt auch für die KPD, die als alleiniges Ziel die Auflösung von Rheinland-Pfalz als "Basis der Reaktion" propagierte. Hingegen folgten trotz des Engagements von Dr. Reichert für den @Verein Kurpfalz@ die Mitglieder von CDU und FDP in Ludwigshafen mehrheitlich der von ihnen mitgetragenen Landesregierung und sprachen sich gemeinsam mit dem @Bund Rheinland-Pfalz@ für den Fortbestand des Bundeslandes aus. Entsprechend begleitet durch eine heftige Presseschlacht aller Interessenten am Für und Wider von Rheinland-Pfalz konnten sich dann vom 9. bis 22. April 1956 die Ludwigshafener in die Listen für eine Volksabstimmung über einen Anschluß der Pfalz an Bayern oder Baden-Württemberg eintagen. Überraschend wenig Wahlberechtigte nahmen jedoch diese Möglichkeit wahr: Gerade einmal 8,63% votierten für ein Volksbegehren zugunsten des Anschlusses an Bayern; 10,79% zugunsten eines Südweststaates. In der gesamten Pfalz votierten sogar nur 7,6% der Wahlberechtigten für eine Volksabstimmung zugunsten Bayerns und 9,3% zugunsten des Südweststaates. Da jeweils aber eine Eintragung von 10% der Wahlberechtigten notwendig gewesen wäre, kam deshalb in der Pfalz überhaupt keine Volksabstimmung zustande. Hingegen waren in den Regierungsbezirken Koblenz, Trier, Montabaur und Rheinhessen die Volksbegehren für einen Anschluß an Nordrhein-Westfalen bzw. Hessen erfolgreich - die Volksabstimmungen fanden freilich erst 1975 statt und bestätigten dann doch den Fortbestand von Rheinland-Pfalz.¹²⁴

Sommer 1956 oder „Die Sehnsucht nach dem Süden“

War also der 22. April 1956 für die Ludwigshafener Gegner von Rheinland-Pfalz kein Freudentag, so hatte aber die protestantische Kirchengemeinde an diesem Tag allen Grund zur Freude, denn nach 13 Jahren Kriegszerstörung konnte man die zweite Einweihung der Friedenskirche begehen. Das bei der Ersteinweihung 1931 wegen der eigenartigen Rundform mit zentral gelegenen Rundturm noch umstrittene Bauwerk galt nun als glückliche Vereinigung von Kirchenbau und Baukunst. Zur Beglückung der ganzen Ludwigshafener Bevölkerung hingegen waren die Aufforstung des Maudacher Bruchs auf neun Kilometer Länge und 700 Meter Breite gedacht, die ebenfalls noch im April 1956 aufgenommen wurde. Geehrt fühlen konnten sich die Ludwigshafener Gewerkschafter, denn am 30. April 1956 führte der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Bundesfeier zum 1. Mai im Ludwigshafener Pfalzbau durch. In der über alle Sender der Bundesrepublik Deutschland verbreiteten

Ansprache forderte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Reuter erneut die Einführung der 40-Stundenwoche. Reuter war am nächsten Tag dann auch der Hauptredner auf der Mai-Feier des DGB in Ludwigshafen. Erneut waren "Tausende Ludwigshafener Werktätiger" erschienen, denen ein umfangreiches Kulturangebot vom Fanfarenbläser Musikchor Kurpfalz e.V. bis zum Pflzorchester geboten wurde. Mitte Mai wurde in Ludwigshafen dann auch die Badesaison 1956 eröffnet - u.a. hatte die Stadtverwaltung das Angebot des Strandbades am Rhein um eine große Liegewiese und acht Brausen erweitert - offen blieb allerdings, ob diese nur zum Aufwärmen nach einem Bad im dem noch sehr kühlen Rhein gedacht waren oder gar zum anschließenden Wegspülen der auf der Haut haftenden chemischen Beigaben des Flusses dienen sollten.¹²⁵

Die Stadtratssitzung am 17. Mai 1956 mußte Oberbürgermeister Bockelmann mit der Mitteilung eröffnen, daß am Morgen des gleichen Tages der FDP-Fraktionsvorsitzende Bertram verstorben war. Bertram hatte dem Ludwigshafener Stadtrat von 1920-1933 und wieder ab 1946 angehört. Oberbürgermeister Bockelmann betonte, daß man Bertram nicht besser ehren könne, als daß man mit allem Ernst an die Arbeit gehe. Anschließend stellte Bockelmann den Haushaltplan 1956/57 vor, wobei er wie sein Vorgänger nicht mit Kritik am Landesfinanzausgleich sparte. Während die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU und FDP in der anschließenden Debatte sich insbesondere positiv über die bisherige Amtsführung von Bockelmann äußerten und dem Haushaltsplan zustimmten, versagte sich die KPD erneut, da fünf ihrer Veränderungsvorschläge mangels Deckung nicht berücksichtigt worden waren.¹²⁶

Liberales Urgestein:

Ludwig Bertram¹²⁷ wurde am 14. August 1880 in Wolfstein (Kreis Kusel) geboren. Nach der Ausbildung in der Lehrerbildungsanstalt Kaiserslautern war er als Pädagoge in Oberweiler, Otterberg und Landau tätig. 1905 wurde er nach Ludwigshafen berufen, wo er bis 1928 an der Volksschule unterrichtete und sich gleichzeitig an der Handelsschule in Mannheim fortbildete. Von 1928 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1949 war er als Studienrat am Mädchenlyzeum tätig. Im Jahr 1920 wurde Ludwig Bertram erstmals für die DDP in den Stadtrat gewählt, nachdem er schon seit 1915 Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Schulausschusses gewesen war. Ebenfalls seit 1915 war er Mitglied des Ludwigshafener Bezirkstags. 1933 mußte er aus dem Stadtrat und Bezirkstag ausscheiden. 1946 wurde er dann wieder in den Kreistag gewählt, ab 1948 führte er die neue FDP-Fraktion im Ludwigshafener Stadtrat. Ferner war Ludwig Bertram Mitglied der protestantischen Gesamtkirchengemeinde, der Dekanatsynode und des Presbyteriums Ludwigshafen-Nord. 1955 wurde er mit dem Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland sowie mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. Ludwig Bertram starb am 17. Mai 1956 in Ludwigshafen.

Daß der Tod von Ludwig Bertram nicht nur einen persönlichen Verlust für die Ludwigshafener Liberalen bedeute, sondern auch noch eine Mandatseinbuße mit sich brachte, mußte die FDP-Fraktion bei der nächsten Stadtratssitzung am 30. Mai 1956 zur Kenntnis nehmen, als Theo d'Hone als Nachfolger von Bertram mit seiner Mandatsannahme gleichzeitig auch seinen Übertritt zur SPD-Fraktion erklärte. Damit kam die SPD-Fraktion - wie bereits zwischen 1949 und 1952 - durch einen Fraktionswechsel erneut zur einer absoluten Mehrheit im Stadtrat. Ein Vorgang, der bei den anderen drei Fraktionen auf wenig Begeisterung stieß und den neuen FDP-Fraktionsvorsitzenden Eberle zur der Bemerkung veranlaßte, "Herr d'Hone sei wie die Überläufer im Krieg zu bewerten".¹²⁸

Zwar nicht kriegerisch, aber zumindest kämpferisch ging es am nächsten Tag im Ludwigshafener Südwest-Stadion zu, als der 1. FC Kaiserslautern in einem Spiel um die Deutsche Meisterschaft auf den Karlsruher SC traf. Weit mehr als die offiziell zugelassenen 82.000 Zuschauer waren ins Stadion gelangt und lieferten sich im Kampf um die Plätze bei drückender Schwüle untereinander und mit der Polizei beträchtliche Handgemenge. Selbst Flaschen und andere harte Gegenstände kamen zum Einsatz und zu guter Letzt wurde auch noch der Rasen demoliert, als die Anhänger des siegreichen KSC nach Spielschluß den

Innenraum stürmten. Danach kehrten aber in Ludwigshafen wieder friedlichere Zeiten ein - auch beim wieder sehr gut besuchten Parkfest blieben die Reibereien im "üblichen" Rahmen. Überrascht wurde dagegen von den Chronisten festgestellt, daß "das Geld nicht mehr so locker in der Tasche zu sitzen scheint" - zumindest verzeichneten sowohl die Fahrgeschäfte als auch der Getränkeumsatz trotz Besucherzunahme gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang. Ebenfalls noch einmal eine große Besucherzahl im Ebertpark konnten im Sommer 1956 sowohl das Pfälzische Landesturnfest als auch Vico Torriani verzeichnen, der sein Programm "Musik im Blut" vorstellte. Er wollte "die Sehnsucht nach dem Süden stillen, die das deutsche Herz notwendig hat" und lag damit ganz im Zeitgeist. Ihm folgte auch die lokale Presse, der die sommerliche Studienreise von 95 Ludwigshafener Berufsschülern nach Rom im Juli 1956 gleich mehrere Schlagzeilen wert war.¹²⁹

Sommerlich ging es auch bei der Stadtratssitzung am 27. Juli 1956 zu. Zumindest sprachen dafür die gelichteten Reihen bei den einzelnen Fraktionen und die in rascher Folge abgewickelte Tagesordnung; einzig die kleinen Fraktionen brachten wieder etwas Sand ins Getriebe, in dem sich die FDP über die Verzögerung bei der Bearbeitung von Anträgen in Fachausschüssen beschwerte und die KPD eine Beratung von Interessenten durch die Bundeswehr in städtischen Räumen monierte. Einen ersten militärischen Auftritt hatte die Bundeswehr in Ludwigshafen am 30. Juli 1956, als im Rheinhafen Panzerketten für das Ersatzteillager in Germersheim umgeschlagen wurden; geleitet wurde das Unternehmen kurioser Weise von einem Offizier, der bereits 1936 einer der ersten Reichswehrangehörige in Ludwigshafen gewesen war. Größeres Aufsehen als die neue deutsche Armee erregte in Ludwigshafen allerdings der Sommerschlußverkauf mit Umsatzsteigerungen bis zu 30% - häufig finanziert durch Kredite, deren Volumen jeweils zwischen DM 100,- und DM 500,- von der Pfälzischen Kunden-Kredit-Bank als "doch bedeutend" eingeschätzt wurde. Sogar Begeisterungstürme ernten am 2. August 1956 Bruce Low mit seinen Cowboy-Liedern sowie Heinz Ehrhardt und Lale Andersen bei ihrem Auftritt von 3 600 Zuhörern auf dem Gartenstädter Blumenfest.¹³⁰

KPD-Verbot und die Kommunalwahl 1956

Fern ab von diesen sommerlichen Aufregungen herrschte beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hektisches Treiben, denn fast fünf Jahre nach dem Antrag der Bundesregierung stand dort die Entscheidung über ein Verbot der KPD an. Die in den Medien vorausgegangenen heftigen Spekulationen über das Wahlverhalten der Kommunisten nach einem Parteiverbot waren natürlich in der Chemiestadt am Rhein von besonderer Bedeutung, da in Ludwigshafen die KPD mit 6.105 Wählern (8,6%) bei der Landtagswahl 1955 und fünf Stadtratsmitgliedern noch immer einen relevanten Faktor darstellte. Da gleichzeitig die bevorstehende rheinland-pfälzische Kommunalwahl 1956 zu einer Vorentscheidung für die Bundestagswahl 1957 hochstilisiert wurde, erhielt gerade hier diese Frage noch einmal zusätzliche Brisanz. Für die KPD war die Situation natürlich besonders schwierig, denn auf der einen Seite hatte auch sie aufgrund der unklaren letztrichterlichen Entscheidung mit der Vorbereitung auf die Kommunalwahl 1956 begonnen, auf der anderen Seite waren die Vorbereitungen auf eine erneute Illegalität der Partei auch in Ludwigshafen längst abgeschlossen. So befanden sich am Tage der Urteilsverkündung in Karlsruhe bekannte Ludwigshafener Kommunisten - darunter der Stadtrat Zimpelmann - aus Angst vor einer Verhaftung in der DDR, während am Morgen des 17. August 1956 der kommunistische Fraktionsvorsitzende Harth sich in das Ludwigshafener Kreisbüro in die Kurze Straße begab, um dort das mögliche Eintreffen der Polizei abzuwarten. Diese erschien dann tatsächlich kurz vor 12 Uhr, um Harth und dem ebenfalls anwesenden Kreissekretär der KPD, Karl Bauer, das

vorher in Karlsruhe durch das Bundesverfassungsgericht verkündete Parteiverbot mitzuteilen und das vorhandene Inventar sowie Bücher, Zeitschriften und Plakate zu beschlagnahmen.¹³¹ Weiterhin wurden die Büros von zwei Ludwigshafener Ortsgruppen der KPD in Privatwohnungen, die Parteidruckerei in der Pfalzgrafenstraße sowie das Parteilokal in der Hartmannstraße durchsucht. Geschlossen wurde von der Polizei jedoch nur die Geschäftsstelle in der Kurzen Straße sowie die Parteidruckerei, ohne daß es irgendwo zu Zwischenfällen kam. Dafür fiel der Polizei aber am 17. August 1956 auch kein relevantes Aktenmaterial der Ludwigshafener KPD mehr in die Hände, da dieses längst nach Ostberlin verlagert worden war.¹³² Die öffentliche Debatte konzentrierte sich daraufhin auf die verbliebenen kommunistischen Mandate in drei westdeutschen Landtagen sowie in zahlreichen Kommunalparlamenten. Hier gab der Gesetzgeber die Linie vor, daß die Mandatsinhaber ihre Mandate als Unabhängige bis zur anstehenden Neuwahl des jeweiligen Gremiums wahrnehmen konnten; anschließend sollte eine Neukandidatur der Mandatsinhaber über eine kommunistische Tarnliste möglichst unterbunden werden. Entsprechend waren mit dem Ende der Sommerpause auch in Ludwigshafen alle fünf kommunistischen Stadtratsmitglieder nun als unabhängige Kommunalpolitiker wieder öffentlich präsent.¹³³

Am 28. August 1956 gab der Landeswahlleiter die zeitlichen Regularien für die am 11. November 1956 stattfindende nächste rheinland-pfälzische Kommunalwahl bekannt und eröffnete damit auch in Ludwigshafen offiziell den Wahlkampf. Drei Tage später trat ein junger Justiziar namens Dr. Werner Ludwig als Leiter des Ausgleichsamtes in städtische Dienste - bereits neun Jahre später wurde er zum Oberbürgermeister der Chemiestadt gewählt. Zunächst einmal eröffnete jedoch sein Vorgänger am 16. September 1956 offiziell das wiederaufgebaute Stadtmuseum in der Rottstraße mit der Ausstellung: "Kulturdokumente der Oberrhein- und Neckargebiete" - Gast war dabei der rheinland-pfälzische Kultusminister Orth. Geschlossen blieben dagegen ab dem 17. September 1956 nach 18 Uhr die Ludwigshafener Lebensmittelgeschäfte und Drogerien - begründet wurde dies vom Einzelhandel mit Unterstützung der Gewerkschaften durch einen spürbaren Mangel an Personal infolge der langen Arbeitszeit in dieser Branche. Gewählt wurde am 24. September 1956 Oberbürgermeister Bockelmann auf Platz zwei der SPD-Liste zum Bezirkstag der Pfalz - noch ahnte niemand, daß das Ludwigshafener Stadtoberhaupt bereits im Gespräch für die Nachfolge des am 20. September 1956 im Alter von 55 Jahren verstorbenen Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Walter Kolb war. Prominenten Besuch hatte Ludwigshafen am 26. September 1956, als Ministerpräsident Altmeier auf Einladung der Bundesbahn in der Chemiestadt weilte und an der symbolischen ersten Mastsetzung für die Elektrifizierung der Rheinstrecke Remagen-Ludwigshafen teilnahm. Am 4. Oktober 1956 trat erstmals nach der Sommerpause auch der Stadtrat wieder zusammen. Oberbürgermeister Bockelmann gab keine Erklärung zur zukünftigen Rolle der "vorherigen" kommunistischen Fraktion ab. Auch die "ehemaligen" Kommunisten enthielten sich hierzu jeder Stellungnahme; sie waren alle erschienen und "machten mit".¹³⁴

Allerdings beabsichtigten die "ehemaligen" Kommunisten auch im nächsten Stadtrat "mitzumachen". Am 19. Oktober 1956 reichte die Wählergruppe Harth - darunter alle fünf "ehemaligen" KPD-Stadträte - beim Oberbürgermeister einen 14 Personen umfassenden Wahlvorschlag ein. 460 Ludwigshafener unterstützen diesen Wahlvorschlag - 300 Unterstützungsunterschriften wären nur notwendig gewesen. SPD, CDU und FDP folgten mit ihren Wahlvorschlägen bis zum 22. Oktober 1956 - als Ratsfraktionen hatten sie nur jeweils fünf Unterstützungsunterschriften für ihre Kandidatenliste vorlegen müssen. Daraufhin wandte sich Oberbürgermeister Bockelmann noch am 22. Oktober 1956 mit einem Schreiben an das Staatsministerium des Innern in Mainz mit der Bitte, "das Erforderliche zu veranlassen", um den Wahlvorschlag der Wählergruppe Harth als Ersatzorganisation der KPD ablehnen zu

können. Da die Antwort aus Mainz noch ausstand, zog sich der Ludwigshafener Gemeindevwahlausschuß bei seiner ersten Sitzung am 23. Oktober 1956 zunächst einmal damit aus der Affäre, daß die 460 Unterschriften für die Wählergruppe Harth noch nicht auf ihre Gültigkeit überprüft seien und vertagte sich daher auf den 29. Oktober 1956. Die Wahlvorschläge von SPD, CDU und FDP wurden hingegen anstandslos genehmigt. Das Innenministerium gab jedoch noch am 23. Oktober 1956 den @Schwarzen Peter@ an den Ludwigshafener Gemeindevwahlausschuß zurück, da er festzustellen habe, ob der Wahlvorschlag der Wählergruppe Harth als Ersatzorganisation der KPD anzusehen sei. Am 29. Oktober 1956 folgte schließlich der Gemeindevwahlausschuß diesem Ansinnen und wies in einer nur sieben Minuten dauernden Sitzung den Wahlvorschlag Harth als Ersatzorganisation der KPD zurück.¹³⁵

Hatten somit die Ludwigshafener Kommunisten am 29. Oktober 1956 wenig Grund zur Freude, gab zuvor es anderenorts aber viel zu feiern, denn am 27. Oktober 1956 war das Kulturhaus - das heutige Bürgermeister-Ludwig-Reichert-Haus - am Standort des ehemaligen Gesellschaftshauses eröffnet worden. Am 28. Oktober 1956 folgte die Eröffnung des ersten Ludwigshafener Hallenbades - als Hallenbad Nord war es bis Ende 2001 in Betrieb. Wenig beachtet wurde dagegen, daß im Oktober 1956 auch mit der Errichtung neuer Wohngebäude im Hemshof begonnen wurde, was die Sanierung des Ludwigshafener Problemviertels einleitete. Grund zum Feiern hatte schließlich am 4. November 1956 auch die katholische Gemeinde in der Niederfeldsiedlung, welche die Pfarrkirche St. Hildegard einweihen konnte. Am 7. November 1956 trat der Stadtrat zu seiner letzten Sitzung in der Wahlperiode 1952 bis 1956 zusammen. Herrschte bei den eigentlichen Tagesordnungspunkten - so auch bei Festsetzung der Ziegenzuchtumlage für das Jahr 1956 / immerhin 287 Tiere waren davon noch in der Großstadt betroffen - weitgehende Einigkeit, waren die Schlußworte der Fraktionssprecher doch vom Kommunalwahlkampf geprägt: So kritisierte Friedrich Wilhelm Wagner ein Flugblatt der CDU, das sich gegen die Errichtung des städtischen Krematoriums wandte und Otto Zimpelmann wandte sich noch einmal die Nichtzulassung der Wählergruppe Harth als "undemokratische Maßnahme".¹³⁶

Damit hatte der Kommunalwahlkampf 1956 in Ludwigshafen allerdings auch schon seinen Höhepunkt erreicht. Vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Suez-Kanal-Krise und des Ungarn-Aufstandes konnten sich kommunalpolitische Themen kaum in der Öffentlichkeit durchsetzen. Selbst die Ludwigshafener Narren verzichteten angesichts der Ereignisse in Ungarn auf die traditionelle Karnevalseröffnung zum 11. November. Die Ludwigshafener CDU unterließ sogar die Ausgabe einer Wahlkampfzeitung zugunsten einer Spende für die Ungarnhilfe. Hingegen betonte Oberbürgermeister Bockelmann bei der Abschlußkundgebung der SPD, daß "es angesichts der Ereignisse sowohl in Ungarn als auch in Ägypten mehr denn je notwendig sei, jene Kräfte zu stärken, die unter allen Umständen den Frieden gewahrt wissen wollen". Unter allen Umständen den Frieden gewahrt wissen wollte jedoch unter den 345 im Jahr 1956 erfassten Wehrpflichtigen in Ludwigshafen offensichtlich nur ein einziger - zumindest hatte er als einziger von allen Erfassten den Kriegsdienst verweigert. Die Erklärung von Oberbürgermeister Bockelmann war trotzdem unbeabsichtigt auch im Sinne der verbotenen KPD, die bereits im September 1956 in einer Erklärung zu den Kommunalwahlen ihre verbliebenen Anhänger dazu aufgerufen hatte, nur Kandidaten zu wählen, die gegen die Aufrüstung und die Allgemeine Wehrpflicht auftreten würden. Tatsächlich dürfte die Ludwigshafener SPD am 11. November 1956 ihren Zugewinn von immerhin 8,9% im wesentlichen nur in dem Personenkreis erzielt haben, der im November 1952 mit 9,5% noch für die KPD votiert hatte. Wie viele dieser Wähler im November 1956 - vor dem Hintergrund der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes durch die UdSSR - aber tatsächlich noch für die KPD votiert hätten, muß hier offen bleiben. Trotz Ungarn-Aufstand

und KPD-Verbot bestand aber in Ludwigshafen ein kommunistisches Milieu weiter. Dies wurde am 11. November 1956 allein schon an der geringeren Wahlbeteiligung in den ehemaligen kommunistischen Hochburgen als auch an der Kennzeichnung von ungültigen Stimmzetteln mit "KPD" und dergleichen deutlich. Neben den nun stolzen 57,8% der SPD und 30 Stadtratmandaten hatte aber auch die CDU mit 31,4% einen Zugewinn von 3,2% und zwei Stadtratssitzen auf nun 16 zu verzeichnen. Dieser Zuwachs ging eindeutig zulasten der FDP, die nur noch auf 10,8% der Wählerstimmen kam und damit 2,6% sowie zwei ihrer bisherigen sieben, bzw. einen ihrer sechs - nach dem Parteiwechsel des nun über die SPD-Liste wiedergewählten Theo d'Hone - Ende 1956 noch vorhandenen Sitze verloren hatte. Mit Oberbürgermeister Bockelmann sowie Max Keding für die SPD und Leopold Arnspenger für die FDP wurden gleich drei Ludwigshafener in den Bezirkstag der Pfalz gewählt.¹³⁷

Der Wechsel von Bockelmann zu Dr. Klüber

Die Wahl von Oberbürgermeister Bockelmann am 11. November 1956 in den Bezirkstag der Pfalz war eigentlich als Zeichen der politischen Integration in seine neue pfälzische Heimat gedacht gewesen. Noch vor der Konstituierung des Bezirkstages meldete @Die Rheinpfalz@ jedoch bereits am 17. November 1956, daß einen Tag zuvor der Unterbezirksvorstand der Frankfurter SPD an den Ludwigshafener Oberbürgermeister mit der Bitte herangetreten war, sich um die Nachfolge des am 20. September 1956 verstorbenen Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Kolb zu bewerben. Am 27. November 1956 ließ Werner Bockelmann verlauten, daß er dem Ansinnen der ebenfalls mit absoluter Mehrheit im Stadtrat ausgestatteten Frankfurter SPD nachkommen werde. Während es also den höchsten Mann der Stadt wegzog, vermeldete diese gleichzeitig den Zuzug der ersten 22 Flüchtlinge aus Ungarn, die alle sofort vom Arbeitsamt Arbeitsplätze vermittelt bekamen. Entsprechend war auch Arbeitslosigkeit kein Thema mehr bei der Eröffnungsrede von Oberbürgermeister Bockelmann anlässlich der konstituierenden Sitzung des neuen Stadtrats am 11. Dezember 1956 - aber auch zu seinem Weggang verlor er kein Wort. Vielmehr machte Bockelmann deutlich, daß das Hauptproblem der Stadt nun in der Beschaffung der Finanzmittel für die anstehenden Projekte wie Fortführung des städtischen Wohnungsbaus sowie die Errichtung einer Kläranlage lagen. Die drei nach der Kommunalwahl verbliebenen demokratischen Fraktionen - der Stadtrechtsausschuß wies am 19. Dezember 1956 den Einspruch der Wählergruppe Harth wegen Nichtzulassung zur Stadtratswahl zurück - betonten hierbei den Willen zur Zusammenarbeit.¹³⁸

Auch in seiner Neujahrsbotschaft an die Ludwigshafener Bevölkerung verzichtete der Oberbürgermeister auf einen Hinweis auf seine eigenen Zukunftspläne. So war es an den Ludwigshafener Narren, Bockelmann anlässlich ihrer traditionellen Neujahrsparade mit einer "Sonderration Frankfurter Würstchen" - nämlich "für jeden Kilometer, der Frankfurt von Ludwigshafen trennt, ein Würstchen" - auszustatten. Am 10. Januar 1957 war es dann amtlich: Werner Bockelmann wurde von der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung einstimmig zum Oberbürgermeister gewählt. Nun galt es für Ludwigshafen einen Nachfolger zu finden. Während in der Öffentlichkeit und Tagespresse hierzu bereits heftig spekuliert wurde, blieb die erste Stadtratssitzung im neuen Jahr am 21. Januar 1957 frei von solchen Erwägungen. Vielmehr wurde die nach der Kommunalwahl 1956 erforderliche Neuwahl der Ortsbeiräte durch den Stadtrat vollzogen - die SPD hatte in allen vier Gremien nun die absolute Mehrheit - sowie erstmals Beisitzer für den Musterungsausschuß benannt. Am 31. Januar 1957 wurde es dann ernst für den neugebildeten Ausschuß sowie für die 345 männlichen Ludwigshafener des Jahrgangs 1937, die mit "Ausweis und Badehose" zur Musterung in den Umkleideräumen des Südwest-Stadions antreten mußten.

Erziehungsberechtigte durften die Wehrpflichtigen - aber mit 19 oder 20 Jahren noch nicht Volljährigen - begleiten. Der einzige Kriegsdienstverweigerer konnte zwar bei der Musterung seinen Verweigerungsantrag abgeben; über seine Anerkennung entschied jedoch bereits zu einem späteren Zeitpunkt eine besondere Kammer und ein 21monatiger "Hilfsdienst" anstatt der Wehrpflicht war ebenfalls schon vorgesehen. Noch vor der ersten Musterung war aber am 30. Januar 1957 wieder der Stadtrat zusammen getreten, denn nun galt es nach der Konstituierung der Ortsbeiräte, die vorgeschlagenen Ortsvorsteher sowie deren Nachrücker zu bestätigen. Im Mittelpunkt der Sitzung stand diesmal eine Resolution der SPD-Fraktion, in der eine Verlegung des Oberlandesgerichtes von Neustadt nach Ludwigshafen anstatt dessen Rückverlegung nach Zweibrücken gefordert wurde. Dieser Forderung schlossen sich jedoch nur die SPD- und FDP-Fraktion geschlossen an - die CDU-Fraktion - im Zwiespalt zwischen den Interessen der Stadt und der Unterstützung der konservativen Landesregierung - stellte ihren Mitgliedern die Entscheidung frei, worauf sich u.a. MdL Reichling der Stimme enthielt.¹³⁹

Während am 10. Februar 1957 ein "nährisches Vorkommando" des Noch-Ludwigshafener Oberbürgermeisters Bockelmann die Stadt Frankfurt besuchte, war am 18. Februar 1957 der Tagespresse zu entnehmen, daß umgekehrt aus Hessen der nächste Oberbürgermeister seinen Weg in die Pfalz finden würde. Die Wahl der Ludwigshafener SPD-Fraktion war nämlich auf den Offenbacher Oberbürgermeister Dr. Hans Klüber gefallen. CDU und FDP zeigten sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Dies war auch eine Voraussetzung für den Amtsantritt von Dr. Klüber, der vorab erklärte: "Ich werde die Wahl nur annehmen, wenn sie einstimmig oder wenigstens nahezu einstimmig erfolgt. Nur so halte ich eine ersprießliche Arbeit für gewährleistet". Tatsächlich wurde dann Dr. Klüber auf der dringlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen am 22. Februar 1957 von 48 der 49 anwesenden Stadtratsmitglieder für zehn Jahre zum Oberbürgermeister der Chemiestadt gewählt. An die Spitze seiner programmatischen Vorstellungsrede hatte auch Dr. Klüber den Wohnungsbau gestellt. Sein Amtsantritt sollte am 1. Mai 1957 erfolgen, so daß Ludwigshafen nach dem Weggang von Werner Bockelmann zum 31. März 1957 - offiziell verabschiedet wurde er im Anschluß an die letzte von ihm geleitete Stadtratssitzung am 29. März 1957 - nun insgesamt einen Monat unter der Leitung des christdemokratischen Bürgermeisters Dr. Reichert stehen sollte. Die oberbürgermeisterlose Zeit war in Ludwigshafen jedoch keineswegs eine unpolitische Zeit. So war bereits seit Frühjahr 1957 der Bundestagswahlkampf im Gange, obwohl die Wahl erst für den 15. September 1957 festgelegt worden war. Den Wahlkampfauftakt bildeten im April 1957 die Betriebsratswahlen in Rheinland-Pfalz: In Ludwigshafen wurde bei der Stadtverwaltung und der BASF die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung bestätigt; aber auch die komplette kommunistische Fraktion im BASF-Betriebsrat - trotz KPD-Verbot. Im Mittelpunkt, der wieder von einer "nach Tausenden zählenden Menschenmenge" besuchten, 1. Mai-Kundgebung des DGB im Ebertpark stand diesmal die Forderung nach der deutschen Wiedervereinigung. Immerhin 77 Ludwigshafener Schüler konnte das Landschulheim Ramsen bei seiner Wiedereröffnung am 6. Mai 1957 begrüßen.¹⁴⁰

Oberbürgermeister und Kulturdezernent:

Dr. Hans Klüber¹⁴¹ wurde am 25. November 1902 in Köln geboren. Nach einem juristischen und volkswirtschaftlichem Studium trat er in den Verwaltungsdienst des Landes Preußen ein und war als Regierungs-Assessor bei verschiedenen Verwaltungsbehörden beschäftigt. 1932 wurde er mit der Verwaltung des Landratsamtes Einbeck (Hannover) betraut. Nach dem Papen'schen Staatsstreich in Preußen wurde er abberufen. Im September 1933 entließen ihn die Nationalsozialisten aus dem preußischen Verwaltungsdienst, wo er zuletzt als stellvertretender Polizeipräsident von Gladbach-Rheydt gewirkt hatte. In den Jahren 1933 bis 1945 war Dr. Klüber freiberuflich als Verwaltungs-Rechtsrat sowie als Syndikus in der oberschlesischen Industrie tätig. 1945 wurde er Bürgermeister von Solingen, dann 1946 Stadtdirektor und Stadtkämmerer, anschließend 1947 Oberstadtdirektor von Oldenburg. Von März 1950 bis April 1957 wirkte er als

Oberbürgermeister von Offenbach am Main. Ab 1. Mai 1957 bis 30. Juni 1965 war er Oberbürgermeister von Ludwigshafen und von 1960 bis 1964 Mitglied des pfälzischen Bezirkstages. Seine Amtszeit war geprägt von einer nachhaltigen Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die Daseinsfürsorge für jung und alt. Das Stadtbild wurde durch den Bau der Hochstraße wesentlich neu gestaltet. Er war zugleich Kulturdezernent, der passionierte Kunstsammler verfügte in seinem Testament aus seinem Nachlaß die Schaffung der Dr. Hans-Klüber-Gedächtnis-Stiftung, die ausgestattet mit einem Stiftungsvermögen von DM 800.000,- nach dem Willen des Stifters zur Förderung des Wilhelm-Hack-Museums verwendet wurden. Dr. Hans Klüber starb am 1. November 1981 in Mannheim.

Zwischen Geplänkel und Ringkampf – Die Bundestagswahl 1957

Offiziell in der Chemiestadt begrüßt - im Rahmen einer würdigen Feierstunde im Sitzungssaal des Stadtrates - wurde schließlich am 6. Mai 1957 auch der neue Oberbürgermeister Dr. Klüber. In seiner Dankesansprache versprach Dr. Klüber, "nicht hinter seinen Vorgängern zurückzubleiben". Die ersten offiziellen Amtshandlungen von Dr. Klüber als Ludwigshafener Oberbürgermeister waren am 11. Mai 1957 die Eröffnung der Ausstellung "Kunst am Rhein" im Kulturhaus sowie die Begrüßungsansprache auf dem 50. Bezirksparteitag der pfälzischen SPD, der im Pfalzbau tagte und dessen prominentester Gast den Bonner Oppositionsführer Erich Ollenhauer war. Daß der neue Oberbürgermeister eine aufwärts strebende Stadt übernommen hatte, veranschaulicht eine zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichte Mitteilung der Ludwigshafener Kfz-Zulassungsstelle. Danach war zwischen 1956 und 1957 die Zahl der in der Chemiestadt zugelassenen Motorräder von 4.000 auf 3.500 gesunken; gleichzeitig aber die Anzahl der PKW von 6.475 auf 8.100 gestiegen - auch in Ludwigshafen vollzog sich also das Wirtschaftswunder. Ausdruck fand dies aber nicht nur in der gestiegenen Mobilität sondern auch in der Veränderung der Ernährung: Der Ludwigshafener Schlachthof präsentierte sich im Mai 1957 nach dem Abschluß der Modernisierung mit einer Verdopplung seiner Kapazität gegenüber 1953 - rund 1.000 Schweine konnten dort nun täglich geschlachtet werden - genug um auch eine Stadt mit 200.000 Einwohnern zu versorgen. Auf der Hauptversammlung der BASF am 21. Mai 1957 war gar von einer "stürmischen Entwicklung" auf dem Gebiet der Chemie und der Kunststoffe die Rede - 10% Dividende für die Aktionäre erschienen der Hauptversammlung daher angemessen. Zur Bewältigung der Nachfrage, die zum Teil noch immer stärker war als die Produktion, wurde der Ausbau der entsprechenden Produktionsanlagen angestrebt und gleichzeitig werksintern der Generationswechsel eingeleitet: So schied zum 30. Juni 1957 Professor Reppe wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem Vorstand aus – immerhin schon seit 1949 war er Leiter der Forschung sowie Abteilungsvorstand des Hauptlaboratoriums der BASF gewesen.¹⁴²

Forschungsleiter der BASF:

Professor Dr. Walter Julius Reppe¹⁴³ wurde am 29. Juli 1892 in Göringen bei Eisenach geboren. Reppe studierte von 1911 bis 1914 und von 1918 bis 1920 Chemie, Mathematik und Physik in Jena und München. Nach der Promotion 1920 (über die Reduktionsstufen von Arlyderivaten der Salpetersäure) wurde er Assistent an der Universität München und trat 1921 als Chemiker in die Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) in Ludwigshafen ein. 1934 wurde er Leiter des Zwischenprodukte-Kunststoff-Lagers, 1938 Leiter des Hauptlabors der BASF, 1937 Prokurist und 1939 Direktor der I.G. Farbenindustrie AG. 1942 wurde Reppe in die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina gewählt. 1949 bis 1957 unterstand ihm die ganze Forschung der BASF in Ludwigshafen. Reppe lehrte seit 1951 als Professor an der Universität Mainz und an der TH Darmstadt. Er arbeitete über Synthesen mit Äthylen, Acetylen und Kohlenoxid, vor allem über Druckreaktionen des Acetylens, fand Wege zur gefahrlosen Verarbeitung des explosionsgefährlichen Acetylens und ermöglichte durch den Ausbau der Acetylen-Hochdruckchemie (Reppe-Chemie) die Herstellung einer Vielzahl neuer synthetische Stoffe für industrielle und medizinische Zwecke. Reppe veröffentlichte u.a. "Neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Chemie des Acetylens und Kohlenoxyds" (1949) und "Chemie und Technik der Acetylen-Druck-Reaktionen" (1951). Er starb am 26. Juli 1969 in Heidelberg.

S.M.

Die Wirtschaftsbedeutung Ludwigshafens ergibt sich auch aus seiner Produktionsleistung umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung. Das Bruttoinlandprodukt (in DM pro Kopf) betrug:

Städte	1957	1961	1967	
Ludwigshafen	5800	6790	8610	
Frankenthal	4970	7240	7790	
Kaiserslautern	4200	5120	6700	
Landau	3780	4550	5980	
Neustadt	3900	5360	6960	
Speyer	3420	4900	7120	(Handrick, S. 154)

Anläßlich der Haushaltberatung für 1957 leitete der neue Oberbürgermeister am 13. Juni 1957 erstmals eine Stadtratssitzung. Aufgrund seiner kurzen Anwesenheit in Ludwigshafen beschränkte sich Dr. Klüber im wesentlichen auf eine Analyse der kommunalpolitischen Situation und überließ den Bericht über den Ablauf des vergangenen Jahres sowie die Erläuterung des vorgelegten Haushaltentwurfes dem Stadtkämmerer Dr. Stabel. Nachdem die Fraktionsvorsitzenden jeweils Zustimmung zum Haushalt für 1957 signalisiert hatten, verzichtete der Stadtrat auf eine Debatte und genehmigte die Vorlage einstimmig. Vorbei mit dem Konsens der Demokraten war es aber bei der nächsten Stadtratssitzung am 27. Juni 1957. Die SPD-Fraktion hatte als ersten Tagesordnungspunkt einen Aufruf zur Einstellung der Atomversuche eingebracht, worauf die CDU-Fraktion wiederum dessen Absetzung beantragte, da der Stadtrat in der vergangenen Periode entsprechende Anträge der KPD immer abgelehnt hatte, da sie nicht unter seine Zuständigkeit fielen. Die SPD-Fraktion hielt jedoch ihren Antrag aufrecht, da der Stadtrat eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Bürgern habe. Die CDU-Fraktion kommentierte dies als Wahlpropaganda und verließ anschließend den Saal, so daß der Aufruf schließlich nur mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen das Votum der FDP-Fraktion verabschiedet wurde. Das gleiche Bild ergab sich bei der Benennung des am Platze der früheren Ludwig-Schule errichteten Schulneubaus an der Heinigstraße. Während die SPD-Fraktion eine erneute "Verbeugung" vor dem Hause Wittelsbach ablehnte und für den Schulneubau den Namen "Westendschule" vorschlug, plädierten CDU und FDP dafür, auch den Neubau wieder mit "Ludwig-Schule" zu bezeichnen. Nach allgemeinem Tumult votierte der Stadtrat schließlich mit der sozialdemokratischen Mehrheit für "Westendschule".¹⁴⁴

Zur Abkühlung der erregten Gemüter hätte sich eigentlich das am 29. Juni 1957 eröffnete 7. Parkfest der Nachkriegszeit angeboten - wäre nicht Ludwigshafen zum gleichen Zeitpunkt von der größten Hitzewelle seit 1947 betroffen gewesen, wobei die Tagestemperaturen in der Stadt am Rhein selbst deutlich über den zum gleichen Zeitpunkt gemessenen Werten von Algier und Kairo lagen. Eröffnet wurde am 6. Juli 1957 auch der Neubau des kriegszerstörten städtischen Tierheims, daß nun seinen festen Standort an der kleinen Blies hatte. Eine einmalige Episode war dagegen der Halt eines TEE-Zuges im Ludwigshafener Hauptbahnhof am 8. Juli 1957, der bei einer Probefahrt zwischen Frankfurt und Basel kurz in der Chemiestadt pausierte. Endgültig nach Ludwigshafen zog jedoch am 15. Juli 1957 Oberbürgermeister Klüber - er hatte noch auf den Umzug von Oberbürgermeister Bockelmann nach Frankfurt warten müssen, um seine Ludwigshafener Dienstwohnung beziehen zu können. Drei Tage später mußte er bereits wieder eine Stadtratssitzung leiten, deren wahlkampfgemäßer Höhepunkt diesmal die Debatte des Stellenplans war, wobei die CDU-Fraktion bei der Stadtverwaltung eine Stellenbesetzung "nach Parteibuch" monierte, was natürlich von sozialdemokratischer Seite nicht ohne Widerspruch blieb und zu einem

lebhaften Geplänkel zwischen beiden Fraktionen führte. Der Stellenplan selbst wurde letztlich aber einstimmig verabschiedet.¹⁴⁵

Nach diesem Vorkampf war dann aber endgültig der Ring frei für den eigentlichen Bundestagswahlkampf 1957. Wahlkampfleiter der Ludwigshafener CDU war der stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Union in Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, der sich zugunsten seiner landespolitischen Karriere bisher in Ludwigshafen bemerkenswert zurückgehalten hatte. Daß Kohl aber bereit war, seine Funktion als Wahlkampfleiter in Ludwigshafen durchaus auch wörtlich zu nehmen, demonstrierte er am 22. August 1957, als auf dem Ruthenplatz in Friesenheim eine von ihm geleitete Plakatierungskolonnie der CDU auf eine mit schwarzer Farbe ausgerüstete der SPD traf. Die Sozialdemokraten unter der Führung des Stadtratsmitglieds Heinrich Ries hatten zuvor wild geklebte Plakate der CDU geschwärzt, was zu einen verbalen Schlagabtausch zwischen den Kontrahenten und schließlich zu einen Ringkampf zwischen Kohl und Ries selbst führte. Erst nach dem Eintreffen eines zwölfköpfigen Polizeikommandos einigten sich schließlich der körperlich überlegene Kohl und der aktive Arbeitersportler Ries - beide inzwischen durch Farbspritzer eingeschwärzt - auf ein sportliches Unentschieden, um anschließend den Schlagabtausch verbal in der Tagespresse fortzusetzen.¹⁴⁶

Auch wenn diese direkte körperliche Auseinandersetzung mit einem Unentschieden endete, war der heimliche Sieger der Bundestagswahl 1957 doch der CDU-Wahlkampfleiter Helmut Kohl. Seine Partei erreichte mit 41,7% ihr bisher bestes Ergebnis in der Arbeiterstadt. Erstmals zog mit Dr. Gerhard Fritz ein Ludwigshafener CDU-Mitglied über die Landesliste in den Bundestag ein. Das Direktmandat fiel am 15. September 1957 freilich wieder an Friedrich Wilhelm Wagner von der SPD. Auch seine Partei hatte mit 44,8% gegenüber der Bundestagswahl 1953 3,4% Wählerstimmen hinzugewonnen, gegenüber der Kommunalwahl 1956 jedoch 12,8% eingebüßt. Unklar blieb, ob die SPD ihren Wahlsieg also nur dem 7,3% Wähleranteil der KPD von 1953 zu verdanken hatte - wie die CDU mutmaßte - oder ob die 44,8% nicht vielmehr den eigentlichen Wählerstamm der SPD in Ludwigshafen darstellten, da sich hier die ehemaligen kommunistischen Hochburgen erneut durch eine geringere Wahlbeteiligung ausgezeichnet hatten. Konstant auf Platz drei zeigte sich die FDP mit 9,4% - eine Einbuße von 0,8% gegenüber 1953. Die rechtsradikale DRP hatte diesmal nur 1,5% der Stimmen erhalten (minus 0,6% gegenüber 1953); die Vertriebenenpartei BHE 1,1% - ebensoviel wie die konservative Deutsche Partei (plus 0,4% gegenüber 1953). Unter "ferner liefen" fielen in Ludwigshafen der neutralistische BdD mit 0,3% und die Deutsche Gemeinschaft mit 0,1% der Wählerstimmen. Im Vergleich zum Bundestrend blieb Ludwigshafen mit 44,8% jedoch gegenüber den 31,8% der Gesamtpartei eine sozialdemokratische Hochburg, während hier die CDU die magischen 50,2% der Bundespartei von 1957 erst bei der Oberbürgermeisterwahl 2001 übertreffen sollte. Die FDP lag deutlich über dem Bundestrend von 7,7%. Dank einer erneuten Direktkandidatenabsprache mit ihrem Koalitionspartner CDU war auch die DP mit ihren 3,4% wieder im Bundesparlament vertreten - in der Chemiestadt blieb sie jedoch weiterhin ohne jede Bedeutung. Gleiches gilt für die Vertriebenenpartei BHE, die mit ihren 4,6% nun wieder aus dem Bundesparlament ausscheiden mußte, während keine neue Partei mehr hinzukam. Wurde nun also nach Bonn ein Vier-Parteien-Parlament einberufen, so hatten in Ludwigshafen bereits SPD und CDU gemeinsam mit der deutlich kleineren FDP alle anderen Parteien aus dem Feld geschlagen.¹⁴⁷

Der CDU-Bundestagsabgeordnete:

Dr. Gerhard Fritz¹⁴⁸ wurde am 7. Juli 1921 in Welmlingen (Kreis Lörrach Baden) geboren. Nach Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft 1949 Diplomkaufmann; wissenschaftlicher Assistent an der Wirtschaftshochschule

Mannheim; 1952 Mitarbeiter, 1955 stellvertretender Geschäftsführer, 1957 bis 1964 Geschäftsführer der IHK Pfalz. 1957 bis 1965 MdB. Nach der Mandatsniederlegung bis 1981 Kurator der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer. Dr. Gerhard Fritz starb am 19. September 1984 in Sankt Augustin.

Politischer Generationenwechsel

Die Bundestagswahl 1957 war in Ludwigshafen zwischen SPD und CDU in einer Schärfe ausgefochten worden, die einige Spannungen in der zukünftigen kommunalpolitischen Zusammenarbeit erwarten ließ. Zunächst einmal stand die Stadtverwaltung jedoch vor ganz praktischen Problemen, so der Umsetzung der ab 1. Oktober 1957 gültigen 45-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst durch einen 14tägigen freien Samstagvormittag. Gebilligt wurde diese Maßnahme vom Stadtrat am 17. Oktober 1957, der den öffentlichen Teil in der Rekordzeit von 30 Minuten abgewickelt hatte.¹⁴⁹

Am 31. Oktober 1957 wurde das letzte Flüchtlingslager der Stadt - die Wilhelmschule - geräumt und die letzten 126 Bewohner auf GAG-Neubauten in der Weinbietstraße verteilt. Die Wilhelmschule wurde anschließend abgerissen; die noch ausstehenden Miet- und Gebührenrückstände der bisherigen Bewohner abgeschrieben. Damit waren jedoch die Wohnungsprobleme in der Chemiestadt keineswegs gelöst, denn anderen sozialen Randgruppen verblieb auch im Winter 1957 nur der Gang zu einer der sieben Wärmestuben der Stadt. Gleichfalls war für ein Paar noch immer der Trauschein die Voraussetzung für die Zuteilung einer gemeinsamen Wohnung durch das Wohnungsamt. Sehr viel ernster wurde nun in Ludwigshafen auch wieder der Jugendschutz genommen - so wurden noch im Oktober 1957 nach der Einführung des "Abänderungsgesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit" drei "Spielhallen" geschlossen. Dafür mußte die Stadt bereits am 26. November 1957 gleich wieder ein neues Flüchtlingslager eröffnen - diesmal fanden hierfür vier vor dem Stadtkern zwischen Mundenheim und Rheingönheim neugebaute Schlichthäuser Verwendung, wobei eine Wohnung auch sofort von einer Familie aus Sachsen bezogen wurde. Weichen für die Zukunft stellte der Stadtrat am 5. Dezember 1957, als er die Hauptsatzung dahingehend änderte, daß zur Entlastung des Geschäftsbetriebes der Stadtvorstand zukünftig neben dem Oberbürgermeister aus vier hauptamtlichen Beigeordneten bestehen sollte. Eine makabere Aktualität erhielt dieser Beschluß bereits einen Tag später durch den Tod von Bürgermeister Dr. Reichert, der zuvor seit längerer Zeit erkrankt gewesen war.¹⁵⁰

Während am 11. Dezember 1957 die Bundespost die ersten Fernwähl-Telefonzellen in Ludwigshafen in Betrieb nahm - damals noch eine Schlagzeile erster Güte - wurde hinter den städtischen Kulissen heftig über die Besetzung der vier Beigeordnetenposten - schließlich war auch Beigeordneter Trupp bereits im Pensionsalter - spekuliert. Klar war dabei nur, daß die CDU wieder das Vorschlagsrecht für den Bürgermeister haben sollte; das mögliche Parteibuch der drei anderen Beigeordneten war dagegen noch offen. Die Stadtbevölkerung selbst dagegen spekulierte mehr über das passende Weihnachtsgeschenk zum Heiligabend, wobei sich als Weihnachtsschlager 1957 letztlich der erste eigene private Fernseher durchsetzte. Die erste zentrale öffentliche Neuerung im Jahr 1958 in Ludwigshafen war dann die Durchführung des allgemeinen samstäglichen 14-Uhr-Ladenschlusses ab dem 11. Januar 1958 - die reibungslose Akzeptanz war nach den vorrangegangenen, monatelangen Debatten allerdings eine Überraschung. Weniger überraschend war hingegen die Auswahl des Personalausschusses unter den 50 Bewerbern für eine Beigeordnetenstelle am 24. Januar 1958: Vorgeschlagen wurden der bisherige Stadtdirektor Erich Reimann (SPD) für das Dezernat Städtische Betriebe, Stadtkämmerer Dr. Otto Stabel (parteilos) für das Finanzdezernat und Ausgleichsamtseiter Dr. Werner Ludwig (SPD) als Nachfolger für den

Beigeordneten Trupp als Leiter des Wohlfahrtsdezernates. Die CDU hatte allerdings unter den 50 Bewerbern keine geeigneten Bewerber für den Bürgermeisterposten gefunden und deshalb eine Neuausschreibung dieser Stelle beantragt. Vor der Neuwahl der Beigeordneten mußte aber der Stadtrat am 30. Januar 1958 erst einmal Peter Trupp auf dessen eigenen Antrag vom 21. Januar 1958 hin wegen Dienstunfähigkeit mit dem Ablauf des 28. Februar 1958 als hauptamtlichen Beigeordneten in den Ruheverstand versetzen, was einstimmig genehmigt wurde. Genauso einstimmig wurde Stadtdirektor Erich Reimann zum 2. Beigeordneten gewählt. Stadtkämmerer Dr. Otto Stabel erhielt bei seiner Wahl zum 3. Beigeordneten zwei Gegenstimmen, Dr. Werner Ludwig wurde bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung zum 4. Beigeordneten gewählt. Erich Reimann und Dr. Stabel wurden sofort in ihr Amt eingeführt, Dr. Werner Ludwig als Nachfolger von Peter Trupp dann zum 1. März 1958.¹⁵¹

Stadtdirektor und Bürgermeister:

Erich Reimann¹⁵² wurde am 15. September 1912 in Berlin geboren. Reimann trat nach Studium, Kriegs- und Nachkriegswirren am 1. November 1949 als Leiter der Hauptverwaltung in städtische Dienste. Am 30. Januar 1958 wurde der Stadtdirektor zum Bürgermeister gewählt. Die positive Entwicklung Ludwigshafens auf dem Sportsektor und dem Gesundheitswesen wurden durch sein Wirken entscheidend geprägt. Ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse und dem Ehrenring der Stadt Ludwigshafen trat Reimann zum 1. Februar 1978 in den Ruhestand. Erich Reimann starb am 6. Oktober 1978 in Kiel, wo er an einer Sitzung des Sportausschusses des Deutschen Städtetages teilnahm.

Allerdings vollzog sich im Februar 1958 nicht nur ein Generationenwechsel bei der Stadtverwaltung, denn Anfang Februar 1958 trat auch MdL Reichling als Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes zurück. Nachfolger wurde auf Vorschlag von Helmut Kohl der pfälzische Bezirksvorsitzende der Jungen Union, Dr. Egon Augustin. Ende des Monats folgte die SPD dem Beispiel der CDU: Der 75jährige Wilhelm Schäfer wurde allerdings nur von dem 64jährigen MdB Friedrich Wilhelm Wagner als Fraktionsvorsitzender abgelöst. Am 6. März 1958 tagte erstmals der Stadtrat unter der neuen Stadtführung. Die Sitzung verlief jedoch nicht so glatt, wie sicher von der neuen Stadtspitze erwartet. Schon gleich zu Beginn gab es eine Geschäftsordnungsdebatte zwischen der SPD-Fraktion einerseits und der CDU- und FDP-Fraktion andererseits, und bei der Beratung des Nachtragshaushaltes stand die Kostenüberschreitung beim Umbau des Pfalzbaus als hemmender Klotz auf dem Wege zu einer schnellen Einigung zwischen sozialdemokratischer Mehrheit und bürgerlicher Minderheit im Stadtrat. Abgelehnt wurde schließlich auch von CDU und FDP in der nichtöffentlichen Sitzung die probeweise Neubesetzung des Leiters des Hauptamtes auf der Stelle des Stadtdirektors durch den Sozialdemokraten Hanns Astheimer, die deshalb alleine mit den Stimmen der SPD-Mehrheit im Stadtrat erfolgte. Das "Pfalzbau-Gewitter" im Stadtrat war aber nicht nur eine Spätfolge des Buntestagswahlkampfes 1957, sondern vielmehr auch der sich anbahnende Strategiewechsel der CDU-Fraktion, denn innerhalb der Ludwigshafener CDU drängten nun namentlich die Vertreter der Jungen Union um Helmut Kohl immer stärker auf eine Übernahme der politischen Verantwortung. Perspektivisch erhoffte man sich über eine Konfrontationsstrategie im Stadtrat und bei einem gleichzeitigen Ausbau der eigenen sozialpolitischen Arbeit in Ludwigshafen schließlich innerhalb des Stadtrates die Mehrheit für die CDU erringen zu können.¹⁵³

Präsident der Freireligiösen:

Wilhelm Schäfer¹⁵⁴ wurde am 26. Mai 1882 in Neustadt an der Weinstraße geboren. Kaufmännischer Angestellter. Schäfer trat 1918 der SPD bei und war danach bis 1933 Vorsitzender des Angestelltenrates der BASF. 1933 wurde er inhaftiert und war auch danach noch weiteren Verfolgungen ausgesetzt. 1945 wurde er Mitglied des Beirats und des Bürgerratskomitees, 1946 wurde er in den Stadtrat gewählt. Seit 1952 Fraktionsvorsitzender der SPD, ab 1958 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Stadtrat 1960 Ehrenvorsitzender.

1932 zum Präsident der Freireligiösen Landesgemeinde der Pfalz gewählt, seit 1949 Präsident des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands. Wilhelm Schäfer starb am 19. Mai 1961 in Ludwigshafen.

Daß auch die Gewerkschaften noch zu einer Konfrontationsstrategie fähig waren, demonstrierten am 19. März 1958 die 1.200 städtischen Arbeiter in Ludwigshafen, die geschlossen einem bundesweiten Aufruf der Gewerkschaft ÖTV zu einen 24stündigen Warnstreik folgten, um eine Lohnerhöhung von 23 Pfennig pro Stunde durchzusetzen. Immerhin war dies der erste Streik im öffentlichen Dienst seit 1933 und der größte seit der Abwehr des Kapp-Putsches 1920. Auf eine weitaus noch länger zurückliegende Tradition - nämlich auf das Gründungsjahr 1843 und damit noch 10 Jahre vor die Gemeindegewerkschaft Ludwigshafens - konnte die Baufirma Joseph Hoffmann & Söhne AG verweisen - dies war allerdings kein Schutz für letzten 60 Mitarbeiter, die mit Konkurs des Unternehmens zum 31. März 1958 ihre Arbeitsplätze verloren - vor Kriegsbeginn hatte die Firma noch über 1.000 Mitarbeiter beschäftigt. Trotz des Konkurses der ältesten Ludwigshafener Baufirma verzeichnete der Arbeitsamtbericht zum gleichen Zeitpunkt für Ludwigshafen eine Zunahme offener Stellen bei einem gleichzeitigen Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Eine weiterhin günstige Arbeitsmarktentwicklung wurde prognostiziert. Auch kündigte die GAG auf ihrer Hauptversammlung am 9. April 1958 für 1958/59 ein großes Wiederaufbauprogramm an. Gleichzeitig legte Valentin Bauer aus gesundheitlichen Gründen offiziell sein Amt als Alleinvorstand nieder, verblieb aber bis zum Amtsantritt von Edwin Grimm als kaufmännischem Vorstand und Wilhelm Schmidt als technischem Vorstand an seinem Schreibtisch. Dagegen übernahm der 2. Beigeordnete Reimann sofort den vakanten Platz von Bürgermeister Dr. Reichert im GAG-Aufsichtsrat und der SPD-Stadtrat Willi Heidelberg folgte dort dem ehemaligen Beigeordneten Trupp. Der Einfluß der CDU innerhalb der Stadt war also ersichtlich rückläufig. Dem versuchten die Christdemokraten entgegenzuwirken, in dem sie am 11. April 1958 der Öffentlichkeit endlich mit dem Leiter des städtischen Grundstücksamtes Alfred Herbel einen Kandidaten für das Bürgermeisteramt präsentierte. Nach einer vorangegangenen Rücksprache beim Oberbürgermeister glaubte die CDU auch annehmen zu können, daß die SPD-Fraktion den vorgeschlagenen Kandidaten akzeptieren würde. Jedoch brachte der Vorstand der SPD-Fraktion in einer Sitzung am 14. April 1958 sein großes Befremden darüber zum Ausdruck, daß die CDU-Fraktion ohne vorherige Fühlungnahme mit der SPD ihren Kandidaten bereits öffentlich präsentiert hatte. Trotzdem wurde der Konflikt zwischen beiden Fraktionen bei der Stadtratssitzung am 17. April 1958 noch einmal ausgespart - der ausgeglichene Haushalt 1958 paßierte einstimmig das Gremium.¹⁵⁵

Der 1. Mai 1958 brachte dann ein erstes Schaulaufen der beiden politischen Hauptkontrahenten in den nächsten sieben Jahren: Während Oberbürgermeister Dr. Klüber auf der DGB-Kundgebung im Ebertpark vor 10.000 Zuhören "angesichts der Atomwaffen" vor einer "Verbürgerlichung" des 1. Mai warnte, wurde Helmut Kohl von Delegierten der CDU aus dem Stadt- und Landkreis Ludwigshafen sowie der Stadt Frankenthal zum Vorsitzenden des Bundestagswahlkreises Ludwigshafen gewählt. MdL Reichling hatte mit Verweis auf die "Verjüngung" der Partei auch hier nicht mehr kandidiert. Helmut Kohl kündigte entsprechend seiner offensiven Auseinandersetzung mit der SPD neuartige Werbemethoden sowie eine Tagung des Sozialpolitischen Ausschusses der CDU Rheinland-Pfalz in Ludwigshafen an. Am 27. Mai 1958 diskutierte der CDU-Kreisvorstand das weitere Vorgehen im Falle einer Ablehnung der Bürgermeisterkandidatur von Alfred Herbel durch die SPD, wobei Helmut Kohl für ein konsequentes Festhalten an dessen Kandidatur plädierte. Jedoch um genau diese Konfrontation zwischen beiden Parteien wegen seiner Person zu vermeiden, zog Alfred Herbel am 7. Juni 1958 seine Kandidatur zurück, so daß bei der Stadtratssitzung am 13. Juni 1958 die Bürgermeisterwahl erneut von der Tagesordnung

abgesetzt werden mußte.¹⁵⁶ Weniger überraschend dagegen - nach der Ablehnung von Alfred Herbel durch die SPD-Fraktion - war die Weigerung der CDU-Fraktion bei der Stadtratssitzung am 17. Juli 1958 der nach dem Ablauf der Probezeit nun vorgesehenen Festeinstellung von Hanns Astheimer als Oberrechtsrat und dessen automatische Beförderung zum Stadtdirektor nach einem Jahr zuzustimmen, was allerdings am Mehrheitsentscheid von SPD und FDP nichts änderte¹⁵⁷.

Beendet wurde die anschließende kommunalpolitische "Sauere Gurken Zeit" am 16. September als die Ludwigshafener CDU mit dem Freiburger Oberrechtsrat Albert Wild erneut einen Personalvorschlag für den Bürgermeisterposten einbrachte. Am 26. September 1958 lag die Zustimmung der SPD-Fraktion vor, so daß die Zustimmung des Personalausschusses und des Stadtrates eigentlich nur noch eine Formsache waren. Tatsächlich wurde Albert Wild am 16. Oktober 1958 auch fast einstimmig als Bürgermeister der Stadt Ludwigshafen gewählt. Allerdings war auch dieser Wahlvorgang mit einem unerfreulichen Vor- und Nachspiel verbunden, denn bei der Bekanntmachung der Kandidatur von Albert Wild war auch durchgesickert, daß die SPD-Fraktion nicht nur den CDU-Wahlvorschlag Alfred Herbel, sondern zuvor auch schon Dr. Gruber abgelehnt hatte. Für die CDU-Fraktion erklärte deshalb Stadtrat Fischer vor der Wahl Wilds, daß sich die SPD dabei nicht von unsachlichen Gesichtspunkten habe leiten lassen. Unmittelbar nach der Stadtratssitzung ließ jedoch der CDU-Stadtrat Tilger verlauten, daß diese Erklärung der CDU von der SPD als Voraussetzung für die Wahl Wilds "abgepresst" worden sei - was anschließend MdB Wagner wiederum für die SPD auf einer Pressekonferenz als "ehraberschneidend" kommentierte. Am 3. November 1958 traf Albert Wild aus Freiburg in Ludwigshafen ein und wurde bereits am folgenden Tag von Oberbürgermeister Klüber in sein Amt als Bürgermeister eingeführt¹⁵⁸.

Der CDU-Bürgermeister:

Albert Wild¹⁵⁹ wurde am 18. Dezember 1912 in Freiburg im Breisgau geboren. Dort Studium der Rechts- und Staatswissenschaft sowie anschließend berufliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst. 1958 wurde der Freiburger Oberrechtsrat zum Bürgermeister der Stadt Ludwigshafen gewählt. In den 17 Jahren seiner Amtszeit bis zu seinem Ausscheiden 1975 prägte er entscheidend die schulische Gestaltung Ludwigshafens mit. 1977 wurde er mit dem Ehrenring der Stadt ausgezeichnet. Albert Wild starb am 6. August 1992 in Ludwigshafen.

Konsumwandel und eine neue „Visitenkarte“ für Ludwigshafen

Aber nicht nur in der politischen Führung sondern auch beim eigenen Konsumverhalten zeigten die Ludwigshafener eine große Wechselbereitschaft: So hatte inzwischen z.B. das Flaschenbier das Fassbier abgelöst. Im Februar 1958 wurden bei der Ludwigshafener Bürgerbräu AG 70% des Gesamtausstoßes als Flaschenbier umgesetzt; vor der Währungsreform gab es dort überhaupt noch keinen Flaschenbierhandel. Auch hatte sich inzwischen die Bierproduktion in der Chemiestadt seit der Währungsreform verdreifacht und damit den Absatz der Vorkriegsjahre überschritten. Ab dem 1. März 1958 setzte dann auch die Bundespost auf Neuerung, in dem sie durch die "Deutsche Briefkasten-Gesellschaft" in allen Ludwigshafenern Mehrfamilienhäusern kostenfrei Hausbriefkästen anbringen ließ, um so ihren Zustellern das mühsame Treppauf - Treppab zu ersparen. Interessant waren die Einschätzungen der Ludwigshafener Autokaufleute vom Mai 1958: Danach überstieg auch in Ludwigshafen das Angebot von Gebrauchtwagen längst die Nachfrage. Während Mittelklassefahrzeuge noch leicht wiederverkäuflich waren, bestand hier sowohl nach den hoch versteuerten "schweren Fahrzeugen" als auch nach dem leichten "Motorroller" kaum Nachfrage - gebrauchte Motorräder waren gänzlich unverkäuflich.¹⁶⁰

Der am 21. Juni 1958 in Ludwigshafen mit 3.000 Teilnehmern tagende Deutsche Fleischer-Verbandstag bot einen weiteren Einblick in das veränderte Konsumverhalten der

Ludwigshafener Bevölkerung seit der Währungsreform: So verlangten inzwischen 90% der Kunden nur noch nach Schnitzel oder Kotelett - Schweinefett war nicht mehr absetzbar und wurde deshalb staatlich aufgekauft. Sowohl beim Fleisch- als auch beim Wurstkauf lag die Präferenz inzwischen bei der Qualität und nicht mehr beim Preis und dies bei einem Höchststand im Prokopfverbrauch von Fleisch seit dem Ersten Weltkrieg. Am 28. Juli 1958 stürzten sich die Ludwigshafener in den Sommerschlußverkauf. Während die einheimische Geschäftswelt bei dieser Gelegenheit zufrieden feststellte, daß bei den Chemiestadtbewohnern inzwischen der Sog nach Mannheim nachgelassen hatte, pilgerten die "Westpfälzer" noch immer über die Rheinbrücke zur badischen Schwesterstadt. Nur noch eine sommerliche Randnotiz war, daß am 12. August 1958 die erste Kammer des Bezirksverwaltungsgerichts Neustadt die Klage der Wählergruppe Harth gegen die Gültigkeit der Ludwigshafener Stadtratswahl zurückgewiesen hatte. Schlagzeilen machte dann schon eher die erste Erhöhung der Bierpreise nach sechs Jahren bzw. die Erhöhung der Mitarbeiterzahl in der BASF auf 40.363. Das wirtschaftlich prosperierende Ludwigshafen hatte die höchste monatliche Zuzugsrate von allen pfälzischen Städten – 10.993 Menschen waren als wohnungssuchend gemeldet. Die Stadt leistete große Anstrengungen, um ihre Barackenbewohner in feste Unterkünfte umzusiedeln; trotzdem boten gleichzeitig die nun wieder eröffneten sieben städtischen Wärmestuben bei weitem nicht allen Senioren Platz, die in ihnen Schutz vor der Kälte suchten. Auf der anderen Seite führte die steigende Motorisierung zu immer mehr Verkehrsunfällen, während das zur Abhilfe des Straßenverkehrsbooms im Bau befindliche Hochstraßensystem das Stadtbild bereits völlig neu und modern prägte¹⁶¹.

In einen Guß gebracht werden sollte deshalb die begonnene Umgestaltung der Innenstadt durch das Projekt "Visitenkarte", daß dem Stadtrat durch Oberbaurat Ziegler am 12. Dezember 1958 vorgestellt wurde: Ausgangspunkt war dabei die Neugestaltung des Jubiläumsplatzes (heute: Berliner Platz). Durch den Abriß des dortigen Pfalzbaus und des alten Kaufhofes sollte Platz geschaffen werden für den neuen Kaufhaus-Rundbau (heute: Tortenschachtel genannt) und ein Rathochhaus an der Hochstraße, an dessen vorgesehene Platz sich heute tatsächlich das ebenfalls stadtbildprägende Mosch-Hochhaus erhebt. Während die Vorstellung des Projektes "Visitenkarte" abschließend noch Beifall aus allen Fraktionen erhielt, wurden die Nachforderungen von DM 25.000,- für den Bau der Oberbürgermeisterwohnung zwischen CDU und SPD bereits heftig diskutiert. Zu einem dreistündigen Schlagabtausch kam es dann nach der Vorstellung des städtischen Kindergarten-Programms durch Dr. Ludwig. CDU und FDP präferierten nämlich im Gegensatz zum Sozialdezernenten ein Verbleiben der Kindergartenträgerschaft bei den freien Wohlfahrtsverbänden. Die SPD-Fraktion machte der CDU-Fraktion den Vorwurf, daß sie durch Dr. Helmut Kohl als "politischem Kommissar" ferngelenkt sei. Die CDU vermißte bei der Sitzungsleitung durch Oberbürgermeister Dr. Klüber die "notwendige Unabhängigkeit". Entsprechend überrascht nicht, daß abschließend das städtische Kindergartenprogramm nur mit den Stimmen der SPD verabschiedet wurde.¹⁶²

Die öffentliche Debatte des Projektes "Visitenkarte" begleitete dann den Jahreswechsel 1958/59 und ergab eine mehrheitliche Zustimmung unter Experten und Laien. Am 12. Januar 1959 nahm der Bau- und Grundstücksausschuß offiziell Kenntnis von dem Projekt, wobei bereits Oberbürgermeister Dr. Klüber betonte, daß aufgrund der städtischen Finanzlage am Ort des geplanten Rathochhauses - wie dann geschehen - auch ein Wohnhochhaus errichtet werden könnte. Während die SPD in Bürgerversammlungen betonte, daß sie "trotz der Erscheinungen der jüngsten Zeit" eine gute Zusammenarbeit im Stadtrat wünsche, wurde am 19. Januar 1959 auf der Generalversammlung des CDU-Kreisverbandes Ludwigshafen Dr. Helmut Kohl zum neuen CDU-Kreisvorsitzenden gewählt. Er konnte sich mit 61 Stimmen

gegen den gerade ein Jahr amtierenden Vorsitzenden Dr. Augustin (44 Stimmen) durchsetzten. Auch bei der Wahl der Stellvertreter von Dr. Kohl unterlag Dr. Augustin gegen MdB Dr. Gerhard Fritz und MdL Ludwig Schuster und mußte sich mit einem der fünf Beisitzerposten begnügen. In einer Pressemitteilung kündigte der CDU-Kreisverband eine "stärkere politische Aktivität" an. Entsprechend führte nun auch die CDU eine öffentliche Versammlung zum Thema "Visitenkarte" durch - immerhin hatte ja auch der ehemalige Bürgermeister Dr. Reichert den ersten Anstoß zu diesem Projekt gegeben. Oberbürgermeister Dr. Klüber gab am 2. Februar 1959 bekannt, daß im Rahmen des Projektes "Visitenkarte" als Ersatz für den Pfalzbau ein Kombinationsbau Theater und Festsaal auf dem ehemaligen Gelände der Aktienbrauerei vorgesehen sei. Vorläufiger Schlußpunkt der Debatte war dann die Stadtratssitzung am 13. Februar 1959, wobei die Fraktionen von SPD und FDP geschlossen und die Mehrheit der CDU-Fraktion um MdL Reichling für das Projekt "Visitenkarte" votierten. Aber auch die "Neinsager" in der CDU-Fraktion betonten anschließend anlässlich einer Vorstellungsreise von Bürgermeister Wild durch die Ludwigshafener CDU-Ortsverbände, daß sie nicht eine "Opposition aus Prinzip" betrieben, sondern Verantwortung gegenüber dem Wähler gezeigt hätten.¹⁶³

Landtagswahl 1959 und die „christlich-soziale Betriebsaktion“

Bereits unmittelbar nach dem Jahreswechsel 1958/59 hatten sich die rheinland-pfälzischen Parteien zur Landtagswahl 1959 positioniert. Offiziell eröffnet wurde der Wahlkampf in Ludwigshafen durch die CDU mit einem Auftritt von Bundesaußenminister von Brentano im Pfalzbau. Dabei kündigte der CDU-Kreisvorsitzende Dr. Kohl an, daß seine Partei den Wahlkampf "mit aller Schärfe, aber auch mit aller Sachlichkeit" führen werde. Zunächst einmal betonten jedoch die drei führenden Parteien in Ludwigshafen das Einende: So bei einer anschließend auch eingehaltenen Wahlkampfabsprache zur Vermeidung des wilden Plakatierens oder bei der Berlin-Aktion "Macht das Tor auf" des Kuratoriums Unteilbares Deutschland. Auch bei der Stadtratssitzung am 20. März 1959 zeigten die Wahlkämpfer deutlich Mäßigung. Einzig in der Frage der Verstaatlichung des Mädchengymnasiums nutzte die SPD-Fraktion die Gelegenheit und lehnte das Übernahmeangebot durch das Land ab - trotz eines gegenteiligen Vorschlages der Stadtverwaltung, die dafür jedoch die Stimmen von CDU und FDP erhielt. Einstimmig verabschiedet wurde dagegen der Haushalt 1959.¹⁶⁴

Erster Wahlkampfhöhepunkt in Ludwigshafen war der Auftritt von Bundeskanzler Adenauer, der am 3. April 1959 vor 8.000 Zuhörern sprach. Auch die FDP konnte am 9. April 1959 mit Dr. Reinhold Maier ihren Bundesvorsitzenden in Ludwigshafen präsentieren. Den nächsten Prominenten stellte dann am 12. April 1959 wieder die CDU mit Bundeswirtschaftsminister Erhard, der von MdB Dr. Fritz mit einer riesigen Sumatra-Zigarre begrüßt wurde und vor 1.000 Zuhörern im Pfalzbau sprach. Sichtlich stolz präsentierten schließlich die Ludwigshafener Sozialdemokraten ebenfalls im Pfalzbau am 15. April 1959 mit Willy Brandt den Regierenden Bürgermeister von Berlin als ihren Hauptredner, der über 4.000 Zuhörer in seinen Bann zog. Seine Partei konnte dann am 19. April 1959 auch wieder mit Abstand die meisten Wähler gewinnen: 37.247 (52%) votierten diesmal für die SPD - ein Zugewinn von 6,2% gegenüber 1955, aber auch erneut ein Beleg dafür, daß nicht alle ehemaligen KPD-Wähler (1955 noch 6.105 / 8,6%) zur SPD gefunden hatten. An zweiter Stelle lag wieder die CDU mit 24.862 (35%) Stimmen - ein Plus von 3,9%. Immer weiter zurück fiel dagegen die FDP mit nun 5.435 (7,7%) Stimmen - ein Minus von 2,2%. Den vierten Platz hatte in Ludwigshafen nun die rechtsradikale DRP mit 2.106 (3,0%) inne. Unter ferner liefen wieder die Vertriebenenpartei BHE mit 782 Stimmen (1,1%), der neutralistische Bund der Deutschen mit 420 (0,6%) und die Deutsche Gemeinschaft mit 446 (0,6%). Ludwigshafen hatte erneut

fünf Landtagsabgeordnete, nämlich auf Seiten der SPD wieder Ernst Lorenz und Herbert Müller sowie für die CDU Franz Heller, Ludwig Schuster und Dr. Helmut Kohl, der den aus Altersgründen nicht mehr angetretenen Ludwig Reichling ersetzte und mit 29 Jahren nun der jüngste Landtagsabgeordnete war. Insgesamt stellte die CDU im neuen rheinland-pfälzischen Landtag 52 Abgeordnete und damit wieder die absolute Mehrheit - setzte aber unter Ministerpräsident Altmeier die Koalition mit der um drei Mandate geschwächten FDP fort. Im Parlament war auch die DRP mit einem Sitz vertreten, den sie im Wahlkreis 7 (Westpfalz) mit 8,4% gewonnen hatte - in Ludwigshafen konnte sie gegenüber der Bundestagswahl 1957 ihren Stimmenanteil verdoppeln, blieb aber in der Arbeiterstadt nur eine Randerscheinung.¹⁶⁵

Entsprechend dem angekündigten stärkeren sozialpolitischen Engagement der CDU in der Chemiestadt und dem damit verbundenem Ziel der Erreichung von Wählern auch im traditionellen Arbeitermilieu wurde zwischen den Parteien die Betriebsratswahl 1959 in Ludwigshafen sehr viel kämpferischer als die Landtagswahl 1959 ausgetragen: Bereits am 25. März 1959 kündigte der Geschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU, MdB Hans Katzer, im "Großen Bürgerbräu" in einer Versammlung der Werksgemeinschaften christlicher Arbeitnehmer "die christlich-soziale Betriebsaktion 1959" an, die u.a. ihren Ausdruck in der Eigenkandidatur der christlich-sozialen Verbände in Konkurrenz zu den DGB-Einheitslisten fand. Trotz einer nachfolgenden Presse- und Flugblattschlacht scheiterte jedoch das christdemokratische Unternehmen. Von den 35 am 16. April 1957 gewählten Betriebsräten in der BASF, gehörten nur acht der Christlichen Werksgemeinschaft an - 1955 waren über die DGB-Liste zehn Christdemokraten in den Betriebsrat gewählt worden. Während die illegale KPD-Betriebsgruppe in der BASF ihre vier Mandate über die gewerkschaftliche Einheitsliste gehalten hatte, konnte die SPD-Betriebsgruppe drei Mandate gewinnen - neben zwei christlichen war ihr auch das bisher einzige DAG-Mandat im Betriebsrat zugefallen. In den Ludwigshafener Metallbetrieben war kein einziges Mandat an die Christdemokraten gefallen - 93% aber an Mitglieder der IG Metall. Nur bei der Firma Giulini hatten die Christdemokraten einen begrenzten Erfolg - die Liste von Stadtrat Böckmann gewann fünf der 17 Mandate. Abschluß des Wahlmarathons in Ludwigshafen war die Personalratswahl bei der Stadtverwaltung am 29. April 1959: Hier gingen von 31 Mandaten 26 an Mitglieder des DGB und fünf an den konservativen Beamtenbund. So war es auch am DGB, die innerbetrieblichen Wogen wieder zu glätten, in dem er die alle einende Berlin-Frage wieder in den Mittelpunkt der traditionellen Maikundgebung im Ebertpark stellte. "Einige Tausend" Ludwigshafener beteiligten sich trotz schlechten Wetters an der Manifestation.¹⁶⁶

Das Stadtjubiläum 1959

Boten Wahlen also noch immer Überraschungen, so waren die geplanten Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum 1959 seit Jahresbeginn bekannt. Auftakt bildete die Ausstellung "Aus 100 Jahren Stadtgeschichte", die ab dem 8. Mai 1959 parallel zu der Ausstellung "Aus dem Kunstbesitz der Stadt Ludwigshafen" im Stadtmuseum präsentiert wurde. Präsentieren konnte Oberbürgermeister Dr. Klüber bei der Stadtratssitzung am 20. Mai 1959 mit der französischen Hafenstadt Lorient auch einen möglichen Interessenten für eine Städtepartnerstadt mit der Chemiemetropole am Rhein. Einen ersten persönlichen Eindruck von Ludwigshafen verschaffte sich dann Bürgermeister Glotin aus Lorient zwischen dem 29. Mai und 1. Juni 1959. Als erstes greifbares Ergebnis wurde dabei ein Jugendaustausch zwischen beiden Städten vereinbart.¹⁶⁷

Anschließend verabschiedete sich das politische Ludwigshafen vorzeitig in die Sommerpause, die anderenorts aber zu einer verstärkten Aktivität zwang. So eröffneten die Ludwigshafener

Großbanken nun eigene Abteilungen, die Kleinkredite bis zu 2.000 DM für 4,5% Zinsen anboten. Der Antrag an den Schaltern überstieg die Erwartungen bei weitem: Von Hochzeiten über Hausreparaturen bis zu Zahnprothesen reichte der Finanzierungsbedarf. Besonders kurios war aber die stundenweise Abzahlung der Fernsehgeräte durch rund 500 Ludwigshafener Familien mittels eines am Apparat angebrachten Münz-Automaten, der gegen den Einwurf von einer DM eine Stunde Fernsehgenuß ermöglichte. Die Münze wurde anschließend wiederum vom Einzelhändler oder von der Finanzierungsbank nach dem Öffnen der Münzlupe als Abzahlungsrate kaßiert. Aber auch das Ausländeramt der Polizeibehörde stellte sich jetzt auf den Saisonbetrieb ein, denn während des Sommers war die chemische Industrie Ludwigshafens das Ziel von knapp 200 ausländischer Praktikanten, die dann die Stadt in der Regel aber nach einem halben Jahr wieder verließen. Festangesiedelt hatten sich in Ludwigshafen inzwischen 2.000 ausländische Mitbürger, also 1,25% der knapp 160.000 Einwohner. Sie entstammten aus 49 Nationen, darunter je 265 Österreicher und Polen, 200 Italiener, 186 Franzosen, 116 Jugoslawen, 73 US-Amerikaner, 70 Ungarn und 54 Griechen. Die Feierstunde zum 17. Juni überließ die Stadtverwaltung den Kreisverbänden der CDU und der Jungen Union, die bei ihrer Veranstaltung einen überaus großen Zuspruch zu verzeichnen hatten. Weniger feierlich ging es dann am 27. Juni 1959 im Ebertpark zu, als anläßlich eines Auftritts von Ted Herold "Lederjacks, Rothemden und Pulli-Girls" den ersten zünftigen "Rock'n'Roll"-Krawall in Ludwigshafen entfesselten und das Überfallkommando der Polizei auf den Plan riefen. Ab dem 4. Juli 1959 ging es im Ebert-Park dann aber wieder friedlicher zu: Nach 1953 wurde zum zweiten Mal zu einem Jubiläums-Parkfest eingeladen, das an den folgenden zwei Wochenenden wieder insgesamt 140.000 Besucher anlockte. Weiteren Anlaß zum Feiern bot dann am 9. Juli 1959 die Einweihung der neuen Rheinbrücken-Auffahrt durch Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm, der sich dabei anerkennend über die größte innerstädtische Hochstraße der Bundesrepublik und Europas äußerte, aber auch die Notwendigkeit einer zweiten Brücke nach Mannheim betonte. Einen Tag später vermeldeten die Ludwigshafener Schwimmbäder bei Tagestemperaturen von 36 Grad im Schatten einen Rekordbesuch, aber die Stadt-Werke auch einen Rekord-Verbrauch von 58 200 Kubikmeter Trinkwasser. Daß es aber auch bei der nächsten Stadtrassitzung am 17. Juli 1959 "heiß hergehen" würde, war bereits am 15. Juli 1959 ersichtlich, als @Die Rheinpfalz@ ein Protestschreiben der CDU-Stadtratsfraktion an Oberbürgermeister Dr. Klüber gegen ihre Nichteinladung anläßlich der Einweihung der Rheinbrückenauffahrt durch Dr. Seebohm veröffentlichte. So gab es bei der Beschlußvorlage zum Neubau eines Kindergartens und -hortes in Friesenheim schon eine Kontroverse zwischen SPD und FDP, ob mit dem Kinderhort alleinerziehende Mütter eine Erleichterung erfahren (SPD) oder zu einer Erwerbstätigkeit "verlockt" (FDP) werden würden. Die CDU lehnte den Standort als solches ab, was MdB Wagner für die SPD als vordergründig bezeichnete. Zum offenen Schlagabtausch kam es dann beim Tagesordnungspunkt "Ehrung des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Reichert". Dabei lehnte MdB Wagner für die SPD die von der CDU beantragte Umbenennung des Kulturhauses in "Bürgermeister-Reichert-Haus" als "zu wenig" ab und schlug statt dessen vor, einen geplanten Schulneubau nach Dr. Reichert zu benennen. Hierzu fand sie jedoch weder bei der CDU noch FDP eine Zustimmung, so daß der Stadtrat schließlich nur die Umbenennung des Kulturhauses gegen die Stimmen von CDU und FDP ablehnte, worauf die CDU unter Protest die Sitzung verließ und auch nach einer halbstündigen Sitzungsunterbrechung nicht mehr erschien.¹⁶⁸

Als einzige Partei Ludwigshafens präsent war dafür der CDU-Kreisverband am 20. Juli 1959, als man im Kulturhaus der 15. Wiederkehr des Aufstandes vom 20. Juli 1944 gedachte. Mit soldatischen Gewissensqualen befaßte sich auch eine Tagung des DGB-Kreisausschusses Ludwigshafen, auf der am 18. August 1959 die männlichen Angehörigen des Jahrganges 1939 über das Recht der Kriegsdienstverweigerung beraten wurden - "ungefähr 100 Männer"

nahmen daran teil. Gleich 189 Strafanzeigen wegen widerrechtlicher Bebauung und wegen Schwarzbauens bearbeitete zum selben Zeitpunkt das Bauaufsichtsamt - auch eine Folge der Kriegszerstörungen. Letztlich zur Behebung der Kriegsfolgen diente auch der Gegenbesuch von Dr. Klüber in Lorient, über dessen positiven Verlauf er der hiesigen Presse am 30. September 1959 berichtete. Dabei sprach sich der Oberbürgermeister für die Schaffung eines Partnerschaftsausschusses durch den Stadtrat aus. Im Stadtrat selbst entschieden sich die Fraktionen am 2. Oktober 1959 jedoch wieder für einen wenig partnerschaftlichen Umgang miteinander. Vielmehr nahm die Debatte zwischen SPD einerseits und CDU und FDP andererseits um einen von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Neubau eines städtischen Kindergartens in Edigheim einen "stürmischen Verlauf", in der harte persönliche Worte nicht ausblieben und die Beschlüßvorlage letztlich wieder nur mit den Stimmen der SPD verabschiedet wurde.¹⁶⁹

Stürmisch gefeiert wurde dagegen Zarah Leander am 17. Oktober 1959 im "Union-Filmtheater". Allerdings agierte die Schauspielerin nicht mehr auf der Leinwand, sondern gab vor ihr ihre bekanntesten Titel aus den dreißiger und vierziger Jahren zum Besten. Noch weit mehr zurück in die Vergangenheit gingen gleichzeitig die Erinnerungen des offiziellen Ludwigshafens, denn nun traten endlich die Vorbereitungen für das Stadtjubiläum in die heiße Phase. Das endgültige Programm wurde am 23. Oktober 1959 veröffentlicht: Auftakt sollte zwar erst am 26. Oktober 1959 ein Konzert des Pfalzorchesters im BASF-Feierabendhaus mit dem Dirigenten Sergiu Celibidache sein; gefeiert wurde allerdings in Ludwigshafen schon ab dem 24. Oktober 1959. Anlaß war die offizielle Freigabe der an alter Stelle neugebauten Rheinbrücke durch Bundesverkehrsminister Seeböhm. Und selbst die rund 240 Teilnehmer am Ludwigshafener Jubiläums-Reitturnier ließen es sich am 25. Oktober 1959 nicht nehmen, mit ihren Pferden vor dem Schillerhaus nicht nur dem Dichter ihre Reverenz zu erweisen, sondern gleichzeitig auch dem Oberbürgermeister zum Stadtjubiläum zu gratulieren.¹⁷⁰

Der offizielle Festakt erfolgte dann am 8. November 1959 - genau 100 Jahre nach der Unterzeichnung der Urkunde der Stadterhebung Ludwigshafens durch König Maximilian II. feierte Ludwigshafen die Verleihung der Stadtrechte im Feierabendhaus der BASF. Dabei konnte Dr. Klüber eine große Gästeschar aus nah und fern - darunter Bürgermeister Glotin aus Lorient - begrüßen. Staatsminister Stübinger überbrachte die Grüße des Landes und kündigte einen Zuschuß von DM 100.000,- für den Theaterneubau an. Weitere Gratulanten waren u.a. Vizepräsident Bögler für den Landtag sowie Direktor Dr. Timm für die BASF, der die Gelegenheit nutzte und einen möglichst raschen Ausbau der Rheinuferstraße von der neuen Rheinbrücke zur BASF forderte. Mannheims Oberbürgermeister überbrachte neben Glückwünschen noch 750 Jugendbücher, die ihren Platz am nächsten Tag in der Oggersheimer Bücherei fanden. Diese hatte wiederum ihren Platz im Schillerhaus gefunden und wurde am 9. November 1959 gemeinsam mit der dort ebenfalls platzierten Schillergedenkstätte anläßlich einer Feierstunde zum 200. Geburtstag des Dichters eingeweiht. Es folgten noch Aufführungen von "Kabale und Liebe" am 10. November 1959 sowie der "Räuber" am 11. November 1959. Nach einem "Bunten Abend" am 13. November wurde einen Tag später im Kulturhaus die Ausstellung "Ludwigshafener Wiederaufbau - Rückblick und Zukunft" als Jubiläums-Rechenschaftsbericht des Bauamtes eröffnet. Mit einem Chorkonzert am 20. November 1959 gingen dann die gelungenen Jubiläumsfeierlichkeiten 1959 zu Ende - nur die zu diesem Anlaß erschienene offizielle Publikation¹⁷¹ - wie bereits die Vorgängerausgaben von 1953 einem im Vergleich zur 1903 zum fünfzigjährigen Gemeindejubiläum erschienen Stadtgeschichte erneut nur einen eher bescheidenen Umfang.¹⁷²

Zwei Volksparteien in Ludwigshafen

Die Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum 1959 hätten eigentlich einen friedfertigen Umgang zwischen den politischen Repräsentanten in der Chemiestadt erwarten lassen. Statt dessen ging der Schlagabtausch munter weiter: Die neue Runde leitete am 4. November 1959 MdB Wagner ein, der vor der Stadtverbandskonferenz der SPD in Ludwigshafen unter dem Titel "Ludwigshafener Kommunalpolitik" über die jüngsten Auseinandersetzungen im Stadtrat aus Sicht der SPD referierte. Dabei betonte Wagner, daß die Haltung der CDU seit der Wahl von Bürgermeister Wild unerfreulich geworden sei und führte dies darauf zurück, daß die Gegenseite bereits den Wahlkampf des Jahres 1960 vorbereiten würde. Dagegen habe die SPD der CDU in der Stadt den zweithöchsten Posten zugestanden, und dies obwohl die SPD nach der letzten Kommunalwahl die Verwaltungsspitze ausschließlich mit eigenen Leuten hätte besetzen können. Die Replik durch den CDU-Kreisvorsitzenden MdL Dr. Kohl folgte bereits am nächsten Tag bei einer CDU-Versammlung in Friesenheim: Durch die Wahl von Bürgermeister Wild habe die SPD keinesfalls einen Blankoscheck für alles weitere erhalten. Vielmehr habe die CDU vor, die strittigen Fragen - auch die städtische Personalpolitik - öffentlich zu behandeln und dadurch eigenes Profil zu gewinnen. Am 11. November 1959 verschärfte MdL Dr. Kohl den Ton noch einmal, in dem er den SPD-Fraktionsvorsitzenden MdB Wagner als "Möchtegern-Oberbürgermeister" bezeichnete, der sich das Recht herausnehme, "politischer Präzeptor der Stadt" zu sein.¹⁷³

Selbst als der Außerordentliche Parteitag der SPD vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg das gleichlautende Parteiprogramm verabschiedete und damit der SPD über ein vorbehaltloses Bekenntnis zum freiheitlichen demokratischen Staat, zur Landesverteidigung und zur freien Marktwirtschaft den Weg zur zweiten Volkspartei in der Bundesrepublik neben der CDU öffnete,¹⁷⁴ standen sich die Repräsentanten von Christ- und Sozialdemokratie in Ludwigshafen feindlich gegenüber: Ausdruck fand dies im Ausschluß aller IG-Chemie-Mitglieder aus der Gewerkschaft, die zuvor bei den Betriebsratswahlen in der BASF auf der konkurrierenden Liste der Christlichen Werksgemeinschaft kandidiert hatten. Dagegen beschloß zeitgleich der Kreisverband der FDP - außen vor bei diesen Konflikten - undogmatisch mit den Vorbereitungen der Kommunalwahl 1960 zu beginnen. Diesem Stil blieb die FDP-Fraktion auch bei der Stadtratssitzung am 11. Dezember 1959 treu; aber auch die SPD- und CDU-Fraktion ließen die meisten Beschlußvorlagen einstimmig passieren. Fünf Gegenstimmen aus der CDU-Fraktion gegen eine mit Gebührenerhöhungen verbundene Tarifänderung bei der Ludwigshafener Straßenbahn kommentierte MdB Wagner folgendermaßen: "Es störe ihn nicht, wenn Unbelehrbare aus nicht sachlichen Gründen zu einer anderen Auffassung gelangen".¹⁷⁵ In das gleiche Horn stieß Friedrich Wilhelm Wagner auch bei der ersten Stadtratssitzung des neuen Jahres am 22. Januar 1960, als er kritische Bemerkungen von Oberbürgermeister Klüber zu den Ausführungen von Stadtrat Dr. Keller als "Privatissimum" des Vorsitzers über Haushalts-Praxis und -Theorie begrüßte und dadurch die Ausführungen von Dr. Keller zum Nachtragshaushalt 1959 als "am Boden zerschmettert" bezeichnete. Trotz einer erregten Replik von Dr. Keller fand aber der Nachtragshaushalt genauso die einstimmige Zustimmung im Stadtparlament wie auch alle anderen Vorlagen, darunter der Beschluß zum Bau einer neuen Stadtbibliothek in der heutigen Form in der Bismarckstraße.¹⁷⁶

Daß mit dem Godesberger Programm der SPD nun in Ludwigshafen wirklich zwei Volksparteien konkurrierten, war den Christdemokraten in der Stadt durchaus bewußt. Sie führten am 23. Januar 1960 sogar eigens eine Veranstaltung zum SPD-Programm durch. Dabei betonte Stadtrat Tilger, daß die SPD zwar ideologischen Ballast abgeworfen habe, aber

noch immer für einen sozialistischen Staat stehe. In Bezug auf religiöse Fragen tauche zwar der Begriff Toleranz auf, die "aber auch in Ludwigshafen immer wieder mißachtet werde". Dennoch betonte MdL Dr. Kohl auf einer weiteren Versammlung in Rheingönheim, daß man den anderen Parteien keinesfalls Nichtchristlichsein vorwerfe und den Kommunalwahlkampf 1960 in aller Ruhe und Sachlichkeit führen werde. Für die SPD konterte Stadtrat Kußmaul auf der Jahreshauptversammlung ihrer Sektion Süd am 3. Februar 1960, daß sich ihr Ziel der sozialistischen Grundkonzeption nicht geändert habe, aber der Weg, denn unter Sozialisierung verstehe man nun nicht mehr Verstaatlichung sondern Vergesellschaftlichung. Auch sei die Behauptung oberflächlich, daß ein Christ kein Sozialist sein könne. Dem entgegnete wiederum der CDU-Stadtrat Erich Busch auf einer Versammlung seiner Partei in Mundenheim mit der Feststellung, daß zwar 96% der Bevölkerung in Ludwigshafen evangelisch oder katholisch seien - die überwiegende Mehrheit der SPD-Fraktion jedoch konfessionslos. Gleichzeitig kündigte Busch an, daß die Ludwigshafener CDU mit einem eigenen Wahlprogramm in den Kommunalwahlkampf 1960 ziehen werde. Das Wahlvolk selbst zeigte sich jedoch wenig beeindruckt von diesem Vorwahlkampfgeplänkel beider Volksparteien - vielmehr erschien es in hellen Scharen am 28. Februar 1960 zum Fasnachtsumzug, um allerlei Schabernack mit den Stadtvorderen zu treiben. Bei 18 Grad Wärme säumten 250.000 Zuschauer die Ludwigshafener Straßen. Zwar war dann am anschließenden Aschermittwoch schon wieder alles vorbei, aber selbst Oberbürgermeister Dr. Klüber bekundete den Narren bei der Rückgabe des Stadtschlüssels Respekt für die gelungene Kampagne 1959/60 - schließlich sei es auch zum ersten Mal gelungen, den Oberbürgermeister bei der Erstürmung des Stadthauses tatsächlich gefangenzunehmen.¹⁷⁷

Die Kommunalwahl 1960

Kaum hatten jedoch die städtischen Narren ihr Pulver verschossen, rüsteten die Ludwigshafener Parteien zum Kommunalwahlkampf 1960. Dabei sorgte zunächst einmal für Verunsicherung, daß Angehörige des Mittelstandes die Bildung einer Freien Wählergemeinschaft analog zur erfolgreichen Mannheimer Liste in der rechtsrheinischen Schwesterstadt ankündigten. Weiterhin nutzte der SPD-Fraktionsvorsitzende MdB Wagner die Haushaltsberatung vom 18. März 1960 zu einer Replik, in dem er zum Abschluß seiner Haushaltsrede auch auf die vorangegangenen Äußerungen des CDU-Stadtrates Busch einging und dabei die durch Grundgesetz garantierte Bekenntnisfreiheit betonte. Die Äußerungen von Friedrich Wilhelm Wagner übertrafen die Haushaltsrede von Oberbürgermeister Dr. Klüber - er hatte das Jahr 1959 als das bisher beste Nachkriegsjahr Ludwigshafens herausgestrichen - sowohl zeitlich als auch vom Seitenumfang erheblich und verdeutlichte die eigentliche Machtverteilung in der Stadt. Dennoch votierten beide Volksparteien für den Haushalt 1960, während die FDP-Fraktion dagegen opponierte, da ihre Forderung nach sofortiger Abschaffung der Schankverzehrersteuer nicht berücksichtigt worden war.¹⁷⁸

14 Tage später bot die Stadtratssitzung vom 1. April 1960, Gelegenheit sich weiter für die Kommunalwahl zu positionieren. Nach einer Reihe einstimmiger Beschlüsse erhielt CDU-Stadtrat Busch die Gelegenheit zu den Ausführungen von MdB Wagner aus der vorherigen Sitzung Stellung zu nehmen. Dabei wiederholte er seine inhaltliche Kritik an der Tätigkeit von Angehörigen der Freireligiösen Gemeinde in Ludwigshafen - in diesem Fall am Leiter einer Berufsschule. Friedrich Wilhelm Wagner konterte für die SPD-Fraktion erneut mit dem Vorwurf, daß die Äußerungen von Busch gleich mehrere Verstöße gegen das Grundgesetz darstellten. Als CDU-Stadtrat Tilger anschließend die Weigerung der SPD-Fraktion auf Fortführung der Debatte mit "Feigheit" kommentierte, konnte sich Oberbürgermeister Dr. Klüber nur mit der Glocke Ruhe verschaffen. Beendet wurde die Debatte mit einem

Ordnungsruf für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Wagner, der Tilger mit "Sie sind ein lächerlicher Knabe" geantwortet hatte. Daß im April 1960 die Stadtväter und -mütter die Zeit für solch grundsätzliche Debatten fanden, überrascht allerdings nicht, wenn man berücksichtigt, wie wenig Anlaß zur Sorge zum gleichen Zeitpunkt z.B. der Arbeitsmarkt in Ludwigshafen bot: 872 arbeitslosen Männern und Frauen standen 4.500 offene Stellen gegenüber! Und die neue soziale Sicherheit der Arbeitnehmer hatte auch Auswirkungen auf die traditionelle Maikundgebung des DGB - zwar trafen sich trotz schlechten Wetters am 1. Mai 1960 wieder mehrere Tausend Teilnehmer um die Konzertmuschel im Ebertpark, aber "längst nicht die Besucherscharen der vergangenen Jahre".¹⁷⁹

Anschließend ging der Ludwigshafener Kommunalwahlkampf in die nächsten Runde: Während die SPD in einer Veranstaltungsreihe die Erfolge der sozialdemokratischen Stadtverwaltung für die Stadt Ludwigshafen betonte, kritisierte die CDU bei ihren Veranstaltungen das Auftreten der sozialdemokratischen Beigeordneten auf Parteiveranstaltungen der SPD und führte den Aufstieg Ludwigshafens in erster Linie auf die wirtschaftspolitischen Erfolge der Bundesregierung zurück. Trotzdem demonstrierten beide Volksparteien bei der nachfolgenden Stadtratssitzung vom 16. Mai 1960 Einigkeit, denn am Tage des Beginns der - freilich einen Tag später schon gescheiterten - Viermächtekonferenz in Paris war das Gremium gewillt, durch die Umbenennung des Jubiläumsplatzes in Berliner Platz, der Schillerstraße in Berliner Straße sowie der Benennung der Großsiedlung am Marienkrankenhaus als Ernst-Reuter-Siedlung ein einmütiges Bekenntnis Ludwigshafens zur geteilten Hauptstadt zu leisten. Das gleiche Ansinnen hatten die Ludwigshafener Protestanten, die nach der Stadtratssitzung für 19 Uhr zu einem Bittgottesdienst in die Friedenskirche einluden und der Stadtjugendring, der ab 19.15 Uhr mit rund 1.500 Teilnehmern in einem Schweigemarsch vom Ludwigsplatz zum Pfalzbau marschierte, um dort um 20 Uhr an einer gutbesuchten Veranstaltung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland teilzunehmen, bei der u.a. Ministerpräsident Altmeier referierte.¹⁸⁰

Am 2. Juni 1960 stellte Kulturredirektor Nord das Programm für die Ebert-Park-Saison 1960 vor. Höhepunkt sollte wieder ein Auftritt von Vico Torriani sein, aber auch eine bretonische Tanzgruppe aus Lorient war vorgesehen. Gleichzeitig gab Nord einen Besucherschwund bei der Theatergemeinde bekannt, was er sowohl auf das veraltete Ambiente des Pfalzbaus als auch auf die Konkurrenz durch das Fernsehen zurückführte. Sehr gut besucht war dagegen die Gedenkveranstaltung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus und des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge zum 17. Juni. Im Gegensatz zu 1959 war die Gedenkveranstaltung parteiübergreifend besucht und auch von einem gemeinsamen Aufruf des Oberbürgermeisters und der drei Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat begleitet worden. Geschlossenheit demonstrierte der Stadtrat dann auch am 20. Juni 1960 als er die Tagesordnung ohne große Debatte passieren ließ. Die Einstimmigkeit wurde nur einmal aufgehoben, als die CDU-Stadträte Tilger und Schuster gegen den erhöhten Kostenvoranschlag für den Kindergartenneubau in der Gartenstadt votierten. Daß man anderenorts aber durchaus bereit war, die politische Auseinandersetzung zu suchen, demonstrierten mehrere SPD-Stadträte noch am gleichen Abend durch den Besuch einer Bürgerversammlung der CDU in Mundenheim. MdL Dr. Kohl nahm die Herausforderung an, in dem er ankündigte, angesichts seiner politischen Gegner einige Dinge in schärferer Form sagen zu müssen, als dies beabsichtigt war. Dabei wandte er sich u.a. gegen eine Benotung der CDU durch einen "Super-Oberbürgermeister" Friedrich Wilhelm Wagner. Ebenso kritisierte er das parteipolitische Engagement des ebenfalls anwesenden Beigeordneten Dr. Ludwig, der wiederum in der Diskussion zu Wort kam und betonte, sich für die Aufklärung der Bevölkerung mitverantwortlich zu fühlen.¹⁸¹

Nach einem anschließenden Pressegeplänkel über die Qualität der Stadtführung durch die SPD entließen jedoch beide Volksparteien ihre Wähler erst einmal in die Wahlkampfsummerpause. Dabei nahmen die Ludwigshafener wieder dankbar das Parkfest an, das zum Abschluß am 11. Juli 1960 118.000 Besucher zählte - kulinarischer Höhepunkt war inzwischen "Ochs am Spieß" - fünf Exemplare waren während der sechs Festtage verzehrt worden. Die Hochkonjunktur des Jahres 1960 spiegelte sich aber nicht nur im geänderten Konsumverhalten der Ludwigshafener wider - auch ihre Spareinlagen bei der Stadtsparkasse waren innerhalb eines halben Jahres von 68,4 auf 80 Millionen DM gestiegen, denn schließlich war auch jeder zweite Ludwigshafener Kunde dieser Bank. Entsprechend stand auch im Mittelpunkt des am 14. Juli 1960 veröffentlichten FDP-Programms zur Kommunalwahl die von ihr angestrebte Bürgerbeteiligung, während die SPD einen Tag später mit einem Programmwurf konterte, der eine umfangreiche Liste von konkreten Zielen, wie die Verlegung des Hauptbahnhofes oder den Bau einer zweiten Rheinbrücke für die nächste Wahlperiode enthielt. Vorab den Startschuß zum Neubau der Hauptfeuerwache gab der Stadtrat schon einmal am 22. Juli 1960 - innerhalb von 20 Minuten hatte er diesmal die ganze Tagesordnung abgewickelt.¹⁸²

Ihren Ausdruck fand die Konjunktursteigerung aber auch in der Ausländerstatistik des Arbeitsamtes Ludwigshafen: 3.364 Ausländer - darunter allein 2.000 Italiener - arbeiteten im August 1960 in seinem Amtsbereich. Waren es im Vorjahr nur rund 1.000 gewesen, so wurde jetzt mit einem Stand von 4.000 bis zum Jahresende gerechnet. Bei einer gleichzeitigen außerordentlichen Knappheit von deutschen Arbeitskräften - gemeldet waren nur noch 601 Arbeitslose, aber 5 474 offene Stellen - betrug die Anzahl der Ausländer an der Gesamtbeschäftigung damit vor Ort bereits 3% - bundesweit jedoch nur 0,8%. Beschäftigt waren fast nur ausländische Männer und zwar in der Industrie und auf dem Bau; allerdings beabsichtigte das Arbeitsamt nun auch gezielt ausländische Frauen für Mangelberufe, so z.B. für den Pflegebereich in den Ludwigshafener Krankenhäusern zu gewinnen. Ein Ausländer hatte allerdings bereits jetzt schon die Herzen der Ludwigshafener gewonnen, nämlich der kubanische Schlagersänger Roberto Blanco, der am 7. August 1960 im Ebertpark aufgetreten war. Dabei waren unter den Zuhörern sicher auch viele jener jungen berufstätigen Frauen, die dank der Konjunkturlage nicht mehr jeden Pfennig umdrehen mußten. Diese wurde von der Vorsitzenden des Ludwigshafener Hausfrauenvereins heftigst kritisiert: So würden die jungen Hausfrauen heute keine Preisvergleiche mehr anstellen und anstatt "Selbsteingemachtes" herzustellen, zu den bequemen Konserven greifen.¹⁸³

Ende August 1960 kehrten dann auch in Ludwigshafen die Parteien auf die Wahlkampf Bühne zurück und bemühten sich ihre Kandidaten bekannt zu machen. Dies war nicht ganz einfach, denn noch galt das Augenmerk der Öffentlichkeit den Olympischen Spielen in Rom. Auch drei Athleten aus Ludwigshafen waren dort vertreten, wobei Jürgen Brecht aus Edigheim sogar eine Bronzemedaille im Mannschaftsfechten errang. Entsprechend wurde Brecht nach seiner Rückkehr vom Tiber an den Rhein auch von Oberbürgermeister Dr. Klüber empfangen - schließlich befand sich auch der Oberbürgermeister mitten im Wahlkampf, denn die SPD hatte ihn für einen aussichtsreichen Platz auf ihrer Bezirkstagsliste nominiert. Für seinen Stellvertreter, Bürgermeister Wild, hingegen war nur der letzte Platz auf der CDU-Vorschlagsliste zum Bezirkstag vorgesehen. Für den Stadtrat nominierte die CDU ihren Kreisvorsitzenden MdL Dr. Kohl als Spitzenkandidaten, während die SPD wiederum auf ihren Fraktionsvorsitzenden MdB Friedrich Wilhelm Wagner setzte. Auch die FDP überließ den Spitzenplatz dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Keller. Zunächst nicht den Tageszeitungen - aber sehr wohl einem Flugblatt in ihren Briefkästen - konnten die Ludwigshafener entnehmen, daß auch die Ludwigshafener Kommunisten erneut zum Stadtrat zu kandidieren beabsichtigten - diesmal als Wählergruppe Vollmer. Allerdings scheiterten die

Kommunisten am 5. Oktober 1960 erneut am Ludwigshafener Wahlausschuß, der den Wahlvorschlag der Wählergruppe Vollmer - trotz 238 gültiger Unterstützungsunterschriften / 200 Unterschriften wären zur Einreichung des Wahlvorschlages nur notwendig gewesen - als KP-Tarnorganisation ablehnte. In seiner Begründung führte Dr. Fischer vom Rechtsamt der Stadt aus, daß zwei der Kandidaten der Wählergruppe sowie ihr Vertrauensmann ehemalige Mitglieder der KPD seien. Zwei weitere der insgesamt acht Kandidaten seien im kommunistischen Umfeld aktiv gewesen. Von den 238 Unterstützungsunterschriften seien circa die Hälfte von ehemaligen Mitgliedern der KPD und ihren Unterorganisationen oder deren Verwandten geleistet worden.¹⁸⁴

Am 10. Oktober 1960 beendete der Stadtrat die Wahlperiode 1956/60. Dabei nutzten FDP und CDU bei der Vorlage des Nachtragshaushalts wegen der Höhe der Gemeindesteuer noch einmal die Gelegenheit, mit der regierenden SPD kritisch ins Gericht zu gehen. Trotz einiger verbaler Ausfälle zwischen den drei Fraktionsvorsitzenden passierte der Nachtragshaushalt einstimmig das Gremium, und auch der Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters über die zurückliegende Wahlperiode fand den Beifall aller Fraktionen. Den eigentlichen Wahlkampf an diesem Tag überließen die beiden Volksparteien zwei Repräsentanten der Bundespolitik: Die CDU konnte in Oppau Bundesverteidigungsminister Strauß vorstellen - für die SPD referierte im Kulturhaus MdB Professor Dr. Schellenberg über: "Die Rentenempfänger - Stiefkinder des Wirtschaftswunders".¹⁸⁵

Am 15. Oktober 1960 meldeten sich auch die Ludwigshafener Kommunisten noch einmal zu Wort, indem die Kandidaten der Wählergruppe Vollmer beim Oberbürgermeister Einspruch gegen ihre Nichtzulassung bei der Kommunalwahl einlegten. Zwar konnten sie in ihrer Argumentation zurecht darauf verweisen, daß sich auf der genehmigten Bewerberliste der SPD zum Stadtrat mit Herbert Müller, Ernst Lorenz, Paul Liebel und Georg Germann gleich vier ehemalige Kommunisten befanden, so daß die SPD-Liste vom Wahlausschuß mit der gleichen Argumentation hätte zurückgewiesen werden müssen, wie ihr eigener Wahlvorschlag. Doch hierfür interessierte sich mitten im Kalten Krieg niemand.¹⁸⁶ So hatte @Die Rheinpfalz@ am 13. September 1960 anlässlich des 60. Geburtstags von Herbert Müller ausführlich dessen 43jährige politische Tätigkeit seit 1917 vorgestellt, aber mit keinem Wort erwähnt, daß dieser davon 30 Jahre in der KPD verbracht hatte.¹⁸⁷ Ein Fakt, der jedem interessierten Ludwigshafener bekannt war und den die Wählergruppe Vollmer am 18. Oktober 1960 auch in einem Flugblatt verbreitete. Trotzdem blieb auch der Stadtrechtsausschuß am 21. Oktober 1960 bei der Entscheidung des Wahlausschusses. Danach wurden die Kandidaten der Wählergruppe Vollmer als Tarnorganisation der illegalen KPD sogar wegen "Staatsgefährdung" angeklagt, aber im November 1962 vom Landgericht Frankenthal freigesprochen.¹⁸⁸

Unterdessen ging der bundespolitische Wahlkampfeinsatz in Ludwigshafen weiter: Am 15. Oktober 1960 referierte Bundesaußenminister Heinrich von Brentano über die außenpolitische Lage der Bundesrepublik bei der CDU in Mundenheim. Die SPD präsentierte am 17. Oktober 1960 ihren Wehrexperthen, MdB Fritz Erler, in Oppau und der ehemalige Ludwigshafener Oberbürgermeister Bockelmann referierte am 19. Oktober 1960 gleich auf zwei sozialdemokratischen Wahlveranstaltungen. Die CDU ging auf ihrer abschließenden Pressekonferenz bereits vor dem eigentlichen Wahlgang davon aus, daß auch der nächste Stadtrat sozialdemokratisch geführt sein würde. Dies zumal die SPD kurz vor der Wahl noch zwei Erfolge verbuchen konnte: Zum einen konnte Beigeordneter Dr. Ludwig am 20. Oktober 1960 den städtischen Kindergarten am Ebertpark eröffnen - ein bis zuletzt noch im Wahlkampf von FDP, CDU und katholischer Kirche abgelehntes städtisches Vorzeigeprojekt. Abschließender Höhepunkt des sozialdemokratischen Wahlkampfes war jedoch am 21.

Oktober 1960 die Einweihung der Ernst-Reuter-Siedlung durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt. Und tatsächlich bestätigten 41.236 (54,9%) Wähler am 23. Oktober 1960 die absolute Mehrheit der SPD in Ludwigshafen mit 28 Sitzen. Das Minus von 2,9% bedeutete jedoch zwei Mandatsgewinne auf 18 für die CDU, die diesmal 26.089 (34,7%) Stimmen erhalten hatte - ein Plus von 3,3%. Die Mandatszahl der FDP war mit fünf Sitzen gleichgeblieben. 7.782 (10,4%) Wähler hatten diesmal für die Liberalen votiert, was ein leichtes Minus von 0,4% bedeutete. Entsprechend zeigten sich die Vertreter von CDU und FDP noch am Wahlabend mit ihrem Ergebnis zufrieden, während die SPD ihre Einbußen darauf zurückführte, daß ihr diesmal keine Leihstimmen aus dem KPD-Milieu zugefallen seien - tatsächlich hatte die Wahlbeteiligung z.B. in der ehemaligen KPD-Hochburg Bruchwiesenstraße nur 33% betragen - der Besitzstand der SPD an echten Wählerstimmen habe sich also konsolidiert, so Oberbürgermeister Dr. Klüber. Gemeinsam mit seinem Parteifreund Max Keding repräsentierte er Ludwigshafen nun auch im pfälzischen Bezirkstag.¹⁸⁹

Der neue Oppositionsführer im Stadtrat

Kaum hatte sich der Pulverdampf der Wahlkampfeschlacht in Ludwigshafen verzogen, knallte es am 26. Oktober 1960 schon wieder in der Innenstadt. Allerdings waren es diesmal Böller anlässlich der Eröffnung des neuen Kaufhofes, der dank seiner charakteristischen runden Form im Volksmund schnell nur noch als "Tortenschachtel" bezeichnet wurde. Rund 100.000 Kunden drängten sich zur Eröffnung in das Gebäude, das gleichzeitig auch einen ersten wesentlichen Abschnitt des innerstädtischen Projektes "Visitenkarte" darstellte. Stürmisch ging es auch bei der konstituierenden Sitzung des neuen Ludwigshafener Stadtrates am 25. November 1960 zu. Der neue CDU-Fraktionsvorsitzende, Dr. Helmut Kohl, bemängelte die bereits seit 1946 praktizierte Sitzordnung, welche die Opposition in die zweite Reihe verwies. Die FDP kritisierte ihre Nichtberücksichtigung in mehreren Ausschüssen - die SPD hatte im Gegensatz zu 1956 diesmal nicht freiwillig auf Sitze zugunsten der Liberalen verzichtet. Aber auch Oberbürgermeister Dr. Klüber setzte kein entemotionalisierendes Zeichen, als er die Ratsmitglieder per Namensaufruf zur Vereidigung an seinen Tisch bestellte, statt wie noch Oberbürgermeister Bockelmann sie an ihren Plätzen zu verpflichten.¹⁹⁰

Auch in der Stadtratssitzung am 16. Dezember 1960 konnten sich Stadtführung und Ratsmitglieder nicht über die Sitzordnung einigen. Entsprechend verlief die Sitzung "wenig weihnachtlich". Lebhaft wurde es, als der CDU-Fraktionsvorsitzende Kohl die vorgeschlagenen sozialdemokratischen Ortsvorsteher Bassemir und Schork mangels "hinreichender Eignung" ablehnte. Der anschließende verbale Schlagabtausch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Wagner war aber auch Ausdruck eines Generationskonfliktes zwischen einem von der Weimarer Republik bzw. der Nachkriegszeit geprägten Führungspolitiker. Generationsübergreifend hingegen war am letzten Verkaufs-Samstag vor Weihnachten - erstmals in der Nachkriegszeit waren die Geschäfte zur Weihnachtszeit Sonntags nicht geöffnet worden - der Andrang beim Ludwigshafener Einzelhandel mit Umsatzzuwachsen bis zu 20% gegenüber dem Vorjahr. Und im Gegensatz zu den vorangegangenen Schaukämpfen im Stadtrat beschrieb die Ludwigshafener Polizei die anschließenden Feiertage als "so friedlich wie selten zuvor" - ohne den obligatorischen Christbaumbrand, aber vielfach mit überfüllten Gotteshäusern. So beließ es auch Oberbürgermeister Dr. Klüber beim traditionellen Neujahrsaufruf bei einem Appell: "Wie verschieden nach Weltanschauung und Temperament wir auch sein mögen, alle sind wir Bürger einer Stadt".¹⁹¹

Wie sehr diese Stadt in Wandel war, verdeutlichen die Schlagzeilen zu Beginn des Jahres 1961: So wurde angesichts von 26.000 zugelassenen Kraftfahrzeugen in der Chemiestadt - auf sechs Einwohner kam ein Fahrzeug - der autogerechte Ausbau der Saarlandstraße als Paradebeispiel für eine großzügig angelegte Großstadtstraße gefeiert. Dennoch mahnte die BASF bei ihrer Jubilarfeier eine weitere Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Ludwigshafen an - einschließlich der Verlagerung des Hauptbahnhofes. Und auch die erste Stadtratssitzung im neuen Jahr am 3. Februar 1961 befaßte sich ausschließlich mit Projekten zur Verbesserung des Innenstadtverkehrs. Dabei war die Übereinstimmung so groß, daß ohne Diskussion die Tagesordnung innerhalb von 10 Minuten jeweils einstimmig abgearbeitet war.¹⁹² Allerdings waren diese Projekte nur kleinteilig gegenüber den "gigantischen" Plänen der Stadtverwaltung, die Oberbürgermeister Dr. Klüber bei seiner Etatrede zum Nachtragshaushalt 1961 am 17. März 1961 dem Stadtrat verkündete: Neben der Bahnhofsverlegung nannte der Oberbürgermeister u.a. den neuen Pfalzbau, Schulbauprogramme, die Erschließung neuen Baugeländes und die Finanzierung weiterer Wohnsiedlungen nach Art der Ernst-Reuter-Siedlung. Die Fraktionsvorsitzenden konnten am 21. März 1961 im Stadtrat zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters Stellung nehmen und signalisierten die grundsätzliche Zustimmung ihrer Fraktionen zu den Plänen der Verwaltung - insbesondere zur Verlegung des Hauptbahnhofes.¹⁹³

Nach dieser Stadtratssitzung war es mit der Gemeinsamkeit der Demokraten aber erst einmal wieder vorbei, denn nun warf der Bundestagswahlkampf 1961 seine Schatten voraus und der junge Oppositionsführer, der gerade noch seine erste Haushaltrede gehalten hatte, war wieder zum Wahlkreisvorsitzenden und damit zum Wahlkampfleiter seiner Partei bestimmt worden. Zunächst einmal konzentrierten sich aber alle Akteure im verbalen Schlagabtausch noch auf einen Nebenschauplatz: Die Betriebswahl 1961. Dabei stellte die CDU - die bei der BASF und der Firma Giulini wieder eine eigene Liste der christlich-sozialen Arbeitnehmer aufgestellt hatte - heraus, daß sich bei der BASF auf der betrieblichen und gewerkschaftlichen Einheitsliste neben Sozialdemokraten erneut auch bekannte Kommunisten wiederfanden. Die Sozialdemokraten wiederum warfen den Christdemokraten vor, die Betriebsratswahlen zu politisieren. Allerdings hatten die Christdemokraten damit Erfolg, denn gegenüber 1959 konnten sie in der BASF ein Mandat hinzugewinnen und auch die DAG war nun wiederum im Betriebsrat vertreten, der allerdings durch ein Wahlergebnis von 63,3% für die betriebliche und gewerkschaftliche Einheitsliste nach wie vor fest in sozialdemokratischer Hand blieb. Und auch der Festredner auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB-Ludwigshafen, Hermann Bermann vom Bundesvorstand, betonte bei schlechter Witterung vor einigen tausend Zuhörern die Notwendigkeit starker Gewerkschaften.¹⁹⁴ Nicht viel weniger Zuhörer hatte die Hauptversammlung der BASF am 18. Mai 1961. Die mehr als 3.000 anwesenden Aktionäre konnten zum Teil nur einen Stehplatz vor einem Fernsehgerät ergattern - 35 TV-Geräte hatte das Unternehmen in den Foyers und Nebenräumen des Feierabendhauses aufgestellt. Als neuestes Produkt wurde den Aktionären Styropor vorgestellt - ein "Kunststoff mit Zukunft", wie er zu Recht etikettiert wurde. Während die Hauptversammlung wegen eines Ausfalls der Zählmaschine insgesamt sieben Stunden in Anspruch nahm, war die Stadtratssitzung am folgenden Tag in relativ kurzer Zeit erledigt, da man 15 Punkte en bloc einstimmig verabschiedete. Dr. Kohl kritisierte diese Verfahren allerdings als wenig attraktiv für die Öffentlichkeit und plädierte künftig für eine "interessantere" Tagesordnung.¹⁹⁵

Als die BASF ihren interessierten Aktionären vor Beginn der Hauptversammlung in einem Film die vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten des Styropors präsentierte, lag die Entdeckung des Werkstoffs schon etwa ein Jahrzehnt zurück (@Mannheimer Morgen@ vom 8.8.1996) Schon 1950 und 1951 hatte sich das Unternehmen mehrere Verfahren zur Herstellung von Leichtkunststoffen durch Aufschäumen patentieren lassen. Auch die Suche nach einem günstigen Isoliermaterial zur Abschirmung von Elektrodrähten hatte die Forschung

angestoßen. An einem Märztag 1952 fielen dem BASF-Ingenieur Dr. Fritz Stastny dann die Polystyrolbröckchen auf, die an der Wasseroberfläche zurückblieben, wenn zersägte Kunststoffplatten zum Aufschwellen in ein heißes Wasserbad getaucht wurden. Diese Krümel schäumten ebenfalls auf und verklumpten sich am Rand der Wanne. Stastny vermutete nun, daß sich die Partikel in einem Hohlraum zu einem zusammenhängenden Körper formen lassen würden. Nach einem ersten erfolgreichen Versuch in einer Schuhcremedose nutzte man wegen des nahen festen Osterhasenformen – und produzierte eine Serie leichter, weißer, feinporiger – aber leider nicht eßbarer – Leichtkunststoff-Osterhasen. Das Grundpatent wurde entsprechend erweitert, und seit seiner Vorstellung auf der Kunststoffmesse in Düsseldorf 1952 trat das Styropor seinen unaufhaltsamen Siegeszug an. S.M.

Spanienurlaub, Bahnstättverlegung und der Mauerbau

Die Volks-, Berufs- und Arbeitstättenzählung vom 6. Juni 1961 ermittelte in Ludwigshafen am Stichtag 165 761 Einwohner (54,5% Protestanten / 40,7% Katholiken). Sie ergab folgende für eine hochindustrielle Gesellschaft typische Sozialstruktur:

Beschäftigte in %			
<u>Primärer Bereich</u>		<u>Sekundärer Bereich</u>	<u>Tertiärer Bereich</u>
Bergbau, Steine-Erden, Energie	3,3	Verarbeitungsgewerbe	39,2
Landwirtschaft	0,5	Eisen, Metall	10,9
		Baugewerbe	7,1
		Handel	11,4
		Öffentliche Dienste	8,1
		Verkehr	4,8
		Dienste	3,4

(Handrick, S. 159)

Auf jeden arbeitslosen Stadtbewohner kamen inzwischen sechs offene Stellen. Ausländische Gastarbeiter waren deshalb für die heimische Wirtschaft eine große Hilfe, obwohl deren Unterbringung - trotz reger Bautätigkeit im Wohnungsbereich - manche Schwierigkeit bereitete. Umgekehrt zog es die deutschen Arbeitnehmer im Urlaub immer mehr ins Ausland: Spanien war 1961 das Hauptreiseziel, da ein Aufenthalt in Italien und Jugoslawien inzwischen als teuer galt. Bei den Städtereisen lag Paris an erster Stelle. Die Umstellung des 65. ihr angeschlossenen Geschäfts als Selbstbedienungsladen durch die Rewe-Großhandels-Genossenschaft Ludwigshafen war eine Schlagzeile. Und trotz dieser neuen Alltags- und Freizeitkultur war man noch keineswegs entpolitisiert; zumindest konnte das Ortskuratorium "Unteilbares Deutschland" seine Gedenkveranstaltung zum 17. Juni im vollbesetzten Pfalzbaufestsaal durchführen. Und bereits am 1. Juli 1961 war der Saal wieder bis auf den letzten Platz gefüllt - diesmal von italienischen Gastarbeitern, die begeistert ein von der italienischen Regierung organisiertes Kulturprogramm der italienischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI verfolgten. Gar 10.000 Menschen konnte der Jesuitenpater Johannes Leppich zu seinen beiden Predigten unter dem Motto "Was würde Christus sagen, wenn er durch Ludwigshafen ginge" am gleichen Wochenende auf dem Goerdelerplatz mobilisieren. Absoluter Publikumsmagnet war jedoch wieder das Parkfest, daß trotz schlechter Witterung und Fußballübertragung im TV an den acht Festtagen bis zum 3. Juli 1961 insgesamt 123.000 Besucher zählte. 18 Tage später trat der Stadtrat zusammen. Er beschloß einstimmig die Verlegung des Hauptbahnhofes. Oberbürgermeister Dr. Klüber kündigte an, daß diese Entscheidung "auf einem Ehrenblatt in der Geschichte der Stadt stehen" würde. Anschließend verabschiedete sich das Gremium in die Sommerpause. Einen Aufenthalt im Rheinstrandbad hatten die Stadträte allerdings nicht im Sinn, denn unter Punkt 7 der Tagesordnung hatten sie zuvor dessen Schließung wegen der starken Verschmutzung des Rheinwassers beschlossen.¹⁹⁶

Am 3. August 1961 meldete der Ludwigshafener Einzelhandel eine Umsatzsteigerung von 20% gegenüber dem Sommerschlußverkauf von 1961. Die Fortsetzung des westdeutschen Wirtschaftswunders hatte über den ganzen Sommer 1961 allerdings auch wieder zum einem sprunghaften Anstieg des Flüchtlingsstroms aus der DDR geführt. Entsprechend bereitete sich zehn Tage vor dem Mauerbau die Stadtverwaltung Ludwigshafen auf eine Aufnahme von 146 weiteren Flüchtlingen vor - zuvor hatte die Stadt seit Jahresbeginn 1961 bereits 1.000

Übersiedler aus der DDR aufgenommen. Während bei der Arbeitsvermittlung keine Schwierigkeiten erwartet wurden, stellte die räumliche Unterbringung ein großes Problem dar. Schließlich war auch bereits ohne die neue Flüchtlingswelle die Zahl der Wohnungssuchenden in Ludwigshafen mit 12.011 auf eine neue Rekordmarke geklettert - Wartezeiten bis zu vier Jahren waren dabei nichts ungewöhnliches. Entsprechend war die Stadt gezwungen, die Neuankömmlinge zunächst im städtischen Durchgangwohnheim unterzubringen. Damit war die Aufnahmekapazität erschöpft. Da der neue Flüchtlingsstrom aber nach dem Mauerbau zunächst nicht abebbte, sondern bis zum 20. August 1961 schon 350 Personen betrug, waren die Nachzügler auf Unterkunft bei Verwandten und Bekannten angewiesen; für Jugendliche war die Heimunterbringung angesagt. Allerdings versuchten die Ludwigshafener, den Wohnraummangel durch eine wahre Spendenflut aus Kleidung und Hausratsgegenständen für die Flüchtlinge auszugleichen. Und auch ein großer Sohn der Chemiestadt gehörte zu den Menschen, die rund um den 13. August 1961 die DDR verließen: Der Philosoph Ernst Bloch siedelte mit seiner Familie nach Tübingen über.¹⁹⁷

Die Bundestagswahl 1961

Den Bundestagswahlkampf 1961 eröffneten die Ludwigshafener Parteien offiziell am 7. August 1961 gemeinsam mit einem als Wahlauf Ruf veröffentlichten Fairnessabkommen. Unterzeichnet war es von den Parteivorsitzenden Rudolf Hoffmann für die SPD, Dr. Helmut Kohl für die CDU, Rudolf Walter für die FDP und Wilhelm Vollmer für die Deutsche Friedensunion - damit waren die Ludwigshafener Kommunisten über den Umweg der DFU wieder in das legale politische Leben der Chemiestadt zurückgekehrt. Allerdings war das Fairnessabkommen schon beim ersten Wahlkampfhöhepunkt - einem Fernduell zwischen den Spitzenkandidaten Dr. Adenauer und Brandt am 23. August 1961 - wieder vergessen. Während der Bundeskanzler um 15.45 Uhr auf dem Mannheimer Marktplatz vor 20.000 Zuhörern sprach, wurde der Regierende Bürgermeister von Berlin um 20.10 Uhr im Ebertpark von Tausenden Ludwigshafenern mit "Willy"-Rufen begeistert empfangen. Jedoch waren auch CDU-Mitglieder mit Anti-Brandt-Flugblättern erschienen, was zu einem verbalen Schlagabtausch und schließlich zu einer Ohrfeige für den Vorsitzenden der Jungen Union durch den Ludwigshafener SPD-Vorsitzenden führte. Eine Reihe von gegenseitigen Strafanzeigen war die Folge. Dr. Kohl rechtfertigte das Auftreten der CDU-Wahlkämpfer bei der Brandt-Veranstaltung bei einer überfüllten CDU-Kundgebung mit Wirtschaftsminister Erhard am 27. August 1961 im Pfalzbau: "Wir wollten dokumentieren, daß Ludwigshafen keine sozialdemokratische Stadt ist". Zum Mittel der Strafanzeige griff schließlich auch noch die FDP, der Wahlplakatständer "mit vernünftigen, nicht ehrverletzenden Aufdrücken" entwendet worden waren. Darüber hinaus konnten die Liberalen allerdings auch mit einer gut besuchten Veranstaltung auf sich aufmerksam machen, bei der ihr Bundesvorsitzender Dr. Erich Mende am 1. September 1961 im Saalbau der Hauptredner war.¹⁹⁸

Bis zum 17. September 1961 gaben sich bei allen drei Stadtratsparteien mehr oder weniger prominente Parteiredner die Klinke in die Hand. Und obwohl dabei die CDU mit den Ministerpräsidenten Altmeier und Kiesinger die bekanntesten Namen vorweisen konnte, war das abschließende Ludwigshafener Gesamtergebnis zwar keine Überraschung, aber nur 36,1% für die Christdemokraten und ihren Wahlkampfleiter Dr. Kohl doch ein deutlicher Dämpfer. Immerhin verzeichneten sie gegenüber der Bundestagswahl 1957 einen Stimmenrückgang von 5,6%. Der Abstand zur SPD (47,2%) betrug deutliche 11,1%. Die Sozialdemokraten hatten einen Gewinn von 2,4% und dies obwohl aus dem KPD-Milieu keine Leihstimmen mehr an die SPD gefallen waren. Da die FDP nur 2% Stimmenzuwachs auf 11,4% zu verzeichnen hatte, waren offensichtlich viele CDU-Wähler direkt zur SPD

gewechselt. Die sozialdemokratische Dominanz in der Chemiestadt hatte sich also verfestigt, zumal Friedrich Wilhelm Wagner mit fast 15.000 Stimmen Vorsprung auch sehr deutlich das Direktmandat verteidigt hatte. Hingegen hatten Parteiverbot und Mauerbau die Ludwigshafener Kommunisten marginalisiert: Die 3,1% für den DFU-Kandidaten und ehemaligen KPD-Stadtrat Zimpelmann machten deutlich, daß die 1960 erneut errungene absolute Mehrheit der SPD im Stadtrat nicht mehr von kommunistischen Stimmen abhängig war, was die CDU noch im Vorwahlkampf 1961 in Abrede gestellt hatte. Stagnierend in Ludwigshafen waren die Wahlergebnisse der rechtsradikalen DRP; die Vertriebenen stellten parteipolitisch keinen Faktor mehr da.¹⁹⁹

	1949	1953	1957	1961	1965
SPD	43,3%	42,2%	44,8%	47,2%	50,4%
CDU	30,5%	34,5%	41,7%	36,1%	37,1%
KPD	16,3%	7,3%	-----	-----	-----
FDP	9,9%	10,8%	9,4%	11,4%	8,2%
DRP	-----	2,1%	1,5%	1,7%	-----
GVP	-----	1,5%	-----	-----	-----
BHE	-----	1,0%	1,1%	0,4%	-----
DP	-----	0,7%	1,1%	-----	-----
BdD	-----	-----	0,3%	-----	-----
DG	-----	-----	0,1%	0,1%	-----
DFU	-----	-----	-----	3,2%	2,2%
NPD	-----	-----	-----	-----	2,0%
AUD	-----	-----	-----	-----	0,1%

Ein Ludwigshafener wird Bundesverfassungsgerichtsvizepräsident

Nachdem die Bundestagswahl 1961 also die Machtverhältnisse in der Chemiestadt geklärt hatte, ließ auch die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 6. Oktober 1961 wieder auf ein konstruktives Miteinander hoffen. U.a. stand der schon lange vorgesehene Bau einer Mehrzweckhalle im Ebertpark zur Verabschiedung an, der auch einmütig beschlossen wurde; nicht aber ohne Debatte über die "eigentliche Vaterschaft" für dieses Projekt zwischen den drei Fraktionen. Zum Schlagabtausch zwischen den Fraktionsvorsitzenden MdB Wagner und MdL Dr. Kohl kam es diesmal bei der Beschlußvorlage der Stadtverwaltung über eine Verfassungsbeschwerde über das neue Bundessozialhilfe- und Jugendwohlfahrtsgesetz, die gegen die Stimmen der CDU-Fraktion verabschiedet wurde.²⁰⁰

Die protestantische Kirche rief ab dem 7. Oktober 1961 erstmals stadtweit zu einer Evangelischen Woche der Einkehr und Besinnung auf. Mit zeitgemäßen Themen wie "Ehewahl und Eheführung in christlicher Verantwortung" sprach aber auch sie das eigentliche zentrale Thema der Ludwigshafener 1961 nicht an, nämlich die große Wohnungsnot. Trotz lebhafter Bautätigkeit in der Stadt war die Zahl der Wohnungssuchenden auf nun 12.040 weitergestiegen. Zwar waren seit Sommer 311 Familien Wohnungen vermittelt worden, aber 340 waren neu als suchend hinzugekommen. Umso mehr überraschte allerdings, daß sich bisher noch kein Ludwigshafener Landwirt zur Aussiedlung in den zu diesem Zwecke schon im Januar 1960 von der Stadt erworbenen Gutshof in Bockenheim an der Weinstraße gefunden hatte - erst 1963 konnte sich der Oggersheimer Landwirt und CDU-Stadtrat Karl

Schäfer hierzu entschließen. Hingegen scheiterte Ende November 1961 die Firma Halberg mit ihrem Ansinnen, im Mannheimer Lindenhof ein Wohnhaus zur Unterbringung von 134 italienischen Gastarbeitern anzumieten, denn sowohl von Gemeinde- und Bezirksbeirat als auch von kirchlicher Seite waren Bedenken gegen eine "Massierung" von Italienern in diesem Wohngebiet angemeldet worden.²⁰¹

Am 8. Dezember 1961 war der Tagespresse zu entnehmen, daß von der zuständigen Bundesratskommission der SPD-Fraktionsvorsitzende im Ludwigshafener Stadtrat, MdB Wagner, als Nachfolger des verstorbenen sozialdemokratischen Bundesverfassungsgerichtsvizepräsidenten Dr. Katz in einer Doppelleigenschaft als Richter im Zweiten Senat und als Vizepräsident des höchsten deutschen Gerichts vorgeschlagen worden war. Gewürdigt werden sollte damit u.a. Justizrats Wagners Rolle im Parlamentarischen Rat, wo er wesentlichen Anteil an der Bestimmung des Grundgesetzes hatte, mit der die Todesstrafe abgeschafft wurde. Die Ernennung durch den Bundesrat erfolgte am 15. Dezember 1961. Für Friedrich Wilhelm Wagner war es die Krönung seines Lebenswerkes, für die Sozialdemokratie jedoch ein Verlust, da Wagner, der aufgrund seines neuen Amtes sein Bundestagsmandat zurückgeben mußte, gleichzeitig auch seinen Vorsitz im SPD-Bezirk Pfalz zur Verfügung stellte.²⁰²

Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts:

Friedrich Wilhelm Wagner²⁰³ wurde am 28. Februar 1894 in Ludwigshafen am Rhein geboren. Studium der Rechts- und Staatswissenschaft sowie der Philosophie in Tübingen, München, Berlin und Heidelberg. 1917 Mitglied der MSPD, 1919 Vorsitzender des Ortsvereins Ludwigshafen, 1921 Mitglied der Bezirksleitung Pfalz. 1922 Eröffnung einer Rechtsanwaltspraxis in Ludwigshafen. 1927 stellvertretender pfälzischer Bezirksvorsitzender der SPD und Gauführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Pfalz. 1930 MdR, 1931 Mitglied des Stadtrats in Ludwigshafen, 1933 verhaftet, anschließend Flucht über die Schweiz nach Frankreich. 1936 geschäftsführender Vorsitzender der Zentralvereinigung der deutschen Emigration mit Sitz in Paris, 1938 Präsident der Landesgruppe der deutschen Sozialdemokraten in Frankreich. 1940 Flucht vor der Wehrmacht nach Südfrankreich, anschließend über Spanien und Portugal 1941 Emigration in die USA. Dort im Vorstand der deutschen Gruppe der Social Democratic Federation, arbeitete Wagner bis zu seiner Ausreiseerlaubnis im November 1946 als Bibliothekar. Februar 1947 Ankunft in Ludwigshafen; März 1947 Wiedereröffnung der Anwaltspraxis sowie erneut Mitglied des Bezirksvorstandes der pfälzischen SPD und der Unterbezirksleitung Ludwigshafen. 1947 bis 1949 MdL Rheinland-Pfalz, 1947/48 Verteidigung von Dr. Carl Wurster im I.G. Farben-Prozeß, 1948/49 Mitglied im Parlamentarischen Rat, ab November 1948 wieder Stadtrat in Ludwigshafen, ab 1949 MdB, ab 1958 Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. 1959 Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz, 1961/62 Vorsitzender des SPD-Bezirks Pfalz. Am 15. Dezember 1961 Wahl zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Nach seinem Amtsantritt legte er Anfang 1962 alle politischen Funktionen nieder und gab seine Mandate zurück. 1964 Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen. 1967 Ruhestand. 1970 Gründungsmitglied der Loge „Pylon am Rhein“ in Ludwigshafen. Friedrich Wilhelm Wagner starb am 17. März 1971 in Ludwigshafen.

Der anschließende Weihnachtstrubel bescherte dem Einzelhandel am 16. Dezember 1961 wieder den umsatzstärksten Tag des Jahres - zum Teil wurde ein Plus von 10% gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Hingegen zerhackten am 24. Dezember 1961 die Christbaumhändler ihr Überangebot, und die Kerze im Fenster als Symbol der Verbundenheit mit der Bevölkerung Ostdeutschlands war nur in den Flüchtlingsvierteln - z.B. in der Saarlandstraße - zu sehen. Entsprechend betonte Oberbürgermeister Dr. Klüber bei seinem Neujahrsaufruf, daß die weltpolitische Lage Anlaß gebe zur ernststen Besinnung und gedankenlosen Silvestertrubel aus den Straßen zu verbannen. Jedoch würde die nachlassende Wirtschaftskonjunktur vielleicht das Tempo verlangsamen, keinesfalls aber das Ziel des Ausbaus der Stadt beeinflussen. Um diese Worte noch zu unterstreichen, schrieb die Kleiderordnung beim Empfang des Oberbürgermeisters am Neujahrstag 1962 den schlichten Zivilanzug vor, weshalb auch die Ludwigshafener Narrenzunft - entsprechend dem Wunsch der Stadtverwaltung das närrische Treiben wegen der weltpolitischen Lage diesmal auf

Saalveranstaltungen zu beschränken - auf eine Teilnahme verzichtete. Trotzdem hatten die Ludwigshafener in der Silvesternacht ausgiebig gefeiert und zu Jahresbeginn wurde auch wie eh und je "geballert".²⁰⁴

Zum Jahreswechsel 1961/62 legten die Ludwigshafener Lichtspielhäuser ihre Bilanz vor: Vor allem in den Vororten klagte man über einen Besucherrückgang; gefragt waren nur noch die Erstaufführungen in der Innenstadt, durchschnittliche Kriminalfilme konnten nicht mehr gegen das TV-Programm bestehen. In der zweiten Januarwoche 1962 nahm Friedrich Wilhelm Wagner seine neue Tätigkeit auf: Nach einer Vorstellung beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten war Tags darauf am 9. Januar sein offizieller Arbeitsbeginn in Karlsruhe. Wagner war dann zwar am 2. und 5. Februar bei der Etatberatung 1962 noch auf der Liste der Ludwigshafener Stadträte verzeichnet, fehlte aber bereits entschuldigt. In seiner Etatrede am 2. Februar 1962 bezeichnete Dr. Klüber als bedeutendste Zukunftsprojekte die Bahnstreckenverlegung und den Bau des neuen Pfalzbaus. Während Willi Heidelberg für die SPD-Fraktion die Zuversicht zum Ausdruck brachte, daß sich die Stadt mit diesen Projekten finanziell nicht übernehmen würde, signalisierte Helmut Kohl für die CDU-Fraktion zwar Zustimmung zum Haushalt, kritisierte gleichzeitig aber den Beigeordneten Dr. Ludwig, indem er ihm die Verquickung von Amt und Parteipolitik vorwarf. Einzig die Liberalen sprachen sich gegen den Haushalt aus, da die Einnahmen zu niedrig, die Ausgaben aber zu hoch eingesetzt seien. Dr. Ludwig betonte in seiner Replik auf Dr. Kohl, daß er sich das Recht, sich politisch frei zu betätigen, nicht nehmen lasse. Die CDU wiederum ließ es sich nicht nehmen, den Stellenplan der Stadtverwaltung abzulehnen, da "die Stellenbesetzung bzw. Stellenanhebung zum Teil nach politischen Gesichtspunkten erfolgt sei".²⁰⁵

Am 18. Februar 1962 verstarb mit Adolf Ludwig der erste Landesvorsitzende des rheinland-pfälzischen DGB. Adolf Ludwig – der Vater von Dr. Werner Ludwig - war erst am 7. Januar 1962 für Friedrich Wilhelm Wagner wieder in den Bundestag nachgerückt und mitten in den Vorbereitungen für den Aufbau eines Abgeordnetenbüros in Ludwigshafen gewesen.²⁰⁶ Sein letztes politisches Mandat - den Stadtratssitz in Ludwigshafen - gab Friedrich Wilhelm Wagner am 7. März 1962 auf. Zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden wählten die Sozialdemokraten daraufhin Willi Heidelberg. Der Generationswechsel in der Ludwigshafener Kommunalpolitik war endgültig vollzogen.²⁰⁷

Widerstandskämpfer und Naturfreund:

Willi Heidelberg²⁰⁸ wurde am 16. Januar 1901 in Ludwigshafen geboren. Von Beruf Chemotechniker wurde er 1920 Mitglied der SPD. Heidelberg gehörte ab 1933 zur sozialdemokratischen Widerstandsorganisation in Ludwigshafen und war vom 25. September 1934 bis 7. März 1935 unter dem Vorwurf des Hochverrats inhaftiert. Anschließend hatte er bis zum 1. Juni 1935 Werksverbot bei der BASF. Nach Kriegsende beteiligte er sich am Neuaufbau der SPD und wurde 1946 in den ersten Vorstand des wiedergegründeten Ortsvereins gewählt. Seit 1952 Mitglied des Stadtrates, wurde er im März 1962 als Nachfolger von Friedrich Wilhelm Wagner zum SPD-Fraktionsvorsitzenden gewählt. Dieses Amt nahm er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Stadtrat 1964 wahr. Heidelberg war zeitgleich Vorsitzender der Ludwigshafener Ortsgruppe der Naturfreunde. Er starb am 16. Januar 1980 in Ludwigshafen.

Um die dem ehemaligen politischen Emigranten Wagner zuteil gewordene öffentliche Anerkennung mußten andere ehemalige Emigranten aber noch immer kämpfen. So inserierte Wagners Parteifreund und bisheriger Stadtratskollege Herbert Müller am 16. März 1962 gleichzeitig in der @Freiheit@, der @Rheinpfalz@ und im @Mannheimer Morgen@ eine persönliche Erklärung, daß er nicht mit dem aus der SPD ausgeschlossenen Landtagsabgeordneten Walter Müller identisch sei. Selbst 13 Jahre nach seinem Parteiwechsel galt Müller offensichtlich noch immer als unsicherer Kantonist.²⁰⁹

Vollzug der Städtepartnerschaft Ludwigshafen-Lorient

Am 30. März 1962 beschloß der Stadtrat den vorliegenden Entwurf - inklusive Kostenrahmen - für den neuen Pfalzbau umzusetzen. Nur die Liberalen lehnten die vorgeschlagenen Dimensionen als "Palazzo protzi" ab, während sich Oberbürgermeister, SPD und CDU darin einig waren, daß Ludwigshafen einen solchen gesellschaftlichen Mittelpunkt benötige, um eine moderne Stadt zu werden. Erschien den Liberalen also der geplante neue Pfalzbau als zu groß, so war am 21. April 1962 das Ludwigshafener Südwest-Stadion wieder einmal zu klein, um die interessierten Zuschauermassen zu fassen, die Uwe Seeler beim Start der Fußball-Endrunde um die Deutsche Meisterschaft 1961/62 erleben wollten. Der Spieler des Hamburger SV dankte es den 70.000 - bei einer Stadionkapazität von nur noch 65.000 - Eingelassenen und "Uwe, Uwe" Skandierenden gleich mit vier Toren beim Sieg seines Vereins gegen den FK Pirmasens. "Eine große Anzahl Ludwigshafener" konnte auch wieder der DGB am 1. Mai 1962 zum Besuch seiner Kundgebung in den Ebertpark motivieren, "wenngleich ihre Zahl, gemessen an der Mitgliederstärke des DGB und der Zahl der Arbeitnehmer überhaupt, als nicht überwältigend angesehen werden konnte". Die freie Marktwirtschaft - verbunden mit Vollbeschäftigung - hatte die Arbeitnehmervertreter bei der Debatte der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in eine Randlage geschoben - so der Festredner Karl Braukmann vom DGB-Bundesvorstand.²¹⁰

118 Einwohner von Lorient trafen am 31. Mai 1962 zum dritten Freundschaftstreffen Ludwigshafen-Lorient in der Chemiestadt ein; also doppelt soviel Personen wie 1961, als die Ludwigshafener die Stadt am Atlantik besucht hatten. Sie setzten ein deutliches Zeichen für einen weiteren Ausbau der Beziehungen. Entsprechend betonte der Leiter der französischen Delegation zum Abschluß des dreitägigen Besuches, daß die Städtepartnerschaft zwar noch nicht offiziell vollzogen sei, aber "doch schon in unseren Herzen" bestehe. Besonders begehrt bei den französischen Gästen war aufgrund seiner fließenden Französischkenntnisse der Beigeordnete Dr. Ludwig gewesen. Die CDU sah Dr. Ludwig bereits auf dem Weg zur Nachfolge von Dr. Klüber - kritisierte dies jedoch, da sich der Beigeordnete in Ludwigshafen seit Jahren für die SPD als "intellektueller Scharfmacher" betätige. So MdL Dr. Kohl auf einer Versammlung des Ortsverbandes Süd-Mitte seiner Partei. Der Landtagswahlkampf 1963 warf also schon seine Schatten voraus und versprach wenig Versöhnliches für die Ludwigshafener Kommunalpolitik. Dies war vielleicht auch mit ein Grund, warum die offizielle Gedenkfeier der Stadt zum 17. Juni nur wenig Resonanz unter der Bevölkerung fand - gerade einmal zehn Monate nach dem Mauerbau in Berlin. Mehr öffentliches Interesse fand dagegen der Freundschaftsflug des Badisch-Pfälzischen Luftfahrtvereins in die zukünftige Partnerstadt Lorient am 21. Juni 1962. Aber auch das Parkfest 1962 meldete mit insgesamt 115.000 Besuchern einen "absoluten Tiefstand".²¹¹

Wie nach dem Vorgeplänkel auch nicht anders zu erwarten, verlief die Stadtratssitzung am 20. Juli 1962 wieder sehr stürmisch. Überraschend war eigentlich nur der wechselnde "Frontverlauf". So warf MdL Dr. Kohl dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Keller eine "Bewußtseinspaltung" in der Frage der Wasserpreiserhöhung vor, da die FDP diese gemeinsam mit der SPD gegen die Stimmen der CDU billigte. Hingegen votierten CDU und FDP geschlossen gegen den Mehrheitsbeschluß der SPD auf Beibehaltung der Berufsschule als städtische Einrichtung. Einstimmig erfolgte dagegen die Zustimmung zum Bau einer Müllverbrennungsanlage in Ludwigshafen - schließlich galt es inzwischen in Ludwigshafen wöchentlich 32.000 Mülltonnen zu entsorgen. Der Stadtrat ließ sich bei der Entscheidung von den ökologischen Vorteilen der Müllverbrennung leiten; insbesondere im Vergleich gegenüber einer weiteren Müllverkippung im Maudacher Bruch und den Folgeschäden für

das Grundwasser durch eine Phenolverseuchung. Dies waren berechtigte Überlegungen, denn zeitgleich waren in Ludwigshafen die ersten mißgebildeten "Contergan-Babys" geboren worden - die Mütter hatten das Beruhigungsmittel Contergan wegen der Stressfolgen von gleichzeitiger Schwangerschaft, Berufs- und Haushaltstätigkeit eingenommen.²¹²

Zentrales Thema des kommunalpolitischen Sommertheaters 1962 war jedoch ein wochenlanger heftiger öffentlicher Schlagabtausch über die Personalpolitik der Stadtverwaltung. Meldungen wie der Freundschaftsbesuch von Ludwigshafener Pfadfindern in der Partnerstadt Lorient rückten dadurch zwar in die Randlage, tatsächlich waren aber die Vorbereitungen zur Besiegelung der Städtepartnerschaft zwischen Ludwigshafen und Lorient voll im Gange. So kündigte der Beigeordnete Dr. Ludwig am 9. September 1962 auf dem "Tag der Heimat" vor Flüchtlingen und Heimatvertriebenen den Abschluß des Partnerschaftsverhältnisses mit Lorient an, gab aber gleichzeitig seinem Bedauern Ausdruck, daß nach dem Mauerbau jede Verbindung mit den Städten in Mitteldeutschland fehle. Vollzogen wurde die Städtepartnerschaft zwischen Ludwigshafen und Lorient feierlich am 14. September 1962 im französischen Fontainebleau. Beide Stadträte hatten sich geographisch in der goldenen Mitte bei Paris getroffen, um dort einstimmig den Beschluß über die Partnerschaft zu vollziehen und ein Arbeitsprogramm für die weitere Gestaltung der Partnerschaft zu verabschieden.²¹³

Weniger feierlich ging es dann wieder am 30. September 1962 in Ludwigshafen zu, da nach der "Kurbel" im Jahr 1961 nun mit dem "Odeon" bereits das zweite Lichtspielhaus der Nachkriegszeit seine Pforten wieder schließen mußte. Zeitgemäß wurde das Gebäude anschließend in einen Supermarkt umgewandelt. "Anscheinend jetzt mit zur Tagesordnung" gehörte auch die gereizte Atmosphäre im Ludwigshafener Stadtrat. Bei der Sitzung am 5. Oktober 1962 stieß sich der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Keller an den Ausgaben für das Partnerschaftstreffen in Fontainebleau - und ertete heftigen Widerspruch aus den anderen Fraktionen. Während MdL Dr. Kohl für die CDU betonte, daß er keinen anderen Stadtrat kenne, der hinsichtlich seiner eigenen Ausgaben so sparsam sei, rief MdL Herbert Müller - als ehemaliger Frankreich-Emigrant sehr erregt - in die Runde, daß sich die Schuld der Machthaber des Dritten Reiches nicht mit Geld aufwiegen lasse; Ausgaben wie die der Fontainebleau-Reise zahlten sich deshalb aus. Der zentrale Schlagabtausch erfolgte jedoch wieder bei der Auseinandersetzung um die Kriterien bei der Besetzung städtischer Stellen. Hier wurde dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Kohl von der Verwaltung vorgeworfen, durch seine Presseerklärungen einen Bruch der Amtsverschwiegenheit begangenen zu haben. Nach einer von tumultartigen Szenen geprägten Geschäftsordnungsdebatte - Höhepunkt war ein Vergleich des Politikstils der CDU mit den Anfängen der NSDAP durch Herbert Müller - verließ die CDU-Fraktion den Stadtratssaal, während abschließend Kohl mit den Stimmen der SPD gegen die der FDP mit einer Ordnungsstrafe von DM 50,- belegt wurde.²¹⁴

Allerdings erschien im Ludwigshafener Stadtrat am 5. Oktober 1962 nicht nur das Gespenst der NSDAP wieder auf der Bühne, auch die KPD stand wieder zur Debatte. Rund um den Jahrestag des Berliner Mauerbaus hatte es immer wieder Presseberichte über die Tätigkeit illegaler KPD-Gruppen in der Pfalz gegeben, darunter auch bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen. Oberbürgermeister Dr. Klüber bestätigte in Beantwortung einer CDU-Anfrage die Existenz einer solchen Gruppe und deren Beobachtung durch die staatlichen Sicherheitsbehörden. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Heidelberg betonte deshalb die Notwendigkeit von SPD-Betriebsgruppen - auch bei der Stadtverwaltung - als "natürlichen Gegenspieler der KP". So bestehe z.B. in der BASF eine rege KP-Betriebsgruppenarbeit. Und tatsächlich wurde anschließend am 6. November 1962 ein Mitglied der KPD-Betriebsgruppe in der BASF vom Landgericht Frankenthal wegen Verbreitung der kommunistischen

Betriebszeitung @Der Aniliner@ zu sieben Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Nach Angaben eines als Zeugen vorgeladenen Ludwigshafener Kriminalbeamten erschienen trotzdem laufend neue Nummern. Vom gleichen Gericht wurde am 8. November 1962 auch der ehemalige KPD-Fraktionsvorsitzende im Ludwigshafener Stadtrat, Willy Feller, wegen einer beabsichtigten Kandidatur zum Bundestag 1961 als "unabhängiger Kommunist" mit acht Monaten Gefängnis auf Bewährung bestraft.²¹⁵

Von der Kubakrise zur Landtagswahl 1963

Als im Oktober 1962 die Welt gespannt die Kubakrise und die damit verbundene Gefahr eines Atomkrieges verfolgte, zeigten sich die Ludwigshafener erstaunlich gelassen. Zwar wurde auch hier ein sprunghafter Anstieg der Goldkäufe vermerkt, aber die Spareinlagen blieben unangetastet. Vielmehr vermeldete die Stadtparkasse eine Zunahme der Spareinlagen der Ludwigshafener in den letzten zehn Monaten um sieben Millionen auf 102 Millionen DM. Entsprechend konnte sich die Öffentlichkeit auch nach der Ankündigung des Abzugs der sowjetischen Atomraketen von der Zuckerinsel wieder heimischen Problemen zuwenden; für die Bevölkerung galt es das Weihnachtsfest 1962 vorzubereiten - für die Parteien die Landtagswahl 1963. Ein deutliches Zeichen setzte dabei die pfälzische SPD, die am 27. Oktober 1962 Dr. Werner Ludwig mit großer Mehrheit als Nachfolger des zurückgetretenen Friedrich Wilhelm Wagner zu ihrem neuen Vorsitzenden wählte. MdL Dr. Kohl wiederum nutzte die Stadtratssitzung am 16. November 1962 zu einer einleitenden Geschäftsordnungsdebatte mit dem Oberbürgermeister. Auch diese Stadtratssitzung verlief "über Strecken hinweg in der nun beinahe üblichen gereizten Stimmung". Anlaß zum Konflikt bot diesmal ein Zuschussantrag des Arbeitersamariterbundes, bei dem die bürgerlichen Oppositionsparteien die Gleichbehandlung mit dem Deutschen Roten Kreuz nicht gewahrt sahen. Nur mühsam konnte der Oberbürgermeister bei dem allgemeinen Stimmungsdurcheinander die Ruhe wiederherstellen, um sich anschließend den Vorwurf gefallen lassen zu müssen, die Situation nicht mehr zu beherrschen.²¹⁶

Vielleicht war dies der Grund, warum der Oberbürgermeister bei seiner Geburtstagsfeier am 25. November 1962 erstmals seinen vorzeitigen Rückzug ankündigte und entsprechend am 11. Januar 1963 im Stadtrat bei der Vorstellung des Haushaltsplans 1963 etwas nervös wirkte. Vielleicht lag es aber auch am Umfang der Großprojekte, deren Finanzierung die Stadt zur Aufnahme von Darlehen zwang: Neben der Bahnhofsverlegung war u.a. der Bau der Friedrich-Ebert-Halle - der Stadtrat folgte einstimmig dem Benennungsvorschlag der SPD-Fraktion - der neue Pfalzbau und das Haus der Jugend zu finanzieren. Neben diesen städtischen Investitionen kündigte auch das Unternehmen C&A die Errichtung eines Kaufhauses am Jubiläumsplatz an; der hierfür durch den Stadtrat genehmigte Bebauungsplan sah auch nach wie vor ein Verwaltungshochhaus der Stadt an der Stelle des heutigen Mosch-Hochhauses vor. Während der Sitzungsverlauf als ruhig geschildert wurde, bot die eigentliche Haushaltsdebatte am 14. Januar 1963 wieder reichlich Anlaß für tumultartige Szenen im Stadtrat, insbesondere bei dem Rededuell zwischen den Landtagskandidaten Dr. Ludwig und MdL Dr. Kohl, nur unterbrochen durch eine genauso heftige Geschäftsordnungsdebatte zwischen Dr. Klüber und MdL Dr. Kohl. Trotzdem wurde der Haushalt mit den Stimmen von SPD und CDU verabschiedet, während die FDP ein Maßhalten vermißte und deshalb die Zustimmung verweigerte.²¹⁷

Trotz dieser Vorgeplänkel war von einem eigentlichen Landtagswahlkampf in Ludwigshafen noch keine Spur. Dies aufgrund anhaltend niedriger Temperaturen, die nicht nur das öffentliche Leben lähmten - die Neujahrsnacht war extrem ruhig verlaufen; die

Rheinschiffahrt verzeichnete die größte Behinderung seit dem Winter 1929; 158 Schiffe lagen zeitweise in den Ludwigshafener Häfen fest - sondern über die Heizkosten auch die privaten Haushalte sehr belasteten. Zeitweise mußten sogar einige Schulen wegen Heizölmangel geschlossen werden. Die Jüngsten erhielten Kälteferien; ältere Jahrgänge wurden anderenorts unterrichtet. Der Winterschlußverkauf 1963 war davon gezeichnet, daß zum einem kaum noch Winterkleidung zum Kauf vorrätig war, aber auch die finanziellen Möglichkeiten der Kunden eingeschränkt waren. So konnten die ausgezeichneten Umsätze von 1962 natürlich nicht erreicht werden. Vielleicht waren zuvor aber auch zu viele den Verlockungen der Warenwelt erlegen; denn ein neuer Nachkriegsrekord mit über 1.000 Offenbarungseiden wurde ebenfalls im Jahr 1962 erreicht. Auch der Fasnachtszug 1963 durch Ludwigshafen verzeichnete aufgrund der empfindlichen Temperaturen einen deutlichen Besucherschwund gegenüber 1961. Angewachsen war dagegen die Zahl der Parteien, die am 27. Februar 1963 das Wahlkampfabkommen für Ludwigshafen billigte. Neben SPD, CDU, FDP und DFU unterzeichneten diesmal auch die Deutsche Gemeinschaft und die rechtsradiale DRP. Der darin vereinbarte ritterliche Wahlkampf bestand seine erste Probe bei der Stadtratssitzung am 1. März 1963, die sich durch eine bemerkenswerte Harmonie und Einigkeit auszeichnete.²¹⁸

Eigentlicher Wahlkampfauftakt in Ludwigshafen - nach einer Reihe von Mitgliederversammlungen der Parteien - war daher der Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, der am 2. März 1963 der Hauptredner auf dem Wahlkongreß der rheinland-pfälzischen SPD im Pfalzbau war. Die CDU konterte bereits am 8. März 1963 an gleicher Stelle mit Ministerpräsident Altmeier. In der Folge wechselten die Veranstaltungen von SPD und CDU Schlag auf Schlag, wobei die SPD mehr auf ihre Lokalpolitiker und die CDU mehr auf Bundesprominente zurückgriff. Wahlkampfhöhepunkt der FDP war am 23. März 1963 eine Kundgebung mit ihrem Bundesvorsitzenden Dr. Mende im Pfalzbau. Am 29. März 1963 wurde die Schlussrunde eingeläutet: Während die SPD ihren Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer in Friesenheim präsentierte, sprach Bundestagspräsident Gerstenmaier für die CDU im Pfalzbau. Das Wahlergebnis am 31. März 1963 bestätigte in eindrucksvoller Weise die sozialdemokratische Vorherrschaft in Ludwigshafen. Die absolute Mehrheit von 1959 konnte um 3% auf 55% ausgebaut werden. In gleicher Höhe beliefen sich die Verluste der CDU, die auf 32,1% zurückfiel. Die FDP hatte erneut leichte Einbußen mit 7,4%. Als viertstärkste Partei in Ludwigshafen löste die DFU knapp die DRP ab. Die 2,7% der Linksradikalen gegenüber den 2,6% der Rechtsradikalen entsprachen jedoch in keiner Weise dem ehemaligen Wählerpotential der verbotenen KPD. Marginal mit 0,2% war in Ludwigshafen noch die Deutsche Gemeinschaft vertreten. Da zusätzlich zu Herbert Müller und Ernst Lorenz nun auf Seiten der SPD auch der pfälzische Spitzenkandidat Dr. Werner Ludwig in den Landtag gewählt wurde, während die Ludwigshafener CDU erneut mit Dr. Helmut Kohl, Franz Heller und Ludwig Schuster vertreten war, stellte die Chemiestadt insgesamt nun sechs Abgeordnete im Landtag. Dr. Kohl führte das schlechte Abschneiden der CDU auf die ungünstige Witterung und die geringe Wahlbeteiligung zurück, während Dr. Ludwig als pfälzischer Bezirksvorsitzender der SPD das herausragende Ergebnis der SPD in seiner Heimatstadt im Vergleich zu den Christdemokraten betonte.²¹⁹

Die Landtagswahlen in Ludwigshafen 1947-1967

	1947	1951	1955	1959	1963	1967
SPD	46,7%	48,9%	45,8%	52,0%	55,0%	50,3%
CDU	27,3%	25,1%	31,1%	35,0%	32,1%	34,9%

KPD	20,8%	10,1%	8,6%	-----	-----	-----
SV	5,2%	-----	-----	-----	-----	-----
FDP	-----	12,3%	9,5%	7,7%	7,4%	6,6%
BHE	-----	1,9%	1,1%	1,1%	-----	-----
DG	-----	1,1%	-----	0,6%	0,2%	-----
Zentr.	-----	0,6%	-----	-----	-----	-----
FWG	-----	-----	3,4%	-----	-----	-----
BdD	-----	-----	0,5%	0,6%	-----	-----
DFU	-----	-----	-----	-----	2,7%	2,4%
DRP	-----	-----	-----	3,0%	2,6%	-----
NPD	-----	-----	-----	-----	-----	5,8%

So sichtlich gestärkt konnte die sozialdemokratische Stadtführung am 1. April 1963 mit einem schlichten Empfang, aber einem kräftigen Schluck edlen Pfälzer Wein ein Jubiläum begehen, das freilich ihr ehemaliger politischer Gegner, die Nationalsozialisten, zu verantworten hatte, nämlich den 25. Jahrestag der Eingemeindung Oppaus, Oggersheims, Rheingönheims und Maudachs nach Ludwigshafen. Allerdings wurde bei dieser Veranstaltung deutlich, daß sich inzwischen auch diese vier Stadtteile in das Faktische gefügt hatten und im Gegensatz zu den fünfziger Jahren selbst in Oppau keine Scheidungswünsche mehr bestanden. Anlaß zur Freude hatte am 2. April 1963 auch die Ludwigshafener Berufsfeuerwehr, die nun die neue Hauptwache in Mundenheim beziehen konnte; erstmals bestanden damit zwei Feuerwachen in Ludwigshafen. Bemerkenswerterweise war sie im Gegensatz zur Stadtbibliothek erst nach der Landtagswahl eingeweiht worden. Und auch die Betriebswahlen 1963 erfolgten erst nach den Landtagswahlen. Auffällig war hier nach dem schlechten Abschneiden der DFU bei der Landtagswahl das Ergebnis der prokommunistischen Liste 3 "Faß-Zimpelmann" bei der Betriebsratswahl in der BASF vom 22. bis 24. April 1963. Hier war es erstmals seit 1953 wieder zu einer Listenwahl gekommen, wobei die prokommunistische Liste 17% der Wahlberechtigten für sich gewinnen konnte und anschließend sechs von 35 Betriebsratsmitgliedern stellte. Eine wesentliche Voraussetzung für den kommunistischen Erfolg war das nach wie vor regelmäßige Erscheinen der kommunistischen Betriebszeitung @Aniliner@ gewesen. Sie wurde sogar in gedruckter Form verteilt, was bundesweit eine Ausnahme bei kommunistischen Betriebszeitungen war und die Bedeutung der illegalen Betriebsgruppe der KPD in der BASF noch unterstrich. Sehr viel bedeutender für Ludwigshafen war jedoch eine weitere Wahlentscheidung nach der Landtagswahl, nämlich das Votum der CDU-Fraktion im neuen rheinland-pfälzischen Landtag, die Dr. Kohl am 8. Mai 1963 zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden wählte. Daraufhin orientierte sich der erst 33jährige Kohl endgültig weg von Ludwigshafen und hin zu seiner zukünftigen landes- und bundespolitischen Führungsrolle und gab entsprechend im Juni 1963 den CDU-Kreisvorsitz an Kurt Böckmann weiter. Stattdessen wurde er am 13. Oktober 1963 zum neuen Vorsitzenden des CDU-Bezirksverbandes Pfalz gewählt.²²⁰

Wohin führt der Weg des Wirtschaftswunders?

Dies fragte sich der Kommentator der @Rheinpfalz@ im Mai 1963 angesichts überquellender Parkplätze und mit Autos vollgestopfter Nebenstraßen rund um die BASF. Denn rund 12.000 Aniliner reisten nun täglich mit 6.000 PKW zu ihrem Arbeitsplatz an. Allerdings standen auf dem Gelände der BASF nur 4.510 Parkplätze zur Verfügung, so daß weitere 700 PKW öffentlichen Parkraum in Ludwigshafen nutzten und der Rest die Nebenstraßen rund um das Werk zuparkte. Noch 1955 hatten nur 1,3% der Belegschaft ein Auto für die Fahrt zum Arbeitsplatz benutzt - jetzt waren es 27%. Dafür war aber jeder Pendler im Durchschnitt auch

nur noch 75 Minuten unterwegs - 1955 waren es noch 95 Minuten gewesen. Immerhin noch 31% benutzen das Fahrrad oder Moped, 15% die Eisenbahn, 9% die Straßenbahn, 7% Omnibusse und 3,5% Motorräder und Roller. 7,5% erschienen zu Fuß am Arbeitsplatz - gegenüber 11,5% im Jahr 1955. Und natürlich wurde das Auto auch in der Freizeit genutzt. Entsprechend war bei der Austragung der Qualifikationsspiele für die Deutsche Fußballmeisterschaft 1963 im Südwest-Stadion das Hauptproblem der Parkraum und die An- und Abreise der PKW, denn z.B. beim Spiel des 1 FC Nürnberg gegen Werder Bremen am 18. Mai 1963 erschienen statt der erwarteten 15.000 PKW 20.000 vor dem Südwest-Station. Dies bei 60.000 Zuschauern. Mit welchem Verkehrsmittel die 2.000 Teilnehmer der Kundgebung des @Kuratoriums Unteilbares Deutschland@ in den Ebertpark angereist waren, blieb allerdings offen. Eindeutig dagegen war am 10. Jahrestag des 17. Juni 1953 ihr Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung. Ebenfalls die Treue hielten die Ludwigshafener auch 1963 ihrem Parkfest - mit 125.000 Besuchern war sogar wieder ein Anstieg zu verzeichnen - und dies trotz erstmals erhobener Eintrittspreise. Weniger vollzählig war dagegen der Ludwigshafener Stadtrat bei seiner letzten Sitzung vor Sommerpause am 19. Juli 1963. Eine umfangreiche Debatte gab es lediglich um das Haus der Jugend, da die FDP-Fraktion sich mehrheitlich gegen die dort vorgesehene offene Jugendarbeit aussprach.²²¹

Das Wirtschaftswunder hatte aber nicht nur Parkplatzprobleme mit sich gebracht, sondern auch einen gewünschten Zuzug von ausländischen Arbeitskräften: 5 300 waren im Sommer 1963 im Bereich des Arbeitsamtes Ludwigshafen beschäftigt. Waren bisher vor allem Südeuropäer für eine Tätigkeit in Deutschland angeworben worden, so richtete sich der Blick der deutschen Arbeitgeber nun auf die Türkei. Vermittelt wurden die türkischen Arbeitnehmer von der deutschen Verbindungsstelle in Istanbul, die von dem Ludwigshafener Heinrich Müller im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit geleitet wurde. Müller war zuvor Oberinspektor beim Ludwigshafener Arbeitsamt gewesen, das im September 1963 bereits 150 türkische Gastarbeiter in Ludwigshafen verzeichnete, darunter zehn Türkinnen, die als Pflegerinnen im Städtischen Krankenhaus beschäftigt waren. 150 Mark Vermittlungsgebühr mußten die deutschen Arbeitgeber pro türkischen Arbeitnehmer an das Arbeitsamt abführen - wegen der niedrigeren Anreisekosten betrug diese Summe bei griechischen Staatsbürgern 120 DM und bei den rund 2.000 Italienern in Ludwigshafen waren jeweils 60 DM fällig gewesen. Die Gastarbeiter wohnten in der Regel noch in Firmen- oder Privatheimen, meist umgebaute Gastwirtschaften, in denen sie morgens und abends auf eigene Kosten - möglichst nach Landessitte und deshalb zu einem höheren Tagessatz als für deutsche Arbeitnehmer - auch verpflegt wurden. Für einen Schlafplatz in einem Sechsbettzimmer waren zwischen 25,- und 35,- DM Monatsmiete fällig. Der Zutritt zu den Heimen war für Frauen grundsätzlich verboten. Allerdings gingen die Italiener inzwischen dazu über, ihre Familien nach Ludwigshafen nachzuholen. Deshalb wurde ihnen am 19. September 1963 im Hemshof das mit einem Kostenaufwand von 300.000 DM umgebaute Elisabethenheim als @Centro italiano@ und damit als geselliger Mittelpunkt zur Verfügung gestellt. Die Kosten teilten sich katholische Kirche, Arbeitsamt und die Ludwigshafener Arbeitgeber. Bischof Dr. Isidor Markus Emanuel betonte bei der Einweihung, daß das @Centro italiano@ auch einen Beitrag zum Frieden leiste - vielleicht war dies auch eine Anspielung auf die immer häufigeren Gastwirtschaftsschlägereien zwischen Deutschen und italienischen Gastarbeitern. Nicht bekannt war dagegen die Nationalität der 13 bei der Städtischen Müllabfuhr beschäftigten Gastarbeiter - von insgesamt 56 Mitarbeitern. Diese führten pro Woche rund 35.000 Mülltonnen-Entleerungen durch. Und natürlich zeigte auch hier das Wirtschaftswunder seine Spuren: Die Ludwigshafener Müllmenge war zwar deutlich angestiegen, aber vom Gewicht her erheblich reduziert. Inzwischen wog ein Kubikmeter Stadtmüll nur noch 250 Kilogramm gegenüber früher 500, da die modernen Verpackungsmaterialien von den Ludwigshafener Haushaltungen nicht mehr verheizt wurden. Gleichzeitig füllten die Müllmänner wöchentlich

acht bis zehn Zentnersäcke mit weggeworfenem Brot, die anschließend dem Wildgehege zur Verfügung gestellt wurden: So profitierten auch die Tiere noch von der neuen Überfluggesellschaft. Optischer Ausdruck zumindest einer Wohlstandsgesellschaft war auch das vom Stadtrat am 20. September 1963 mit den Stimmen von SPD und CDU zum Bau verabschiedete Modell des neuen Pfalzbaus. In der gleichen Sitzung wurde Dietrich Oedekoven zum neuen Kämmerer gewählt - die Wahl erfolgte einstimmig - wenn auch mit der kritischen Feststellung der Opposition, daß für den am 31. Oktober 1963 ausscheidenden parteilosen Dr. Stabel mit Oedekoven nun ein weiterer Sozialdemokrat zum 1. Dezember 1963 als 4. Beigeordneter – MdL Dr. Ludwig übernahm die Funktion von Dr. Stabel als 3. Beigeordneter - in den Stadtvorstand einziehen werde.²²²

Der Stadtkämmerer:

Dietrich Oedekoven²²³ wurde am 27. März 1928 in Euskirchen geboren. Jurist. Mitglied der SPD. Nach Kriegsdienst als Fronthelfer Studium in Köln und Tübingen. 1956 große juristische Staatsprüfung, anschließend Referendarzeit in Köln und Stuttgart. Ab November 1956 beim Deutschen Städtetag in verschiedenen Ressorts beschäftigt. Am 20. September 1963 vom Ludwigshafener Stadtrat einstimmig zum Stadtkämmerer gewählt. Dienstantritt als 4. Beigeordneter zum 1. Dezember 1963. 1968 wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung von Wiesbaden zum Stadtkämmerer, worauf Dietrich Oedekoven am 1. Mai 1968 seine Amtszeit in Ludwigshafen beendete.

Am 26. September 1963 stand vor dem Schöffengericht Ludwigshafen erstmals ein Zeuge Jehovas wegen Verweigerung des Zivildienstes. Von den bundesweit 7.500 seit der Einführung der Wehrpflicht registrierten Kriegsdienstverweigerern gehörten 1.500 den Zeugen Jehovas an - davon wurden 450 zum Zivildienst einberufen - aber nur 70 traten ihn an. Der Rest wanderte aus oder ließ sich wie der 24jährige Ludwigshafener als Totalverweigerer mit drei Monaten Gefängnis bestrafen. Zwei Jahre Gefängnis erhielt ein 30jähriger Ludwigshafener, der als ehemaliger Leiter des "Jugendclubs 280", sich der fortgesetzten Kuppelei, Unzucht mit Kindern und versuchter Notzucht schuldig gemacht hatte. Die fortlaufende Berichterstattung über diesen "Sittenprozeß" ist ein von Voyeurismus geprägtes Zeitdokument des Moralkodexes der sechziger Jahre - polizeiliche Alterskontrollen an den Ludwigshafener Kineingängen gehörten genauso zum Zeitgeist wie ein weiterer "Kuppelei-Prozeß" vor dem Schöffengericht gegen Eltern, die eine Beziehung zwischen einem Erwachsenen und ihrer 16jährigen Tochter geduldet hatten. Ein Zeitdokument ganz anderer Art ist dagegen der selbst von Karikaturisten kommentierte "erbitterte Papierkrieg" zwischen MdL Dr. Ludwig und MdL Dr. Kohl, die sich im Oktober 1963 eine wochenlange Leserbriefschlacht in der @Rheinpfalz@ zur Verkehrspolitik in Ludwigshafen lieferten. Der Weg des Wirtschaftswunders führte aber auch zu Preissteigerungen: So rief am 21. Oktober 1963 der DGB Ludwigshafen gar zu einem "Milchboycott" auf, um gegen eine Erhöhung des Milchpreises aufgrund einer Verordnung des Bundesministers für Ernährung zu protestieren. Das geeigneteste Forum, um die unterschiedlichen bundes-, landes- und kommunalpolitischen Positionen aufzeigen, war letztlich aber wieder am 4. November 1963 die Stadtratssitzung. U.a. erhielt MdL Dr. Kohl vom Oberbürgermeister einen Ordnungsruf, als er die Rede seines sozialdemokratischen Kollegen Sonntag mit "Unverschämtheit" kommentierte. Wesentlicher für die zukünftige Stadtentwicklung war jedoch die einstimmige Verabschiedung des Nachtragshaushalts 1963, insbesondere da Mehreinnahmen die geplanten Großbaumaßnahmen der Stadt finanziell abzusichern schienen.²²⁴

Abgesichert war damit auch die städtische Weihnachtsbeihilfe 1963: 180.000 DM waren trotz Wirtschaftswunder für "Minderbemittelte und Hilfsbedürftige sowie Sozialhilfeempfänger und verschämte Arme" notwendig, aber auch für 333 Ludwigshafener Kinder, die der Obhut des Stadtjugendamtes unterstanden und auf verschiedene Heimplätze verteilt waren. Auf der anderen Seite waren im Jahr 1963 die Spareinlagen der Ludwigshafener bei der

Stadtsparkasse um rund 22% auf nunmehr 129.000.000 DM gestiegen. Ein Wohlstand, der auch bei der Neueröffnung des Fleischgroßmarktes im Schlachthof Ludwigshafen am 3. Dezember 1963 zum Ausdruck kam: Händler und Metzger erklärten übereinstimmend, daß in Ludwigshafen Fleisch nur in bester Qualität gekauft wurde, so daß Ludwigshafen preislich als einer der teuersten Märkte galt. "Die Leute sind hier sehr anspruchsvoll", betonte ein Großhändler. "Hier wird gut verdient und auch gut gegessen". Und der Appetit war entsprechend: Wöchentlich wanderten rund 1.400 Schweine und 175 Stück Rindvieh durch die Mägen der Großstadt. Der jährlich Verbrauch an Fleisch hatte sich von 4.300.000 kg im Jahr 1950 auf nun 8.050.000 kg gesteigert. Nur noch 25% der im Schlachthof verarbeiteten Schweine und Großvieh wurden aus der Pfalz oder Nachbargebieten angeliefert. War also im Fleischkonsum die Nachkriegszeit endgültig überwunden, so wurde die Ludwigshafener Bevölkerung am 4. Dezember 1963 wieder mit dem düstersten Kapitel deutscher Geschichte konfrontiert, als ausgerechnet der Leiter der hiesigen Kriminalpolizei wegen des Verdachts von Kriegsverbrechen verhaftet wurde! Danach war aber am 8. Dezember 1963 kein Halten mehr für das Weihnachtsgeschäft 1963; wahre Käuferscharen ließen am verkaufsoffenen Sonntag die Kassen klingeln - darunter viele Gastarbeiter, die Präsente für die Familienangehörigen zuhause besorgten. Dazu passend wuchs am drauffolgenden Montag die Flut der Pakete über die Köpfe der Mitarbeiter im Ludwigshafener Postamt - gleich 10.000 waren in der Chemiestadt eingetroffen und sollten nun an die Adressaten verteilt werden. Gegenüber den 3.000 Paketen an normalen Werktagen war dies ein neuer Rekord! Auch anschließend war das Leben in Ludwigshafen von einer lebhaften Geschäftstätigkeit gekennzeichnet, so daß wirkliche Ruhe erst wieder am Abend des 24. Dezember 1963 einkehrte - erzwungen auch durch einen überraschenden Wettersturz mit Temperaturen von Minus zehn Grad.²²⁵

Eine Kommunalwahl wird zur Oberbürgermeisterwahl

Das Jahr 1964 begrüßte die Stadtverwaltung am 6. Januar mit einem Neujahrsempfang - eine Premiere die allgemein als "gelungen" bezeichnet wurde. Demonstrierte hier die kommunalpolitische Führungsriege fraktionsübergreifend Eintracht, so ließ man es sich anschließend nicht nehmen, mit der vorbereitenden Haushaltsdebatte 1964 gleich öffentlich den Kommunalwahlkampf 1964 einzuleiten. Eingebracht wurde der Haushalt - der Schwerpunkt lag auf der Realisierung der begonnenen Bauprojekte, wie dem neuen Pfalzbau - selbst am 21. Februar 1964 durch Oberbürgermeister Dr. Klüber und erstmals durch den neuen Kämmerer Oedekoven. Anschließend beschloß der Stadtrat, das Gymnasium an der Bismarckstraße nach dem verstorbenen Bundespräsidenten Heuss zu benennen. Am 24. Februar 1964 schlug dann die Stunde der Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat: Während Willi Heidelberg für die SPD ("ein Haushalt der fast völlig erfüllten Wünsche") und Dr. Kohl für die Zustimmung eine Zustimmung signalisierten, lehnte Dr. Keller für die FDP den Haushalt als "unrealistisch und unwahr" ab und forderte u.a. eine Lohnsummensteuersenkung. Stürmisch ging es im Stadtrat einen Tag später zu, als die SPD bei der Generaldebatte des Haushaltes sowohl die Steuersenkungspläne der Opposition als auch Zuschüsse zu konfessionellen Einrichtungen ablehnte, was von Seiten der CDU als Beleg dafür kommentiert wurde, daß der "alte marxistische Adam" noch lebe.²²⁶

Am 28. Februar 1964 feierte Bundesverfassungsgerichtsvizepräsident Friedrich Wilhelm Wagner seinen 70. Geburtstag. Grund genug für den Stadtrat an diesem Tag erneut zusammenzutreten und ihm einstimmig die Ehrenbürgerrechte zu verleihen. Die Bundesrepublik Deutschland ehrte gleichzeitig sein Lebenswerk mit der Verleihung des Großen Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland mit Stern und Schulterband. Zu den

Gerüchten, daß Oberbürgermeister Dr. Klüber bereits vor der Kommunalwahl 1964 demissionieren werde, äußerte sich 14 Tage später erstmals MdL Dr. Kohl und forderte die SPD zu einem "erbitterten Dementi" auf. Für die SPD bestand jedoch kein "konkreter Anlaß" zu diesen Gerüchten Stellung zu nehmen, wie der Fraktionsvorsitzende Heidelberg und MdL Müller am 19. März 1964 der Presse erklärten. Einig war man sich dann aber wieder über die Feierlichkeiten für Friedrich Wilhelm Wagner, dem am 2. April 1964 die Ehrenbürgerurkunde übergeben wurde; nach Ansprachen des Oberbürgermeisters sowie von MdL Herbert Müller für die SPD, MdL Dr. Kohl für die CDU und Dr. Keller für die FDP, hielt Wagner selbst den Festvortrag über das Thema "Der Bürger und seine Stadt".²²⁷

Ende April 1964 richteten Deutschlands Fußballfans wieder ihren Blick auf Ludwigshafen: Zunächst unterlag am 22. April 1964 der Regionalligist Phönix Ludwigshafen dem Bundesligisten Schalke 04 in der Zweiten Runde des DFB-Pokals vor 7.000 Zuschauern im Südwest-Stadion mit 1:2. Ein Ergebnis, das die Fußballanhänger in der Chemiestadt darin bestärkte, daß nur durch die geplante Fusion der drei - jeweils mittelmäßig spielenden - Ludwigshafener Südwest-Regionalligisten: Tura, Phönix und SC eine für die gerade in der ersten Saison befindliche Bundesliga taugliche Mannschaft entstehen könnte. Die Spitzenspieler dieser Bundesliga weilten dann ab dem 26. April 1964 im Ludwigshafener Europa-Hotel, denn am 29. April 1964 stand der Länderkampf gegen die CSSR im Südwest-Stadion an, den Deutschland mit 3:4 vor 60.000 Zuschauern verlor. Immerhin noch 5.000 Teilnehmer konnte der Ludwigshafener DGB bei seiner traditionellen Maikundgebung im Ebertpark verzeichnen. Neu war die erstmalige Teilnahme türkischer Kollegen, die mit einem Transparent unter der Losung "Türkische Bauarbeiter in Solidarität mit den deutschen Arbeitern" in den Ebertpark einmarschiert waren. Aber auch der DGB-Kreisvorsitzende, Fritz Schalk, betonte den Wandel: Der 1. Mai sei nicht mehr der Kampftag harter Auseinandersetzungen, sondern ein Fest- und Feiertag der Arbeitnehmer. Entsprechend verlegten die Ludwigshafener Kommunalpolitiker die kämpferische Auseinandersetzung in die Stadtratsitzung vom 11. Mai 1964. Streitpunkt war diesmal die geplante Herausgabe einer Zeitschrift für ältere Bürger durch das Sozialamt. CDU und FDP vermuteten darin eine Verquickung von Verwaltungs- und Parteipolitik durch den Sozialdezernenten MdL Dr. Ludwig. Unumstritten war dagegen nun die Ehrung des verstorbenen CDU-Bürgermeisters Dr. Reichert durch die Umbenennung des Kulturhauses in "Bürgermeister-Ludwig-Reichert-Haus".²²⁸

Auch anschließend drehte sich die Ludwigshafener Kommunalpolitik zunächst nur noch um den "systematischen Feldzug mit dem Ziel, nach der Kommunalwahl im Herbst den Beigeordneten und Sozialdezernenten Dr. Ludwig als Oberbürgermeister zu nominieren", wie es MdL Dr. Kohl bei einer Pressekonferenz am 15. Mai 1964 formulierte. Während die SPD für diesen Feldzug die Weichen stellte, in dem sie am 29. Mai 1964 in einem Generationswechsel Rudolf Hoffmann durch Günther Janson und damit durch einen Vertrauten von MdL Dr. Ludwig als Stadtverbandsvorsitzenden ersetzte, war die gleichzeitige Weichenstellung im Ludwigshafener Fußball nicht völlig gelungen, da an diesem Tag nur Phönix und Tura zum SV Südwest Ludwigshafen fusionierten. Anfang Juni 1964 stöhnten die Ludwigshafener über bereits bis zu 33 Grad im Schatten – 20.000 Badegäste mit 6.000 PKW unterwegs zur @Blauen Adria@ ließen am 7. Juni 1964 den Verkehr in Rheingönheim zusammenbrechen. Nicht auf das schöne Wetter zurückzuführen war allerdings der mäßige Besuch der städtischen Kundgebung zum 17. Juni - Referent war der Berliner Abgeordnete Peter Lorenz, dessen Entführung 1976 weltweit Schlagzeilen machte. Gutbesucht war dagegen das erste "Jungbürgertreffen" der Stadt für alle 21jährigen, die damit ihre Volljährigkeit erreicht hatten. Und allen Unkenrufen zum Trotz verzeichnete auch das Parkfest 1964 wieder 130.000 Besucher. Abschiednehmen mußte dagegen Lis - am 7. Juli

1964 wurde das letzte städtische Pferd, beschäftigt im Bauhof Oggersheim, durch einem PKW ersetzt. Nicht "Dummes Gebabbel", sondern u.a. Hilfestellung für kinderreiche Familien stand auf der Tagesordnung der Stadtratssitzung am 10. Juli 1964 - allerdings hatte dieser Zwischenruf anlässlich eines Redebeitrages der Opposition für die Stadträtin Heny Roos einen Ordnungsruf zur Folge.²²⁹

Anschließend war der Ring frei für den Kommunalwahlkampf 1964: Nachdem bereits MdL Dr. Kohl gegen die ihm durch den Stadtrat 1962 verhängte Ordnungsstrafe von DM 50,- klagte, beantragte nun auch GAG-Direktor Edwin Grimm beim Ludwigshafener Amtsgericht gegen den FDP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Keller erfolgreich eine einstweilige Verfügung, um ihn zur Unterlassung GAG-kritischer Äußerungen zu zwingen. Die CDU schaltete am 1. September 1964 eine erste Anzeige in der @Rheinpfalz@ und dem @General-Anzeiger@. Sie war Auftakt zur bisher größten kommunalpolitischen Anzeigeschlacht in den Ludwigshafener Medien.²³⁰ Daß intern die SPD sich längst für MdL Dr. Ludwig als Nachfolger von Dr. Klüber entschieden hatte, wurde spätestens bei der Delegiertenkonferenz des Unterbezirkes Ludwigshafen am 5. September 1964 deutlich, als Werner Ludwig und als sein Ersatzkandidat Dietrich Oedekoven für den Bezirkstag nominiert wurden. Aber auch Helmut Kohl wußte sein Amt als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion weiter für Ludwigshafener Kommunalpolitik einzusetzen: So schrieb er am 12. September 1964 medienwirksam auf seine Fahnen, daß der Hauptausschuß des Landtages auf Antrag der CDU beschlossen hatte, daß nach der Kommunalwahl 1964 in den Gemeinden über 50.000 Einwohner ein Ortsbeirat in allen Stadtteilen und nicht wie bisher in Ludwigshafen nur in den Vororten zu wählen sei. Die letzte Stadtratssitzung vor der Kommunalwahl am 21. September 1964 brachte dann nicht nur den Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters über die Wahlperiode 1960/64, sondern auch die erste offizielle Rückzugsankündigung vor diesem Gremium durch Dr. Klüber mit der Formulierung zu "gegebener Zeit". Die Erklärung der Fraktionen zum Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters nutzte Helmut Kohl zu der Feststellung, daß "der Abgang des Oberbürgermeisters durch eine radikale Gruppe innerhalb der SPD, welche die Machtergreifung anstrebe, erzwungen werde, um so Dr. Ludwig den Weg zu bereiten, der diese Position anstrebe". Im Anschluß daran übergab Stadtrat Paul Fischer von der CDU der Presse eine Verlautbarung, nach der der SPD-Fraktionsvorsitzende Heidelberg ihm gegenüber erklärte habe, daß er nicht mehr für den Stadtrat kandidieren könne, da Dr. Ludwig nicht sicher sei, daß Heidelberg bei der Oberbürgermeisterwahl für ihn stimmen werde. Heidelberg habe zudem zum Ausdruck gebracht, daß er Dr. Ludwig die Qualifikation zum Oberbürgermeister abspreche.²³¹

Anschließend hagelte es natürlich Erklärungen: So bestritt Willi Heidelberg u.a. daß er Paul Fischer zur Wiedergabe eines persönlichen Gesprächs autorisiert habe und Oberbürgermeister Dr. Klüber betonte, daß er bereits 1963 erklärt habe, daß er kurze Zeit nach seinem 62. Geburtstag in den Ruhestand treten werde. Sein Entschluß sei ohne jede Einwirkung von dritter Seite zustande gekommen. Unbestritten war auf jeden Fall, daß die Delegiertenversammlung der SPD am 24. September 1964 MdL Dr. Werner Ludwig zum Nachfolger von Oberbürgermeister Dr. Klüber vorschlug. Der ehemalige Stadtverbandsvorsitzende Hoffmann und der Fraktionsvorsitzende Heidelberg waren nicht zur Versammlung erschienen und fanden sich auch nicht mehr auf der Kandidatenliste der SPD zum Stadtrat wieder. Sie wurde nun von Horst Schork angeführt; die Weichen für die nachfolgende Ära Dr. Ludwig in der Stadtgeschichte Ludwigshafens waren gestellt. Die CDU konzentrierte sich nun in ihrem Wahlkampf ganz auf den OB-Kandidaten der SPD, dem Helmut Kohl am 28. September 1964 "jede Qualifikation für das Amt" absprach. Die SPD bemerkte daraufhin, daß sich die Bevölkerung mit "Abscheu von diesen Verunglimpfungen" abwende. Die Auseinandersetzung hatte ein Niveau erreicht, das weit weg war von einem

ritterlichen Wahlkampf, den die Ludwigshafener Parteivorsitzenden schriftlich am 22. September 1964 mit dem Oberbürgermeister vereinbart hatten. Unterzeichnet war die Erklärung auch von dem ehemaligen kommunistischen Stadtratsmitglied Zimpelmann für die DFU. Allerdings verzichtete die DFU dann aufgrund eigener organisatorischer Schwäche auf eine Wahlbeteiligung und erließ einen Aufruf zugunsten von Werner Ludwig und der SPD. Eine Wahlabsprache mit der DFU lehnten die Sozialdemokraten jedoch ab. Nicht zuletzt aufgrund der eigenen politischen Verfolgung durch die Nationalsozialisten jeden politischen Extremismus ablehnend, empfand es Werner Ludwig als besonders ehrverletzend, in der letzten Ausgabe der @Rheinpfalz@ und des @Generalanzeigers@ vor der Kommunalwahl durch eine Anzeige der CDU in Bezug auf den Wahlauftrag der DFU als "letzte Hoffnung ehemaliger KPD-Funktionäre" bezeichnet zu werden.²³²

Das Ende der Ära Dr. Klüber

Der gerade in den letzten Tagen sich nur noch um die Frage des zukünftigen Oberbürgermeisters drehende Kommunalwahlkampf endete am 25. Oktober 1964 bei einer Wahlbeteiligung von 73,8% mit einem deutlichen Willensbild der Bevölkerung: Die SPD kam auf 58,4% und gewann damit gegenüber der Kommunalwahl 1960 nicht nur 3,5% hinzu, sondern netto auch 8.394 Wähler und zwei zusätzliche Sitze im Stadtrat. Verlierer war eindeutig die FDP, die sich sowohl inhaltlich durch die Ablehnung eines Oberbürgermeisters Dr. Ludwig als auch mit einer Listenverbindung der CDU angeschlossen hatte. Die Liberalen erreichten 7% (minus 3,4%) und büßten neben netto 1.846 Wählern auch zwei ihrer bisherigen fünf Stadtratssitze ein. Leichte Verluste hatte nur die CDU mit nun 34,6% gegenüber 34,7% 1960. Ihr blieben ihre 18 Stadratsitze erhalten - netto hatte sie sogar 3.306 Stimmen gewonnen. Da gleichzeitig die SPD im pfälzischen Bezirkstag mit dem Spitzenkandidaten MdL Dr. Ludwig die absolute Mehrheit errang, war der Triumph des zukünftigen Ludwigshafener Oberbürgermeisters vollständig.²³³

Die Stadtratswahlen in Ludwigshafen 1946-1964

	1946	1948	1952	1956	1960	1964
SPD	43,1% (22 Sitze)	47,2% (22)	48,9% (25)	57,8% (30)	54,9% (28)	58,4% (30)
CDU	32,3% (16 Sitze)	26,9% (12)	28,2% (14)	31,4% (16)	34,7% (18)	34,6% (18)
KPD	16,9% (8 Sitze)	17,8% (8)	9,5% (5)	-----	-----	-----
WV	7,7% (4 Sitze)	-----	-----	-----	-----	-----
DP	-----	7,2% (3)	-----	-----	-----	-----
WG	-----	0,9% (-)	-----	-----	-----	-----
FDP	-----	-----	13,4% (7)	10,8% (5)	10,4% (5)	7% (3)

Zu einem Triumphzug durch den Stadtteil Oggersheim entwickelte sich am 28. Oktober 1964 der Empfang des Bronzemedallengewinners im Ringen bei der Olympiade in Tokio, Heinz Kiehl in seiner Heimat. Ebenfalls eine Bronzemedaille hatte der Oppauer Turner Philipp Fürst gewonnen - er wurde am 5. November 1964 von einer jubelnden Menge vor dem Oppauer Rathaus wieder zuhause willkommen geheißen. Für erhebliche Unruhe ganz anderer Art sorgte dagegen Ende Oktober 1964 der von einem Deutschen nach einer Gastwirtschaftsschlägerei erfolgte Totschlag an einem italienischen Gastarbeiter unter seinen hiesigen Landsleuten; ihr Ludwigshafener Seelsorger konstatierte, daß es unter Umständen kaum zu verhindern sei, daß sich die "Gastarbeiter zum Selbstschutz mit Messern bewaffnen würden". Sehr zufrieden über Deutschland äußerten sich dagegen die 45 Türken, die seit

Oktober 1964 beim städtischen Gartenamt beschäftigt waren: "Die Türken sind kräftig, gesund und arbeitsam" vermeldete die Tagespresse und lobte ihre Unterbringung in Vierbettzimmern und die Ausstattung des Aufenthaltsraumes mit Kühlschrank und Radiogerät. 44 der 45 Türken waren verheiratet; dennoch verzeichnete inzwischen das Ludwigshafener Standesamt bei 15% aller Eheschließungen eine Heirat zwischen einer Deutschen und einem Gastarbeiter - vorwiegend Italiener, Spanier und Griechen. Der Anreiz für eine Deutsche, einen ausländischen Lebenspartner zu wählen, war auch schon deshalb weitaus größer als umgekehrt für einen Deutschen, da rund 10.000 männlichen Gastarbeitern nur 820 Gastarbeiterinnen gegenüber standen. Handel und Industrie hätten in Ludwigshafen gerne noch mehr deutsche oder ausländische Frauen beschäftigt, aber das Interesse von Frauen an einer Beschäftigung in der Chemiestadt war weitaus geringer als das Arbeitsplatzangebot. Ludwigshafen verzeichnete eine weibliche Beschäftigungsquote von 30,5% - bundesweit waren es 34%. Wer aber unter den rund 11.000 Ludwigshafener Gastarbeitern sein privates Glück nicht in Deutschland gefunden hatte, für den war ein Platz in einem der 99 Sonderzüge vorgesehen, die ab dem 13. November 1964 gen Süden rollten, um den hiesigen Gastarbeitern ein Weihnachtsfest in der alten Heimat bei der Familie zu ermöglichen. Nicht nur für die hier verbliebenen leuchtete ab dem 23. November 1964 ein Lichtdom in der Bismarckstraße aus 18.000 Glühbirnen das Weihnachtsfest ein.²³⁴

In Ludwigshafen wohnhafte Ausländer und Staatenlose 1960 und 1964				
Staatsangehörigkeit	1960		1964	
	abs.	%	abs.	%
Italien	1.759	43,0	3.341	35,3
Österreich	309	7,6	425	4,5
Polen	271	6,6	259	2,7
Frankreich	222	5,4	268	2,8
Jugoslawien	211	5,2	395	4,2
Spanien	191	4,7	606	6,4
Griechenland	169	4,1	1.994	21,1
Schweiz	135	3,3	136	1,4
Niederlande	115	2,8	162	1,7
USA	98	2,4	181	1,9
Ungarn	94	2,3	108	1,2
Türkei	17	0,4	808	8,6
Staatenlose	174	4,2	172	1,8
Alle übrigen Staaten	329	8,0	609	6,4
Zusammen	4094	100	9 464	100

(Handrick S. 45)

Noch wenig weihnachtlich ging es dagegen bei der konstituierenden Sitzung des neuen Ludwigshafener Stadtrates am 20. November 1964 zu: Die FDP konnte mit ihren drei Stadträten keine Fraktion mehr bilden, während die SPD-Fraktion mit ihrer eigenen absoluten Mehrheit einen neuen Verteilerschlüssel für die Ausschüsse durchsetzte, worauf die FDP auch in diesen nicht mehr vertreten war. Nach der Wahl der Ausschussmitglieder begaben sich die Stadträte nach Oggersheim, wo in der Festhalle offiziell die 1200-Jahr-Feier dieses Stadtteils begangen werden sollte. Der einzige Schönheitsfehler war, daß neben den rund 100 Ehrengästen gerade einmal 100 Oggersheimer erschienen waren, um die Festrede von Friedrich Wilhelm Wagner zu hören. Gut besucht war dagegen am 29. November 1964 die

Melanchthonkirche, als die evangelische Gemeinde des 100jährigen Jubiläums der kriegszerstörten Lutherkirche gedachte. Nur unweit der Ruine setzte die Bundespost in der Amtstraße auf modernste Technik: Dort wurde im Dezember 1964 eine Versuchsanlage für die elektronische Datenverarbeitung aufgebaut, um das Buchungswesen des Scheckamtes zu automatisieren. Gleich zwei Ludwigshafener Kaufhäuser präsentierten im gleichen Monat ebenfalls eine neue technische Errungenschaft: Ihre Verkaufsräume waren nun mit Sprinkler-Anlagen zum Schutz der Kunden und Waren im Falle eines Brandes ausgestattet. Im Gegensatz zum Ludwigshafener Stadtrat ging es am 10. Dezember 1964 bei der Konstituierung des pfälzischen Bezirkstages konzilient zu: MdL Dr. Werner Ludwig wurde einstimmig zum Vorsitzenden des Bezirkstags gewählt. Trotz absoluter SPD-Mehrheit votierten alle drei Fraktionen genauso geschlossen für einen Christdemokraten und einen Liberalen als seine Stellvertreter.²³⁵

Diese Einstimmigkeit herrschte inhaltlich - so in der Frage des Nahverkehrsvertrages mit Mannheim - auch bei der ersten Arbeitssitzung des neuen Stadtrats am 21. Dezember 1964. Die alten Gegensätzlichkeiten machten sich an formalen Dingen fest: Die drei FDP-Stadträte - bekanntlich ohne Ausschusssitze - bestanden auf Einzelberatung der Tagesordnung und stellten gleich 24 Auskunftersuchen an die Verwaltung. Die SPD lehnte einen Antrag der CDU auf eine Sitzungspause ab, worauf die CDU unter Hinterlassung des Stadtrates Dr. Klingholz als Beobachter die Sitzung für eine "Esspause" verließ. Nach Mitternacht und einen neuneinhalbstündigen Sitzungsmarathon "streikte" die CDU-Fraktion endgültig, da die Einladung zur Stadtratssitzung nur für den 21. Dezember 1964 gelautet hatte.²³⁶

Die aus steuerlichen Gründen zum 31. Dezember 1964 vollzogene Auflösung der Straßenbahngemeinschaft mit Mannheim stellte Ludwigshafen auf die eigenen Räder, denn der nachfolgende Nahverkehrsvertrag vom 12. April 1965 führte zu einer Aufteilung des Wagenparks sowie zu einer anteiligen Personalübernahme durch die Stadt. Ludwigshafen übernahm 46 sechssachsige Triebwagen, 39 zweiachsige Triebwagen und 40 zweiachsige Beiwagen. Jedoch wurde die Einheit des Nahverkehrsgebietes gewahrt und für die rheinüberschreitenden Linien festgelegt, daß in einer Tarifgemeinschaft jede Stadt auf dem Gebiet der anderen im Namen und für die Rechnung dieser anderen Stadt handelt. Für die Ludwigshafener Bevölkerung hatte die Aufteilung des Gemeinschaftsbetriebes also kaum Auswirkungen und wurde entsprechend vom Stadtrat am 11. Januar 1965 einstimmig gebilligt. Ebenfalls keine Auswirkungen auf die Gesamtbevölkerung hatte die zum Jahreswechsel erfolgte Einrichtung einer zweisprachigen Unterrichtsklasse für 20 griechische Schüler in der Gräfenauschule - für die Schüler und ihre Eltern war dies jedoch ein deutliches Zeichen der Integration und folgte dem Modell der Westendschule, wo bereits seit Ostern 1964 zwei Klassen in der italienischen Muttersprache unterrichtet wurden. Für ihre Eltern konnten die Kinder nun wertvolle Dolmetscherdienste in akzentfreiem Pfälzisch leisten, während sie zuvor im rein deutschsprachigen Unterricht oft benachteiligt gewesen waren. Den beiden italienischen Lehrern oblag aber auch die Elternarbeit - wozu auch die Durchsetzung der deutschen Schulpflicht gehörte.²³⁷

Seinen letzten großen Auftritt vor der Ludwigshafener Presse hatte Oberbürgermeister Dr. Klüber am 15. Januar 1965, als er überschwänglich über seinen in Begleitung seiner Frau per Schiff und Eisenbahn unternommenen Danksagungsbesuch in Pasadena berichtete. Dr. Klüber war die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, als erstes Ludwigshafener Stadtoberhaupt in Pasadena persönlich den Bürgern für die in der Nachkriegszeit geleistete Hilfe zu danken, die Partnerurkunde zu überbringen und gleichzeitig die Besuche der amerikanischen Bürgermeister in Ludwigshafen zu erwidern. Bereits zwei Tage später holte er den Neujahrsempfang für die Vertreter der Stadtverwaltung und der Karnevalsvereine nach, um

dann am 18. Januar 1965 die Honoratioren der Stadt beim offiziellen Neujahrsempfang Ludwigshafens zu begrüßen. Am 21. Januar 1965 legte er den Grundstein zur städtischen Müllverbrennungsanlage. Und dennoch lag am 15. Februar 1965 dem Personalausschuß des Stadtrates der Antrag des Oberbürgermeisters vom 8. Februar 1965 vor, ihn zum 30. Juni 1965 von seinen Amtsobliegenheiten zu entbinden. Die letztliche Entscheidung lag aber beim Stadtrat, der am 19. Februar 1965 einstimmig dem Ansinnen des Oberbürgermeisters folgte und eine offizielle Ausschreibung seiner Nachfolge veranlaßte - freilich nicht ohne eine unterschiedliche Interpretation der Hintergründe für das Ausscheiden des Stadtoberhauptes durch die drei Parteisprecher. Unstrittig war dagegen die Verleihung der Ehrenbürgerrechte an den Vorstandsvorsitzenden der BASF, Professor Dr. Carl Wurster.²³⁸

Mit der Friedrich-Ebert-Halle konnte der scheidende Oberbürgermeister am 12. März 1965 geradezu das Denkmal seiner Amtszeit der Öffentlichkeit übergeben - und die Resonanz der Bevölkerung war zunächst mehr als positiv: Gleich zehntausende Besucher kamen am Eröffnungswochenende, um das neue Bauwerk zu besichtigen und der darin arrangierten Blumenschau einen Besuch abzustatten. Am 19. März 1965 hielt Dr. Klüber dann seine letzte Etatrede im Stadtrat; deutlich wurde in seinen Ausführungen, daß die Gefahr bestand, daß sich Ludwigshafen angesichts der zahlreichen öffentlichen Investitionen der Verschuldungsgrenze näherte. Der entsprechend moderat ausfallende Haushaltsplan 1965 fand dann am 22. März eine einstimmige Zustimmung im Stadtrat. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Schork betonte, daß die Kommunalwahl deutlich gemacht habe, daß die Mehrheit der Bürger sozialdemokratische Vorstellungen in der Stadt verwirklicht sehen wolle und kündigte für die nächste Sitzung entsprechend der Wahlaussage der SPD an, Dr. Werner Ludwig zum Oberbürgermeister der inzwischen 179.155 Einwohner – 90.825 Frauen (50,7%) und 88.330 Männer (49,3%) - zählenden Chemiestadt vorzuschlagen.²³⁹

Gleichklang von Fraktion, Partei und Verwaltung:

Horst Schork²⁴⁰ wurde am 10. Februar 1928 in Frankenthal geboren. Nach Besuch der Oberrealschule in Mannheim und Militärdienst als Flakhelfer folgte die Ausbildung zum Kaufmann. Nach kurzer selbstständiger Tätigkeit im Lebensmittelgeschäft der Familie entschied er sich für den Eintritt in die BASF als Schichtarbeiter, wo er anschließend bis zum Leiter des Zentralen Büros des Ammoniak-Labors aufstieg. Schork war seit 1949 Mitglied der SPD, 1954 wurde er Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Oppau, 1956 Mitglied des Stadtrates und Ortsvorsteher in Oppau-Edigheim. 1964 war er erstmals Spitzenkandidat der Ludwigshafener und anschließend bis zu seinem frühen Tod Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Horst Schork starb am 8. Februar 1974 in Ludwigshafen.

War damit der Ausgang der Oberbürgermeisterwahl bereits klar, so hatten die Betriebsratswahlen 1965 noch eine Unbekannte, denn erstmals waren auch Gastarbeiter wahlberechtigt - stammten sie aus einem EWG-Land und waren sie mehr als drei Jahre beim gleichen Unternehmen beschäftigt, konnten sie auch gewählt werden. Allerdings hatte sich nach Ansicht führender Ludwigshafener Gewerkschafter, für die dazu notwendige Nominierung kein ausländischer Kollege mit "ausreichendem Format" gefunden. Generell waren die ausländischen Kollegen aber inzwischen ein Teil des Alltagslebens - noch nicht bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, aber durchaus schon auf dem Wohnungsmarkt wurden sie auch bereits als Konkurrenz empfunden, da sie bereit waren, zur Unterbringung der nachziehenden Familie für eine schlichte Altbauwohnung deutlich mehr zu zahlen als bisher die Deutschen, was sie wiederum bei den Vermietern beliebt machte. Die weitaus meisten Gastarbeiter waren natürlich im größten Ludwigshafener Unternehmen beschäftigt - der BASF. Sie konnte am 6. April 1965 auf ein hundertjähriges Betriebsjubiläum zurückblieben. Während im Werk das Arbeitsleben seinen gewohnten Gang nahm, kamen in das Feierabendhaus 1.350 Ehrengäste zu einem Festakt zusammen - einzig Oberbürgermeister Dr. Klüber hatte einen Urlaub vorgezogen. Vielleicht war aber der Verzicht auf die Arbeitsruhe

an diesem Festtag das falsche Signal der Werksleitung an die Belegschaft gewesen - zumindest verweist das Ergebnis der illegalen KPD bei den nachfolgenden Betriebsratswahlen in der BASF auch auf Defizite, bei dem vom Professor Dr. Carl Wurster und dem sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden Jakob Müller skizzierten Bild einer geschlossenen Werksgemeinschaft: Vier bekannte Kommunisten waren über die Liste der IG Chemie in den Betriebsrat gewählt worden; mit Ernst Faß und Otto Zimpelmann wurden zwei davon sogar anschließend für die Betriebsarbeit freigestellt, während das bisher einzige CDU-Mitglied im Betriebsausschuß abgewählt wurde.²⁴¹

Vorsitzender des Aufsichtsrats der BASF:

Professor Dr. Bernhard Timm²⁴² wurde am 29. September 1909 in Pinneberg geboren. Studium der Physik, Astronomie und Mathematik in Heidelberg, 1934 Promotion zum Dr. phil. nat. 1936 Mitarbeiter der BASF in der Ammoniakforschung. 1952 stellvertretender Vorstandsvorsitzender, 1965 bis 1974 Vorstandsvorsitzender und anschließend bis 1983 Vorsitzender des Aufsichtsrats der BASF AG. 1966 Honorarprofessor an der Universität Heidelberg. 1974 Auszeichnung mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband durch Ministerpräsident Dr. Kohl. 1983 Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen. Damit würdigte die Stadt nicht nur seine Lebensleistung, sondern auch seinen persönlichen Einsatz dafür, daß der Sitz der Konzernspitze der BASF im Rahmen einer Verbundstandortlösung in Ludwigshafen verblieben war. Professor Dr. Timm starb am 9. Januar 1992 in Heidelberg.

Obwohl die DGB-Gewerkschaften in allen Ludwigshafener Betrieben ihre führende Position bei den Betriebsräten behaupteten, versuchte der DGB Ludwigshafen am 1. Mai 1965 einen neuen Weg zu gehen, indem er erstmals die traditionelle Maikundgebung in der Friedrich-Ebert-Halle durchführte. Benannt nach dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten, bot sie sich als gewerkschaftlicher Kundgebungsort auch an - kaschierte jedoch nur mit Mühe den Rückgang des Interesses der Mitgliederbasis an dieser Veranstaltung. Entsprechend freundlich umschrieb Bürgermeister Reimann die 3 500 Kundgebungsteilnehmer als die "Kerntruppe der Arbeitnehmer". In die "Kerntruppe der Arbeitgeber" stieß dagegen Professor Dr. Carl Wurster vor, als ihn der Aufsichtsrat der BASF am 12. Mai 1965 zu seinem Vorsitzenden wählte. Zuvor war Professor Dr. Wurster mit Ablauf der am gleichen Tag tagenden Aktionärs-Hauptversammlung wegen der bevorstehenden Erreichung der Altersgrenze von seiner bisherigen Position als Vorstandsvorsitzender der BASF zurückgetreten. Als sein Nachfolger wurde Dr. Bernhard Timm bestimmt. Sein zukünftiger zentraler städtischer Gesprächspartner wurde wiederum am 14. Mai 1965 durch den Ludwigshafener Stadtrat mit den Stimmen der SPD-Fraktion zum Oberbürgermeister gewählt: MdL Dr. Werner Ludwig. Vorgegangen war der Wahl eine heftige Kontroverse zwischen den Fraktionsvorsitzenden Schork und Kohl, während deren Verlauf Schork von Oberbürgermeister Klüber, der die Sitzung wider alle Erwartung leitete, einen offiziellen Verweis erhielt. Hauptgegenstand der Kontroverse war, daß von Seiten der CDU während der Sitzung - nachdem der Personalausschuß dem Stadtrat mit MdL Dr. Ludwig den einzigen Bewerber mehrheitlich zur Wahl empfohlen hatte - der sozialdemokratische Hauptgeschäftsführer der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar, Dr. Becker-Marx, als Gegenkandidat vorgeschlagen wurde, um so zu demonstrieren, daß man zwar bereit war, einen Sozialdemokraten, aber nicht MdL Dr. Ludwig zum Oberbürgermeister zu wählen. Allerdings hatte Becker-Marx gegenüber Oberbürgermeister Klüber als auch Horst Schork schriftlich erklärt, daß er nicht für eine Kandidatur zur Verfügung stehen würde. Daß die CDU aber trotzdem an ihrem Wahlvorschlag festhielt, kommentierte Horst Schork als Versuch "mit Menschen zu spielen". Werner Ludwig selbst nahm es bei seiner Antrittsrede gelassen, daß er als erster Nachkriegsobürgermeister nur mit den Stimmen der eigenen Partei gewählt worden war und forderte zur Zusammenarbeit auf. Von Erfolg gekrönt war diese Aufforderung bei der anschließenden einstimmigen Wahl des ehemaligen Beigeordneten Peter Trupp zum Ehrenbürger.²⁴³

Ehrenamtlicher Bürgermeister und Ehrenbürger:

Peter Trupp²⁴⁴ wurde am 4. Dezember 1889 in Niederflorstadt (Kreis Friedberg) geboren. Zimmermann. 1912 Zuzug nach Oppau. Während des Ersten Weltkriegs Sanitätsoffizier an verschiedenen Fronten, ab 1919 Mitarbeiter der BASF. Als Mitglied der SPD 1924 in den Oppauer Gemeinderat gewählt. Nach dem Zusammenschluß von Oppau und Edigheim fungierte er dort ab dem 8. Dezember 1929 als Zweiter Bürgermeister. Vom 12. März bis 11. April 1933 von den Nationalsozialisten in Frankenthal inhaftiert und anschließend als Bürgermeister entlassen. 1945 in den Beirat der Stadt Ludwigshafen berufen und 1946 in den Stadtrat gewählt. 1946 bis 1952 ehrenamtlicher, ab 1952 bis 1958 hauptamtlicher Beigeordneter (Sozialdezernent). 1965 Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen. Peter Trupp starb am 1. Februar 1973 in Ludwigshafen.

Dr. Klüber hatte sein Amt am 1. Mai 1957 angetreten - seine Amtszeit war geprägt gewesen vom Ende des Wiederaufbaus und damit der Nachkriegszeit in Ludwigshafen. Er war ein typischer Vertreter der Nachkriegsbürgermeisters, die nach 1945 wieder den traditionellen Typ des berufserfahrenen Juristen verkörperten. Seine Souveränität in der Beherrschung der Gemeindeverfassung wie seine Korrektheit war ebenso sprichwörtlich, wie seine Unbeirrbarkeit, den einmal für richtig erkannten Weg zu Ende zu gehen ohne Rücksicht darauf, ob er sich Freunde machte. Dies galt sowohl gegenüber der kritischen Opposition im Stadtrat als auch gegenüber der eigenen Partei, deren Dominanzanspruch in Form eines imperativen Mandats er dezidiert ablehnte²⁴⁵. Daß aber auch in Ludwigshafen inzwischen eine neue Zeit angebrochen war, veranschaulichten noch einmal die wenigen Tage von der Wahl bis zur Amtseinführung von Dr. Werner Ludwig am 1. Juli 1965: Am 15. Mai 1965 war erstmals Professor Dr. Ludwig Erhard als Bundeskanzler in Ludwigshafen - allerdings besuchte er nicht offiziell die Stadt, sondern er referierte auf der Bundeskonferenz der CDU für Betriebs- und Personalräte. Am gleichen Tag eröffnete die Bundeswehr einen gutbesuchten "Tag der Bundeswehr", wobei deutsche Soldaten erstmals seit 1940 in Ludwigshafen wieder eine Truppenparade abhielten. Auch die weiteren Programmpunkte wie die Verköstigung aus der Gulaschkanone, ein Serenaden-Konzert mit Fackelbeleuchtung oder die Einladung zum Großen Manöverball in der Eberthalle klangen wenig zeitgemäß, angesichts einer Kinowerbung, die gleichzeitig den neuesten schwedischen Film "Lieber John" trotz der "mit schwedischer Freimütigkeit gedrehten Bettszenen" oder noch deutlicher "Nur für reife Menschen" den Film "Der nackte Mensch in der Bewegung" anpries. Zeitgemäß war die Klage des städtischen Fuhrparks, der für 30 Plätze in der Straßenreinigung keine deutschen Arbeitskräfte mehr fand und deshalb ankündigte, diese Stellen nun mit Türken zu besetzen, für die wiederum die Stadt vorab eine Sammelunterkunft für 188.000 DM errichten ließ. Nicht mehr zeitgemäß war dagegen offensichtlich das Parkfest, das man zum ersten Mal in die Eberthalle verbannt hatte. Gerade einmal 1.000 Besucher erschienen zur Eröffnung am 26. Juni 1965. Einen gelungeneren Rahmen hatte dagegen die Verabschiedung von Dr. Klüber am 28. Juni 1965 im Großen Saal des Bürgermeister-Ludwig-Reichert-Hauses: Die Laudatio auf den scheidenden Oberbürgermeister hielt der Erste Bürgermeister Wild; Ministerpräsident Altmeier überreichte das Große Bundesverdienstkreuz. Für die SPD-Fraktion betonte Stadtrat Grimm, daß sich Ludwigshafen in der Ära Klüber von einer Stadt zu einer Großstadt gewandelt habe, während MdL Dr. Kohl darauf verwies, daß mit dem Abgang von Dr. Klüber die Phase des Aufbaus zu Ende gehe. Dr. Klüber führte in seinen Dankesworten aus, daß nun die Weichen für eine Neugestaltung gestellt seien und sprach die Hoffnung aus, daß der Weg in eine glückliche Zukunft führe.....²⁴⁶

Bibliographie

- Abelshauer, Werner: Die BASF seit der Neugründung von 1952, in: Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte. Herausgegeben von Werner Abelshauer, München 2002
- Bauverwaltung Ludwigshafen am Rhein / Tiefbaudezernat Mannheim (Hg.): Kurt-Schumacher-Brücke. Zweite Brücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen am Rhein. Sonderdruck zur Verkehrsübergabe der Kurt-Schumacher-Brücke am 28. Juni 1972, Mannheim 1972
- Becker, Klaus J.: 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal. Band 2. Eine Dokumentation vom 24. März 1945 bis 7. November 1997. Herausgegeben von Lothar Plogsties, Ludwigshafen am Rhein 2000
- Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Mainz 2001
- Becker, Klaus J.: Es ist gut, daß es in Deutschland Gewerkschaften gibt. Geschichte der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen am Rhein 2001
- Becker, Klaus J.: Stadt in Fahrt. 100 Jahre Straßenbahn in Ludwigshafen am Rhein, Ludwigshafen am Rhein 2001
- Bürgermeisteramt der Stadt Ludwigshafen am Rhein (Hg.): Geschichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Entstehung und Entwicklung einer Industrie- und Handelsstadt in fünfzig Jahren 1853-1903. Herausgegeben vom aus Anlaß des 50. Jahrs. Bestehens der Stadt Ludwigshafen am Rhein, Ludwigshafen am Rhein 1903
- Dreher, Klaus: Helmut Kohl, Stuttgart 1998
- Filmer, Werner / Schwan, Helmut: Helmut Kohl. 2. Auflage. Düsseldorf / Wien 1985
- Handrick, Georg: Kirche in der Industrieregion 1. Morphologie der Stadt Ludwigshafen. Strukturen – Fragen – Modelle, Band V, Augsburg / Steppach 1971
- Industrie- und Handelskammer für die Pfalz in Ludwigshafen am Rhein (Hg.): 100 Jahre Ludwigshafen am Rhein, in: Pfälzisches Industrie- und Handelsblatt, 28. Jahrgang, Nr. 8 vom 15. April 1953
- Killy, Walther und Vierhaus, Rudolf (Hg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE); München 2001
- Landesregierung Rheinland-Pfalz, "Hilfswerk Ludwigshafen am Rhein" in Verbindung mit der Stadtverwaltung Ludwigshafen / Rh. und der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik (Hg.): Explosions-Katastrophe in der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik, Ludwigshafen am Rhein am 28. Juli 1948, Ludwigshafen am Rhein / Kaiserslautern 1949
- Ludwig, Werner: Unterwegs. Lebenserinnerungen, Landau/Pfalz 1997
- Mathy, Helmut: Bundesland Rheinland-Pfalz, in: Territorien-Ploetz, Freiburg im Breisgau / Würzburg 1981

Marx, Werner: Die Entstehungsgeschichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Der Großstadt am Rhein zu ihrem Festjubiläum. Herausgegeben vom Bund Bayern und Pfalz, Ludwigshafen am Rhein 1953

Menges, Walter: Katholische Bevölkerung und kirchliches Leben im Raum Mannheim – Ludwigshafen. Abschlußbericht zu einer pfarrsoziographischen Untersuchung im Bereich der Gebietsmission Mannheim – Ludwigshafen, Königstein im Taunus 1963

Mörz, Stefan: Vom Westboten zur Rheinpfalz. Die Geschichte der Presse im Raum Ludwigshafen von den Anfängen bis zur Gegenwart, Ludwigshafen am Rhein 1994

Pieroth, Stephan: Parteien und Presse in Rheinland-Pfalz 1945-1971. Ein Beitrag zur Mediengeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Mainzer SPD-Zeitung "Die Freiheit", Mainz 1994

Reichelt, W.-O.: Das Erbe der IG-Farben, Düsseldorf 1956

Schneider, Wolfgang: "Ich wechsele meine politische Auffassung nicht wie mein Hemd". Das besondere Schicksal des Kommunisten August Fend, Altrip 1996

Schölzel, Stephan: Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949, Mainz 1986

Schumacher, Martin: MdB. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946-1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 2000

Sommer, Michael: Flüchtlinge und Vertriebene in Rheinland-Pfalz. Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung, Mainz 1990

Springer, Max: Die Entwicklung der Stadt Ludwigshafen am Rhein in den Jahren 1903 bis 1928. Unveröffentlichtes Manuskript, Ludwigshafen am Rhein 1928

SPD-Stadtratsfraktion Ludwigshafen am Rhein (Hg.): 100 Jahre Sozialdemokratische Kommunalpolitik für Ludwigshafen. Historische und aktuelle Beiträge 1889-1989, Ludwigshafen am Rhein 1989

SPD-Stadtverband, SPD-Stadtratsfraktion, SPD-Ortsverein Nord-Hemshof (Hg.): Zur Erinnerung an Heinrich Reis. Leben und Wirken eines Sozialdemokraten in unserer Stadt, Ludwigshafen 1989

Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein (Hg.): 100 Jahre Ludwigshafen am Rhein, Ludwigshafen am Rhein 1953

Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein in Zusammenarbeit mit Wolfgang Armin Nagel (Hg.): Ludwigshafen am Rhein. Stadt der Chemie, Hanau 1959

Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein (Hg.): 50 Jahre Südwest-Stadion, Ludwigshafen am Rhein 2000

Tigges, Hans: Das Stadtoberhaupt. Portraits im Wandel der Zeit, Baden-Baden 1988

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.-15. November 1959 in Bad Godesberg, Bonn 1959

Fotonachweis

-
- ¹ "Die letzte Quittung", in: @Rheinpfalz@, Jg. 4, Nr. 50 vom 23. Juni 1948
- ² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 4, Nr. 49 ff. sowie Bauverwaltung Ludwigshafen
- ³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 4, Nr. 61 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 1. August 1948 und 18. Oktober 1948 und Landesregierung Rheinland-Pfalz
- ⁴ Vgl. Becker, KPD, S. 468
- ⁵ Vgl. @LU@, Februar 1975
- ⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 4, Nr. 96 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 18. Oktober 1948
- ⁷ Vgl. @Stadt-Anzeiger@, Jg. 1, Nr. 12 vom 27. November 1948
- ⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 4, Nr. 115 sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 1. Dezember 1948
- ⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 4, Nr. 118 ff.
- ¹⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 5, Nr. 5 sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 10. Januar 1949
- ¹¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 5, Nr. 6 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 11. Februar 1949
- ¹² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 5, Nr. 20 ff.
- ¹³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 5, Nr. 52 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 6. Mai 1949
- ¹⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 5, Nr. 55 ff. sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 2, Nr. 34 vom 20. August 1949
- ¹⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 5, Nr. 116 f. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 21. September 1949
- ¹⁶ Vgl. StALu, N 1 (Nachlaß Herbert Müller), Nr. 171 sowie Becker, KPD, S. 157 ff.
- ¹⁷ Vgl. StALu, N 1 und Becker, KPD, S. 474 f.
- ¹⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 5, Nr. 120 ff.
- ¹⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 5, Nr. 141 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 7. November 1949
- ²⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 5, Nr. 155 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 21. September 1949. Weiterführend: Sommer
- ²¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 5, Nr. 161 ff.
- ²² Vgl. Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 22. Dezember 1949 sowie Mörz, S. 130 ff. Weiterführend: Schölzel und Pieroth
- ²³ Vgl. @General-Anzeiger@, Jg. 76, Nr. 1 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 23. Februar 1950
- ²⁴ Vgl. @General-Anzeiger@, Jg. 76, Nr. 63 ff.
- ²⁵ Vgl. @General-Anzeiger@, Jg. 76, Nr. 101 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 8. Mai 1950
- ²⁶ Vgl. @General-Anzeiger@, Jg. 76, Nr. 109 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 22. Mai 1950 und Handrick, S. 59
- ²⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 6, Nr. 135 ff.
- ²⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 6, Nr. 170 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 24. Juli 1950
- ²⁹ Vgl. StALu, LuN, Nr. 2776 und 2777
- ³⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 6, Nr. 178 ff. und Menges, S. 37 ff.
- ³¹ Vgl. StALu, PGV 1 (Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal) und Becker, ÖTV, 2000, S. 190
- ³² Vgl. StALu, LuN, Nr. 2776 und 2777
- ³³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 6, Nr. 217 ff.
- ³⁴ Vgl. StALu, PGV 1, Nr. 2 und Becker, ÖTV, 2001, S. 38 ff.
- ³⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 6, Nr. 254 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 30. Oktober 1950 und Stadtverwaltung Ludwigshafen, Südwest-Stadion

-
- ³⁶ Vgl. StALu, LuN, Nr. 2776 und 2777
- ³⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 6, Nr. 265 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 21. Dezember 1950
- ³⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 7, Nr. 22 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 25. Januar 1951
- ³⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 7, Nr. 60 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 3. April 1951
- ⁴⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 7, Nr. 100 ff. sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 4, Nr. 18 ff.
- ⁴¹ Vgl. StALu, PGV 2 (Archiv der CDU Kreisverband Ludwigshafen-Stadt) sowie N 31 (Archiv Ehrenringträger Karl-Heinz Jungbluth)
- ⁴² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 7, Nr. 101 ff.
- ⁴³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 7, Nr. 136 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 14. Juni 1951
- ⁴⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 7, Nr. 177 ff.
- ⁴⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 7, Nr. 228 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 1. Oktober 1951
- ⁴⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 7, Nr. 285 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 18. Dezember 1951
- ⁴⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 8, Nr. 1 ff. sowie Reichelt, S. 116 ff. und Abelshäuser, S. 359 ff.
- ⁴⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 8, Nr. 3 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 25. Februar 1952
- ⁴⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 8, Nr. 56 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 15. Mai 1952
- ⁵⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 8, Nr. 115 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 22. Juli 1952
- ⁵¹ Vgl. SPD-Stadtratsfraktion, S. 69
- ⁵² Vgl. StALu, N 32 (Nachlaß Georg Süß) sowie Becker, ÖTV, 2000, S. 190
- ⁵³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 8, Nr. 173 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 28. Juli 1952
- ⁵⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 8, Nr. 231 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 3. Oktober 1952
- ⁵⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 8, Nr. 260 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 7. November 1952
- ⁵⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 8, Nr. 260 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 28. November 1952
- ⁵⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 8, Nr. 277 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 30. Dezember 1952
- ⁵⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 5 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 30. Januar 1953
- ⁵⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 50 ff.
- ⁶⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 57 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 17. März 1953
- ⁶¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 75 ff. sowie Reichelt, S. 116 ff.
- ⁶² Stadtverwaltung Ludwigshafen, 100 Jahre Ludwigshafen
- ⁶³ Marx
- ⁶⁴ Industrie- und Handelskammer sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 6, Nr. 15
- ⁶⁵ Bürgermeisteramt. Allerdings war der 1928 anlässlich des 75jährigen Stadtjubiläums von Springer verfasste Fortsetzungsband erst gar nicht veröffentlicht worden, so dass die wenigen Publikationen zum 100jährigen Gemeindejubiläum durchaus doch einen Fortschritt in der Stadtgeschichtsschreibung darstellten.
- ⁶⁶ Vgl. StALu, LuN, Nr. 2776
- ⁶⁷ Vgl. Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 15. April 1953
- ⁶⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 87 ff.
- ⁶⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 96 ff.
- ⁷⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 102 ff.
- ⁷¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 137 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 16. Juni 1953
- ⁷² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 144 ff.
- ⁷³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 151 ff.
- ⁷⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 158 ff. sowie StALu, LuN, Nr. 2776

-
- ⁷⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 168 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 22. Juli 1953
- ⁷⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 173 ff.
- ⁷⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 198 sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 26. August 1953
- ⁷⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 198 ff. und @General-Anzeiger@, Jg. 79, Nr. 159 ff. sowie @Unser Tag@, Jg. 8, Nr. 181 ff.
- ⁷⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 207 ff. sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 6, Nr. 37 vom 12. September 1953
- ⁸⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 225 ff.
- ⁸¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 252 sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 28. Oktober 1953
- ⁸² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 252 ff.
- ⁸³ Vgl. @Mannheimer Morgen@, Jg. 46, Nr. 224 vom 26. September 1991 sowie @Mannheimer Morgen@, Jg. 49, Nr. 172 vom 28. Juli 1994
- ⁸⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 9, Nr. 265 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 11. Dezember 1953
- ⁸⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 1 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 8. Januar 1954. Niemand konnte damals ahnen, dass das 1954 modern wirkende Erscheinungsbild der Ludwigsstraße später zum Niedergang dieser Einkaufsmeile beitragen würde. Denn 2001 konstatierte die noch 1954 zufriedene Berufsgruppe der Einzelhändler: "Die Gebäude brauchen Verschönerung. Der Mief der 50er Jahre muss raus". Vgl. hierzu @Bild Rhein-Neckar@ vom 7. März 2001
- ⁸⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 33 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 22. Februar 1954
- ⁸⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 54 ff. Das DGB-Haus in der Ludwigstraße verblieb nur bis 1993 in Gewerkschaftsbesitz; der vorangegangene Auszug der Einzelgewerkschaften machte dann eine Veräußerung unumgänglich. Vgl. hierzu Becker, ÖTV, 2001, S. 67 ff.
- ⁸⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 104 ff.
- ⁸⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 138 ff.
- ⁹⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 147 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 28. Juni 1954
- ⁹¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 149 ff.
- ⁹² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 162 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 19. Juli 1954
- ⁹³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 197 ff.
- ⁹⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 220 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 18. Oktober 1954
- ⁹⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 247 ff.
- ⁹⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 296 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 21. Dezember 1954.
- ⁹⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 10, Nr. 220 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 15. Februar 1955
- ⁹⁸ Vgl. SPD-Stadtratsfraktion, S. 68
- ⁹⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 40 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 24. März 1955
- ¹⁰⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 101 ff. sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 8, Nr. 17 ff.
- ¹⁰¹ Vgl. StALu, PGV 2 sowie N 31
- ¹⁰² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 116 sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 8, Nr. 20 vom 21. Mai 1955
- ¹⁰³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 119 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzungen des Stadtrates Ludwigshafen vom 23. und 24. Mai 1955
- ¹⁰⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 120 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 27. Mai 1955
- ¹⁰⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 124 sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 28. Mai 1955
- ¹⁰⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 126 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 8. Juli 1955
- ¹⁰⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 175 ff.
- ¹⁰⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 209 ff.
- ¹⁰⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 230 ff. sowie Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ludwigshafen vom 6. Oktober 1955

-
- ¹¹⁰ Vgl. @Freiheit@, Jg. 9, Nr. 121 sowie Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ludwigshafen vom 6. Oktober 1955
- ¹¹¹ Vgl. Becker, KPD, S. 447
- ¹¹² Vgl. Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Bau- und Grundstücksausschusses der Stadt Ludwigshafen vom 11. Oktober 1955
- ¹¹³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 238 f. sowie StALu, WS 3b, G 252/5
- ¹¹⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 239, @Freiheit@, Jg. 9, Nr. 123 und @Unser Tag@, Jg. 7, Nr. 240 sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 13. Oktober 1955 und StALu, WS 3b, G 252/5
- ¹¹⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 240 ff. und StALu, WS 3b, G 252/5 sowie den Nachlass von Karl Harth und Karl Samstag, in: Antifa-Archiv Ludwigshafen / Privatarchiv Hermann W. Morweiser (im weiteren: AFA-Lu) und Becker, KPD, S. 263 f.
- ¹¹⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 256 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 18. Oktober 1955 und Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ludwigshafen vom 6. Oktober 1955
- ¹¹⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 288 sowie Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung des Bau- und Grundstücksausschusses der Stadt Ludwigshafen vom 12. Dezember 1955
- ¹¹⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 294 sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 19. Dezember 1955
- ¹¹⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 11, Nr. 303 ff.
- ¹²⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 12 ff. sowie @Freiheit@, Jg. 10, Nr. 7 und die Nachlässe von August Fend und Otto Zimpelmann, in: AFA-Lu.
- ¹²¹ Vgl. Schneider und Becker, ÖTV, 2000, S. 179
- ¹²² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 13 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 16. Februar 1956
- ¹²³ Vgl. StALu, N 8 (Nachlass Heinrich Ries) und SPD-Stadtverband
- ¹²⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 12 ff. sowie Mathy, S. 141 ff.
- ¹²⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 95 ff.
- ¹²⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 115 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 17. Mai 1956
- ¹²⁷ Vgl. @Stadt-Anzeiger@, Jg. 9, Nr. 20 vom 19. Mai 1956
- ¹²⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 124 sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 30. Mai 1956
- ¹²⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 125 ff.
- ¹³⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 174 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 27. Juli 1956
- ¹³¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 182 ff. sowie die Beschlagnahmeliste, in: AFA-Lu, SLu 192
- ¹³² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 192 f. sowie die in der Ludwigshafener KPD-Geschäftsstelle beschlagnahmten Dokumente, in: Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED, BY 1 2163
- ¹³³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 192 f. sowie StALu, LuN, Nr. 211 und 212
- ¹³⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 201 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 4. Oktober 1956 und zur Person von Dr. Werner Ludwig die Autobiografie: Unterwegs
- ¹³⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 245 ff. sowie StALu, LuN, Nr. 81, 211 und 212
- ¹³⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 253 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 7. November 1956
- ¹³⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 256 ff. sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 9, Nr. 46 vom 17. November 1956
- ¹³⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 12, Nr. 269 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 11. Dezember 1956 und StALu, LuN, Nr. 81, 211 sowie 212
- ¹³⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 13, Nr. 1 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 21. Januar 1957 und vom 30. Januar 1957
- ¹⁴⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 13, Nr. 36 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 22. Februar 1957 und vom 29. März 1957
- ¹⁴¹ Vgl. SPD-Stadtratsfraktion, S. 68
- ¹⁴² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 13, Nr. 110 ff. und @Die BASF@, Jg. 7, Heft 4 vom Oktober 1957
- ¹⁴³ Vgl. DBE, S. 247
- ¹⁴⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 13, Nr. 136 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 13. Juni 1957 und vom 27. Juni 1957
- ¹⁴⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 13, Nr. 148 f. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 18. Juli 1957

-
- ¹⁴⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 13, Nr. 195 ff. sowie StALu, N 8, Nr. 55; LuN, Nr. 394 und Filmer / Schwan, S. 84 ff.
- ¹⁴⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 13, Nr. 214 ff. sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 10, Nr. 38 vom 21. September 1957
- ¹⁴⁸ Vgl. Schumacher, S. 1484
- ¹⁴⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 13, Nr. 227 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 17. Oktober 1957
- ¹⁵⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 13, Nr. 254 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 5. Dezember 1957
- ¹⁵¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 13, Nr. 282 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 30. Januar 1958
- ¹⁵² Vgl. SPD-Stadtratsfraktion, S. 114
- ¹⁵³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 14, Nr. 56 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 6. März 1958 und Dreher, S. 47
- ¹⁵⁴ Vgl. SPD-Stadtratsfraktion, S. 70
- ¹⁵⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 14, Nr. 66 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 28. März 1958
- ¹⁵⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 14, Nr. 102 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 13. Juni 1958 und Dreher, S. 47
- ¹⁵⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 14, Nr. 140 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 17. Juli 1958
- ¹⁵⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 14, Nr. 172 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 16. Oktober 1958
- ¹⁵⁹ Vgl. StALu, PGV 2 sowie N 31
- ¹⁶⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 14, Nr. 33 ff.
- ¹⁶¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 14, Nr. 140 ff.
- ¹⁶² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 14, Nr. 250 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 12. Dezember 1958
- ¹⁶³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 14, Nr. 290 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 13. Februar 1959 und Dreher, S. 50
- ¹⁶⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 15, Nr. 4 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 20. März 1959
- ¹⁶⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 15, Nr. 76 ff. sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 12, Nr. 17 vom 25. April 1959
- ¹⁶⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 15, Nr. 71 ff. sowie @Freiheit@, Jg. 13, Nr. 45
- ¹⁶⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 15, Nr. 105 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 20. Mai 1959
- ¹⁶⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 15, Nr. 130 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 17. Juli 1959
- ¹⁶⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 15, Nr. 163 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 2. Oktober 1959
- ¹⁷⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 15, Nr. 241 ff.
- ¹⁷¹ Vgl. Stadtverwaltung Ludwigshafen, Ludwigshafen am Rhein
- ¹⁷² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 15, Nr. 259 ff.
- ¹⁷³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 15, Nr. 256 ff.
- ¹⁷⁴ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages
- ¹⁷⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 15, Nr. 265 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 11. Dezember 1959
- ¹⁷⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 19 sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 22. Januar 1960
- ¹⁷⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 20 ff.
- ¹⁷⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 53 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 18. März 1960
- ¹⁷⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 79 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 1. April 1960
- ¹⁸⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 103 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 16. Mai 1960
- ¹⁸¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 129 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 20. Juni 1960
- ¹⁸² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 143 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 22. Juli 1960
- ¹⁸³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 180 ff.

-
- ¹⁸⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 180 ff. sowie StALu, LuN, Nr. 83, 93, 94 und 217
- ¹⁸⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 237 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 10. Oktober 1960
- ¹⁸⁶ Vgl. StALu, LuN, Nr. 217
- ¹⁸⁷ Diese Auslassung wurde konsequent bis zum Ende der politischen Laufbahn von Herbert Müller 1971 durchgehalten. Wissenschaftlich wurde seine dreißigjährige KPD-Mitgliedschaft erstmals wieder 1969 publiziert, von Seiten der Zeitung @Rheinpfalz@ und der SPD erst anlässlich seines 85. Geburtstag im September 1985. Im „who is who“ wurde Herbert Müller durchgängig als SPD-Mitglied seit 1917 aufgeführt. Vgl. StALu, N 1, Nr. 302
- ¹⁸⁸ Vgl. StALu, LuN, Nr. 94 und 217
- ¹⁸⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 242 ff. sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 13, Nr. 44 f.
- ¹⁹⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 249 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 25. November 1960
- ¹⁹¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 16, Nr. 293 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 16. Dezember 1960
- ¹⁹² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 2 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 6. Februar 1961
- ¹⁹³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 66 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 17. und 21. März 1961
- ¹⁹⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 66 ff. sowie @Freiheit@, Jg. 15, Nr. 49 ff. und StALu, N 8 sowie Nachlass Otto Zimpelmann in: AfA-Lu
- ¹⁹⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 115 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 19. Mai 1961
- ¹⁹⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 126 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 21. Juli 1961
- ¹⁹⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 177 ff.
- ¹⁹⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 180 ff.
- ¹⁹⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 204 ff. sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 14, Nr. 38 vom 23. September 1961
- ²⁰⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 233 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 6. Oktober 1961
- ²⁰¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 234 ff.
- ²⁰² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 284 ff. sowie StALu, N 25 (Nachlass Friedrich Wilhelm Wagner)
- ²⁰³ Vgl. StALu, N 25
- ²⁰⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 17, Nr. 291 ff.
- ²⁰⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 18, Nr. 2 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 2. und 5. Februar 1962
- ²⁰⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 18, Nr. 39 ff. sowie Teilnachlass Adolf Ludwig, in: StALu, N 14 (Archiv Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig) und Teilnachlass Adolf Ludwig, in: DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn
- ²⁰⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 18, Nr. 59 ff. sowie StALu, N 25
- ²⁰⁸ Vgl. SPD-Stadtratsfraktion, S. 70
- ²⁰⁹ Vgl. StALu, N 1, Nr. 222. Den Weg einer inserierten Erklärung in der @Rheinpfalz@ ging Herbert Müller noch einmal am 27. Mai 1983, um der immer wieder erhobenen Behauptung zu widersprechen, dass er 1969 im Landtag bei der Wahl des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten für Dr. Kohl gestimmt habe. Vgl. ebenda
- ²¹⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 18, Nr. 77 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 30. März 1962
- ²¹¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 18, Nr. 126 ff.
- ²¹² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 18, Nr. 167 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 20. Juni 1962
- ²¹³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 18, Nr. 179 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 14. September 1962 in Fontainebleau
- ²¹⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 18, Nr. 225 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 5. Oktober 1962
- ²¹⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 18, Nr. 179 ff. sowie @Mannheimer Morgen@, Jg. 17, Nr. 266 vom 16. November 1962 und Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 5. Oktober 1962
- ²¹⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 18, Nr. 252 ff. sowie Protokoll der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 16. November 1962
- ²¹⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 19, Nr. 10 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 11. und 14. Januar 1963

-
- ²¹⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 19, Nr. 1 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 1. März 1963
- ²¹⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 19, Nr. 52 ff. sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 16, Nr. 14 vom 6. April 1963
- ²²⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 19, Nr. 78 ff. sowie Nachlass Otto Zimpelmann, in: AFA-Lu
- ²²¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 19, Nr. 101 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 19. Juli 1963 und Handrick, S. 99
- ²²² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 19, Nr. 205 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 20. September 1963
- ²²³ Vgl. SPD-Stadtratsfraktion, S. 114
- ²²⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 19, Nr. 224 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 4. November 1963
- ²²⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 19, Nr. 258 ff.
- ²²⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 20, Nr. 5 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 21., 24. und 25. Februar 1964
- ²²⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 20, Nr. 48 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 28. Februar 1964 und StALu, N 25
- ²²⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 20, Nr. 80 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 11. Mai 1964
- ²²⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 20, Nr. 110 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 10. Juli 1964
- ²³⁰ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 20, Nr. 159 ff. sowie @General-Anzeiger@, Jg. 90, Nr. 202 ff. Die "Anzeigenschlacht" ist umfassend dokumentiert, in: StALu, N 14
- ²³¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 20, Nr. 207 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 21. September 1964
- ²³² Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 20, Nr. 223 ff. sowie @General-Anzeiger@, Jg. 90, Nr. 202 ff. und Ludwig 1997, S. 95 ff.
- ²³³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 20, Nr. 249 sowie @Stadt-Anzeiger@, Jg. 17, Nr. 44 vom 31. Oktober 1964
- ²³⁴ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 20, Nr. 252 ff.
- ²³⁵ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 20, Nr. 272 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 20. November 1964
- ²³⁶ Vgl. Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 21. Dezember 1964
- ²³⁷ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 21, Nr. 9 sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 11. Januar 1965 und Becker, Straßenbahn, S. 9 f.
- ²³⁸ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 21, Nr. 10 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 19. Februar 1965
- ²³⁹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 21, Nr. 44 ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 19. und 22. März 1965 und Handrick, S. 16
- ²⁴⁰ Vgl. SPD-Stadtratsfraktion, S. 95 ff.
- ²⁴¹ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 21, Nr. 70 ff. sowie Nachlass Otto Zimpelmann, in: AFA-Lu
- ²⁴² Vgl. @Neue LU@, Februar 1992
- ²⁴³ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 21, Nr. 101ff. sowie Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Ludwigshafen vom 14. Mai 1965
- ²⁴⁴ Vgl. SPD-Stadtratsfraktion, S. 71 ff.
- ²⁴⁵ Vgl. Tigges, S. 249 f.
- ²⁴⁶ Vgl. @Rheinpfalz@, Jg. 21, Nr. 112 ff.